

Finanzministerium | Postfach 71 27 | 24171 Kiel

Ministerin

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Thomas Rother, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/6808**

nachrichtlich:
Frau Präsidentin
des Landesrechnungshofs
Schleswig-Holstein
Dr. Gaby Schäfer
Berliner Platz 2
24103 Kiel

15.11.2016

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

seit der Verabschiedung des Haushaltsentwurfs 2017 durch die Landesregierung sind verschiedene aktuelle Entwicklungen eingetreten, die über die sogenannte Nachschiebeliste in die abschließende parlamentarische Beratung des Haushaltsentwurfs eingebracht werden. Die Änderungsvorschläge der Landesregierung zum Haushaltsentwurf 2017 lege ich hiermit vor.

Auf folgende wesentliche inhaltliche Veränderungen am Haushaltsentwurf mit der Nachschiebeliste weise ich besonders hin:

1. Steuerinduzierte Änderungen des Haushaltsentwurfs

- Gegenüber dem Ergebnis der Mai-Steuerschätzung, die Grundlage für den Haushaltsentwurf 2017 ist, sinken die Einnahmen aus Steuern, Bundesergänzungszuweisungen und Ausgleichszuweisungen der Länder nach den Ergebnissen der November-Schätzung um rund 65 Mio. Euro.
- Die veränderte Einnahmesituation wirkt sich auf die Höhe der Finanzausgleichsmasse im kommunalen Finanzausgleich aus. Im Ergebnis der Steuerschätzung sinkt sie um rund 11 Mio. Euro.

2. Anpassung der Zinsausgaben

Die Zinsentwicklung, insbesondere seit Mitte des Jahres, und der gezielte Abbau der Zinsänderungsrisiken im Haushaltsvollzug 2016 führen zu einer Reduzierung der Zinsausgaben um insgesamt 38 Mio. Euro gegenüber dem Haushaltsentwurf 2017. Darüber hinaus wurde der Ansatz für das Disagio um 14,1 Mio. Euro reduziert, da aufgrund der Marktbedingungen im Zuge des Niedrigzinsumfeldes die Zahlung eines Disagios bei den Finanzierungen weitgehend entfällt.

3. Wesentliche Änderungen am Haushaltentwurf

Die Rahmenbedingungen haben sich insbesondere aufgrund der Entwicklung der Zahl der Asylbewerberinnen und -bewerber verändert. Der aktualisierten Haushaltsplanung wird für das Jahr 2017 eine Zugangszahl an Asylbewerberinnen und -bewerbern von 7.820 (bundesweit 230.000) zugrunde gelegt. Unmittelbare Auswirkungen hat dies für die Erstattungsleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz an die Kommunen, die Ausgaben für die Integrations- und Aufnahmepauschale sowie die Ausgaben für die Werkverträge für die Erstaufnahmeeinrichtungen, deren Reorganisation zudem Minderausgaben bei den Mieten und Bewirtschaftungsleistungen bewirkt.

Neben der Aktualisierung der Berechnungsgrundlagen führt auch die mit dem Haushaltsentwurf 2017 beschlossene Überprüfung der erforderlichen Höhe aller flüchtlingsbedingten Ausgaben sowie der Anzahl der weiterhin notwendigen (zusätzlichen) Planstellen und Stellen im Bereich Asyl / Flüchtlinge zu Änderungen der Veranschlagung mit der Nachschiebeliste.

Im Vergleich zum Haushaltsentwurf 2017 werden die Ausgaben im Aufgabenbereich Asyl / Flüchtlinge um 153,4 Mio. Euro reduziert.

Mit der Nachschiebeliste werden die Verabredungen der Landesregierung und der Kommunalen Spitzenverbände zum Kommunalkpaket III umgesetzt:

- Veranschlagung der Integrations- und Aufnahmepauschale sowie des Integrationsfestbetrags (Epl. 04) unter Berücksichtigung einer 4 Mio. Euro betragenden Vorauszahlung in Höhe von 33,5 Mio. Euro,
- Veranschlagung von Investitionszuschüssen für Kommunen (Epl. 11) in Höhe von 5 Mio. Euro,
- Veranschlagung von zusätzlichen Ausgaben für die Schulbegleitung (Epl. 10) in Höhe von 1,5 Mio. Euro für das Schuljahr 2017/2018,
- Veranschlagung der Ausgaben und Stellen für die Aufgabenübernahme „Aufgaben der produktbezogenen und stofflichen Marktüberwachung“ (Epl. 12 und 13): 1,5 Mio. Euro sowie 19,5 Stellen,
- Veranschlagung von Ausgaben für Beratungsleistungen für Kommunen im Zusammenhang mit der Entwicklung eines Prozesses, der die aktive Information jedes Flüchtlings zeitnah nach Ankunft in der Kommune über die geeigneten Angebote der Beratung und Betreuung, Bildung, Sprache und Arbeit, Sozialleistungen etc. unter Berücksichtigung des individuellen Förderbedarfs (Epl. 04): 200 TEuro.

Die zusätzlichen Ausgaben für die Schulbegleitung für das Schuljahr 2016/2017 sowie die Zahlung an die Kommunen für die Abgeltung der Altfälle bei den unbegleiteten minderjährigen Ausländern (umA) erfolgen noch im Jahr 2016 und belasten daher nicht den Haushalt 2017.

Da die Kommunen in das Gesamtpaket 8 Mio. Euro aus der im Jahr 2015 für das Jahr 2017 zugesagten Nachzahlung von Bundesmitteln einbringen, wird der entsprechende Haushaltsansatz des Entwurfs auf Null abgesenkt.

Weitere wesentliche Änderungen

- Für die Renovierung eines Speichergebäudes des Südschleswigschen Vereins in Flensburg zur Etablierung als „**Haus der Minderheiten**“ werden 50,0 TEuro veranschlagt und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von insgesamt 446,0 TEuro für die kommenden Haushaltsjahre ausgebracht.
- Zur **Stärkung der Medienkompetenzförderung** in Schleswig-Holstein sowie für Maßnahmen, Gutachten, Projekte und Fachstrategien zur Umsetzung der Landesentwicklungsstrategie werden insgesamt 650,0 TEuro mehr eingeplant.

- Im Zusammenhang mit der **Neuaufstellung der Teilpläne zur Ausweisung von Windenergieeignungsflächen** werden zusätzlich 170,0 TEuro berücksichtigt.
- Der Haushaltsansatz in Höhe von 200,0 TEuro für die **Kommunikation in Krisensituationen** entfällt.
- Die Zuschüsse an den **Landessportverband** werden um 0,8 Mio. Euro auf 8 Mio. Euro erhöht.
- Damit die **Landespolizei** ihren Aufgaben auch zukünftig gerecht werden kann, sollen zusätzlich rund 9,1 Mio. Euro für Beschaffungen und zur personellen Aufstockung rund 2,1 Mio. Euro sowie 20 Stellen zur Verfügung gestellt werden. Es ist geplant, von den 33 zusätzlich benötigten Tarifstellen bereits 13 Stellen aus dem IT-Outsourcing-Projekt PITA zu erbringen. Für die Folgejahre sind weitere Schritte geplant, um den Stellenmehrbedarf vollständig durch Umsteuerung von frei werdenden Ressourcen aus dem IT-Bereich zu decken.
- Die **Wohngeldausgaben** für das Jahr 2016 werden - entgegen der aktuellen Bundesprognose - voraussichtlich um rund 20 Mio. Euro (rund 30 Prozent) unterschritten. Aufgrund aktueller Schätzungen ist ein geringerer Ausgabenansatz für 2017 ebenfalls vertretbar. Daher werden die Wohngeldausgaben 2017 um 10 Mio. Euro reduziert (der Bund ist mit 50 % an den Ausgaben beteiligt) und der Landeshaushalt 2017 um 5 Mio. Euro entlastet.
- Zur Kofinanzierung der erhöhten Finanzhilfen des Bundes **der Städtebauförderungsprogramme** „Stadtumbau West“ und „Soziale Stadt“ sowie für das neue Programm „Investitionspakt Soziale Integration im Quartier“ wurde eine Erhöhung des Verpflichtungsrahmens für das Programmjahr 2017 von 4 Mio. Euro berücksichtigt.
- Die **Neuausrichtung des Landesprogramms STAFF.SH** führt in Folge von Rechtsänderungen und weiteren Zulassungsvoraussetzungen auf Bundesebene zu Minderausgaben bei der Förderung von Sprache und Erstorientierung in Höhe von 1,2 Mio. Euro.
- Die Inanspruchnahme von fünf Plätzen im neuen Hamburger **Ausreisegewahrsam** führt zu neuen Ausgaben in Höhe von rund 0,7 Mio. Euro.
- Die Förderung für das **Friedrich-Ebert-Krankenhaus** in Neumünster in Höhe von 1,55 Mio. Euro entfällt ab dem Jahr 2017.
- Der Bund beteiligt sich 2017 an den Ausgaben für den **sozialen Wohnungsbau** gemäß der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern zur Integration in

Höhe von 500 Mio. Euro. Veranschlagt wird der Anteil Schleswig-Holsteins in Höhe von 17 Mio. Euro.

- Nach aktueller Überprüfung kann der Mittelbedarf für die **Arbeitsmarktintegration** von Flüchtlingen um 1 Mio. Euro auf 4 Mio. Euro reduziert werden.
- Für Reisekosten für Lehrerinnen, Lehrer und Begleitpersonen werden für **Schul- ausflüge und Schulpartnerschaften** an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen sowie für außereuropäische Schulpartnerschaften im Rahmen von Kooperationen des Landes insgesamt 1.150 TEuro in das Budget eingestellt.
- Für die Durchführung von Maßnahmen im Zusammenhang mit dem **Lernen mit digitalen Medien** werden zusätzliche 150 TEuro aufgenommen.
- Nach aktueller Überprüfung kann der Mittelbedarf für die **Schulen in freier Trägerschaft** um insgesamt 1 Mio. Euro reduziert werden.
- Es wird die **Einrichtung eines Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ)**, das vorzugsweise an weiterführenden allgemein bildenden Schulen (Sek I, Sek II) abgeleistet werden kann, in den Haushaltsentwurf 2017 aufgenommen. Es werden 275 TEuro (5/12 des Jahresbetrages von 660 TEuro) für das Haushaltsjahr 2017 berücksichtigt.
- Die Ausgaben für **Auslagen in Rechtssachen**, insbesondere die Entschädigungen für Sachverständige, erhöhen sich um 1 Mio. Euro. Die **Einnahmen aus Gerichtskosten** erhöhen sich um 2.876,9 TEuro.
- Im Bereich des **Justizvollzugs** werden 200 TEuro zur Ausfinanzierung der stationären Versorgung und Behandlung psychiatrisch erkrankter Gefangener in der JVA Neumünster umgeschichtet und 770 TEuro für 20 Stellen im Allgemeinen Justizvollzugsdienst zur Verfügung gestellt.
- Der **kulturelle Bereich** wird mit 2.060 TEuro gestärkt. Die Mittel werden verwendet für
 - die Sanierung der Carlebach-Synagoge in Lübeck (1.200 TEuro),
 - einen Zuschuss an die Kunsthalle Kiel für die Ertüchtigung der klimatischen Anlagen (550 TEuro samt Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 1.650 TEuro, bei einer Selbstbeteiligung der CAU in Höhe von 700 TEuro),
 - die Weiterentwicklung der Stiftung Schloss Eutin (230 TEuro)
 - und kleinere Kulturprojekte, wie z. B. ein Pilotprojekt zum Aufbau einer kulturellen Infosphäre (80 TEuro).

- Die Erstattung von Kosten der Hilfe zur Erziehung für **unbegleitete minderjährige Ausländer und Asylbewerber (umA)** wird mit der Nachschiebeliste nach aktuellen Berechnungen um 26.659,9 TEuro auf 91.625,3 TEuro erhöht. Hierbei wurde auch eine in 2016 vorgesehene 2. Abschlagzahlung berücksichtigt. Der diesbezügliche Vorsorgebetrag im Einzelplan 11 wird in der Folge aufgelöst.
- Im Hinblick auf die Gründung der Stiftung "Stiftung zur Anerkennung und Hilfe für Kinder und Jugendliche, die in der Zeit von 1949 bis 1975 (BRD) bzw. 1949 bis 1990 (DDR) in Einrichtungen der Behindertenhilfe bzw. stationären psychiatrischen Einrichtungen Unrecht und Leid erfahren haben (**Stiftung Anerkennung und Hilfe**) ist ein Zuschuss in Höhe von 520,3 TEuro veranschlagt. Von der Stiftung werden die im Übrigen veranschlagten Personal- u. Verwaltungskosten erstattet (Personalkosten für 2 neue Stellen in Höhe von 128,0 TEuro, Sachkosten in Höhe von 16,0 TEuro).
- Für jeweils eine Stelle in den Bereichen **Fachaufsicht Medizinprodukte und Krankenhausbau** sind 153,2 TEuro Personalbudget veranschlagt.
- Für die Umsetzung der Aufgaben des MSGWG im Zusammenhang mit dem **Prostituiertenschutzgesetz** wird Personalbudget für eine zusätzliche A14-Stelle in Höhe von 66,8 TEuro benötigt.
- Aufgrund der rückläufigen Anzahl der Leistungsempfängerinnen und -empfänger wird der Ansatz für das **Landesblindengeld** um 500 TEuro reduziert.
- Zur erforderlichen Ausweitung des differenzierten **Beratungsangebots für erwachsene Flüchtlinge und Asylsuchende und Unterstützung im Bereich der gesundheitlichen Versorgung**, hier psychotherapeutische sowie psychiatrische Betreuung, werden zusätzlich 200 TEuro eingeplant.
- Die **Zuschüsse an Krankenhäuser im Rahmen der medizinischen Versorgung von Flüchtlingen** werden bedarfsgerecht von 6 Mio. Euro auf 3 Mio. Euro reduziert.
- Bei den Zuschüssen an Wohlfahrtsverbände und weitere soziale Einrichtungen für **Insolvenzberatung** besteht ein Mehrbedarf in Höhe von 600 TEuro, um eine deutliche Verbesserung der Wartezeiten in den Verbraucherinsolvenzberatungsstellen zu erzielen.
- Bei den **Zuweisungen für präventive Maßnahmen örtlicher Jugendhilfeträger** besteht ein Mehrbedarf in Höhe von 500 TEuro für z.B. Entwicklung von Dialogstrukturen zwischen den Verantwortungsträgern der Jugendhilfe, Entwicklung

und Erprobung von Projekten für „Grenzgänger“, insbesondere Kooperation zwischen Psychiatrie und Jugendhilfe, Entwicklung von Projekten und Verbesserung von Strukturen für Partizipation in Heimeinrichtungen, Ausbau des Beschwerdemanagements sowie Projekte zur Erprobung von Sozialraumorientierung.

- Die Versorgung von Opfern von Gewalttaten bzw. deren Hinterbliebenen nach dem **Opferentschädigungsgesetz** (OEG) sicherzustellen ist eine gesetzliche Pflichtaufgabe. Individuelle bedarfsgerechte Leistungen (ergänzende Hilfen zum Lebensunterhalt, Eingliederungshilfen, Hilfe zur Pflege etc.) für Opfer von Gewalttaten bzw. deren Hinterbliebene nach dem OEG erfordern im Hinblick auf eine stetig wachsende Zahl Anspruchsberechtigter eine Anpassung um 199,5 TEuro auf nunmehr insgesamt 1 Mio. Euro.
- Bei den **Erstattungen an Beratungsstellen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz** errechnet sich insgesamt zur Deckung des gesetzlichen Versorgungsschlüssels gegenüber dem Haushaltsentwurf ein Mehrbedarf von 4,5 Stellen bzw. 342,9 TEuro.
- Der **Beitrag an die Unfallkasse Nord** erhöht sich aufgrund eines erheblichen Anstiegs der Unfallzahlen um 394,2 TEuro auf 8.332,1 TEuro. Darüber hinaus ist eine Erhöhung der **Ausgleichssumme an die Unfallkasse Nord** für die übertragenen Aufgaben des Arbeitsschutzes um insgesamt 384 TEuro notwendig, um zusätzliche Stellen für die Staatliche Arbeitsschutzbehörde bei der Unfallkasse Nord für neue Aufgaben (Rückbau der Kernkraftwerke, Prüfung von Biogasanlagen und Offshore-Windkraftanlagen) zu finanzieren (320 TEuro) sowie einem erhöhten Hebesatz der Versorgungsausgleichskasse Rechnung zu tragen (64 TEuro).
- Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation des **Instituts für Rechtsmedizin** wird eine Sockelfinanzierung in Höhe von 970,0 TEuro berücksichtigt: Hintergrund ist die mit der beabsichtigten Hochschulgesetznovelle dem UKSH ab dem 1. Januar 2017 vorgesehene Zuweisung rechtsmedizinischer Aufgaben nach der Strafprozessordnung.
- Für die **Förderung des Studentenwohnraumbaus** werden insgesamt 3 Mio. Euro zusätzlich vorgesehen, davon 300 TEuro im Jahr 2017 und 2,7 Mio. Euro als Verpflichtungsermächtigung, fällig in den Jahren 2018 bis 2020.
- Für vorübergehend entstandene erhöhte und besondere Bedarfe für **Frauenfach-einrichtungen**, beim Kooperations- und Interventionskonzept bei häuslicher Ge-

walt (KIK) und zur Kostenerstattung für Sprachmittlerinnen werden zusätzlich rd. 2,1 Mio. Euro vorgesehen.

- Für Verwaltungskosten im Zusammenhang mit der **Anerkennung von Schwerbehinderungen von Flüchtlingen** werden zusätzlich 240 TEuro bereitgestellt.
- Für Maßnahmen der **Beratung im Umgang mit traumatisierten umA** werden zusätzlich 300 TEuro in den Haushaltsentwurf 2017 aufgenommen.
- Um den **Beratungsanspruch nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz für Flüchtlinge** noch besser umzusetzen, werden Mittel für eine zusätzliche Stelle und den Einsatz von Sprachmittlern bzw. Dolmetschern in Höhe von 100 TEuro bereitgestellt. Dies erfolgt zusätzlich zu der bereits eingeplanten Stellenerhöhung bei den Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen zur Abdeckung des gesetzlichen Versorgungsschlüssels.
- Für das **Landesprogramm Schutzengel vor Ort – Frühe Hilfen für geflüchtete Schwangere und Familien mit Kindern bis zu 3 Jahren** – werden 300 TEuro bereitgestellt.
- Es erfolgt eine Aufstockung der Mittel zur **Förderung von Ferien- und Freizeitmaßnahmen mit Kindern und Jugendlichen**, z.B. für Alleinerziehende und Kinderreiche, um 200 TEuro.
- Die **Einnahmen aus Feldes- und Förderabgaben für Erdöl und sonstige Bodenschätze** werden aufgrund der aktuellen Entwicklung um 10 Mio. Euro reduziert.
- Aufgrund der voraussichtlichen Auswirkungen des Gesetzes zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen wird die im Haushaltsentwurf enthaltene **Globale Mehreinnahmen für Einnahmen seitens des Bundes im Zusammenhang mit Asyl und Flüchtlingen** von 25 Mio. Euro auf 107 Mio. Euro (davon entfallen 68 Mio. Euro auf die Entlastungen des Bundes für Integration und 39 Mio. Euro auf die Abschlagszahlung für die Übernahme von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz) erhöht.
- Aufgrund des vereinbarten **bundesweiten Belastungsausgleichs für umA** erfolgt eine Veranschlagung von Einnahmen von anderen Ländern in Höhe von 6,3 Mio. Euro.

- Bei den **Beihilfeausgaben** ist insbesondere auf Grund des Pflegestärkungsgesetzes eine Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf im Umfang von 4,5 Mio. Euro erforderlich.
- Aufgrund der mit der Freien und Hansestadt Hamburg geschlossenen **Verwaltungsvereinbarung über die Benutzung der Landesunterkunft für Asylsuchende in Bad Segeberg** werden Einnahmen in Höhe von 15 Mio. Euro veranschlagt.
- Infolge der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts ist für **Vorgriffstunden**, für die infolge der Versetzung in den vorzeitigen Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit kein zeitlicher Ausgleich mehr erfolgen konnte, ein angemessener finanzieller Ausgleich zu schaffen. Die im Jahr 2017 voraussichtlich erforderlichen Mittel werden von 10 Mio. Euro im Haushaltsentwurf auf 7 Mio. Euro reduziert; sie werden im Haushaltsvollzug bedarfsgerecht in den Einzelplan 07 umgesetzt.
- Vorsorglich werden für **Planungsleistungen im Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein (LBV.SH)** zusätzliche Personal- und Werkvertragsmittel in Höhe von 5,1 Mio. Euro vorgesehen. Dies entspricht dem Wert von 30 zusätzlichen Stellen im LBV.SH zur Planung und Umsetzung von Verkehrsprojekten. Die Mittel werden im Haushaltsvollzug bedarfsgerecht in den Einzelplan 06 umgesetzt.
- Im Einzelplan 04 sind Erstattungsleistungen im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes auf Basis einer Zugangszahl von 7.820 veranschlagt. Zusätzlich ist im Einzelplan 11 aufgrund der Unsicherheit hinsichtlich der Zahl der am Jahresende sich im Verfahren befindenden Asylbewerberinnen und -bewerber eine **Vorsorge** im Umfang von 99,5 Mio. Euro ausgebracht, die bei Bedarf in den Einzelplan 04 umgesetzt wird.
- Als **Vorsorge für Nachfinanzierungsbedarf im Zusammenhang mit Eingliederungshilfe** werden 13 Mio. Euro veranschlagt. Die Mittel werden im Haushaltsvollzug bedarfsgerecht in den Einzelplan 10 umgesetzt.
- Im Zusammenhang mit dem InfrastrukturModernisierungsProgramm für unser Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2030) wurden zunächst keine Verpflichtungsermächtigungen im Zusammenhang mit **Planungskosten für Infrastrukturmaßnahmen** berücksichtigt. Dies wird nunmehr nachgeholt, so dass für die Jahre 2018 ff. jährlich 10 Mio. Euro an Planungskosten zur Verfügung stehen. Dieser

Betrag ist zum Teil bereits aufgrund von Vorbelastungen (u.a. Rader Hochbrücke, Fehmarnsundbrücke) verplant.

- Aufgrund der Erkenntnisse des Haushaltsvollzugs 2016 kann die **Vorsorge zur Tarif- und Besoldungsverstärkung** um 10 Mio. Euro abgesenkt werden.
- Vor dem Hintergrund der **gestiegenen Zahl betreuter Kinder mit einem Betreuungsumfang von mehr als 7 Stunden** täglich wird mit zusätzlichen 5 Mio. Euro sichergestellt, dass eine Aufstockung der Personalkapazitäten um eine halbe Stelle in der Ganztagsbetreuung bei Elementargruppen im Jahr 2017 auskömmlich finanziert ist.
- Die **Zuweisung des Landes zur Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen** wird von 70 Mio. Euro auf 80 Mio. Euro erhöht. Mit dieser erstmaligen Erhöhung der Zuweisung des Landes seit 2011 soll dem gestiegenen Finanzierungsbedarf Rechnung getragen werden.
- Für die **Förderung von Regional- und Minderheitensprache in Kindertagesstätten** werden 500 TEuro in den Haushaltsentwurf 2017 aufgenommen.
- In den Ressortkapiteln des Einzelplans 12 „Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes“ werden
 - aufgrund der **Neukonzeption der Medien- und Veranstaltungstechnik im Plenarsaal des Landtages** (635 TEuro) sowie
 - für die Umsetzung des Neubaus eines **Unterkunftsgebäudes bei der JVA Neumünster** (500 TEuro) hinsichtlich der Stärkung des offenen Vollzugs gemäß des neuen Strafvollzugsgesetzesmit den jeweils erforderlichen Baunebenkosten (321,3 TEuro) insgesamt rund 1,5 Mio. Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt.
- Im **ZGB** werden im Rahmen der korrekten Zuordnung der Baunebenkosten im Bereich der Organleihekostenerstattung zusätzlich 1,5 Mio. Euro eingestellt.
- Die **Zuweisungen des Bundes für die Herrichtung von Asylunterkünften in Bundesliegenschaften** in Höhe von 8,2 Mio. Euro entfallen.
- Die wirtschaftlich schwierige Situation der landwirtschaftlichen Betriebe in Schleswig-Holstein, insbesondere der Milcherzeuger, führt zu einer deutlich gestiegenen Nachfrage nach einer **sozioökonomischen Beratung** von in Not geratenen Betrieben. Es ist daher beabsichtigt, das Beratungsangebot der Landwirtschaftskammer um insgesamt 600 Beratertage zu erhöhen. Für die dafür notwendige An-

derung der Zielvereinbarung des MELUR mit der Kammer werden 225 TEuro bereitgestellt.

- Die Änderung des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes führt u.a. dazu, dass bisher nicht von der GAK abgedeckte **Maßnahmen der integrierten ländlichen Entwicklung und des Naturschutzes** künftig mit diesem Instrument finanziert werden können. Der Bund stellt hierfür zusätzliche Mittel zweckgebunden zur Verfügung. Damit die auf Schleswig-Holstein entfallenden 2,4 Mio. Euro gebunden werden können, werden 1,6 Mio. Euro Landesmittel im Einzelplan 13 veranschlagt.
- Die **globale Minderausgabe im Epl. 13**, die seit dem Haushaltsjahr 2014 als Gegenbuchung eines Veranschlagungsfehlers jährlich veranschlagt ist, wird im Haushalt 2017 auf 2,5 Mio. Euro reduziert.
- Es ist beabsichtigt, das neue **EU-Schulprogramm für Obst, Gemüse und Milch** ab dem Schuljahr 2017/18 umzusetzen. Durch das Programm soll die landwirtschaftliche Produktion erlebbar gemacht werden und 6- bis 10-jährigen Schülerinnen und Schülern Obst und Gemüse kostenfrei als z.B. gesundes Frühstück bereitgestellt werden. Für die Umsetzung werden 315 TEuro im Einzelplan 13 eingestellt. Darüber hinaus sind im Bereich des Ministeriums für Schule und Berufsbildung zur Umsetzung pädagogischer Begleitmaßnahmen des Schulprogramms 60,0 TEuro sowie weitere 100 TEuro für zusätzlichen IT-Aufwand im Epl. 14 vorgesehen.
- Nach Überprüfung der Ausgaben im IT-Bereich für die **technische Anbindung der Erstaufnahmeeinrichtungen** in Schleswig-Holstein können 910 TEuro als Minderausgaben an den Landeshaushalt zurückgeben werden.
- Im **Bereich der IT (Kapitel 1402) des Landes Schleswig-Holstein besteht ein Mehrbedarf** in Höhe von 13 Mio. Euro. Veranschlagt sind die Ausgaben für zwingend notwendige Neu- und Fortentwicklungsmaßnahmen der Ressorts wie z.B. elektronischer Rechtsverkehr (eJustice), Fachverfahren der Steuerverwaltung im KONSENS-Verbund auf Bundesebene, polizeiliche Fach- und IT-Organisationsmaßnahmen (PITA); Einführung des IT-Verfahrens eBeihilfe sowie Fachverfahren des MELUR (EU-Online-Verfahren ZIAF). Des Weiteren sind Infrastrukturmaßnahmen des ZIT SH zur weiteren Standardisierung der IT und zur besseren Versorgung der Verwaltung mit Netzinfrastrukturleistungen (WAN, LAN, WLAN usw.) sowie zur Umsetzung der Digitalen Agenda zu finanzieren.

- Für den **Aufgabenübergang und die Überleitung der Verträge mit Dataport (Betrieb und Pflege) vom MIB auf die StK** (CIO / ZIT SH) wurden die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen und das Kapitel 1406 „Digitalfunk Land Schleswig-Holstein“ eingerichtet. Veranschlagt sind die Ausgaben der „Autorisierten Stelle (AS)“ sowie Unterstützungsleistungen zur Konsolidierung der Vertragslagen mit Dataport in Höhe von 2,0 Mio. Euro.
- Die wesentlichen Änderungen im **Einzelplan 16 „IMPULS 2030“** resultieren aus Verzögerungen in der Umsetzung der für das Jahr 2016 geplanten Baumaßnahmen. Bereits jetzt erkennbare Verschiebungen im Mittelabfluss werden im Haushaltsjahr 2017 berücksichtigt.
Gleichzeitig verschieben sich insbesondere Krankenhausbaumaßnahmen in einem Volumen von rund 9,5 Mio. Euro aus 2017 in die Folgejahre. Im Ergebnis führt dies zu Minderausgaben im Einzelplan 16 in Höhe von rund 3,2 Mio. Euro. Die Einnahmen wurden entsprechend angepasst. Der Zuschussbedarf ändert sich gegenüber dem Haushaltsentwurf nicht.

4. Wesentliche Änderungen am Haushaltsentwurf ohne finanzielle Auswirkungen auf den Gesamthaushalt

- Mit der Nachschiebeliste erfolgt eine Umsetzung bisher zentral veranschlagter Mittel für Tarif- und Besoldungserhöhungen. Die anteiligen Mittel für Tarif- und Besoldungserhöhungen der Jahre 2015 und 2016 werden wie folgt bedarfsgerecht über die Nachschiebeliste in die Einzelpläne umgesetzt:

Einzelplan	Betrag
01	339,6 TEuro
02	36,9 TEuro
05	3.029,2 TEuro
06	990,3 TEuro ¹
07	22.087,7 TEuro
09	2.285,0 TEuro
10	321,0 TEuro
13	1.586,1 TEuro ²
Summe	30.675,8 TEuro

¹ inkl LBV SH

² inkl. LKN

Darüber hinaus werden 13,7 Mio. Euro zur Finanzierung der Auswirkungen der Versorgungserhöhungen der Jahre 2015 und 2016 in den Versorgungsbereich umgesetzt.

Im Einzelplan 11 verbleibt die Differenz zur ganzjährigen Wirkung der Tarifierhöhung für Beschäftigte sowie der Besoldungs-/Versorgungserhöhung für Beamtinnen und Beamte, die 2016 zum 1. März bzw. 1. Mai 2016 wirksam geworden sind, sowie die kalkulierte Erhöhung 2017 für Beschäftigte, Beamtinnen und Beamte sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger (2 %).

- Durch die Ausbringung entsprechender Haushaltsvermerke wird die Zweckbindung flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellter Mittel im Sachhaushalt sichergestellt.
- Zur Verwendung im Haushaltsjahr 2016 aus den Ressort-Einzelplänen dem Sondervermögen IMPULS 2030 zugeführter Mittel im Haushaltsjahr 2017 werden entsprechende Einnahmetitel eingerichtet und Haushaltsvermerke ausgebracht.
- Im Hochschulbau (Einzelplan 12) werden für die Beschaffung von Großgeräten sowie für den Erwerb eines norddeutschen Höchstleistungsrechners Ausgaben in Höhe von 2,47 Mio. Euro in den Einzelplan 10 übertragen. Hiermit verbunden ist auch die Übertragung der Einnahmen aus Zuweisungen des Bundes in Höhe von 860 TEuro an den Einzelplan 10.

5. Änderungen in den Stellenplänen und –übersichten

I. Rückgabe flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellter Planstellen und Stellen

- Über die bereits mit dem Haushaltsentwurf 2017 zurückgegebenen 30 Stellen aus dem Bereich des Landesamts für Ausländerangelegenheiten hinaus werden aus dem Bereich des Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten weitere 171 Planstellen und Stellen eingespart.
- Nach Überprüfung der zusätzlich bereitgestellten Planstellen und Stellen an Familiengerichten im Zusammenhang mit unbegleiteten minderjährigen Ausländern kann im Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit auf 2 Stellen verzichtet werden.

II. Strukturverbesserungen im Bereich der Polizei, der Steuerverwaltung und der Justiz:

- Stellenpläne der Finanzämter:
 - a. insgesamt 89 Hebungen von A 7 nach A 9 LG 1.2 (haushaltstechnisch 178 Hebungen)
 - b. 26 zusätzliche Amtszulagen bei A 9 LG 1.2 vorgenommen.
- Polizeivollzugsbereich: 400 Hebungen
- Justizvollzug
 - a. 203 Hebungen (Eingangsamts A 7 – A 8)
 - b. Schaffung zusätzlicher Beförderungssämter (13x A8/A9 und 31x A 9 Z)
- Umwandlung von 9 Stellen R 1 in R 2 für aufsichtsführende Richter der Ordentlichen Gerichtsbarkeit
- Umwandlung von 1 Stelle R 1 in R 2 für aufsichtsführende Richter der Sozialgerichtsbarkeit
- Wiedereinführung „Erste Staatsanwälte“, Zulage R 1 Z

III. Sonstige Änderungen

- Im Einzelplan 03 werden für IT-Projektleitungen für Großprojekte, das Kompetenzzentrum Organisationsentwicklung, zur Erfüllung des Anspruchs auf Versorgungsauskunft und die Neuaufstellung der Teilpläne zur Ausweisung von Windenergieeignungsflächen insgesamt 13 neue Stellen ausgebracht, davon 2 mit kw-Vermerk.
- Aufgrund der Nichteinführung der Stufe 1b eBeihilfe fallen 6 kw-Stellen im Einzelplan 03 weg.
- Für die Entwicklung der Landesfeuerweherschule zu einem Kompetenzzentrum der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr werden 3 Hebungen zur Strukturverbesserung vorgenommen.
- Es wurden die Bedarfe in der Stabsstelle HSH für vier zusätzliche A 16-Planstellen inkl. des erforderlichen Budgets in Höhe von 340 TEuro aufgenommen.
- Die Stellenpläne im Kapitel 0505 werden an die auf Basis der Ermächtigung des § 14 Abs. 8 Haushaltsgesetz 2016 im Haushaltsvollzug zum 1. Juli 2016 vorgenommenen Änderungen der Stellenpläne der Finanzämter (ohne Budgetauswirkung) angepasst. Die Änderungen beruhen auf der im Zusammenhang mit der Errichtung des Finanzamts Kiel und des Finanzamts für Zentrale Prüfungsdienste

zum 1. Juli 2016 erfolgten Fortschreibung der Personalsoll-Zuweisungen aller Finanzämter.

- Um die Personalsituation des Landesbetriebes für Straßenbau und Verkehr (LBV.SH) an die aktuellen Anforderungen (erhöhtes Finanzvolumen beim Bundesfernstraßenbau und für die Sanierung von Landesstraßen) anzupassen, wird die Stellenstruktur verbessert. Vorgesehene Stelleneinsparungen für das Jahr 2017 werden auf das Jahr 2020 verschoben (7 Stellen), daneben sind zahlreichehebungen im Bereich des LBV.SH vorgesehen.
- Für die neue Aufgabe „Startup“ wird im Einzelplan 06 eine neue Planstelle der Besoldungsgruppe A 15 ausgebracht.
- Lehrerstellen und Lehrpersonal
 - Zur Sicherung der Unterrichtsversorgung insbesondere auch vor dem Hintergrund schulpflichtiger Flüchtlinge werden 48 neue Planstellen zum 1. August 2017 eingerichtet und das Personalbudget um 1 Mio. Euro erhöht.
 - Grund- und Hauptschullehrkräfte, die an den seit 1. August 2008 bestehenden Gemeinschafts- und Regionalschulen eingesetzt sind und dort die gleichen Aufgaben wie die Realschullehrkräfte und die künftigen Sekundarschullehrkräfte mit dem Schwerpunkt Sekundarstufe I wahrnehmen, sollen schrittweise die Befähigung für das Lehramt an Sekundarschulen mit dem Schwerpunkt Sekundarschule I erhalten. Für die damit verbundenen Beförderungen von A 12 nach A 13 wird eine weitere Tranche von 3,9 Mio. Euro im Budget berücksichtigt.
- Im Haushaltsvollzug 2016 wurden 50 Stellen E 10 aufgrund von flüchtlingsbedingtem Mehraufwand der DaZ-Maßnahmen des Übergangsbereichs für die Erfordernisse der beruflichen Schulen und RBZ bis zum 31. Juli 2017 befristet eingerichtet. Mit der Nachschiebeliste erfolgt eine Verlängerung der Befristung bis zum 31. Juli 2018, um dem weiterhin bestehenden Mehraufwand Rechnung zu tragen.
- Für die Umsetzung der Aufgaben Schutz von Frauen mit Migrationshintergrund vor Gewalt und deren Integration sind Personalmittel für eine zusätzliche halbe Stelle der Entgeltgruppe E 12 bis 31. Dezember 2019 erforderlich; veranschlagt werden 38,3 TEuro.
- Für 2 neue Stellen, mit denen die Heimaufsicht verstärkt wird, werden 153,2 TEuro zusätzlich veranschlagt.

- Im Rahmen der Ausbildungsinitiative Küstenschutz werden im Einzelplan 13 bei der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (Kapitel 1320) 5 neue Stellen ausgebracht.
- Beim Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz werden im Zusammenhang mit der Konsolidierungsmaßnahme „Stellenabbau im LKN“ 5 Stellen eingespart.
- In den Einzelplänen 03, 05, 07, 09, 10 und 13 werden insgesamt 26 Planstellen und Stellen, die für den Stellenabbaupfad 2018 vorgesehen waren, schon 2017 eingespart.
- Aufgrund haushaltsgesetzlicher Ermächtigungen im Haushaltsjahr 2016 neu ausgebrachte kw-Stellen werden in die Stellenpläne und -übersichten des Haushaltsentwurfs 2017 übernommen, ebenso die Einsparung von Planstellen und Stellen aufgrund im Haushaltsvollzug wirksam gewordener kw-Vermerke.

6. Wesentliche Änderungen des Haushaltsgesetzes 2017 und des Haushaltsbegleitgesetzes 2017

Für das Haushaltsgesetz sind folgende wesentliche neue Ermächtigungen zu nennen:

- Streichung der gesonderten Betragsgrenze für Kassenverstärkungskredite (§ 2 Abs. 8);
- Erweiterung der Regelung für eine flexible Haushaltsbewirtschaftung zur Aufnahme, Unterbringung, Versorgung und Gesundheitsversorgung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern um den Bereich der Stellenbewirtschaftung (§ 8 Abs. 12);
- Ermächtigung zur haushaltsmäßigen Umsetzung des Gesetzes zur Regulierung des Prostitutionsgewerbes sowie zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen (§ 8 Abs. 15);
- Ermächtigung für die Veräußerung einer Liegenschaft der Musikhochschule Lübeck (§ 16 Abs. 11);
- Ermächtigungen für die unentgeltliche Übertragung von Containern bzw. Veräußerung unter ihrem vollen Wert (§ 17 Abs. 2);
- Ermächtigung für eine flexible Haushaltsbewirtschaftung bei Maßnahmen i.V.m. der HSH (§ 21 Abs. 6);
- Ermächtigung für die Übernahme einer Bürgschaft für die Max-Planck-Gesellschaft (§ 22 Abs. 9);

- Ermächtigung für eine flexible Haushaltsbewirtschaftung für eine Baumaßnahme am Nationalen Referenzzentrum des Forschungszentrums Borstel (§ 26 Abs. 4);
- Ermächtigung für eine flexible Haushaltsbewirtschaftung im Zuge einer Übertragung der Aufgaben nach dem Bundesentschädigungsgesetz auf das Landesamt für Bezüge und Versorgung des Landes Niedersachsen (§ 26 Abs. 5);
- Ermächtigung für die Verlängerung des Vertrages mit der Investitionsbank zur Gewährung von Darlehen für Krankenhausbaumaßnahmen (§ 26 Abs. 6);
- Ermächtigung für die Durchführung zu 100 Prozent fremdfinanzierter wissenschaftlicher Projekte im LLUR (§ 27 Abs. 8);
- Ermächtigung für eine Bündelung der Beschaffung von Multifunktionsgeräten und zum Aufbau einer zentralen Steuerung der hiermit im Zusammenhang stehenden Ausgaben der unmittelbaren Landesverwaltung (§ 29 Abs. 5);
- Ermächtigung für eine flexible Haushaltsbewirtschaftung i.V.m. der Übertragung von Aufgaben des Digitalfunks in Schleswig-Holstein an Dataport oder andere Dienstleister im Rahmen der Reorganisation der Informationstechnik in der Landespolizei (§ 29 Abs. 6);
- Erhöhung der Personalkostenobergrenze der Stiftungsuniversität zu Lübeck (§ 36).

Im Haushaltsbegleitgesetz werden folgende wesentliche Änderungen eingebracht:

- Artikel 2 (Besoldungsgesetz) – Strukturelle Verbesserungen für den Bereich Justiz;
- Artikel 4 (Schulgesetz) – Ausgleichsmaßnahmen für Personen, die fluchtbedingt durch Verlust von Dokumenten benachteiligt sind sowie Schaffung einer Verordnungsermächtigung zur Regelung von Voraussetzungen für die Zulassung zum Prüfungsverfahren für diesen Personenkreises;
- Artikel 5 (Finanzausgleichsgesetz) – Aktualisierung der Teilschlüsselmassen für das Finanzausgleichsjahr 2017; Verbesserungen für den Kindertagesstättenbereich; Anpassung der Finanzierung des Neubaus und der Sanierung der Verwaltungsakademie in Bordesholm;
- Artikel 6 bis 10 (Errichtungsgesetze der Sondervermögen Hochschulsanierung, Energetische Sanierung, Zentrales Grundvermögen zur Behördenunterbringung, Verkehrsinfrastruktur und IMPULS 2030) – Aufnahme einer Ermächtigung zur Abdeckung von Kosten, die aufgrund von Negativzinsen entstehen könnten;

- Artikel 11 (Ausführungsgesetz zum Gesetz über Wasser- und Bodenverbände) – Sicherstellung der Finanzierung der Wasser- und Bodenverbände;
- Artikel 12 (Landesblindengeldgesetz) – Anpassung der geltenden anteiligen Anrechnung von Pflegeleistungen auf das Blindengeld mit dem Ziel, dass die Verbesserungen der Pflegereform auch Pflegebedürftigen, die Blindengeld beziehen, zugutekommen.

Mit freundlichen Grüßen



Monika Heinold

Anlagen

1. Änderungsvorschläge zum Sachhaushalt 2017
2. Änderungsvorschläge zum Personalhaushalt 2017
3. Änderungsvorschläge zum Haushaltsgesetz 2017
4. Änderungsvorschläge zum Haushaltsbegleitgesetz 2017

**Änderungsvorschläge
zum
Sachhaushalt**

Inhalt

	Seite
Einzelplan 01	2
Einzelplan 02	9
Einzelplan 03	11
Einzelplan 04	18
Einzelplan 05	38
Einzelplan 06	43
Einzelplan 07	52
Einzelplan 09	67
Einzelplan 10	86
Einzelplan 11	120
Einzelplan 12	136
Einzelplan 13	158
Einzelplan 14	189
Einzelplan 16	194

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

01 Landtag

01 01 Landtag

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

429 01 011 Mittel für Tarif- und Besoldungserhöhungen **254,7** **+273,7** **528,4**

Bemerkung:

273,7 T€ umgesetzt aus Titel 1111-461 01 zur Finanzierung der Auswirkungen von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

511 01 011 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände **268,0** **+95,0** **363,0**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Mehr für die Neueinrichtung von Sitzungsräumen.

02 Leistungen an Abgeordnete, ehemalige Abgeordnete und deren Hinterbliebenen

Haushaltsvermerk unverändert

411 01 011 Entschädigung der Abgeordneten sowie Übergangsgelder an ausgeschiedene Abgeordnete **8.688,4** **+185,2** **8.873,6**
(02)

411 03 011 Altersentschädigung und Versorgungsabfindung an ausgeschiedene Abgeordnete sowie Hinterbliebenenversorgung (altes Recht), Altersversorgung (neues Recht), Überbrückungsgeld **5.556,5** **+88,8** **5.645,3**
(02)

411 05 011 Aufwendungen für die Beschäftigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern **885,1** **+19,4** **904,5**
(02)

Summe der Maßnahmegruppe 02 **16.163,2** **+293,4** **16.456,6**

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

01 Landtag

01 01 Landtag

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

**06 Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen,
Parlamentspartnerschaften, Verfügungsmittel**

Haushaltsvermerk unverändert

531 06	013	Öffentlichkeitsarbeit	440,0	-10,0	430,0
---------------	------------	------------------------------	--------------	--------------	--------------

(06)

Summe der Maßnahmegruppe 06	733,8	-10,0	723,8
------------------------------------	--------------	--------------	--------------

Abschluss Kapitel 01 01

2017	Gesamteinnahmen	53,9	0,0	53,9
			0,0	
	Gesamtausgaben	31.786,4	+662,1	32.438,5
			-10,0	
	Zuschuss	31.732,5	+652,1	32.384,6
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	keine Verpflichtungsermächtigung			

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

01 Landtag

01 03 Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

429 01 011 Mittel für Tarif- und Besoldungserhöhungen 15,0 +37,0 52,0

Bemerkung:

37,0 T€ umgesetzt aus Titel 1111-461 01 zur Finanzierung der Auswirkungen von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

01 Polizeibeauftragte/r

Haushaltsvermerk unverändert

422 02 042 Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten 96,8 0,0 96,8
(01)

Haushaltsvermerk weggefallen

Summe der Maßnahmegruppe 01 96,8 0,0 96,8

Abschluss Kapitel 01 03

2017	Gesamteinnahmen	0,0	0,0 0,0	0,0
	Gesamtausgaben	1.111,5	+37,0 0,0	1.148,5
	Zuschuss	1.111,5	+37,0	1.148,5
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	keine Verpflichtungsermächtigung			

01 Landtag

01 04 Der Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

429 01 011 Mittel für Tarif- und Besoldungserhöhungen 5,0 +8,2 13,2

Bemerkung:

8,2 T€ umgesetzt aus Titel 1111-461 01 zur Finanzierung der Auswirkungen von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

Abschluss Kapitel 01 04

2017	Gesamteinnahmen	0,0	0,0 0,0	0,0
	Gesamtausgaben	314,2	+8,2 0,0	322,4
	Zuschuss	314,2	+8,2	322,4
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	keine Verpflichtungsermächtigung			

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

01 Landtag

01 05 Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

429 01 011 Mittel für Tarif- und Besoldungserhöhungen 27,4 +9,8 37,2

Bemerkung:

9,8 T€ umgesetzt aus Titel 1111-461 01 zur Finanzierung der Auswirkungen von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

Abschluss Kapitel 01 05

2017	Gesamteinnahmen	0,0	0,0 0,0	0,0
	Gesamtausgaben	491,8	+9,8 0,0	501,6
	Zuschuss	491,8	+9,8	501,6
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	keine Verpflichtungsermächtigung			

01 Landtag

01 06 Der Landesbeauftragte für politische Bildung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

429 01	011	Mittel für Tarif- und Besoldungserhöhungen	8,5	+10,9	19,4
--------	-----	--	-----	-------	------

Bemerkung:

10,9 T€ umgesetzt aus Titel 1111-461 01 zur Finanzierung der Auswirkungen von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

Abschluss Kapitel 01 06

2017		8,0	0,0 0,0	8,0
	Gesamteinnahmen			
	Gesamtausgaben	550,4	+10,9 0,0	561,3
	Zuschuss	542,4	+10,9	553,3
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	keine Verpflichtungsermächtigung			

01

Landtag

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Gesamtabschluss Einzelplan 01

2017	Gesamteinnahmen	282,1	0,0	282,1
			0,0	
	Gesamtausgaben	36.715,8	+728,0	37.433,8
			-10,0	
	Zuschuss	36.433,7	+718,0	37.151,7
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	keine Verpflichtungsermächtigung			

02 Landesrechnungshof

02 01 Landesrechnungshof

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

429 01	011	Ausgaben für Tarif- und Besoldungserhöhungen	551,7	+36,9	588,6
--------	-----	--	-------	-------	-------

Bemerkung:

36,9 T€ umgesetzt aus Titel 1111-461 01 zur Finanzierung der Auswirkungen von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

Abschluss Kapitel 02 01

2017	Gesamteinnahmen	0,5	0,0 0,0	0,5
	Gesamtausgaben	6.012,4	+36,9 0,0	6.049,3
	Zuschuss	6.011,9	+36,9	6.048,8
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	keine Verpflichtungsermächtigung			

02

Landesrechnungshof

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Gesamtabschluss Einzelplan 02

2017	Gesamteinnahmen	0,5	0,0	0,5
			0,0	
	Gesamtausgaben	6.012,4	+36,9	6.049,3
			0,0	
	Zuschuss	6.011,9	+36,9	6.048,8
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	keine Verpflichtungsermächtigung			

03 Ministerpräsident, Staatskanzlei

03 01 Ministerpräsident, Staatskanzlei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	5.024,6	+330,0	5.354,6
--------	-----	--	---------	--------	---------

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Mehrbedarf aufgrund von Stellenmehranmeldungen.

517 01	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	90,0	+100,0	190,0
--------	-----	---	------	--------	-------

Bemerkung:

Mehranmeldung wegen Bewirtschaftungskosten für die Liegenschaft Niemannsweg 220 (Unterbringung des Zentralen IT-Management), zum Beispiel für Pfortnerdienste.

531 03	013	Kommunikation in Krisensituationen	200,0	-200,0	0,0
--------	-----	---	-------	--------	-----

Neuer Haushaltsvermerk

weggefallen.

Bemerkung:

Auf eine Veranschlagung von Haushaltsmitteln für Kommunikation in Krisensituationen wird verzichtet.

Neuer Titel

685 02	011	Zuschüsse zur Stärkung der Medienkompetenzförderung in Schleswig-Holstein	0,0	+350,0	350,0
--------	-----	--	-----	--------	-------

Bemerkung:

Veranschlagt zur Stärkung der Medienkompetenzförderung in Schleswig-Holstein als ein Ziel der Digitalen Agenda. Die Mittel dienen insbesondere dem Offenen Kanal Schleswig-Holstein zur Durchführung und Fortentwicklung erfolgreicher Projekte wie z.B. KinderMedienKarte, JugendHandyLotse, ElternMedienLotse und MedienErzieher. Darüber hinaus sollen Maßnahmen Dritter wie z.B. Lübeck Kompetent mit Medien und Flensburg Winter School gefördert werden. Der Offene Kanal Schleswig-Holstein soll außerdem die Organisationsstrukturentwicklung bei Akteuren weiterbetreiben und auch im Rahmen des Netzwerks Medienkompetenz u.a. mit IQSH und Landesverband der Volkshochschulen verstärken.

63 Zentrales IT-Management

422 63 (63)	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	993,3	+60,0	1.053,3
----------------	-----	--	-------	-------	---------

Bemerkung:

60,0 T€ übertragen von Titel 0301-422 64 (TG 64).

428 63 (63)	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.127,0	+360,0	1.487,0
----------------	-----	--	---------	--------	---------

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

03 Ministerpräsident, Staatskanzlei

03 01 Ministerpräsident, Staatskanzlei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

noch zu 428 63

Bemerkung:

Mehrbedarf aufgrund von Stellenmehranmeldungen.

Summe der Titelgruppe 63	2.120,3	+420,0	2.540,3
---------------------------------	----------------	---------------	----------------

64 Projekt "Kooperation Personaldienste Schleswig-Holstein und Freie und Hansestadt Hamburg"

Haushaltsvermerk unverändert

422 64	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	1.054,4	-60,0	994,4
---------------	------------	--	----------------	--------------	--------------

(64)

Bemerkung:

60,0 T€ übertragen nach Titel 0301-422 63 (TG 63).

Summe der Titelgruppe 64	1.741,2	-60,0	1.681,2
---------------------------------	----------------	--------------	----------------

Abschluss Kapitel 03 01

2017	Gesamteinnahmen	24,0	0,0	24,0
			0,0	
	Gesamtausgaben	16.365,2	+1.200,0	17.305,2
			-260,0	
	Zuschuss	16.341,2	+940,0	17.281,2
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	keine Verpflichtungsermächtigung			

03 Ministerpräsident, Staatskanzlei

03 03 Minderheiten und Grenzverbände

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

684 05	011	Zuwendungen des Landes Schleswig-Holstein im Rahmen des Bund-Länder-Programms des BMZ zur Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunftsländern sowie der Krisenbewältigung und -prävention im Zusammenhang mit der Asyl- und Flüchtlingspolitik	100,0	0,0	100,0
--------	-----	--	-------	-----	-------

Neuer Haushaltsvermerk

§ 10 Abs. 1 Haushaltsgesetz 2017 findet keine Anwendung. Ausnahmen sind mit Einwilligung des Finanzministeriums zulässig.

Bemerkung:

Zweckbindung flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellter Mittel.

02 Dänische Minderheit

Haushaltsvermerk unverändert

Neuer Titel

894 05	187	Zuwendung für die Renovierung eines Speichergebäudes des Südschleswigschen Vereins in Flensburg zur Etablierung als "Haus der Minderheiten"	0,0	+50,0	50,0
--------	-----	---	-----	-------	------

(02)

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

Neuverpflichtung aus HHJ 2017	0	+446	446
davon fällig Haushaltsjahr 2018	0	+200	200
davon fällig Haushaltsjahr 2019	0	+200	200
davon fällig Haushaltsjahr 2020	0	+46	46
davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	0	0	0

Bemerkung:

Veranschlagt für die vorgesehene Einrichtung eines europäischen Informations-, Dokumentations- und Dialogzentrums für Minderheitenfragen in einem Speichergebäude des Südschleswigschen Vereins neben dem Flensborghus. Ziel ist eine gemeinsame deutsch-dänische Finanzierung für die Instandsetzung bis 2020. Auf deutscher Seite sind neben dem Land Schleswig-Holstein die Bundesregierung und die Stadt Flensburg an der Finanzierung beteiligt.

Summe der Maßnahmegruppe 02			491,0	+50,0	541,0
------------------------------------	--	--	--------------	--------------	--------------

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

03 Ministerpräsident, Staatskanzlei

03 03 Minderheiten und Grenzverbände

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Abschluss Kapitel 03 03

2017	Gesamteinnahmen	291,1	0,0 0,0	291,1
	Gesamtausgaben	3.012,7	+50,0 0,0	3.062,7
	Zuschuss	2.721,6	+50,0	2.771,6
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	1.200	+446	1.646
	davon fällig Haushaltsjahr 2018	400	+200	600
	davon fällig Haushaltsjahr 2019	400	+200	600
	davon fällig Haushaltsjahr 2020	400	+46	446
	davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff			

03 Ministerpräsident, Staatskanzlei
03 04 Landesplanung, Landesentwicklung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

526 99	011	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	810,0	+170,0	980,0
---------------	------------	---	--------------	---------------	--------------

Bemerkung:

Mehrbedarf wegen zeitlicher Verschiebung einzelner kostenwirksamer Maßnahmen im Rahmen der Neuaufstellung der Teilpläne zur Ausweisung von Windeneignungsflächen in das Haushaltsjahr 2017.

535 02	422	Maßnahmen der Landesplanung zur Zukunftsentwicklung	152,5	+300,0	452,5
---------------	------------	--	--------------	---------------	--------------

Bemerkung:

Die Landesentwicklungsstrategie bildet den strategischen Rahmen für die zukünftige Entwicklung Schleswig-Holsteins. Zur Umsetzung dieses strategischen Rahmens sollen Maßnahmen, Gutachten, Projekte und Fachstrategien u.a. in den Bereichen Demografie und Daseinsvorsorge, Kooperation und Vernetzung sowie Digitalisierung gefördert werden. Veranschlagt sind Mittel für Maßnahmen im Rahmen des geplanten Netzwerkes Demografie/Daseinsvorsorge Schleswig-Holstein in Zusammenarbeit mit den Kommunalen Landesverbänden und der Industrie- und Handelskammer Schleswig-Holstein, für die Erarbeitung eines gemeinsamen Raumstrukturkonzeptes mit der Freien und Hansestadt Hamburg sowie für die Erarbeitung einer Studie "Gesellschaftliche Verantwortung von kleinen und mittleren Unternehmen in Schleswig-Holstein" durch das Kiel Center for Philosophy, Politics und Economics der CAU zu Kiel in Zusammenarbeit mit der Industrie- und Handelskammer Schleswig-Holstein, für die Weiterentwicklung und Umsetzung der Digitalen Agenda des Landes mittels der Organisation weiterer Veranstaltungen und der Unterstützung von BarCamps und ähnlichen Formaten und für die Erarbeitung einer Internationalisierungsstrategie, die die Ausrichtung internationaler Kooperationen und Partner festlegen sowie Ansätze für den Ausbau der Fertigkeiten, Kapazitäten und Strukturen für eine Internationalisierung in Schleswig-Holstein aufzeigen soll.

Abschluss Kapitel 03 04

2017	Gesamteinnahmen	611,0	0,0	611,0
			0,0	
	Gesamtausgaben	2.285,4	+470,0	2.755,4
			0,0	
	Zuschuss	1.674,4	+470,0	2.144,4
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	800	-	800
	davon fällig Haushaltsjahr 2018	500	-	500
	davon fällig Haushaltsjahr 2019	300	-	300
	davon fällig Haushaltsjahr 2020			
	davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff			

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

03 Ministerpräsident, Staatskanzlei
03 12 Dienstleistungszentrum Personal - DLZP

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

428 01	012	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	7.652,8	-84,0	7.568,8
--------	-----	---	---------	-------	---------

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Anpassung aufgrund von Veränderungen in der Stellenübersicht.

Abschluss Kapitel 03 12

2017	Gesamteinnahmen	156,5	0,0	156,5
			0,0	
	Gesamtausgaben	15.659,7	0,0	15.575,7
			-84,0	
	Zuschuss	15.503,2	-84,0	15.419,2
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	keine Verpflichtungsermächtigung			

03

Ministerpräsident, Staatskanzlei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Gesamtabschluss Einzelplan 03

2017	Gesamteinnahmen	1.082,6	0,0 0,0	1.082,6
	Gesamtausgaben	37.323,0	+1.720,0 -344,0	38.699,0
	Zuschuss	36.240,4	+1.376,0	37.616,4
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	2.000	+446	2.446
	davon fällig Haushaltsjahr 2018	900	+200	1.100
	davon fällig Haushaltsjahr 2019	700	+200	900
	davon fällig Haushaltsjahr 2020	400	+46	446
	davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff			

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

04 Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	1.303,4	-248,0	1.055,4
--------	-----	--	---------	--------	---------

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Aufgrund der Überprüfung flüchtlingsbedingter Ausgaben und Plan-/Stellen fallen 4 nicht benötigte Planstellen mit einem Budget von insgesamt 248,0 T€ mit dem Haushalt 2017 weg.

64 Verfassungsschutz

Haushaltsvermerk geändert

Über § 10 Abs. 1 und 2 Haushaltsgesetz 2017 hinaus gegenseitig deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe mit Ausnahme der Obergruppe 42

Die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Verfassungsschutzes wird durch die Präsidentin oder den Präsidenten des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein geprüft.

Summe der Titelgruppe 64	6.160,0	0,0	6.160,0
---------------------------------	----------------	------------	----------------

Abschluss Kapitel 04 01

2017	Gesamteinnahmen	4.108,5	0,0	4.108,5
			0,0	
	Gesamtausgaben	85.362,4	0,0	85.114,4
			-248,0	
	Zuschuss	81.253,9	-248,0	81.005,9
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	keine Verpflichtungsermächtigung			

04

Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

04 02

Sport

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Einnahmen

Neuer Titel

381 03	891	Einnahmen aus der Zweckabgabe aus der Lotterie "Die Sieger-Chance" zur Förderung des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB)	0,0	0,0	0,0
--------	-----	--	------------	------------	------------

Bemerkung:

Die NordwestLotto Schleswig-Holstein GmbH & Co. KG (NWL) veranstaltet die neue Lotterie "Die Sieger-Chance", für die gemäß den Vorgaben der Landesverordnung über in öffentlicher Trägerschaft veranstaltete Lotterien (Lotteriezweckabgabenverordnung - LottZwAbgVO) eine Zweckabgabe in Höhe von 30,2 v.H. des Spielkapitals abzuführen ist. Das Aufkommen aus der Zweckabgabe ist gemäß den Vorgaben der LottZwAbgVO zugunsten des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) zu verwenden (vgl. Titel 1111-981 09 MG 02 und 0402-684 03).

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

04 Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

04 02 Sport

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

684 02	322	Institutionelle Förderung des Landessportverbandes und seiner Einrichtungen	7.200,0	+800,0	8.000,0
--------	-----	--	---------	--------	---------

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Mehrausgaben für die Förderung von Infrastrukturmaßnahmen der vereine und Verbände durch den Landessportverband als Teil der Strategie "Sport in der Mitte der Gesellschaft" zum Abbau des Sanierungsstaus bei den vereinseigenen Sportstätten.

Neuer Titel

684 03	322	Förderung des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB)	0,0	0,0	0,0
--------	-----	---	-----	-----	-----

Neuer Haushaltsvermerk

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 381 03 geleistet werden.

Bemerkung:

Siehe Titel 381 03, es wird mit Einnahmen in Höhe von rd. 230 T€ gerechnet.

883 01	322	Zuschüsse für die Sanierung kommunaler Sportstätten unter Berücksichtigung der Sanierung von Schwimmsportstätten	0,0	0,0	0,0
--------	-----	---	-----	-----	-----

Neuer Haushaltsvermerk

Übertragen nach 1604 - 883 01.

Abschluss Kapitel 04 02

2017	Gesamteinnahmen	7.920,0	0,0 0,0	7.920,0
	Gesamtausgaben	9.056,9	+800,0 0,0	9.856,9
	Zuschuss	1.136,9	+800,0	1.936,9
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	keine Verpflichtungsermächtigung			

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

04 Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

04 05 Feuerwehrwesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Einnahmen

381 01	891	Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer	14.700,0	+1.200,0	15.900,0
---------------	------------	--	-----------------	-----------------	-----------------

Bemerkung:

Korrektur der Ansätze zu den Steuereinnahmen aufgrund der Steuerschätzung im November 2016.

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

04 Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

04 05 Feuerwehrwesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

61 Förderung des Feuerwehrwesens

883 61 (61)	044	Zuweisungen an Kreise und kreisfreie Städte für Investitionen	9.092,6	+1.200,0	10.292,6
----------------	-----	--	----------------	-----------------	-----------------

Bemerkung:

Korrektur der Ansätze zu den Steuereinnahmen aufgrund der Steuerschätzung im November 2016.

Summe der Titelgruppe 61		11.751,1	+1.200,0	12.951,1
---------------------------------	--	-----------------	-----------------	-----------------

63 Katastrophenschutz

536 63 (63)	045	Vorsorgemaßnahmen für den Katastrophenschutz	55,0	+80,0	135,0
----------------	-----	---	-------------	--------------	--------------

Bemerkung:

Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Nutzung eines Modularen Warnsystems zur zeitgleichen Auslösung sämtlicher Alarmerungs- und Warnsysteme bei amtlichen Gefahrendurchsagen und -informationen.

883 63 (63)	045	Zuweisungen für Investitionen an Kreise und kreisfreie Städte	980,0	+270,0	1.250,0
----------------	-----	--	--------------	---------------	----------------

Bemerkung:

Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Beschaffung von Wasserrettungszügen für die Rettung aus Wassergefahren sowie mit der Beschaffung von Satellitenterminals zur Aufrechterhaltung der Kommunikation bei großflächigen Stromausfällen.

Summe der Titelgruppe 63		1.737,5	+350,0	2.087,5
---------------------------------	--	----------------	---------------	----------------

Abschluss Kapitel 04 05

2017	Gesamteinnahmen	16.247,6	+1.200,0	17.447,6
	Gesamtausgaben	18.641,0	+1.550,0	20.191,0
	Zuschuss	2.393,4	+350,0	2.743,4
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	270	-	270
	davon fällig Haushaltsjahr 2018	270	-	270
	davon fällig Haushaltsjahr 2019			
	davon fällig Haushaltsjahr 2020			
	davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff			

04 Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

04 07 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

531 02	013	Öffentlichkeitsarbeit	50,0	-30,0	20,0
---------------	------------	------------------------------	-------------	--------------	-------------

Bemerkung:

Minderausgaben aufgrund der Anpassung an das voraussichtliche Ist 2016.

02 Integration von Migrantinnen und Migranten

Haushaltsvermerk unverändert

533 02	291	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Auftragsformen	203,0	+200,0	403,0
---------------	------------	---	--------------	---------------	--------------

(02)

Bemerkung:

Umsetzung der Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden über eine Beteiligung des Landes an den Kosten der Integration auf kommunaler Ebene sowie weiterer finanzieller Entlastungsmaßnahmen vom 7. November 2016. Mehrausgaben zur Finanzierung von Beratungsleistungen für Kommunen im Zusammenhang mit der Entwicklung eines Prozesses, der die aktive Information jedes Flüchtlings zeitnah nach Ankunft in der Kommune über die geeigneten Angebote der Beratung und Betreuung, Bildung, Sprache und Arbeit, Sozialleistungen etc. unter Berücksichtigung des individuellen Förderbedarfs sicherstellt.

Zweckbestimmung geändert

633 03	291	Integrationsfestbetrag, Integrations- und Aufnahmepauschale	51.680,0	-18.180,0	33.500,0
---------------	------------	--	-----------------	------------------	-----------------

(02)

Bemerkung:

Umsetzung der Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden über eine Beteiligung des Landes an den Kosten der Integration auf kommunaler Ebene sowie weiterer finanzieller Entlastungsmaßnahmen vom 7. November 2016. Minderausgaben aufgrund einer geringeren Gesamtzugangszahl von Flüchtlingen gemäß Annahme des Bundes bei gleichzeitiger Umstellung des Verfahrens: Zahlung eines Integrationsfestbetrages in Höhe von 17.000 T€, Absenkung der Integrations- und Aufnahmepauschale auf 1,25 T€ pro Person sowie Erweiterung des Personenkreises u.a. durch Familiennachzug.

633 04	291	Zuweisungen an Kreise und kreisfreie Städte für die Koordinierung der Aufnahme von Asyl-suchenden	2.000,0	-94,0	1.906,0
---------------	------------	--	----------------	--------------	----------------

(02)

Bemerkung:

Fortsetzung der Finanzierung von Koordinierungsstellen (insgesamt 29,5) auf Grundlage der Verteilquote gem. Ausländer- und Aufnahmeverordnung.

633 05	291	Zuweisungen an kommunale Gebietskörperschaften	8.000,0	-8.000,0	0,0
---------------	------------	---	----------------	-----------------	------------

(02)

Bemerkung:

Umsetzung der Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden über eine Beteiligung des Landes an den Kosten der Integration auf kommunaler Ebene sowie weiterer finanzieller Entlastungsmaßnahmen vom 7. November 2016.

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

04 Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

04 07 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

684 02	291	Förderung von Sprache und Erstorientierung	4.000,0	-1.200,0	2.800,0
(02)					

Bemerkung:

Minderausgaben aufgrund der Neuausrichtung des Landesprogramms STAFF.SH in Folge von Rechtsänderungen und weiteren Zulassungsvoraussetzungen auf Bundesebene.

Summe der Maßnahmegruppe 02	69.925,0	-27.274,0	42.651,0
------------------------------------	-----------------	------------------	-----------------

03 Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten

Haushaltsvermerk unverändert

526 02	235	Dolmetscherkosten	125,0	+75,0	200,0
(03)					

Bemerkung:

Mehrausgaben aufgrund der Anpassung an das voraussichtliche Ist 2016 unter Berücksichtigung einer geringeren Gesamtzugangszahl von Flüchtlingen.

533 01	235	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Auftragsformen	121.756,0	-74.156,0	47.600,0
(03)					

Bemerkung:

Minderausgaben aufgrund einer geringeren Gesamtzugangszahl von Flüchtlingen sowie der Reorganisation im Bereich der Erstaufnahmeeinrichtungen.

534 01	235	Kosten der Rückführung	900,0	+717,5	1.617,5
(03)					

Bemerkung:

Mehrausgaben aufgrund der Inanspruchnahme von fünf Plätzen im neuen Hamburger Ausreisegewahrsam ab dem Jahr 2017.

633 01	287	Erstattungen von Leistungen im Rahmen der Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten	87.500,0	-62.100,0	25.400,0
(03)					

Neuer Haushaltsvermerk

500 T€ übertragen nach 0407 - 684 08 MG 03.

Bemerkung:

Minderausgaben aufgrund einer geringeren Gesamtzugangszahl von Flüchtlingen sowie der Abarbeitung sämtlicher Altfälle bis zum Ende des Jahres 2016 gemäß Annahme des Bundes. Eine diesbezügliche Risikovorsorge ist im Einzelplan 11 veranschlagt.

Neuer Titel

684 08	291	Förderung freiwilliger Rückkehr und nachhaltiger Reintegration	0,0	+500,0	500,0
(03)					

04

Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

04 07

Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

noch zu 684 08

Bemerkung:

Mehrausgaben für Rückkehr- und Reintegrationsmaßnahmen.

685 01	312	Integrierende medizinische Versorgung von Flüchtlingen	1.550,0	-1.550,0	0,0
---------------	-----	---	----------------	-----------------	------------

(03)

Bemerkung:

Die Förderung für das Friedrich-Ebert-Krankenhaus in Neumünster entfällt ab dem Jahr 2017.

Summe der Maßnahmegruppe 03		215.481,0	-136.513,5	78.967,5
------------------------------------	--	------------------	-------------------	-----------------

65 Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein

Haushaltsvermerk unverändert

422 65	235	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	2.615,0	-1.732,0	883,0
---------------	-----	--	----------------	-----------------	--------------

(65)

Bemerkung:

Aufgrund der Überprüfung flüchtlingsbedingter Ausgaben und Plan-/Stellen fallen 145 nicht benötigte Plan-/Stellen beim Landesamt für Ausländerangelegenheiten mit dem Haushalt 2017 weg, davon 35 Planstellen mit einem Budget von insgesamt 1.732,0 T€. Siehe auch Titel 428 65.

428 65	235	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	13.273,0	-4.872,0	8.401,0
---------------	-----	--	-----------------	-----------------	----------------

(65)

Bemerkung:

Aufgrund der Überprüfung flüchtlingsbedingter Ausgaben und Plan-/Stellen fallen 145 nicht benötigte Plan-/Stellen beim Landesamt für Ausländerangelegenheiten mit dem Haushalt 2017 weg, davon 110 Stellen mit einem Budget von insgesamt 4.872,0 T€. Siehe auch Titel 422 65.

511 65	235	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	150,0	+100,0	250,0
---------------	-----	--	--------------	---------------	--------------

(65)

Bemerkung:

Mehrausgaben aufgrund der Anpassung an das voraussichtliche Ist 2016.

526 65	235	Gerichts- und ähnliche Kosten	5,0	+5,0	10,0
---------------	-----	--------------------------------------	------------	-------------	-------------

(65)

Bemerkung:

Mehrausgaben aufgrund der Anpassung an das voraussichtliche Ist 2016.

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

04 Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

04 07 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

527 65 (65)	235	Dienstreisen	10,0	+20,0	30,0
----------------	-----	---------------------	------	-------	------

Bemerkung:

Mehrausgaben aufgrund der Anpassung an das voraussichtliche Ist 2016.

539 65 (65)	235	Ärztliche Untersuchungen und Schutzimpfungen	1,0	+7,0	8,0
----------------	-----	---	-----	------	-----

Bemerkung:

Mehrausgaben aufgrund der Anpassung an das voraussichtliche Ist 2016.

Zweckbestimmung geändert

681 65 (65)	235	Erstattungen für die ehrenamtliche Betreuung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern in Landesunterkünften sowie Auszahlungen für Rückkehrhilfen	25,0	0,0	25,0
----------------	-----	---	------	-----	------

Bemerkung:

Eine direkte Bewilligung von Rückkehrhilfen durch das Landesamt für Ausländerangelegenheiten soll Finanzierungslücken schließen, wenn im Einzelfall länderübergreifende Rückkehrförderungsprojekte nicht greifen.

812 65 (65)	235	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0,0	+500,0	500,0
----------------	-----	--	-----	--------	-------

Bemerkung:

Veranschlagt sind die Kosten für Ersatzbeschaffungen für die Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes inklusive des ärztlichen Dienstes.

Summe der Titelgruppe 65	16.200,0	-5.972,0	10.228,0
---------------------------------	-----------------	-----------------	-----------------

69 Outputorientierte Personalkosten

422 69 (69)	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	1.588,0	-736,0	852,0
----------------	-----	--	---------	--------	-------

Bemerkung:

Aufgrund der Überprüfung flüchtlingsbedingter Ausgaben und Plan-/Stellen fallen 11 nicht benötigte Planstellen mit einem Budget von insgesamt 736,0 T€ mit dem Haushalt 2017 weg.

428 69 (69)	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	740,0	-42,0	698,0
----------------	-----	--	-------	-------	-------

Bemerkung:

Aufgrund der Überprüfung flüchtlingsbedingter Ausgaben und Plan-/Stellen fällt 1 nicht benötigte Stelle mit einem Budget von insgesamt 42,0 T€ mit dem Haushalt 2017 weg.

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

04

Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

04 07

Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Summe der Titelgruppe 69

2.328,0

-778,0

1.550,0

Abschluss Kapitel 04 07

2017

Gesamteinnahmen

300,0

0,0
0,0

300,0

Gesamtausgaben

303.984,0

+2.124,5
-172.692,0

133.416,5

Zuschuss

303.684,0

-170.567,5

133.116,5

Überschuss

0,0

0,0

0,0

keine Verpflichtungsermächtigung

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

04 Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Einnahmen

63 Digitalfunk

Neuer Titel

111 63	042	Gebühren und tarifliche Entgelte	0,0	+15,0	15,0
---------------	------------	---	------------	--------------	-------------

(63)

Bemerkung:
Aktualisierung der Planung

Summe der Titelgruppe 63	5.669,5	+15,0	5.684,5
---------------------------------	----------------	--------------	----------------

04

Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

04 10

Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

422 01	042	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	273.858,0	-500,0	273.358,0
--------	-----	--	------------------	---------------	------------------

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Aufgrund der Überprüfung flüchtlingsbedingter Ausgaben und Plan-/Stellen fallen 10 Planstellen für Verwaltungsbeamte mit dem Haushalt 2017 weg.

428 01	042	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	36.569,7	+2.145,0	38.714,7
--------	-----	--	-----------------	-----------------	-----------------

Bemerkung:

Angemessene Ausstattung der Landespolizei; hier: Budget für die personelle Verstärkung um 33 Personen

514 01	042	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl.	10.115,0	+469,0	10.584,0
--------	-----	--	-----------------	---------------	-----------------

Bemerkung:

Angemessene Ausstattung der Landespolizei; hier: Munition

514 02	042	Dienst- und Schutzkleidung	2.964,0	-350,0	2.614,0
--------	-----	-----------------------------------	----------------	---------------	----------------

Haushaltsvermerk geändert

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0410 - 359 01 geleistet werden.

Über § 10 Abs. 1 und 2 Haushaltsgesetz 2017 hinaus einseitig deckungsfähig zugunsten des Titels 0410 - 919 01.

Einnahmen aus dem Bekleidungswesen sind von der Ausgabe abzusetzen.

§ 10 Abs. 1 Haushaltsgesetz 2017 findet für flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellte Mittel keine Anwendung. Ausnahmen sind mit Einwilligung des Finanzministeriums zulässig.

Bemerkung:

Ist-Anpassung.

Zweckbindung flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellter Mittel.

525 01	042	Aus- und Fortbildung	3.813,0	0,0	3.813,0
--------	-----	-----------------------------	----------------	------------	----------------

Neuer Haushaltsvermerk

§ 10 Abs. 1 Haushaltsgesetz 2017 findet für flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellte Mittel keine Anwendung. Ausnahmen sind mit Einwilligung des Finanzministeriums zulässig.

Bemerkung:

Zweckbindung flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellter Mittel.

632 01	042	Länderübergreifende Einrichtungen und Programme	3.748,1	-103,0	3.645,1
--------	-----	--	----------------	---------------	----------------

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

04 Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

noch zu 632 01

Bemerkung:

Reduzierung des Kostenanteils bei der Wasserschutzpolizei-Schule in Hamburg

812 01	042	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	6.692,3	+8.715,7	15.408,0
--------	-----	--	----------------	-----------------	-----------------

Neuer Haushaltsvermerk

§ 10 Abs. 2 Haushaltsgesetz 2017 findet für flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellte Mittel keine Anwendung. Ausnahmen sind mit Einwilligung des Finanzministeriums zulässig.

Bemerkung:

Angemessene Ausstattung der Landespolizei; hier: Schutzausrüstung, Verbesserung der Ausstattung in den Aufgabenfeldern Ermittlungen und Einsatz- und Ermittlungsunterstützung (inkl. Früherkennung und Prävention).

Zweckbindung flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellter Mittel.

63 Digitalfunk

Haushaltsvermerk unverändert

711 63	042	Bauliche Maßnahmen für den Aufbau und die Fortentwicklung eines digitalen Sprech- und Datenfunksystems	420,7	+15,0	435,7
--------	-----	---	--------------	--------------	--------------

(63)

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

Neuverpflichtung aus HHJ 2017	3.293	-15	3.278
davon fällig Haushaltsjahr 2018	3.293	-15	3.278
davon fällig Haushaltsjahr 2019	0	0	0
davon fällig Haushaltsjahr 2020	0	0	0
davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	0	0	0

Bemerkung:

Aktualisierung der Planung.

812 63	042	Aufbau und Fortentwicklung eines digitalen Sprech- und Datenfunksystems	2.836,9	0,0	2.836,9
--------	-----	--	----------------	------------	----------------

(63)

Haushaltsvermerk geändert

Erstattungen für den Abruf von Leistungen bei der BDBOS durch die "Autorisierte Stelle SH" können von den Ausgaben abgesetzt werden.

Bemerkung:

Dritte können über die Autorisierte Stelle sog. Dienstleisterkarten, z. B. für Firmen, bestellen. Auch die Erstattungen der Kosten von Dritten sollen als Ausgabeabsetzung gebucht werden können, da es sich um verauslagte Kosten handelt. Bislang schränkte der HHVermerk diese Möglichkeit auf Erstattungen nichtpolizeilicher BOS ein.

Summe der Titelgruppe 63	14.312,5	+15,0	14.327,5
---------------------------------	-----------------	--------------	-----------------

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

04

Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

04 10

Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Abschluss Kapitel 04 10

2017	Gesamteinnahmen	23.984,6	+15,0 0,0	23.999,6
	Gesamtausgaben	393.079,3	+11.344,7 -953,0	403.471,0
	Zuschuss	369.094,7	+10.376,7	379.471,4
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	3.623	-15	3.608
	davon fällig Haushaltsjahr 2018	3.623	-15	3.608
	davon fällig Haushaltsjahr 2019			
	davon fällig Haushaltsjahr 2020			
	davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff			

04 Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Einnahmen

231 01	233	Erstattung des Anteils des Bundes am Wohngeld	32.000,0	-5.000,0	27.000,0
Bemerkung:					
Geringerer Ausgabenansatz als die Bundesprognose, da diese bereits für das Jahr 2016 voraussichtlich um rd. 20 Mio. €, rd. 30 Prozent, unterschritten wird.					

03 Wohnraumförderung

331 30	411	Kompensationsleistungen des Bundes für die soziale Wohnraumförderung	24.795,9	+17.000,0	41.795,9
(03)					
Bemerkung:					
17 Mio. € Anteil Schl.-H. von 500 Mio. € für den Wohnungsbau gemäß Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration vom 7. Juli 2016 (vgl. Titel 884 30 MG 04).					
Summe der Maßnahmegruppe 03			24.795,9	+17.000,0	41.795,9

04 Städtebauförderung

233 01	423	Rückzahlung von Bundesmitteln für Städtebauförderungsprogramme durch die Kommunen einschl. Zweckentfremdungszinsen	0,0	0,0	0,0
(04)					
		Neuer Haushaltsvermerk			
		Erstattungen an den Bund dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.			
		Bemerkung:			
		Erstattungen an den Bund dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.			
331 15	423	Finanzhilfen des Bundes für Städtebauförderungsprogramme	15.181,0	+128,0	15.309,0
(04)					
		Bemerkung:			
		Siehe Titel 883 15 (MG 04).			
		Neuer Titel			
331 18	423	Finanzhilfen des Bundes für den Investitionspakt "Soziale Integration im Quartier"	0,0	+350,0	350,0
(04)					
		Bemerkung:			
		Siehe Titel 883 18 (MG 04).			

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

04 Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		
Summe der Maßnahmegruppe 04			15.181,0	+478,0	15.659,0

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

04 Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

681 02	233	Erstattung von Wohngeld an die Bewilligungsstellen	64.000,0	-10.000,0	54.000,0
--------	-----	--	----------	-----------	----------

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Geringerer Ausgabenansatz als die Bundesprognose, da diese bereits für das Jahr 2016 voraussichtlich um rd. 20 Mio. €, rd. 30 Prozent, unterschritten wird.

03 Wohnraumförderung

884 30	411	Zuweisung an das Zweckvermögen Wohnraumförderung/Krankenhausfinanzierung bei der Investitionsbank Schleswig-Holstein aus Kompensationsleistungen des Bundes	24.795,9	+17.000,0	41.795,9
--------	-----	---	----------	-----------	----------

(03)

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

17 Mio. € Anteil Schl.-H. von 500 Mio. € für den Wohnungsbau gemäß Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration vom 7. Juli 2016.

Summe der Maßnahmegruppe 03	24.795,9	+17.000,0	41.795,9
------------------------------------	-----------------	------------------	-----------------

04 Städtebauförderung

883 15	423	Zuweisungen aus Finanzhilfen des Bundes für Städtebauförderungsprogramme	15.181,0	+128,0	15.309,0
--------	-----	--	----------	--------	----------

(04)

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

Neuverpflichtung aus HHJ 2017	15.675	+2.440	18.115
davon fällig Haushaltsjahr 2018	4.125	+642	4.767
davon fällig Haushaltsjahr 2019	4.950	+770	5.720
davon fällig Haushaltsjahr 2020	4.125	+642	4.767
davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	2.475	+386	2.861

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Erhöhung des Verpflichtungsrahmens der Bundesfinanzhilfen für das Programmjahr 2017 aufgrund der Aufstockung der Programme Stadtumbau West und Soziale Stadt.

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

04 Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

883 16 (04)	423	Zuweisungen des Landes für Städtebauförderungsprogramme	11.400,0	-70,0	11.330,0
----------------	-----	--	-----------------	--------------	-----------------

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

Neuverpflichtung aus HHJ 2017	16.168	+2.670	18.838
davon fällig Haushaltsjahr 2018	1.300	+7.280	8.580
davon fällig Haushaltsjahr 2019	4.668	+1.650	6.318
davon fällig Haushaltsjahr 2020	6.200	-5.260	940
davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	4.000	-1.000	3.000

Haushaltsvermerk geändert

Der Ansatz darf bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 233 02 (MG 04) überschritten werden.

Gegenseitig deckungsfähig mit 883 19 (MG 04). Zusätzlich einseitig deckungsfähig zugunsten 883 17 (MG 04).

Bemerkung:

Erhöhung des Verpflichtungsrahmens für das Programmjahr 2017 zur Kofinanzierung der Bundesfinanzhilfen aufgrund der Aufstockung der Programme Stadtumbau West und Soziale Stadt.

883 17 (04)	062	Zuweisungen an Gemeinden für Maßnahmen der Nachhaltigen Stadtentwicklung im Rahmen des Programms OP EFRE 2014 - 2020	0,0	0,0	0,0
----------------	-----	---	------------	------------	------------

Haushaltsvermerk geändert

Einseitig deckungsfähig zu Lasten 883 16 (MG 04) und 883 19 (MG 04).

Neuer Titel

883 18 (04)	423	Zuweisungen aus Finanzhilfen des Bundes für den Investitionspakt "Soziale Integration im Quartier"	0,0	+350,0	350,0
----------------	-----	---	------------	---------------	--------------

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

Neuverpflichtung aus HHJ 2017	0	+6.650	6.650
davon fällig Haushaltsjahr 2018	0	+1.750	1.750
davon fällig Haushaltsjahr 2019	0	+2.100	2.100
davon fällig Haushaltsjahr 2020	0	+1.750	1.750
davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	0	+1.050	1.050

Neuer Haushaltsvermerk

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 331 18 (MG 04) geleistet werden.

Bemerkung:

Ab dem Jahr 2017 wird der Bund den Investitionspakt "Soziale Integration im Quartier" auflegen und den Ländern jährlich 200 Mio. € zur Verfügung stellen. Ziel ist es, die Kommunen bei der Integration von Flüchtlingen und die Förderung des sozialen Zusammenhaltes aller Bevölkerungsgruppen durch die Anpassung der dafür notwendigen sozialen Infrastruktur zu unterstützen (Förderquoten: Bund 75 %, Land 15 % und Kommunen 10 %).

Neuer Titel

883 19 (04)	423	Zuweisungen des Landes für den Investitionspakt "Soziale Integration im Quartier"	0,0	+70,0	70,0
----------------	-----	--	------------	--------------	-------------

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

04 Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

noch zu 883 19

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

Neuverpflichtung aus HHJ 2017	0	+1.330	1.330
davon fällig Haushaltsjahr 2018	0	+350	350
davon fällig Haushaltsjahr 2019	0	+430	430
davon fällig Haushaltsjahr 2020	0	+350	350
davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	0	+200	200

Neuer Haushaltsvermerk

Gegenseitig deckungsfähig mit 883 16 (MG 04). Zusätzlich einseitig deckungsfähig zugunsten 883 17 (MG 04).

Bemerkung:

Siehe Titel 883 18 (MG 04).

Summe der Maßnahmegruppe 04	26.581,0	+478,0	27.059,0
------------------------------------	-----------------	---------------	-----------------

Abschluss Kapitel 04 16

2017	Gesamteinnahmen	72.013,3	+17.478,0	84.491,3
			-5.000,0	
	Gesamtausgaben	116.864,6	+17.548,0	124.342,6
			-10.070,0	
	Zuschuss	44.851,3	-5.000,0	39.851,3
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	31.843	+13.090	44.933
	davon fällig Haushaltsjahr 2018	5.425	+10.022	15.447
	davon fällig Haushaltsjahr 2019	9.618	+4.950	14.568
	davon fällig Haushaltsjahr 2020	10.325	-2.518	7.807
	davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	6.475	+636	7.111

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Gesamtabschluss Einzelplan 04

2017	Gesamteinnahmen	134.766,0	+18.693,0 -5.000,0	148.459,0
	Gesamtausgaben	950.582,4	+33.367,2 -183.963,0	799.986,6
	Zuschuss	815.816,4	-164.288,8	651.527,6
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	35.814	+13.075	48.889
	davon fällig Haushaltsjahr 2018	9.342	+10.007	19.349
	davon fällig Haushaltsjahr 2019	9.642	+4.950	14.592
	davon fällig Haushaltsjahr 2020	10.349	-2.518	7.831
	davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	6.481	+636	7.117

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

05 Finanzministerium
05 01 Allgemeine Angelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	2.067,6	+340,0	2.407,6
---------------	------------	--	----------------	---------------	----------------

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Mehrbedarf in der Stabsstelle HSH.

429 01	011	Ausgaben für Besoldungs- und Tarifierhöhungen	13.705,1	+3.029,2	16.734,3
---------------	------------	--	-----------------	-----------------	-----------------

Bemerkung:

3.029,2 T€ umgesetzt aus Titel 1111-461 01 zur Finanzierung der Auswirkungen von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

Abschluss Kapitel 05 01

2017	Gesamteinnahmen	0,3	0,0 0,0	0,3
	Gesamtausgaben	17.788,8	+3.369,2 0,0	21.158,0
	Zuschuss	17.788,5	+3.369,2	21.157,7
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	keine Verpflichtungsermächtigung			

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

05 Finanzministerium

05 05 Steuerwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Bemerkung:

Im Vorgriff auf den Stellenabbaupfad 2018 wurden im Tarifbereich 6 Stellen eingespart.

Ausgaben

422 01	061	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	120.654,4	+150,0	120.804,4
--------	-----	--	------------------	---------------	------------------

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Mehrbedarf für zusätzliche Beförderungen in der LG 1.2 der Steuerverwaltung - Verbesserung der Personalstruktur durch Anpassung an die Funktionsbewertung (178 Hebungen von A7 nach A9 LG1.2 und 26 zusätzliche Amtszulagen A9Z).

Abschluss Kapitel 05 05

2017	Gesamteinnahmen	33.522,4	0,0	33.522,4
			0,0	
	Gesamtausgaben	161.186,1	+150,0	161.336,1
			0,0	
	Zuschuss	127.663,7	+150,0	127.813,7
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	keine Verpflichtungsermächtigung			

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

05 Finanzministerium

05 06 Wirtschaft

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Einnahmen

231 02	016	Erstattung von Verwaltungskosten durch den Bund für das Amt für Bundesbau	2.558,5	+143,7	2.702,2
--------	-----	--	----------------	---------------	----------------

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Anpassung aufgrund Erhöhung des Titels 0506-42804 MG 01.

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

05 Finanzministerium

05 06 Wirtschaft

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

01 Amt für Bundesbau

Haushaltsvermerk unverändert

428 04	016	Entgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.110,0	+143,7	1.253,7
(01)					

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Anpassung an die Personalkostenhochrechnung für das Amt für Bundesbau. Korrespondierend Erhöhung der Einnahmen bei Titel 0506-23102 - Erstattung durch den Bund.

Summe der Maßnahmegruppe 01	2.558,5	+143,7	2.702,2
------------------------------------	----------------	---------------	----------------

Abschluss Kapitel 05 06

2017	Gesamteinnahmen	2.945,1	+143,7	3.088,8
			0,0	
	Gesamtausgaben	4.915,6	+143,7	5.059,3
			0,0	
	Zuschuss	1.970,5	0,0	1.970,5
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	keine Verpflichtungsermächtigung			

05

Finanzministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Gesamtabschluss Einzelplan 05

2017	Gesamteinnahmen	36.960,8	+143,7 0,0	37.104,5
	Gesamtausgaben	191.480,0	+3.662,9 0,0	195.142,9
	Zuschuss	154.519,2	+3.519,2	158.038,4
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	keine Verpflichtungsermächtigung			

06

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

06 01

Allgemeines

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

535 01	011	Maßnahmen der Gesundheitswirtschaft in Schleswig-Holstein	85,0	-35,0	50,0
--------	-----	---	------	-------	------

Bemerkung:

Deckung für 0612.06.682 01 (Organisation einer Gesundheitsmesse)

Abschluss Kapitel 06 01

2017	Gesamteinnahmen	52,0	0,0	52,0
			0,0	
	Gesamtausgaben	10.240,7	0,0	10.205,7
			-35,0	
	Zuschuss	10.188,7	-35,0	10.153,7
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	keine Verpflichtungsermächtigung			

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

06 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

06 12 Wirtschaft

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

03 Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW)

Haushaltsvermerk unverändert

Zweckbestimmung geändert

633 01	692	An Gemeinden und Gemeindeverbände für Kooperations- und Vernetzungsprojekte	144,8	0,0	144,8
---------------	-----	--	--------------	------------	--------------

(03)

Bemerkung:

Änderung des GRW-Koordinierungsrahmen.

Summe der Maßnahmegruppe 03	42.669,7	0,0	42.669,7
------------------------------------	-----------------	------------	-----------------

06 Werbemaßnahmen im Interesse der gewerblichen Wirtschaft und der interregionalen Zusammenarbeit

Haushaltsvermerk unverändert

682 01	681	An die Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH	2.675,0	+35,0	2.710,0
---------------	-----	--	----------------	--------------	----------------

(06)

Bemerkung:

Zusätzlicher Bedarf für die Organisation der Gesundheitsmesse "ConhIT"

Summe der Maßnahmegruppe 06	2.835,0	+35,0	2.870,0
------------------------------------	----------------	--------------	----------------

18 "Landesprogramm Wirtschaft (LPW)" 2014-2020

Haushaltsvermerk unverändert

883 05	692	An Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen	43.967,5	-75,0	43.892,5
---------------	-----	--	-----------------	--------------	-----------------

(18)

Bemerkung:

Deckung für 0613.61.68361

06

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

06 12

Wirtschaft

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Summe der Maßnahmegruppe 18

45.459,3

-75,0

45.384,3

Abschluss Kapitel 06 12

2017

Gesamteinnahmen

60.294,2

0,0

60.294,2

0,0

Gesamtausgaben

101.579,3

+35,0

101.539,3

-75,0

Zuschuss

41.285,1

-40,0

41.245,1

Überschuss

0,0

0,0

0,0

Verpflichtungsermächtigung in (T€)

76.375

-

76.375

davon fällig Haushaltsjahr 2018

23.015

-

23.015

davon fällig Haushaltsjahr 2019

27.259

-

27.259

davon fällig Haushaltsjahr 2020

26.055

-

26.055

davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff

46

-

46

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

06

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

06 13

Technologie, Tourismus und Verbraucherschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

01 Erstattung und Beiträge für die Wahrnehmung von Aufgaben durch Dritte

Haushaltsvermerk unverändert

686 05 (01)	011	Beiträge und Kostenanteile an Vereine und Gesellschaften	2,0	+1,0	3,0
Bemerkung: Vereinsbeitritt "aireg"					
Summe der Maßnahmegruppe 01			1.252,0	+1,0	1.253,0

07 Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation zur Stärkung der Wirtschaft in Schleswig-Holstein

Haushaltsvermerk unverändert

533 01 (07)	165	Für Aufträge an Dritte im Rahmen des Technologietransfers sowie für Marktanalysen und Projektstudien	150,0	-1,0	149,0
Bemerkung: Deckung für 0613.01.686 05					
Summe der Maßnahmegruppe 07			3.115,4	-1,0	3.114,4

61 Tourismus

Haushaltsvermerk unverändert

683 61 (61)	652	Zuschüsse an private Unternehmen	1.731,0	+75,0	1.806,0
Bemerkung: Zusätzlicher Bedarf aufgrund der Neuausrichtung.					
686 61 (61)	652	An Sonstige	200,0	0,0	200,0

06

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

06 13

Technologie, Tourismus und Verbraucherschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

noch zu 686 61

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

Neuverpflichtung aus HHJ 2017	0	+360	360
davon fällig Haushaltsjahr 2018	0	+180	180
davon fällig Haushaltsjahr 2019	0	+180	180
davon fällig Haushaltsjahr 2020	0	0	0
davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	0	0	0

Bemerkung:

Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

Summe der Titelgruppe 61	2.135,0	+75,0	2.210,0
---------------------------------	----------------	--------------	----------------

Abschluss Kapitel 06 13

2017	Gesamteinnahmen	200,0	0,0	200,0
			0,0	
	Gesamtausgaben	18.566,6	+76,0	18.641,6
			-1,0	
	Zuschuss	18.366,6	+75,0	18.441,6
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	3.000	+360	3.360
	davon fällig Haushaltsjahr 2018	1.800	+180	1.980
	davon fällig Haushaltsjahr 2019	700	+180	880
	davon fällig Haushaltsjahr 2020	500	-	500
	davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff			

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

06 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

06 14 Verkehrswesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

04 Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein (LBV-SH)

Haushaltsvermerk unverändert

685 01 (04)	711	An den Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein für Betriebskosten	51.509,9	+1.235,3	52.745,2
-----------------------	-----	--	-----------------	-----------------	-----------------

Bemerkung:

Verschiebung der Einsparvorgabe gem. Stellenabbaupfad nach 2020.

990,3 T€ umgesetzt aus Titel 1111-461 01 zur Finanzierung der Auswirkungen von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

Summe der Maßnahmegruppe 04	104.752,8	+1.235,3	105.988,1
------------------------------------	------------------	-----------------	------------------

06 Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz SH (LKN)

Haushaltsvermerk unverändert

693 01 (06)	731	Ausgaben im Zusammenhang mit der Kommunalisierung bzw. Einziehung von landeseigenen Häfen	1.428,6	-707,2	721,4
-----------------------	-----	--	----------------	---------------	--------------

Bemerkung:

Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

981 01 (06)	731	Verrechnung von Ausgaben im Zusammenhang mit Küstenschutzmaßnahmen in Friedrichskoog	0,0	+1.028,6	1.028,6
-----------------------	-----	---	------------	-----------------	----------------

Bemerkung:

Zusätzlicher Bedarf zur Ko-Finanzierung von Maßnahmen der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) im Hafen Friedrichskoog.

Summe der Maßnahmegruppe 06	4.095,6	+321,4	4.417,0
------------------------------------	----------------	---------------	----------------

06

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

06 14

Verkehrswesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Abschluss Kapitel 06 14

2017	Gesamteinnahmen	316.640,6	0,0 0,0	316.640,6
	Gesamtausgaben	466.076,4	+2.263,9 -707,2	467.633,1
	Zuschuss	149.435,8	+1.556,7	150.992,5
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	53.200	-	53.200
	davon fällig Haushaltsjahr 2018	21.500	-	21.500
	davon fällig Haushaltsjahr 2019	11.200	-	11.200
	davon fällig Haushaltsjahr 2020	10.500	-	10.500
	davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	10.000	-	10.000

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

06

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

06 16

Arbeit und Qualifizierung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

01 Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen

Haushaltsvermerk unverändert

686 02	253	An Sonstige für Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration	5.000,0	-1.000,0	4.000,0
(01)		Bemerkung: Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.			
Summe der Maßnahmegruppe 01			5.317,0	-1.000,0	4.317,0

Abschluss Kapitel 06 16

2017	Gesamteinnahmen	13.726,0	0,0	13.726,0
			0,0	
	Gesamtausgaben	29.309,5	0,0	28.309,5
			-1.000,0	
	Zuschuss	15.583,5	-1.000,0	14.583,5
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	23.122	-	23.122
	davon fällig Haushaltsjahr 2018	9.271	-	9.271
	davon fällig Haushaltsjahr 2019	8.281	-	8.281
	davon fällig Haushaltsjahr 2020	5.070	-	5.070
	davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	500	-	500

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Gesamtabschluss Einzelplan 06

2017	Gesamteinnahmen	390.912,8	0,0 0,0	390.912,8
	Gesamtausgaben	625.772,5	+2.374,9 -1.818,2	626.329,2
	Zuschuss	234.859,7	+556,7	235.416,4
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	155.697	+360	156.057
	davon fällig Haushaltsjahr 2018	55.586	+180	55.766
	davon fällig Haushaltsjahr 2019	47.440	+180	47.620
	davon fällig Haushaltsjahr 2020	42.125	-	42.125
	davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	10.546	-	10.546

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

07 Ministerium für Schule und Berufsbildung

07 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

429 01	011	Ausgaben für Tarif- und Besoldungserhöhungen	1.133,3	+281,6	1.414,9
---------------	-----	---	----------------	---------------	----------------

Bemerkung:

281,6 T€ umgesetzt aus Titel 1111-461 01 zur Finanzierung der Auswirkungen von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

Abschluss Kapitel 07 01

2017	Gesamteinnahmen	89,0	0,0	89,0
			0,0	
	Gesamtausgaben	4.532,5	+281,6	4.814,1
			0,0	
	Zuschuss	4.443,5	+281,6	4.725,1
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	keine Verpflichtungsermächtigung			

07 Ministerium für Schule und Berufsbildung

07 09 Berufsbildung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk geändert

Zusätzlich deckungsfähig innerhalb des Kapitels.

Zusätzlich sind die Ausgabetitel der Hauptgruppen 6 und 8 übertragbar.

Ausgaben

02 Jugendaufbauwerk Schleswig-Holstein

Haushaltsvermerk unverändert

534 01	253	Maßnahmen zur Anpassung der JAW-Konzeption an die pädagogische Entwicklung	0,0	+120,0	120,0
(02)					

Bemerkung:

Für Vertrag mit der Stadt Niebüll.

883 01	253	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	277,8	-120,0	157,8
(02)					

Bemerkung:

S. Titel 534 01.

Summe der Maßnahmegruppe 02			1.755,2	0,0	1.755,2
------------------------------------	--	--	----------------	------------	----------------

Abschluss Kapitel 07 09

2017	Gesamteinnahmen	426,0	0,0	426,0
			0,0	
	Gesamtausgaben	5.684,8	+120,0	5.684,8
			-120,0	
	Zuschuss	5.258,8	0,0	5.258,8
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	8.804	-	8.804
	davon fällig Haushaltsjahr 2018	568	-	568
	davon fällig Haushaltsjahr 2019	4.118	-	4.118
	davon fällig Haushaltsjahr 2020	4.118	-	4.118
	davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff			

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

07 Ministerium für Schule und Berufsbildung

07 10 Allgemeine Bewilligungen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Einnahmen

233 01	127	Landesanteil an Umschülerbeiträgen nach § 23 Abs. 6 SchulG	1.750,0	+100,0	1.850,0
---------------	-----	---	----------------	---------------	----------------

Bemerkung:

Anpassung an die Einnahmeentwicklung.

Neuer Titel

282 07	129	Beiträge Hamburgs für die Beschulung in der Landesunterkunft Bad Segeberg	0,0		0,0
---------------	-----	--	------------	--	------------

Bemerkung:

Der Titel wurde durch die Inanspruchnahme einer Ermächtigung im Haushaltsvollzug 2016 eingerichtet. Es handelt sich hier um den haushaltstechnischen Nachvollzug dieser Maßnahme.

07 Ministerium für Schule und Berufsbildung

07 10 Allgemeine Bewilligungen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

Neuer Titel

535 01	129	Abwicklung des freiwilligen sozialen Jahres (Schule)	0,0	+275,0	275,0
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2017	0	+2.640	2.640
		davon fällig Haushaltsjahr 2018	0	+660	660
		davon fällig Haushaltsjahr 2019	0	+660	660
		davon fällig Haushaltsjahr 2020	0	+660	660
		davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	0	+660	660

Bemerkung:

Einrichtung des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ), das vorzugsweise an weiterführenden allgemein bildenden Schulen (Sek I, Sek II) abgeleistet werden kann.
Der Ansatz entspricht 5/12 des Jahresbetrages von 660,0 T€.

03 Reisekostenvergütungen für Schulausflüge

Haushaltsvermerk unverändert

527 18	111	Reisekosten für Lehrerinnen, Lehrer und Begleitpersonen für Schulausflüge an allgemein bildenden Schulen	912,5	+880,0	1.792,5
(03)		Bemerkung: Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf			
527 19	111	Reisekosten für Lehrerinnen, Lehrer und Begleitpersonen für Schulpartnerschaften an allgemein bildenden Schulen	40,0	+40,0	80,0
(03)		Bemerkung: Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf			
527 28	127	Reisekosten für Lehrerinnen, Lehrer und Begleitpersonen für Schulausflüge an Berufsbildenden Schulen	145,5	+155,0	300,5
(03)		<i>Haushaltsvermerk unverändert</i> Bemerkung: Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf			
527 29	127	Reisekosten für Lehrerinnen, Lehrer und Begleitpersonen für Schulpartnerschaften an Berufsbildenden Schulen	20,0	+25,0	45,0
(03)					

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

07 Ministerium für Schule und Berufsbildung

07 10 Allgemeine Bewilligungen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

noch zu 527 29

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf

Neuer Titel

527 30 (03)	129	Reisekosten für außereuropäische Schulpersonen für Lehrerinnen, Lehrer und Begleitpersonen im Rahmen von Kooperationen des Landes	0,0	+50,0	50,0
-----------------------	-----	--	------------	--------------	-------------

Bemerkung:

zur Umsetzung außereuropäischer Kooperationen

Summe der Maßnahmegruppe 03

1.118,0

+1.150,0

2.268,0

06 Förderung von Initiativen im Bereich des schulischen Bildungswesens

Haushaltsvermerk unverändert

Neuer Titel

536 08 (06)	129	Umsetzung pädagogischer Begleitmaßnahmen des EU-Schulprogramms für Obst, Gemüse und Milch	0,0	+60,0	60,0
-----------------------	-----	--	------------	--------------	-------------

Bemerkung:

Bedarf für die pädagogischen Begleitmaßnahmen zur Umsetzung des EU-Schulprogramms für Obst, Gemüse und Milch

685 06 (06)	129	Zuwendungen an öffentliche Träger im Rahmen der Förderung der Übergänge im vor-schulischen und schulischen Bildungsweg	200,0	-20,0	180,0
-----------------------	-----	---	--------------	--------------	--------------

Bemerkung:

Anpassung an den erwarteten Bedarf

Summe der Maßnahmegruppe 06

1.371,5

+40,0

1.411,5

07 Zuschüsse an deutsche Privatschulen

Haushaltsvermerk unverändert

684 02 (07)	115	Zuschüsse an private allgemeinbildende Schulen (ausgenommen Waldorfschulen)	27.260,0	-400,0	26.860,0
-----------------------	-----	--	-----------------	---------------	-----------------

Bemerkung:

Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

07 Ministerium für Schule und Berufsbildung

07 10 Allgemeine Bewilligungen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		
684 03 (07)	128	Zuschüsse an private berufsbildende Schulen	8.800,0	-600,0	8.200,0
		Bemerkung: Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.			
Summe der Maßnahmegruppe 07			62.960,0	-1.000,0	61.960,0
11 Reisekostenvergütungen der Lehrkräfte					
<i>Haushaltsvermerk unverändert</i>					
527 12 (11)	124	Förderzentren - Reisekosten Inland -	233,0	-30,0	203,0
		Bemerkung: Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf			
527 13 (11)	114	Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe, Regionalschulen - Reisekosten Inland -	80,0	-10,0	70,0
		Bemerkung: Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf			
527 14 (11)	114	Gymnasien - Reisekosten Inland -	110,0	-30,0	80,0
		Bemerkung: Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf			
527 15 (11)	114	Gemeinschaftsschulen mit gymnasialer Oberstufe - Reisekosten Inland -	75,0	-20,0	55,0
		Bemerkung: Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf			
527 16 (11)	127	Berufsbildende Schulen - Reisekosten Inland	135,0	+90,0	225,0
		<i>Haushaltsvermerk unverändert</i>			
		Bemerkung: Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf			
Summe der Maßnahmegruppe 11			800,0	0,0	800,0

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

07 Ministerium für Schule und Berufsbildung

07 10 Allgemeine Bewilligungen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

**19 Sicherung der Unterrichtsversorgung
aufgrund gestiegener Schülerzahlen
(schulpflichtige Flüchtlinge)**

Haushaltsvermerk unverändert

422 19 (19)	114	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten für schulpflichtige Flüchtlinge	45.167,0	+1.000,0	46.167,0
-----------------------	------------	--	-----------------	-----------------	-----------------

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

1.000,0 T€ mehr für weitere 48 Planstellen ab 1.8.2017.

Summe der Maßnahmegruppe 19		45.167,0	+1.000,0	46.167,0
------------------------------------	--	-----------------	-----------------	-----------------

20 Weiterentwicklung der Inklusion

Haushaltsvermerk unverändert

Zweckbestimmung geändert

525 20 (20)	111	Fortbildungen für Lehrkräfte und multiprofessionelle Teams	25,0	-15,0	10,0
-----------------------	------------	---	-------------	--------------	-------------

Bemerkung:

Budgetneutrale Umschichtung innerhalb der MG.

535 20 (20)	111	Regiekosten im Rahmen der Weiterentwicklung der Inklusion	30,0	+30,0	60,0
-----------------------	------------	--	-------------	--------------	-------------

Bemerkung:

Budgetneutrale Umschichtung innerhalb der MG.

547 20 (20)	111	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	8,0	-8,0	0,0
-----------------------	------------	--	------------	-------------	------------

Bemerkung:

Budgetneutrale Umschichtung innerhalb der MG.

671 20 (20)	111	Erstattungen im Rahmen der Weiterentwicklung der Inklusion	25,0	-7,0	18,0
-----------------------	------------	---	-------------	-------------	-------------

Bemerkung:

Budgetneutrale Umschichtung der MG.

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

07 Ministerium für Schule und Berufsbildung

07 10 Allgemeine Bewilligungen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Summe der Maßnahmegruppe 20

88,0

0,0

88,0

61 Schulpsychologischer Dienst und Gesundheitserziehung

Haushaltsvermerk unverändert

Neuer Titel

535 61 128 Supervision für Schulpsychologinnen und
(61) Schulpsychologen

0,0

+20,0

20,0

Bemerkung:

Unterstützung und professionelle Weiterentwicklung des schulpsychologischen Dienstes

Summe der Titelgruppe 61

31,5

+20,0

51,5

67 Deutsch als Zweitsprache (DaZ) für berufsbildende Schulen

Haushaltsvermerk geändert

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe sowie mit 0710 TG 68.

Für Titel der Hauptgruppe 4 findet § 10 Abs. 1 Haushaltsgesetz 2017 zusätzlich Anwendung. Ausnahmen sind mit Einwilligung des Finanzministeriums zulässig.

Das Ministerium für Schule und Berufsbildung darf im Einvernehmen mit dem Finanzministerium Mittel und Verpflichtungsermächtigungen umsetzen, Planstellen und Stellen einrichten sowie weitere Titel und Haushaltsvermerke einrichten und ändern, wenn und soweit die Finanzierung der Maßnahme gedeckt ist. Im Gegenwert von bis zu 50 Stellen dürfen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in befristeten Beschäftigungsverhältnissen bis zum 31. Juli 2018 in den DaZ-Maßnahmen des Übergangsbereichs für die Erfordernisse der beruflichen Schulen und RBZ vorübergehend beschäftigt werden.

Bemerkung:

Verlängerung des kw-Vermerks um ein Jahr bis zum 31. Juli 2018 und Zweckbindung flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellter Mittel.

Summe der Titelgruppe 67

4.720,0

0,0

4.720,0

68 Deutsch als Zweitsprache (DaZ) für allgemeinbildende Schulen

Haushaltsvermerk geändert

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe sowie mit 0710 TG 67.

Für Titel der Hauptgruppe 4 findet § 10 Abs. 1 Haushaltsgesetz 2017 zusätzlich Anwendung. Ausnahmen sind mit Einwilligung des Finanzministeriums zulässig.

Bemerkung:

Zweckbindung flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellter Mittel.

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

07 Ministerium für Schule und Berufsbildung

07 10 Allgemeine Bewilligungen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		
427 68 (68)	112	Beschäftigungsentgelte und Prüfungs- gebühren (allgemeinbildende Schulen)	38,5	+9,8	48,3
		Bemerkung: Budgetneutrale Umschichtung innerhalb der TG.			
525 68 (68)	112	Fortbildungen für Lehrkräfte (allgemeinbildende Schulen)	164,3	-15,0	149,3
		Bemerkung: Budgetneutrale Umschichtung innerhalb der TG.			
		<i>Zweckbestimmung geändert</i>			
534 68 (68)	112	Regiekosten (allgemeinbildende Schulen)	17,2	+5,2	22,4
		Bemerkung: Budgetneutrale Umschichtung innerhalb der TG.			
684 68 (68)	112	Zuwendungen und Zuschüsse an die LAG und weitere Kooperationspartner (allgemeinbildende Schulen)	2.150,0	0,0	2.150,0
		<i>Neuer Haushaltsvermerk</i>			
		Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 282 07 geleistet werden.			
		Bemerkung: Einrichtung eines Zuflussvermerks zur haushaltstechnischen Umsetzung.			
Summe der Titelgruppe 68			2.450,0	0,0	2.450,0

Abschluss Kapitel 07 10

2017	Gesamteinnahmen	19.896,2	+100,0 0,0	19.996,2
	Gesamtausgaben	248.858,5	+2.640,0 -1.155,0	250.343,5
	Zuschuss	228.962,3	+1.385,0	230.347,3
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	19.250	+2.640	21.890
	davon fällig Haushaltsjahr 2018	8.940	+660	9.600
	davon fällig Haushaltsjahr 2019	2.150	+660	2.810
	davon fällig Haushaltsjahr 2020	2.150	+660	2.810
	davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	6.010	+660	6.670

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

07 Ministerium für Schule und Berufsbildung

07 11 Grundschulen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

429 01	129	Ausgaben für Tarif- und Besoldungserhöhungen	119.600,0	+21.500,0	141.100,0
---------------	------------	---	------------------	------------------	------------------

Bemerkung:

21.500,0 T€ umgesetzt aus Titel 1111-461 01 zur Finanzierung der Auswirkungen von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

Abschluss Kapitel 07 11

2017	Gesamteinnahmen	0,0	0,0	0,0
	Gesamtausgaben	321.813,8	+21.500,0	343.313,8
	Zuschuss	321.813,8	+21.500,0	343.313,8
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	keine Verpflichtungsermächtigung			

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

07 Ministerium für Schule und Berufsbildung

07 15 Gemeinschaftsschulen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

422 01	114	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	263.500,0	+3.900,0	267.400,0
		<i>Haushaltsvermerk unverändert</i>			
		Bemerkung:			
		3,9 Mio. € mehr für Beförderungen von A12 nach A13.			

Abschluss Kapitel 07 15

2017	Gesamteinnahmen	0,0	0,0	0,0
	Gesamtausgaben	309.600,0	+3.900,0	313.500,0
	Zuschuss	309.600,0	+3.900,0	313.500,0
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	keine Verpflichtungsermächtigung			

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

07 Ministerium für Schule und Berufsbildung

07 17 Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein (IQSH)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Einnahmen

282 02	154	Beiträge für die Teilnahme an Veranstaltungen des IQSH	100,0	-100,0	0,0
---------------	-----	---	--------------	---------------	------------

Bemerkung:

Streichung des Ansatzes aus haushaltstechnischen Gründen.

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

07 Ministerium für Schule und Berufsbildung

07 17 Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein (IQSH)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

429 01	154	Ausgaben für Tarif- und Besoldungserhöhungen	901,0	+306,1	1.207,1
---------------	-----	--	-------	--------	---------

Bemerkung:

306,1 T€ umgesetzt aus Titel 1111-461 01 zur Finanzierung der Auswirkungen von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

04 Lernen mit digitalen Medien

535 04	111	Durchführung von Maßnahmen	455,0	+150,0	605,0
---------------	-----	----------------------------	-------	--------	-------

(04)

Bemerkung:

Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Summe der Maßnahmegruppe 04	500,0	+150,0	650,0
------------------------------------	--------------	---------------	--------------

Abschluss Kapitel 07 17

2017	Gesamteinnahmen	120,3	0,0	20,3
			-100,0	
	Gesamtausgaben	17.446,3	+456,1	17.902,4
			0,0	
	Zuschuss	17.326,0	+556,1	17.882,1
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	keine Verpflichtungsermächtigung			

07 Ministerium für Schule und Berufsbildung

07 19 Landesförderzentren Sehen sowie körperliche und motorische Entwicklung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk geändert

Zusätzlich deckungsfähig innerhalb des Kapitels sowie mit dem Kapitel 0718.

Die Einnahmen der Titel 282 01 und 359 01 dürfen für Ausgaben bzw. Mehrausgaben bei den Titeln der Hauptgruppe 4 bis 8 verwendet werden.

Bemerkung:

Erweiterung des Zuflussvermerks um den Titel 282 01.

Einnahmen

Neuer Titel

282 01	124	Beiträge Dritter	0,0	0,0
---------------	------------	-------------------------	------------	------------

Bemerkung:

Einrichtung eines Einnahmetitels zur haushaltstechnischen Umsetzung.

Abschluss Kapitel 07 19

2017	Gesamteinnahmen	1.428,7	0,0	1.428,7
			0,0	
	Gesamtausgaben	3.381,5	0,0	3.381,5
			0,0	
	Zuschuss	1.952,8	0,0	1.952,8
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	keine Verpflichtungsermächtigung			

07

Ministerium für Schule und Berufsbildung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Gesamtabschluss Einzelplan 07

2017	Gesamteinnahmen	26.175,2	+100,0 -100,0	26.175,2
	Gesamtausgaben	1.565.812,8	+28.897,7 -1.275,0	1.593.435,5
	Zuschuss	1.539.637,6	+27.622,7	1.567.260,3
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	32.891	+2.640	35.531
	davon fällig Haushaltsjahr 2018	11.096	+660	11.756
	davon fällig Haushaltsjahr 2019	7.880	+660	8.540
	davon fällig Haushaltsjahr 2020	7.905	+660	8.565
	davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	6.010	+660	6.670

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

429 01	011	Ausgaben für Besoldungs- und Tariferhöhungen	20.068,3	+2.285,0	22.353,3
--------	-----	--	----------	----------	----------

Bemerkung:

2.285,0 T€ umgesetzt aus Titel 1111-461 01 zur Finanzierung der Auswirkungen von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

Abschluss Kapitel 09 01

2017	Gesamteinnahmen	264,3	0,0 0,0	264,3
	Gesamtausgaben	31.342,7	+2.285,0 0,0	33.627,7
	Zuschuss	31.078,4	+2.285,0	33.363,4
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	keine Verpflichtungsermächtigung			

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Einnahmen

111 02	051	Gerichtskosten	136.850,0	+2.876,9	139.726,9
--------	-----	-----------------------	------------------	-----------------	------------------

Bemerkung:

Erhöhung zur anteiligen Gegenfinanzierung der Mehrbedarfe 2017 durch Anpassung an die Ist-Entwicklung.

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa
09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	77.037,9	+60,3	77.098,2
		<i>Haushaltsvermerk unverändert</i>			
		Bemerkung: Änderung des SHBesG zur Schaffung von zusätzlichen Planstellen der Bes.Gruppe R2 (durch Hebung) für weitere aufsichtsführende Richterinnen und Richter.			
428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	37.995,0	-124,0	37.871,0
		<i>Haushaltsvermerk unverändert</i>			
		Bemerkung: Einsparung aufgrund Überprüfung der flüchtlingsbedingten Ausgaben.			
511 01	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	6.905,0	0,0	6.905,0
		<i>Neuer Haushaltsvermerk</i>			
		§ 10 Abs. 1 Haushaltsgesetz 2017 findet für flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellte Mittel keine Anwendung. Ausnahmen sind mit Einwilligung des Finanzministeriums zulässig.			
		Bemerkung: Zweckbindung flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellter Mittel			
526 14	051	Entschädigungen für Sachverständige	22.700,0	+1.000,0	23.700,0
		<i>Neuer Haushaltsvermerk</i>			
		Flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellte Mittel sind nicht deckungsfähig. Ausnahmen sind mit Einwilligung des Finanzministeriums zulässig.			
		Bemerkung: Zweckbindung flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellter Mittel. Ferner Mehrbedarf aufgrund Anpassung an die Ist-Entwicklung 2016.			
526 15	051	Sonstige Auslagen in Rechtssachen	45.500,0	0,0	45.500,0
		<i>Neuer Haushaltsvermerk</i>			
		Flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellte Mittel sind nicht deckungsfähig. Ausnahmen sind mit Einwilligung des Finanzministeriums zulässig.			
		Bemerkung: Zweckbindung flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellter Mittel			

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Abschluss Kapitel 09 02

2017	Gesamteinnahmen	146.927,0	+2.876,9 0,0	149.803,9
	Gesamtausgaben	257.606,9	+1.060,3 -124,0	258.543,2
	Zuschuss	110.679,9	-1.940,6	108.739,3
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	keine Verpflichtungsermächtigung			

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

422 01	056	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	30.054,0	+1.482,3	31.536,3
---------------	-----	--	-----------------	-----------------	-----------------

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Umsetzung struktureller Verbesserungen im Justizvollzug zur Senkung des Krankenstandes bzw. der Fehlzeiten sowie zur Abdeckung der Mehrbelastungen durch das neue Landesstrafvollzugsgesetz.

428 01	056	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	5.290,0	+20,1	5.310,1
---------------	-----	--	----------------	--------------	----------------

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Hebung einer Stelle für eine Psychologin/ einen Psychologen in der Justizvollzugsschule Neumünster.

02 Versorgung und Behandlung von Gefangenen

Haushaltsvermerk unverändert

533 11 (02)	056	Gesundheitsfürsorge für Gefangene	2.700,0	-200,0	2.500,0
-----------------------	-----	--	----------------	---------------	----------------

Bemerkung:

Zur Deckung des Mehrbedarfes bei Tit. 533 13 im Zusammenhang mit dem Betrieb einer psychiatrischen Abteilung (Tagesklinik) in der Justizvollzugsanstalt Neumünster.

533 13 (02)	056	Stationäre Versorgung und Behandlung psychiatrisch erkrankter Gefangener	1.000,0	+200,0	1.200,0
-----------------------	-----	---	----------------	---------------	----------------

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Die psychiatrische Abteilung (Tagesklinik) in der Justizvollzugsanstalt Neumünster nimmt zum 01.10.2016 den Betrieb auf. Die europaweite Ausschreibung bzw. Zuschlagserteilung hat zu einem konkreten jährlichen Gesamtbedarf ab 2017 in Höhe von rd. 1.200,0 T€ geführt.

Summe der Maßnahmegruppe 02	9.222,4	0,0	9.222,4
------------------------------------	----------------	------------	----------------

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Abschluss Kapitel 09 03

2017	Gesamteinnahmen	1.632,0	0,0	1.632,0
			0,0	
	Gesamtausgaben	55.816,0	+1.702,4	57.318,4
			-200,0	
	Zuschuss	54.184,0	+1.502,4	55.686,4
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	keine Verpflichtungsermächtigung			

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

511 01	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	330,0	0,0	330,0
--------	-----	--	-------	-----	-------

Neuer Haushaltsvermerk

§ 10 Abs. 1 Haushaltsgesetz 2017 findet für flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellte Mittel keine Anwendung. Ausnahmen sind mit Einwilligung des Finanzministeriums zulässig.

Bemerkung:

Zweckbindung flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellter Mittel

526 11	051	Auslagen in Rechtssachen	250,0	0,0	250,0
--------	-----	---------------------------------	-------	-----	-------

Neuer Haushaltsvermerk

Flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellte Mittel sind nicht deckungsfähig. Ausnahmen sind mit Einwilligung des Finanzministeriums zulässig.

Bemerkung:

Zweckbindung flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellter Mittel

Abschluss Kapitel 09 04

2017	Gesamteinnahmen	1.403,0	0,0	1.403,0
			0,0	
	Gesamtausgaben	7.296,0	0,0	7.296,0
			0,0	
	Zuschuss	5.893,0	0,0	5.893,0
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	keine Verpflichtungsermächtigung			

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	5.456,0	+6,7	5.462,7
--------	-----	---	---------	------	---------

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Änderung des SHBesG zur Schaffung einer zusätzlichen Planstelle der Bes.Gruppe R2 (durch Hebung) für eine weitere aufsichtsführende Richterin bzw. einen weiteren aufsichtsführenden Richter.

Abschluss Kapitel 09 05

2017	Gesamteinnahmen	1.402,0	0,0 0,0	1.402,0
	Gesamtausgaben	13.597,0	+6,7 0,0	13.603,7
	Zuschuss	12.195,0	+6,7	12.201,7
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	keine Verpflichtungsermächtigung			

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	20.906,0	+30,6	20.936,6
--------	-----	---	----------	-------	----------

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Änderung des SHBesG zur Schaffung weiterer Amtszulagen zur Bes.Gruppe R1 im Zusammenhang mit der Wiedereinführung des Amtes einer "Ersten Staatsanwältin" bzw. eines "Ersten Staatsanwaltes" für stellvertretende Leiterinnen und Leiter großer Abteilungen.

Abschluss Kapitel 09 08

2017	Gesamteinnahmen	14.130,0	0,0 0,0	14.130,0
	Gesamtausgaben	37.533,9	+30,6 0,0	37.564,5
	Zuschuss	23.403,9	+30,6	23.434,5
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	keine Verpflichtungsermächtigung			

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

09 11 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

Neuer Titel

527 01	011	Reisekosten im Zusammenhang mit der Beteiligung des Landes am INTERREG V B Nordsee - Projekt "Northern Connections"	0,0	+10,0	10,0
--------	-----	--	-----	-------	------

Bemerkung:

Das Land Schleswig-Holstein ist - unter Beteiligung des MJKE und des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie (MWAVT) - Partner im Projekt "Northern Connections (Strategic Transnational Cluster Cooperation - unlocking the potential for regional innovation)". Das Projekt zielt auf die Stärkung von transnationaler Zusammenarbeit und Innovation im Bereich nachhaltiger Energie-Cluster bzw. darauf ausgerichteter, bedarfsgerechter regionaler Innovations- und Internationalisierungsstrategien ab. Das unter Führung der Kommune Aalborg liegende Projekt wird nach Annahme durch das EU-Programm INTERREG V B Nordsee Anfang 2017 seine Arbeit aufnehmen; die Gesamtprojektlaufzeit ist bis April 2020 vorgesehen. Veranschlagt sind projektgebundene Reisekosten von am Projekt beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des MJKE.

Für das Projekt erfolgt eine anteilige Finanzierung in Höhe von 50 von Hundert der abrechnungsfähigen Gesamtkosten durch das EU-Programm INTERREG V B Nordsee. Die ersten Erstattungen von der EU sind jedoch erst im Jahr 2018 zu erwarten und entsprechend zu veranschlagen. Vorgesehen ist die zentrale Erstattung für die beiden schleswig-holsteinischen Projektpartner (MJKE / MWAVT) an das MJKE. Mit dem Haushalt 2018 ist dann auch erstmalig die Aufteilung der anteiligen Erstattungsleistungen zwischen dem MJKE und dem MWAVT zu regeln.

541 02	011	Aufwendungen für die Pflege und die Entwicklung der Ostsee- und Nordsee-zusammenarbeit sowie mit Pays de la Loire	80,0	-35,0	45,0
--------	-----	--	------	-------	------

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Verlagerung der Veranschlagung deutsch-dänischer Aktivitäten in das INTERREG V B Nordsee - Projekt "Northern Connections".
Vgl. Tit. 527 01 und 541 04.

Neuer Titel

541 04	011	Ausgaben im Zusammenhang mit der Beteiligung des Landes am INTERREG V B Nordsee - Projekt "Northern Connections"	0,0	+25,0	25,0
--------	-----	---	-----	-------	------

Bemerkung:

Das Land Schleswig-Holstein ist - unter Beteiligung des MJKE und des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie (MWAVT) - Partner im Projekt "Northern Connections (Strategic Transnational Cluster Cooperation - unlocking the potential for regional innovation)". Das Projekt zielt auf die Stärkung von transnationaler Zusammenarbeit und Innovation im Bereich nachhaltiger Energie-Cluster bzw. darauf ausgerichteter, bedarfsgerechter regionaler Innovations- und Internationalisierungsstrategien ab. Das unter Führung der Kommune Aalborg liegende Projekt wird nach Annahme durch das EU-Programm INTERREG V B Nordsee Anfang 2017 seine Arbeit aufnehmen; die Gesamtprojektlaufzeit ist bis April 2020 vorgesehen. Veranschlagt sind projektgebundene Sachkosten des MJKE für die Ausrichtung eines halbjährlichen Arbeitstreffens aller Projektpartner und von Arbeitsgruppen in Schleswig-Holstein sowie für die Durchführung von Veranstaltungen, Workshops etc.

Für das Projekt erfolgt eine anteilige Finanzierung in Höhe von 50 von Hundert der abrechnungsfähigen Gesamtkosten durch das EU-Programm INTERREG V B Nordsee. Die ersten Erstattungen von der EU sind jedoch erst im Jahr 2018 zu erwarten und entsprechend zu veranschlagen. Vorgesehen ist die zentrale Erstattung für die beiden schleswig-holsteinischen Projektpartner (MJKE / MWAVT) an das MJKE. Mit dem Haushalt 2018 ist dann auch erstmalig die Aufteilung der anteiligen Erstattungsleistungen zwischen dem MJKE und dem MWAVT zu regeln.

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

09 11 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Abschluss Kapitel 09 11

2017	Gesamteinnahmen	512,0	0,0	512,0
			0,0	
	Gesamtausgaben	1.424,1	+35,0	1.424,1
			-35,0	
	Zuschuss	912,1	0,0	912,1
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	keine Verpflichtungsermächtigung			

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

09 40 Kulturförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Einnahmen

Neuer Titel

231 01	195	Zuweisung des Bundes für das Projekt “Modernisierung und Weiterentwicklung der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund“	0,0	0,0
--------	-----	---	------------	------------

Bemerkung:

Der Bund beteiligt sich an der Modernisierung und Weiterentwicklung der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund mit insgesamt 250,0 T€ in den Jahren 2016/ 2017.

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 893 07 (MG 15) zu verwenden.

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

09 40 Kulturförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

03 Stiftung Schloss Eutin

Haushaltsvermerk unverändert

684 03 (03)	183	Zuschuss für den laufenden Betrieb der Stiftung Schloss Eutin	255,0	+180,0	435,0
----------------	-----	--	-------	--------	-------

Neuer Haushaltsvermerk

Die Erläuterung hinsichtlich der zweckgebundenen für die fachgerechte gärtnerische Pflege des Küchengartens veranschlagten Mittel in Höhe von 30,0 T€ ist gemäß § 17 LHO verbindlich.

Bemerkung:

Mehrbedarf für den laufenden Betrieb, insbesondere durch gestiegene Personalkosten und höhere Ausgaben im Bereich Marketing, sowie ausschließlich zweckgebunden für die fachgerechte gärtnerische Pflege des Küchengartens in Höhe von 30,0 T€.

893 03 (03)	183	Zuschuss für Investitionen der Stiftung Schloss Eutin	400,0	+50,0	450,0
----------------	-----	--	-------	-------	-------

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Mehrbedarf in 2017 für Investitionen zur Substanzerhaltung.

Summe der Maßnahmegruppe 03			655,0	+230,0	885,0
------------------------------------	--	--	--------------	---------------	--------------

06 Förderung des Bibliothekswesens und der Literatur

Haushaltsvermerk unverändert

684 34 (06)	187	Literaturförderung	290,0	+20,0	310,0
----------------	-----	---------------------------	-------	-------	-------

Bemerkung:

Einmalige Projektförderung zur Umsetzung einer neuen Ausstellung im Storm-Zentrum Husum anlässlich des 200. Geburtstages des Dichters Theodor Storm im Jahr 2017.

Summe der Maßnahmegruppe 06			947,0	+20,0	967,0
------------------------------------	--	--	--------------	--------------	--------------

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

09 40 Kulturförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

14 Spartenübergreifende Förderungsmaßnahmen

Haushaltsvermerk unverändert

684 58 (14)	187	Innovative Kulturprojekte	100,0	+50,0	150,0
-----------------------	-----	----------------------------------	--------------	--------------	--------------

Bemerkung:

Veranschlagt für ein einjähriges Pilotprojekt zum Aufbau einer Infosphäre für die kulturelle Infrastruktur in Schleswig-Holstein.

Summe der Maßnahmegruppe 14		774,5	+50,0	824,5
------------------------------------	--	--------------	--------------	--------------

15 Museen und kulturelles Erbe

Haushaltsvermerk unverändert

546 03 (15)	183	Für die Durchführung einer Landesausstellung zum 100-jährigen Gedenken an den Kieler Matrosenaufstand	100,0	-70,0	30,0
-----------------------	-----	--	--------------	--------------	-------------

Neuer Haushaltsvermerk

70,0 T€ übertragen nach Tit. 633 03 (MG 15).

Bemerkung:

Siehe Bemerkung zu Tit.633 03 (MG 15).

Neuer Titel

633 03 (15)	183	An die Stadt Kiel für Veranstaltungen zum 100-jährigen Gedenken an den Kieler Matrosenaufstand	0,0	+70,0	70,0
-----------------------	-----	---	------------	--------------	-------------

Neuer Haushaltsvermerk

70,0 T€ übertragen von Tit. 546 03 (MG 15).

Bemerkung:

Das Land beteiligt sich einmalig an den Veranstaltungen zum 100-jährigen Gedenken an den Kieler Matrosenaufstand der Stadt Kiel.

684 56 (15)	183	Zuwendungen zur Förderung von Museumsvorhaben	220,0	+10,0	230,0
-----------------------	-----	--	--------------	--------------	--------------

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Mehr in 2017 für das vom Museum für Natur und Umwelt der Hansestadt Lübeck betreute Projekt "Wissenschaftliche Grabungen Groß Pampau".

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa
09 40 Kulturförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

893 07	183	Investitionsprogramm Kulturelles Erbe	1.000,0	0,0	1.000,0
(15)					

Haushaltsvermerk geändert

Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 231 01 und 359 15 geleistet werden.

Zusätzlich gegenseitig deckungsfähig mit den Tit. 893 21 (MG 02), 893 25 (MG 02) und 893 03 (MG 03) und einseitig deckungsfähig zu Gunsten Tit. 0945-893 01 und 1209-712 02.

Bemerkung:

Für das Projekt Modernisierung und Weiterentwicklung der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund erhält die Evangelisch-Lutherische Kirchengemeinde eine gemeinsame Projektförderung von Bund und Land. Die Bundesmittel werden in 2016 und 2017 bereitgestellt, vgl. Haushaltsvermerk und Tit. 231 01.

Neuer Titel

894 01	183	Zuschuss für Investitionen an die Christian-Albrechts-Universität für die Klimatisierung der Kunsthalle zu Kiel	0,0	+550,0	550,0
(15)					

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

Neuverpflichtung aus HHJ 2017	0	+1.650	1.650
davon fällig Haushaltsjahr 2018	0	+1.650	1.650
davon fällig Haushaltsjahr 2019	0	0	0
davon fällig Haushaltsjahr 2020	0	0	0
davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	0	0	0

Bemerkung:

Die Kunsthalle in Kiel verfügt über keine den gültigen Standards genügende Klimatisierung. Der Sammlungsbestand im Wert von mehreren hundert Millionen Euro ist bedroht, der Leihverkehr mit anderen Museum für Sonderausstellungen ist akut gefährdet. Ein Gutachten belegt, dass die nachhaltige, ökologisch wie ökonomisch sinnvolle klimatische Ertüchtigung rund 2,9 Mio. € kosten wird. Von dieser Summe wird die CAU einen Anteil in Höhe von 700,0 T€ bereitstellen, aufgeteilt auf jeweils 350,0 T€ in den Jahren 2017 und 2018.

550,0 T€ sind im Epl. 09 für die Planungs-, Ausschreibungs- und Beauftragungsphase in 2017 zu veranschlagen.

Summe der Maßnahmegruppe 15	1.840,0	+560,0	2.400,0
------------------------------------	----------------	---------------	----------------

Abschluss Kapitel 09 40

2017	Gesamteinnahmen	887,3	0,0	887,3
			0,0	
	Gesamtausgaben	21.679,5	+930,0	22.539,5
			-70,0	
	Zuschuss	20.792,2	+860,0	21.652,2
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	1.404	+1.650	3.054
	davon fällig Haushaltsjahr 2018	767	+1.650	2.417
	davon fällig Haushaltsjahr 2019	532	-	532
	davon fällig Haushaltsjahr 2020	65	-	65
	davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	40	-	40

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

09 41 Kirchenangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

Neuer Titel

893 03	199	Zuschuss für die Sanierung der Carlebach Synagoge in Lübeck	0,0	+1.200,0	1.200,0
--------	-----	--	------------	-----------------	----------------

Neuer Haushaltsvermerk

§ 10 Abs. 1 Haushaltsgesetz 2017 findet keine Anwendung.

Minderausgaben dürfen bei Tit. 1611 - 634 01 für Zuführungen zum Sondervermögen IMPULS 2030 verwendet werden.

Bemerkung:

Die Sanierung der Carlebach Synagoge in Lübeck soll durch den Bund, das Land und Dritte gefördert werden. Hier veranschlagt ist der geplante Landesanteil.

Abschluss Kapitel 09 41

Gesamtausgaben	14.736,5	+1.200,0 0,0	15.936,5
Verpflichtungsermächtigung in (T€)	2.800	-	2.800
davon fällig Haushaltsjahr 2018	1.000	-	1.000
davon fällig Haushaltsjahr 2019	1.000	-	1.000
davon fällig Haushaltsjahr 2020	800	-	800
davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff			

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

09 46 Erwachsenenbildung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

684 01	152	Förderung von Heimvolkshochschulen und Bildungsstätten	1.675,0	-1.675,0	0,0
---------------	-----	---	----------------	-----------------	------------

Haushaltsvermerk geändert

1.150,0 T€ übertragen mit Vorjahreswerten nach Tit. 684 03 (MG 03),
344,8 T€ übertragen mit Vorjahreswerten nach Tit. 684 04 (MG 03),
179,7 T€ übertragen mit Vorjahreswerten nach Tit. 684 05 (MG 03).

Bemerkung:

Siehe Bemerkung zu MG 03.

Titel weggefallen

684 02	152	Förderung der Heimvolkshochschule Jarp-lund	75,0	-75,0	0,0
---------------	-----	--	-------------	--------------	------------

Neuer Haushaltsvermerk

Mit Vorjahreswerten übertragen nach Tit. 0946 - 684 06 (MG 03).

Neue Maßnahmegruppe

03 Förderung von Heimvolkshochschulen und Bildungsstätten

Neuer Haushaltsvermerk

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.
Übertragbar.

Bemerkung:

Die Richtlinie für die Förderung von Bildungsstätten der allgemeinen, politischen und kulturellen Bildung vom 12. März 2014 (Amtsblatt Schleswig-Holstein 2014, S. 186 ff.) i.V.m. der Änderung der Richtlinie vom 24. Juni 2015 (Amtsblatt Schleswig-Holstein 2015, S. 788) läuft mit Ablauf des Jahres 2016 aus. Es ist geplant, mit den einzelnen Bildungseinrichtungen individuelle Ziel- und Leistungsvereinbarungen zu schließen. Daher erfolgt die Veranschlagung ab dem HH 2017 entsprechend getrennt.

Neuer Titel

684 03	152	Förderung des Deutschen Grenzvereines e.V.	0,0	+1.150,5	1.150,5
---------------	-----	---	------------	-----------------	----------------

(03)

Neuer Haushaltsvermerk

Mit Vorjahreswerten übertragen von Tit. 684 01.

Bemerkung:

Siehe Bemerkung zu MG 03.

Veranschlagt ist die institutionelle Förderung für den Deutschen Grenzverein e.V. als Träger der drei Bildungsstätten: Akademie Sankelmark / Europäische Akademie, Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg und Nordsee Akademie Leck.

Das jeweilige spezifische Profil der Bildungsstätten erfüllt das Landesinteresse an den Inhalten der kulturellen Bildung, der Kinder- und Jugendbildung sowie der europäischen Bildung und deren Vermittlung.

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

09 46 Erwachsenenbildung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Neuer Titel

684 04	152	Förderung des Nordkollegs Rendsburg	0,0	+344,8	344,8
(03)					

Neuer Haushaltsvermerk

Mit Vorjahreswerten übertragen von Tit. 684 01.

Bemerkung:

Siehe Bemerkung zu MG 03.

Veranschlagt ist die institutionelle Förderung für das Nordkolleg Rendsburg. Das Nordkolleg bietet Seminare und Tagungen in diversen Sparten der kulturellen Bildung an. Des Weiteren nimmt es Teilfunktionen einer Landesmusikakademie wahr.

Neuer Titel

684 05	152	Förderung der Akademie am See, Koppelsberg	0,0	+179,7	179,7
(03)					

Neuer Haushaltsvermerk

Mit Vorjahreswerten übertragen von Tit. 684 01.

Bemerkung:

Siehe Bemerkung zu MG 03.

Veranschlagt ist die institutionelle Förderung für die Akademie am See, Koppelsberg. Die Akademie am See bietet Seminare und Tagungen in diversen Sparten der kulturellen Bildung an, insbesondere mit dem Schwerpunkt der Jugend-, Erwachsenen- und Familienbildung und erfüllt damit Kriterien eines nachhaltigen Landesinteresses.

Neuer Titel

684 06	152	Förderung der Heimvolkshochschule Jarplund	0,0	+75,0	75,0
(03)					

Neuer Haushaltsvermerk

Mit Vorjahreswerten übertragen von Tit. 684 02.

Bemerkung:

Siehe Bemerkung zu MG 03.

Veranschlagt ist die institutionelle Förderung für die Heimvolkshochschule Jarplund. Die Heimvolkshochschule ist ein herausragendes interkulturelles Bindeglied zwischen Dänemark und Deutschland, insbesondere mit dem Schwerpunkt der interkulturellen Verständigung zwischen Minderheit und Mehrheit.

Summe der Maßnahmegruppe 03

+1.750,0

1.750,0

Abschluss Kapitel 09 46

2017	Gesamteinnahmen	0,0	0,0	0,0
			0,0	
	Gesamtausgaben	4.334,2	+1.750,0	4.334,2
			-1.750,0	
	Zuschuss	4.334,2	0,0	4.334,2
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	keine Verpflichtungsermächtigung			

09

Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Gesamtabschluss Einzelplan 09

2017	Gesamteinnahmen	170.414,8	+2.876,9 0,0	173.291,7
	Gesamtausgaben	463.601,0	+9.000,0 -2.179,0	470.422,0
	Zuschuss	293.186,2	+3.944,1	297.130,3
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	4.204	+1.650	5.854
	davon fällig Haushaltsjahr 2018	1.767	+1.650	3.417
	davon fällig Haushaltsjahr 2019	1.532	-	1.532
	davon fällig Haushaltsjahr 2020	865	-	865
	davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	40	-	40

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

10

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

10 01

Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

429 01	011	Ausgaben für Tarif- und Besoldungserhöhungen	3.057,3	+321,0	3.378,3
--------	-----	---	----------------	---------------	----------------

Bemerkung:

321,0 T€ umgesetzt aus Titel 1111-461 01 zur Finanzierung der Auswirkungen von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

Abschluss Kapitel 10 01

2017	Gesamteinnahmen	5,0	0,0 0,0	5,0
	Gesamtausgaben	7.769,1	+321,0 0,0	8.090,1
	Zuschuss	7.764,1	+321,0	8.085,1
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	keine Verpflichtungsermächtigung			

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

10

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

10 02

Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Einnahmen

Neuer Titel

334 01	813	Entnahme für besondere Landeszuschüsse für Investitionen an Krankenhausträger aus dem Sondervermögen IMPULS 2030	0,0		0,0
--------	-----	--	-----	--	-----

Bemerkung:

Einrichtung eines Entnahmetitels zur Verwendung dem Sondervermögen IMPULS 2030 im Haushaltsjahr 2016 zugeführter Mittel

Neuer Titel

334 02	813	Entnahme für gesetzliche Ansprüche gemäß Krankenhausfinanzierungsgesetz an Kreise und kreisfreie Städte für verschiedene Krankenhausträger aus dem Sondervermögen IMPULS 2030	0,0		0,0
--------	-----	---	-----	--	-----

Bemerkung:

Einrichtung eines Entnahmetitels zur Verwendung dem Sondervermögen IMPULS 2030 im Haushaltsjahr 2016 zugeführter Mittel

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

10 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

428 01	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.022,7	+153,2	1.175,9
Bemerkung: Mehrkosten für jeweils eine Stelle Medizinaufsicht und Krankenhausbau (ohne Stellenplanveränderung).					
526 99	311	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	39,5	+80,0	119,5
Bemerkung: Nach § 3 Abs. 3 des Gesetzentwurfs zum Wasserrettungsdienstgesetz (WasserRDG) legt das Land die Standorte zur Ausübung des Wasserrettungsdienstes fest. Die hierfür notwendigen Gutachterkosten sind in Höhe von 80.000 € zu veranschlagen. <i>Neuer Titel</i>					
633 04	314	Zuweisungen zur Verbesserung der telemedizinischen Versorgung im ländlichen Raum	0,0	+150,0	150,0
Bemerkung: Die medizinische Versorgung der Bewohner im ländlichen Raum, besonders auf den Inseln und Halligen, stellt bereits heute eine Herausforderung dar. Durch die besondere geographische Lage und die demographische Entwicklung stehen die Verantwortlichen, mehr als in anderen Regionen, vor der Herausforderung, Synergien zu nutzen, um eine bedarfsgerechte, wirtschaftliche und dem aktuellen Stand der Medizin und Technik entsprechende Versorgung zu gewährleisten. Um die medizinische Versorgung auch in Zukunft sicherzustellen und sogar zu verbessern, sollen telemedizinische Anwendungen gefördert werden.					
683 03	312	Zuschüsse an Krankenhäuser im Rahmen der medizinischen Versorgung von Flüchtlingen	6.000,0	-3.000,0	3.000,0
<i>Neuer Haushaltsvermerk</i> § 10 Abs. 1 Haushaltsgesetz 2017 findet keine Anwendung. Ausnahmen sind mit Einwilligung des Finanzministeriums zulässig. Bemerkung: Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf. Zweckbindung flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellter Mittel.					
892 02	314	Zuschüsse für Investitionen an Krankenhaus-träger aus dem Krankenhausstrukturfonds	2.000,0	0,0	2.000,0
<i>Neuer Haushaltsvermerk</i> Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 331 01 geleistet werden. Bemerkung: Der Haushaltsvermerk wird benötigt für den Fall, dass der Bund zeitlich und/oder der Höhe nach von den zurzeit vorgesehenen und geplanten Zahlungsraten abweicht.					
892 03	314	Besondere Landeszuschüsse für Investitionen an Krankenhausträger	18.000,0	0,0	18.000,0
<i>Haushaltsvermerk geändert</i> Der Ansatz darf zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 334 01 überschritten werden.					

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

10

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

10 02

Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

noch zu 892 03

§ 10 Abs. 1 Haushaltsgesetz 2017 findet für flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellte Mittel keine Anwendung. Ausnahmen sind mit Einwilligung des Finanzministeriums zulässig.

Minderausgaben dürfen bei Titel 1611-634 01 für Zuführungen zum Sondervermögen IMPULS 2030 verwendet werden.

Bemerkung:

Ergänzung eines Haushaltsvermerks zur Verwendung von Mitteln, die 2016 dem Sondervermögens IMPULS 2030 zugeführt wurden und im Haushaltsjahr 2017 für die Abwicklung der Maßnahme verwendet werden sollen.

Zweckbindung flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellter Mittel.

03 Krankenhausfinanzierung

Haushaltsvermerk geändert

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

Darüber hinaus darf der Ansatz bei Titel 883 02 bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 334 02 überschritten werden.

Übertragbar.

Bemerkung:

Ergänzung eines Haushaltsvermerks zur Verwendung von Mitteln, die 2016 dem Sondervermögens IMPULS 2030 zugeführt wurden und im Haushaltsjahr 2017 für die Abwicklung der Maßnahme verwendet werden sollen.

Summe der Maßnahmegruppe 03	85.451,7	0,0	85.451,7
------------------------------------	-----------------	------------	-----------------

62 Besondere präventive und gesundheitspolitische Maßnahmen

Haushaltsvermerk geändert

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe und mit der Titelgruppe 68 mit Ausnahme des Titels 685 62 .

Bemerkung:

Zweckbindung flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellter Mittel.

685 62	314	Maßnahmen der Beratung von traumatisierten Flüchtlingen	300,0	+200,0	500,0
---------------	------------	--	--------------	---------------	--------------

(62)

Neuer Haushaltsvermerk

Eine Deckungsfähigkeit ist mit Einwilligung des Finanzministeriums zulässig.

Bemerkung:

Erforderliche Ausweitung des differenzierten Beratungsangebotes für erwachsene Flüchtlinge und Asylsuchende und Unterstützung im Bereich der gesundheitlichen Versorgung, hier psychotherapeutische sowie psychiatrische Betreuung (aufgrund aktueller Rückmeldungen aus den im Schwerpunkt betroffenen Psychiatrien). Es geht um die Ausweitung von Spezialambulanzen an ausgewählten Psychiatrien, die bereits länger im Arbeitsfeld "traumatisierte Flüchtlinge" tätig sind.

Zweckbindung flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellter Mittel.

Summe der Titelgruppe 62	1.274,5	+200,0	1.474,5
---------------------------------	----------------	---------------	----------------

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

10

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

10 02

Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

66 Durchführung der Internationalen Gesundheitsvorschriften

Haushaltsvermerk unverändert

633 66	314	Erstattung der Personal- und Sachkosten an Kreise und kreisfreie Städte	126,0	+22,0	148,0
---------------	------------	--	--------------	--------------	--------------

(66)

Bemerkung:

Anpassung der von Kiel vorgehaltenen 2 Gesundheitsaufseher von E8 auf E9. Die Kosten sind aufgrund von Konnexität zu erstatten.

Summe der Titelgruppe 66			126,0	+22,0	148,0
---------------------------------	--	--	--------------	--------------	--------------

Abschluss Kapitel 10 02

2017	Gesamteinnahmen	47.383,8	0,0	47.383,8
			0,0	
	Gesamtausgaben	169.405,4	+605,2	167.010,6
			-3.000,0	
	Zuschuss	122.021,6	-2.394,8	119.626,8
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	2.343	-	2.343
	davon fällig Haushaltsjahr 2018	474	-	474
	davon fällig Haushaltsjahr 2019	480	-	480
	davon fällig Haushaltsjahr 2020	479	-	479
	davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	910	-	910

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

10

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

10 03

Soziales Entschädigungsrecht, Kriegsfolgelasten, Schwerbehindertenrecht

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

533 02	241	Beweiserhebung	3.199,0	+240,0	3.439,0
---------------	------------	-----------------------	----------------	---------------	----------------

Neuer Haushaltsvermerk

§ 10 Abs. 1 Haushaltsgesetz 2017 findet für flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellte Mittel keine Anwendung. Ausnahmen sind mit Einwilligung des Finanzministeriums zulässig.

Bemerkung:

Eine statistische Erfassung der Verfahren in Bezug auf Flüchtlinge erfolgt derzeit (noch) nicht. Es wird aber von geschätzten 120 Verfahren im Jahr ausgegangen, in denen mangels medizinischer Unterlagen Begutachtungen (intern und extern) stattfinden müssen. Neben dem ärztlichen Honorar für die Begutachtung, das sich nach dem JVEG richtet, werden auch voraussichtlich Dolmetscherkosten (nicht nur für die Gebärdensprache) anfallen. Darüber hinaus hängen die Kosten davon ab, welche (und wie viele Behinderungen aus unterschiedlichen Fachbereichen) geltend gemacht werden. Als durchschnittlicher Richtwert einschließlich aller Kosten pro Fall sind 2,0 T€ realistisch und angemessen. Der Mehrbedarf bei dem Tit. 1003 - 533 02 beläuft sich somit auf 240.000 €.

Zweckbindung flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellter Mittel.

534 01	241	Reisekosten der zur ärztlichen Untersuchung vorgeladenen Versorgungsberechtigten und schwerbehinderten Menschen	28,0	+3,0	31,0
---------------	------------	--	-------------	-------------	-------------

Neuer Haushaltsvermerk

§ 10 Abs. 1 Haushaltsgesetz 2017 findet für flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellte Mittel keine Anwendung. Ausnahmen sind mit Einwilligung des Finanzministeriums zulässig.

Bemerkung:

Zunächst wird auf die Begründung zum Titel 1003 - 533 02 verwiesen. Bei den geschätzten 120 Verfahren im Jahr werden überwiegend Kosten für die Inanspruchnahme öffentlicher Verkehrsmittel, ggf. im Einzelfall bei medizinischer Notwendigkeit auch Taxikosten, entstehen. Verdienstauffälle kommen hier nicht in Betracht. Bei durchschnittlichen Kosten in Höhe von 25 € pro Fall errechnet sich ein Mehrbedarf bei dem Titel 1003 - 534 01 von 3.000 €.

Zweckbindung flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellter Mittel.

633 08	241	Entschädigung für Opfer von Gewalttaten - Landesanteil -	800,5	+199,5	1.000,0
---------------	------------	---	--------------	---------------	----------------

Bemerkung:

Es handelt sich hierbei um individuelle bedarfsgerechte Leistungen (ergänzende Hilfen zum Lebensunterhalt, Eingliederungshilfen, Hilfe zur Pflege etc.) für Opfer von Gewalttaten bzw. deren Hinterbliebenen nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG). Der stetig wachsende Kreis der Anspruchsberechtigten durch die Konzentration des Anerkennungsverfahrens nach dem OEG mit beschleunigten Verfahren in Lübeck wird bis Jahresende auf 600 rentenberechtigte Beschädigte bzw. Hinterbliebene zuzüglich der Beschädigten, die zwar nicht rentenberechtigt sind (Grad der Schädigungsfolgen von mindestens 30), aber bei denen Gesundheitsstörungen als Folge einer Gewalttat anerkannt sind bzw. werden, geschätzt.

Bei den zunächst für das Haushaltsjahr 2017 veranschlagten 800,5 T€ wurde hilfsweise auf die Ist-Ausgabe 2015 einschließlich des Zuschlages für die geschätzten neuen anerkannten Versorgungsberechtigten 2017 abgestellt.

Der Haushaltsansatz 2017 in Höhe von 800,5 T€ reicht nicht mehr aus, denn inzwischen wurde für das Kalenderjahr 2015 mit den Trägern (Kreise und kreisfreie Städte, ausgenommen Neumünster) abgerechnet. Der Landesanteil (78 v.H.) des Leistungsaufwandes wird sich bis zum Jahresende auf mindestens rund 1 Mio. € belaufen, die aus dem Deckungskreis der Hauptgruppe 6 zu erwirtschaften sind bzw. im Rahmen einer überplanmäßigen Ausgabe zu tätigen sind.

Da es sich hierbei auch um eine Ausgabe für die gesetzliche Pflichtaufgabe, die Versorgung von Opfern von Gewalttaten bzw. deren Hinterbliebene nach dem Opferentschädigungsgesetz sicherzustellen, handelt, ist diese Ausgabe unabweisbar.

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

10

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

10 03

Soziales Entschädigungsrecht, Kriegsfolgelasten, Schwerbehindertenrecht

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Abschluss Kapitel 10 03

2017	Gesamteinnahmen	3.146,1	0,0	3.146,1
			0,0	
	Gesamtausgaben	38.813,1	+442,5	39.255,6
			0,0	
	Zuschuss	35.667,0	+442,5	36.109,5
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
keine Verpflichtungsermächtigung				

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

10

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

10 04

Arbeitsschutz, Sozialversicherungssysteme und Verbraucheraufklärung (Ernährung)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

671 03	223	Beitrag an die Unfallkasse Nord	7.937,9	+394,2	8.332,1
--------	-----	---------------------------------	---------	--------	---------

Bemerkung:

Nach Auskunft der Unfallkasse Nord (UK Nord) wird derzeit der Beitrag für 2017 berechnet und steht voraussichtlich Mitte Dezember 2016 fest. Die UK Nord erwartet einen Beitragsanstieg für 2017 auf 8.332,1 T€. In 2016 ist gegenüber 2015 ein Anstieg der Unfallzahlen zu verzeichnen. Die zu erwartenden Kosten in der Heilbehandlung und Rehabilitation sind von der UK Nord nur schwer planbar. Zu bedenken ist, dass die Rehabilitationskosten nach einem einzigen schweren Unfall mehrere Hunderttausend Euro betragen können.

685 01	313	Ausgleichssumme an die Unfallkasse Nord für die übertragenen Aufgaben des Arbeitsschutzes	6.274,9	+384,0	6.658,9
--------	-----	---	---------	--------	---------

Bemerkung:

Bei der Berechnung des Haushaltsansatzes wurde ein Hebesatz der Versorgungsausgleichskasse (VAK) von 50,25 v.H. der fiktiven Beamtenbesoldung für 2017 zugrunde gelegt. Nunmehr hat die VAK den Hebesatz auf 52,75 v.H. der Beamtenbesoldung angehoben. Für die Berechnung wurde eine fiktive Beamtenbesoldung von 2.542.780 € zugrunde gelegt. Bei einem Hebesatz von nunmehr 52,75 v.H. statt bisher 50,25 v.H. ergibt sich eine Differenz von rd. 64,0 T€. Eine weitere Erhöhung der Ausgleichssumme um 320,0 T€ ist notwendig, um zusätzliche Stellen für die Staatliche Arbeitschutzbehörde bei der Unfallkasse Nord (StAUK) für neue Aufgaben (Rückbau der Kernkraftwerke, Prüfung von Biogasanlagen und Offshore-Windkraftanlagen) zu finanzieren.

Abschluss Kapitel 10 04

2017	Gesamteinnahmen	1.809,4	0,0 0,0	1.809,4
	Gesamtausgaben	47.937,2	+778,2 0,0	48.715,4
	Zuschuss	46.127,8	+778,2	46.906,0
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	7.090	-	7.090
	davon fällig Haushaltsjahr 2018	2.636	-	2.636
	davon fällig Haushaltsjahr 2019	2.636	-	2.636
	davon fällig Haushaltsjahr 2020	1.418	-	1.418
	davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	400	-	400

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

10

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

10 05

Soziale Hilfen und Behindertenpolitik

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

633 02	291	Landesblindengeld	10.921,6	-500,0	10.421,6
--------	-----	-------------------	----------	--------	----------

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Die Zahl der Leistungsberechtigten nach dem Landesblindengeldgesetz ist von 4.316 am 31.12.2010 über 3.771 am 31.12.2013 auf 3.681 am 31.12.2014 gesunken. Die vorliegenden Zahlen zum Stand 31.12.2015 bestätigen eine weiterhin rückläufige Zahl mit 3.524 Leistungsberechtigten. Der Ansatz wird mit der Reduzierung um 500,0 T€ der Entwicklung der Ist-Ausgaben angepasst.

633 05	286	Erstattung von Ausgaben der örtlichen Träger der Sozial- und Jugendhilfe zum angemessenen Schulbesuch	6.304,1	+1.500,0	7.804,1
--------	-----	---	---------	----------	---------

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Umsetzung der Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden über eine Beteiligung des Landes an den Kosten der Integration auf kommunaler Ebene sowie weiterer finanzieller Entlastungsmaßnahmen vom 7. November 2016.

Abschluss Kapitel 10 05

2017	Gesamteinnahmen	265.174,8	0,0	265.174,8
			0,0	
	Gesamtausgaben	1.012.604,4	+1.500,0	1.013.604,4
			-500,0	
	Zuschuss	747.429,6	+1.000,0	748.429,6
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	270	-	270
	davon fällig Haushaltsjahr 2018	134	-	134
	davon fällig Haushaltsjahr 2019	136	-	136
	davon fällig Haushaltsjahr 2020			
	davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff			

10

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

10 07

Sicherung der Qualitätsentwicklung der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk geändert

Zusätzlich deckungsfähig innerhalb des Kapitels mit Ausnahme der Titel 422 01, 428 01, 633 04 und 684 03 sowie der Maßnahmegruppe 02.
Die Einnahmen bei Tit. 359 01 dürfen für Ausgaben bzw. Mehrausgaben bei allen Titeln der Hauptgruppen 4 bis 8 verwendet werden.

Ausgaben

Neuer Titel

633 04	271	Zur Unterstützung von Integrationsangeboten an Familienzentren	0,0	+2.000,0	2.000,0
--------	-----	---	-----	----------	---------

Neuer Haushaltsvermerk

Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 684 03.

Bemerkung:

2 Mio. € übertragen von Tit. 684 03 zur Weiterentwicklung der Familienzentren zu Integrationszentren.

Zweckbestimmung geändert

671 01	271	Kostenerstattung für Kinder in der U3 Betreuung	23.409,0	0,0	23.409,0
--------	-----	--	----------	-----	----------

Bemerkung:

Mit dieser geänderten Zweckbestimmung wird es ermöglicht, den gesetzlichen Anspruch aus § 25 b KiTaG zu bedienen. Gleichzeitig stünde diese Formulierung anderen Sachverhalten nicht entgegen. Kinder, die z.B. in privat organisierten bzw. in Betriebskindergärten betreut und deren Plätze möglicherweise nicht öffentlich gefördert werden, wären so auch erfasst. Daneben können auch Betreuungskosten für Kinder über drei Jahren berücksichtigt werden, soweit sich diese in der U3 Betreuung befinden.

684 03	271	Unterstützungsmaßnahmen zum Thema Traumapädagogik und Integration von Kindern in Kindertageseinrichtungen (Hort, Krippe, Kindergarten)	3.000,0	-2.000,0	1.000,0
--------	-----	---	---------	----------	---------

Neuer Haushaltsvermerk

Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 633 04.

Bemerkung:

2 Mio. € übertragen nach Tit. 633 04.

Abschluss Kapitel 10 07

2017	Gesamteinnahmen	8.000,0	0,0	8.000,0
			0,0	
	Gesamtausgaben	36.924,4	+2.000,0	36.924,4
			-2.000,0	
	Zuschuss	28.924,4	0,0	28.924,4
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	80	-	80
	davon fällig Haushaltsjahr 2018	80	-	80
	davon fällig Haushaltsjahr 2019			
	davon fällig Haushaltsjahr 2020			
	davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff			

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

10

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

10 08

Förderung der Gleichstellung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk geändert

Zusätzlich deckungsfähig innerhalb des Kapitels mit Ausnahme der Titel 422 01, 428 01 und 684 15.

Die Einnahmen bei Tit. 359 01 dürfen für Ausgaben bzw. Mehrausgaben bei allen Titeln der Hauptgruppen 4 bis 8 verwendet werden.

Bemerkung:

Es ist notwendig, dem Referat die größtmögliche Flexibilität bei der Bewirtschaftung der Titel einzuräumen, da nur ein geringer Ansatz für die Aufgaben des Referates flexibel einsetzbar ist und dieser bei Planänderungen zurzeit nicht in anderen Bereichen sinnvoll eingebracht werden kann. Ein entsprechender HH-Vermerk wurde bei der Umstrukturierung des Kapitels 1008 übersehen und soll hiermit nachgeholt werden. Die Vorgabe des FM für die flüchtlingsbedingten Mehrausgaben wird darin berücksichtigt.

Ausgaben

422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	359,5	+66,8	426,3
---------------	-----	--	--------------	--------------	--------------

Bemerkung:

Für die Umsetzung der Aufgaben des MSGWG im Zusammenhang mit dem Prostituiertenschutzgesetz wird eine zusätzliche Stelle höherer Dienst A14 (lt. Personalkostentabelle rd. 66,8 T€) benötigt.

428 01	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	83,5	+38,3	121,8
---------------	-----	--	-------------	--------------	--------------

Bemerkung:

Für die Umsetzung der Aufgaben Schutz von Frauen mit Migrationshintergrund vor Gewalt und deren Integration steht im MSGWG kein Personal zur Verfügung. Die zwingend erforderliche Koordinierung und Steuerung der erforderlichen Maßnahmen im MSGWG, den Ressorts, den Kommunen, den Frauenfacheinrichtungen und Gleichstellungsbeauftragten erfordern die zusätzliche Personalkapazität. Benötigt wird für diese Aufgabenstellung eine zusätzliche halbe Stelle der Entgeltgruppe E 12 bis 31.12.2019 (lt. Personalkostentabelle rd. 38,3 T€).

Titel weggefallen

533 03	236	Leistungen im Rahmen der vertraulichen Spurensicherung	400,0	-400,0	0,0
---------------	-----	---	--------------	---------------	------------

Neuer Haushaltsvermerk

Übertragen nach 10 12 - 533 04

Bemerkung:

Der Titel nunmehr im Kapitel 1012 veranschlagt werden, denn es sind nicht nur Frauen, sondern auch Kinder von der Thematik betroffen.

Neuer Titel

533 04	291	Führung einer Geschäftsstelle für die Gleichstellungsbeauftragten im Landes-, Hochschul- und rechtsaufsichtlichen Bereich	0,0	+80,0	80,0
---------------	-----	--	------------	--------------	-------------

Bemerkung:

Die Umsetzungspläne für die Geschäftsstelle für die GB im Landes-, Hochschul- und rechtsaufsichtlichen Bereich haben sich nach nunmehr gewonnenen Erfahrungen mit der Förderung der Geschäftsstelle für die GB im kommunalen Bereich geändert. Es wird nun ein Dienstleistungsvertrag mit Dataport als Träger der Geschäftsstelle geschlossen werden. Die Durchführung der Aufgabe erfolgt durch die dortige GB in Zusammenarbeit mit den anderen beteiligten GBs. Aus haushaltssystematischen Gründen ändern sich somit die Titel.

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

10

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

10 08

Förderung der Gleichstellung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Neuer Titel

533 05	291	Führung einer Geschäftsstelle für die Gleichstellungsbeauftragten im kommunalen Bereich	0,0		0,0
--------	-----	--	-----	--	-----

Neuer Haushaltsvermerk

Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 684 08.

Bemerkung:

Es ist möglich, dass auch die Umsetzung der Geschäftsstelle für die Gleichstellungsbeauftragten für den kommunalen Bereich umgestellt wird (vgl. Tit. 684 09 und 533 04). Daher ist vorsorglich ein Leertitel notwendig.

684 08	236	Förderung einer Geschäftsstelle für die Gleichstellungsbeauftragten im kommunalen Bereich	52,0	0,0	52,0
--------	-----	--	------	-----	------

Neuer Haushaltsvermerk

Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 533 05.

Bemerkung:

Siehe Bemerkung zu Tit. 533 05.

Titel weggefallen

684 09	236	Förderung einer Geschäftsstelle für die Gleichstellungsbeauftragten im Landes-, Hochschul- und rechtsaufsichtlichen Bereich	80,0	-80,0	0,0
--------	-----	--	------	-------	-----

Neuer Haushaltsvermerk

Übertragen nach 10 08 - 533 04

Neuer Titel

684 15	235	Zusätzliche Zuschüsse zur Förderung von Frauenfacheinrichtungen	0,0	+2.100,0	2.100,0
--------	-----	--	-----	----------	---------

Bemerkung:

Die Mittel sind für vorübergehend entstandene erhöhte und besondere Bedarfe für Frauenfacheinrichtungen, beim Kooperations- und Interventionskonzept bei häuslicher Gewalt (KIK) und zur Kostenerstattung für Sprachmittlerinnen vorgesehen. Es ist keine Platzerhöhung in den Frauenhäusern beabsichtigt, sondern es ist Ziel, den Frauen, die das Frauenhaus aus Mangel an anderweitigem Wohnraum nicht verlassen können, vorübergehenden Übergangswohnraum anzubieten. Damit wird die durchschnittliche Verweildauer im Frauenhaus reduziert und außerdem die Aufnahmekapazität und die Belegungsmöglichkeit der Frauenhäuser angesichts steigender Bedarfe erhöht. Daneben soll durch vorübergehende Maßnahmen der in jüngster Zeit aufgelaufene Beratungsbedarf in den Frauenberatungsstellen abgebaut werden.

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

10

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

10 08

Förderung der Gleichstellung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Abschluss Kapitel 10 08

2017	Gesamteinnahmen	0,5	0,0 0,0	0,5
	Gesamtausgaben	1.264,0	+2.285,1 -480,0	3.069,1
	Zuschuss	1.263,5	+1.805,1	3.068,6
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	388	-	388
	davon fällig Haushaltsjahr 2018	142	-	142
	davon fällig Haushaltsjahr 2019	142	-	142
	davon fällig Haushaltsjahr 2020	52	-	52
	davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	52	-	52

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

10

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

10 12

Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Einnahmen

231 02	237	Erstattungen des Bundes im Rahmen des Unterhaltsvorschussgesetzes	12.011,3	-50,0	11.961,3
--------	-----	--	----------	-------	----------

Bemerkung:

siehe Titel 1012-633 01

Neuer Titel

234 02	291	Einnahmen aus der Stiftung Anerkennung und Hilfe	0,0	+144,0	144,0
--------	-----	---	-----	--------	-------

Bemerkung:

Siehe Begründung zu Kapitel 1012 MG 15.

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

10

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

10 12

Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

428 01	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.659,6	+153,2	1.812,8
		Bemerkung: Mehrkosten für 2 neue E 12-Stellen (vgl. Stellenplan 1001 - 42801).			
		<i>Neuer Titel</i>			
533 04	236	Leistungen im Rahmen der vertraulichen Spurensicherung	0,0	+400,0	400,0
		Bemerkung: Bisher veranschlagt im Kapitel 1008 (Förderung der Gleichstellung). Der Titel soll nunmehr im Kapitel 1012 veranschlagt werden, denn es sind nicht nur Frauen, sondern auch Kinder von der Thematik betroffen.			
632 01	266	Kosten der "Gemeinsamen Zentralen Adoptionsstelle (GZA)"	134,0	+2,0	136,0
		Bemerkung: Gemäß Artikel 8 Abs. 1 des Abkommens über die Gemeinsame Zentrale Adoptionsstelle vom 20.04.2007 (GVObI. 2008, S. 7) stellt Hamburg die Personal- und Sachmittel für die GZA zur Verfügung. Die beteiligten Länder tragen die Kosten der GZA gemeinsam nach dem Verhältnis ihrer Einwohnerzahl. Maßgebend ist die Einwohnerzahl, die das Statistische Bundesamt für den 30. Juni des vorausgegangenen Haushaltsjahres festgestellt hat (Abs. 2). Der jährliche Haushaltsvoranschlag der GZA einschließlich des Stellenplans wird vom Kuratorium beraten und bedarf anschließend der Zustimmung der beteiligten Länder (Abs. 3). Zwischenzeitlich liegt der Haushaltsentwurf für 2017/2018 vor, aus dem eine Erhöhung der Länderbeteiligungen hervorgeht.			
633 01	237	Erstattungen an Kreise und kreisfreie Städte im Rahmen des Unterhaltsvorschussgesetzes	36.033,8	-150,0	35.883,8
		Bemerkung: Die Kürzung dient der Gegenfinanzierung der Mehrkosten bei Titel 1012-526 04 (MG 02). Sie ist auf Grund der Anfang Oktober durch die Kreise und kreisfreien Städte gemeldeten Quartalszahlen für den Bereich Unterhaltsvorschuss vertretbar.			
633 05	236	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für nach dem AGInsO anerkannte geeignete Stellen (Verbraucherinsolvenzberatung) und Präventionsmaßnahmen	700,0	0,0	700,0
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2017	0	+2.100	2.100
		davon fällig Haushaltsjahr 2018	0	+700	700
		davon fällig Haushaltsjahr 2019	0	+700	700
		davon fällig Haushaltsjahr 2020	0	+700	700
		davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	0	0	0

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

10

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

10 12

Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

noch zu 633 05

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Rückmeldungen der Beratungsstellen ist zu entnehmen, dass seitens der Träger aufgrund der fehlenden mehrjährigen Sicherheit der Förderung vor der (dringend notwendigen) Neueinstellung von zusätzlichen Mitarbeitern/innen zurückgeschreckt wird. Das gesamte Geschäftsrisiko liegt derzeit bei den Trägern.

Um hier einen Wandel, Planungssicherheit und damit das Ziel einer Verminderung der Wartezeit zu erreichen, wird eine Verpflichtungsermächtigung über 3 Jahre benötigt.

684 03	236	Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände und weitere soziale Einrichtungen für nach dem AGInsO anerkannte geeignete Stellen (Verbraucherinsolvenzberatung) und Präventionsmaßnahmen	3.916,8	+600,0	4.516,8
Verpflichtungsermächtigung (in T€)					
		Neuverpflichtung aus HHJ 2017	0	+13.551	13.551
		davon fällig Haushaltsjahr 2018	0	+4.517	4.517
		davon fällig Haushaltsjahr 2019	0	+4.517	4.517
		davon fällig Haushaltsjahr 2020	0	+4.517	4.517
		davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	0	0	0

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Gemäß der Richtlinie zur Förderung von „Ägeeigneten Stellen im Sinne von § 305 Insolvenzordnung,Ä (InsO) vom 21.05.2015 ist Ziel der Förderung die Sicherstellung eines ausreichenden Angebots an Insolvenzberatungsstellen i. S. v. § 305 InsO, die innerhalb einer zumutbaren Wartezeit die Beratung aufnehmen können, sowie die Sicherstellung von Präventionsmaßnahmen. Gegenstand der Förderung sind dem-entsprechend Personal- und Sachausgaben, sowie die Förderung von Präventionsmaßnahmen.

Die Kostenerstattung erfolgt nach einem festgelegten Stundensatz, für den je nach Leistungsart eine Höchststundenzahl festgelegt ist. Die Beantragung der Kostenerstattung erfolgt also erst nach Abschluss eines Falles.

Es existieren in Schleswig-Holstein 35 Beratungsstellen, derzeit bestückt mit 87,75 VZÄ für Beratungstätigkeit und 36,1 VZÄ für Verwaltungstätigkeit - insgesamt 123,85 VZÄ.

Als zumutbare Wartezeit für die Ratsuchenden bis zum Beratungsbeginn wird ein Zeitraum von bis zu 4 Wochen angesehen. Diesen erfüllen 11 Beratungsstellen. Für 8 Beratungsstellen wurde eine Wartezeit von bis zu 8 Wochen gemeldet und für 10 Beratungsstellen bis zu 20 Wochen. Absolut notleidend mit 24 bis 48 Wochen Wartezeit sind 6 Beratungsstellen.

Von den Beratungsstellen wurden insgesamt zusätzliche Mittel in Höhe von rd. 861 T€ angemeldet. Nach Prüfung und Plausibilisierung der angemeldeten Beträge ergibt sich ein Mehrbedarf von rd. 600 T€, um eine deutliche Verbesserung der Wartezeiten in den Verbraucherinsolvenzberatungsstellen zu erreichen.

Die zusätzlichen Mittel in Höhe von 600 T€ sollen vorrangig bei den jetzt notleidenden Beratungsstellen eingesetzt werden. Die Veränderungen der Wartezeiten sind in den Jahren 2017/2018 erneut zu evaluieren, um ggfs. nachzusteuern.

Rückmeldungen der Beratungsstellen ist zu entnehmen, dass seitens der Träger aufgrund der fehlenden mehrjährigen Sicherheit der Förderung vor der (dringend notwendigen) Neueinstellung von zusätzlichen Mitarbeitern/innen zurückgeschreckt wird. Das gesamte Geschäftsrisiko liegt derzeit bei den Trägern.

Um hier einen Wandel, Planungssicherheit und damit das Ziel einer Verminderung der Wartezeit zu erreichen, wird eine Verpflichtungsermächtigung über 3 Jahre benötigt.

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

10

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

10 12

Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

**02 Weiterentwicklung und Verbesserung
des Schutzes von Kindern und
Jugendlichen**

Haushaltsvermerk unverändert

526 04	266	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	70,2	+100,0	170,2
(02)					

Bemerkung:

Vielfältige Veränderungen des SGB VIII, wie sie mit In Kraft treten des Bundeskinderschutzgesetzes sowie den gegenwärtigen Planungen zu einer inklusiven Lösung im SGB VIII einhergehen, erzeugen aktuell einen enormen inhaltlichen und organisatorischen Anpassungsbedarf in der Jugendhilfe auf kommunaler sowie auf Landesebene. Diese Entwicklungen sind inhaltlich gekennzeichnet durch die gesetzliche Stärkung des Schutzauftrages in allen Bereichen der Jugendhilfe, die Verpflichtung zu einer umfassenden und kontinuierlichen Qualitätsentwicklung in den Einrichtungen und Diensten der Jugendhilfe und durch die Umsetzung inklusiver Lösungen. Dies alles bringt eine zunehmende Aufgabenfülle sowie Verdichtung der bisherigen Aufgaben in der Jugendhilfe auf örtlicher und überörtlicher Ebene mit sich und erfordert auch konzeptionelle und organisatorische Veränderungen im Landesjugendamt. Da dies weit über eine reine Organisationsoptimierung der Aufgabenerledigung hinausgeht und strukturelle Verbesserungsvorschläge im Kontext der vielfältigen Verflechtungen der Jugendhilfe zwischen Bund, Land, Kommunen und freien Trägern einzubeziehen sind, ist eine externe fachspezifische Begleitung unabdingbar.

633 07	291	Zuweisungen an Kreise und kreisfreie Städte für frühe Hilfen für Familien	450,0	+300,0	750,0
(02)					

Bemerkung:

Zusatzbedarf: 300,0 T€

Das Landesprogramm Schutzengel unterstützt Angebote der Frühen Hilfen für Schwangere und Familien mit Kindern bis zu 3 Jahren mit bis zu 30.000 € für jeden Kreis/jede kreisfreie Stadt (insgesamt 450,0 T€ jährlich). Dies sind z.B. Elterncafés, Beratungsangebote und Hebammensprechstunden. Die Angebote sind niedrigschwellig und für jede/n offen. In den regelmäßigen Fachaustausch mit den Netzwerkkoordinierenden Frühen Hilfen wird wiederholt auf die Problematik hingewiesen, dass die vorhandenen Mittel nicht ausreichen, um die schwangeren Flüchtlingsfrauen und Mütter mit zusätzlichen oder erweiterten Angeboten zu unterstützen. Bereits jetzt müssen Anfragen z.B. zu Familienhebammen aufgrund zu geringer Kapazitäten abgelehnt werden. Eine Erhöhung des Förderbetrages um 20,0 T€ pro Kreis und kreisfreier Stadt soll diese Lücke schließen.

684 04	266	Zuschüsse zu Maßnahmen im Rahmen der Umsetzung des Kinderschutzgesetzes	75,0	0,0	75,0
(02)					

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

Neuverpflichtung aus HHJ 2017	0	+135	135
davon fällig Haushaltsjahr 2018	0	+45	45
davon fällig Haushaltsjahr 2019	0	+45	45
davon fällig Haushaltsjahr 2020	0	+45	45
davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	0	0	0

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

10

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

10 12

Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
noch zu 684 04			T€		

Bemerkung:

Für die Dauer von vier Jahren ist beginnend mit dem 01.01.2017 eine Maßnahme zur Koordination der ElternMedienLotsen und der Bezuschussung von Elternabenden geplant. ElternMedienLotsen sind pädagogisch vorgebildete Menschen, die an einer medienpädagogischen Qualifizierung des MSGWG, des Offenen Kanals S-H und der Aktion Kinder- und Jugendschutz teilnehmen. Die ca. 50 aktiven ElternMedienLotsen bieten auf Abruf für Schulen, Kindertagesstätten und weitere Institutionen, die mit Kindern arbeiten, Elternabende zu allen Medienthemen an, die optimal auf die jeweilige Zielgruppe zugeschnitten sind.

Die Koordination sowie die Elternabende der ElternMedienLotsen wurden seit 2010 von der Medienanstalt Hamburg Schleswig-Holstein (MA HSH) bezuschusst. Durch die Änderung des Medienstaatsvertrages Hamburg Schleswig-Holstein zum 01.01.2017 werden die Mittel zur Medienkompetenzförderung aus dem Staatsvertrag gestrichen, so dass die MA HSH keine Fördermittel mehr vergeben kann. Die 6. Änderung des Medienstaatsvertrages befindet sich noch in der Abstimmung.

Ab 2017 soll durch die immer frühere Nutzung des Internets durch jüngere Kinder verstärkt der Bereich der Kindertagesstätten mit Elternabenden versorgt werden, um die Erzieherinnen und Erzieher zu unterstützen, Medienthemen in der Familie anzusprechen.

Die Landesregierung hat sich als Teil der Landesentwicklungsstrategie mit der Digitalen Agenda bis 2030 insbesondere die Förderung der Medienkompetenz vorgenommen. Die erfolgreiche Arbeit der ElternMedienLotsen soll daher fortgesetzt werden, wofür eine Koordinierung unabdingbar ist, um nachfragende Schulen und Kindertagesstätten sowie den konkreten ElternMedienLotsen zusammenzubringen (16 Wo-Std E10 mit Gemeinkosten = 32.000,- €). Viele Schulen, aber kaum Kindertagesstätten, verfügen über einen Förderverein. Aber auch die Fördervereine, gerade im Grundschulbereich, können nicht für jede Klasse die Aufwandsentschädigung für den ElternMedienLotsen übernehmen. Daher sollen jährlich 110 Elternabende mit insgesamt rd. 13.000 € bezuschusst werden.

Summe der Maßnahmegruppe 02	749,5	+400,0	1.149,5
------------------------------------	--------------	---------------	----------------

03 Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Kinder- und Jugendschutz

Haushaltsvermerk unverändert

685 01	261	Ferienwerk Schleswig-Holstein	250,0	+200,0	450,0
(03)					

Bemerkung:

Aufstockung der Mittel zur Förderung von Ferien- und Freizeitmaßnahmen mit Kindern und Jugendlichen.

Summe der Maßnahmegruppe 03	3.155,5	+200,0	3.355,5
------------------------------------	----------------	---------------	----------------

04 Familienförderung

Haushaltsvermerk unverändert

671 03	236	Erstattungen an Beratungsstellen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz	2.588,0	+442,9	3.030,9
(04)					

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

10

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

10 12

Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		
noch zu 671 03					

Neuer Haushaltsvermerk

Flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellte Mittel sind nicht deckungsfähig. Ausnahmen sind mit Einwilligung des Finanzministeriums zulässig.

Bemerkung:

Im Haushaltsentwurf 2017 bereits enthalten war der erhöhte grundsätzliche Bedarf der Beratungsstellen, der sich aus der ansteigenden Bevölkerungszahl ergibt (gesetzlicher Versorgungsschlüssel 1/40.000). Bei der Schätzung der Entwicklung der Bevölkerungszahl wurde von 50.000 bleibenden Flüchtlingen ausgegangen. Die Neuberechnung erfolgt nunmehr auf der Grundlage der Zahlen Dezember 2015, die niedriger sind.

Die gemäß Versorgungsschlüssel nach § 4 SchKG in Schleswig-Holstein vorzuhaltende Anzahl an Vollzeitstellen für Beraterinnen und Berater wird gedeckt durch anerkannte Ärzte und Ärztinnen, Stellen der Kreise und kreisfreien Städte und Stellen bei den freien Trägern. Gefördert werden lediglich die Stellen für Beratungskräfte bei den freien Trägern. Die konkrete Anzahl des vorhandenen Beratungskontingents konnte aufgrund von Personalengpässen erst jetzt ermittelt werden.

Durch den Abbau von Stellen bzw. Fördermitteln der Kreise und kreisfreien Städte und eine verringerte Anzahl der anerkannten Ärzte/ Ärztinnen wird eine Aufstockung der Stellen bei den freien Trägern erforderlich.

Seit der Ermittlung der durch die Kreise/kreisfreien Städte finanzierten Stellen für die Berechnung der letzten 3 Jahre wurden 0,749 VZStellen abgebaut. Die Anzahl der dort vorgehaltenen Stellen beträgt aktuell 10,008 VZStellen. Die Anzahl der anerkannten Ärzte sank in diesem Zeitraum von 49 auf 35 Ärzte, weitere vier Ärzte/Ärztinnen befinden sich zurzeit noch im Anerkennungsverfahren, so dass 39 Ärzte/Ärztinnen zugrunde gelegt werden können. Für jeden Arzt/ jede Ärztin wird ein halbe Stelle bei der Berechnung der Anzahl der vorhandenen Beratungskräfte angerechnet; also 19,5 VZStellen. Dies sind 5 Stellen weniger als 2013.

Insgesamt errechnet sich gegenüber der Haushaltsanmeldung zur Deckung des gesetzlichen Versorgungsschlüssels ein Mehrbedarf von 4,942 Stellen, bzw. 342.844 € (342,9 T€).

Zusätzlich ergibt sich ein vorübergehender flüchtlingsbedingter Mehrbedarf in den Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen der freien Träger sowie Dolmetscherkosten.

Es besteht ein höherer Beratungsbedarf und -aufwand bei Flüchtlingen gegenüber dem durchschnittlichen Beratungsbedarf der Bevölkerung. In Anbetracht der sinkenden Flüchtlingszahlen wird dieser vorübergehende Bedarf mit einer Vollzeitstelle angesetzt.

Der Anspruch auf eine adäquate Beratung kann häufig nur durch den Einsatz von qualifizierten Sprachmittlern oder Dolmetschern erfüllt werden. Die sensiblen Themen und der Zeitdruck bei der Schwangerschaftskonfliktberatung schließen den Rückgriff auf andere Übersetzungsmöglichkeiten häufig aus.

Zusammen ergibt sich ein Mehrbedarf von rd. 100,0 T€.

Insgesamt ist der Haushaltsansatz um 442,9 T€ zu erhöhen.

Zweckbindung flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellter Mittel.

Summe der Maßnahmegruppe 04

3.540,4

+442,9

3.983,3

**06 Präventive Maßnahmen, Finanzierungs-
beteiligung gem. § 58 JuFöG**

Haushaltsvermerk unverändert

633 02 266
(06)

Zuweisungen für präventive Maßnahmen örtlicher Jugendhilfeträger

645,0

+500,0

1.145,0

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

10

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

10 12

Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

noch zu 633 02

Bemerkung:

Gemäß § 27 Abs. 2 JuFöG ist es Aufgabe der Träger der öffentlichen Jugendhilfe gemeinsam mit den freien Trägern der Jugendhilfe und anderen Stellen des Kinder- und Jugendschutzes die notwendigen Einrichtungen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen zu schaffen und zu fördern. Diese Verantwortung trifft alle Beteiligten in besonderem Maße im Bereich von Kindern und Jugendlichen mit besonderen Unterstützungsbedarfen aufgrund von

- starken psycho-sozialen Auffälligkeiten,
- die insbesondere durch wiederholte, schwere Straftaten auffallen,
- die Schule verweigern,
- und durch pädagogische Angebote nur noch schwer zu erreichen sind.

Es ist Aufgabe des Landes, auf überörtlicher Ebene im Rahmen der Gesamtverantwortung dafür Sorge zu tragen, dass die örtlichen Bedarfe adäquat erfüllt werden können. Das Landesjugendamt befördert hier niedrigschwellige Kooperationen unterschiedlicher Professionen im Land. Dies soll dadurch erreicht werden, dass erforderliche Hilfen durch unterschiedliche Systeme, Institutionen und Fachkräfte nicht, wie bisher oft üblich, nebeneinander erbracht werden, sondern in einzelnen Fällen schon früh im Hilfeprozess ein gemeinsam abgestimmter, ganzheitlicher Hilfe- und Behandlungsplan entwickelt und umgesetzt werden soll. Durch eine bessere Abstimmung der beteiligten Institutionen und Professionen (hier vor allem Jugendamt sowie freie Jugendhelfer, Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie niedergelassene Ärzte/Therapeuten) sollen den betroffenen Kindern und Jugendlichen und ihren Familien effektivere und gezieltere Hilfen angeboten werden können. Eine günstige Entwicklungsprognose, vor allen in Form von psychischer Gesundheit, sozialer Integration und Teilhabe sowie schulischen und beruflichen Perspektiven, soll ermöglicht werden. Gerade im Bereich besonders anspruchsvoller Fälle sind individualisierte und passgenaue Hilfen erforderlich.

Die bisherigen Ergebnisse des seit Anfang 2015 durch das MSGWG geförderten Projektes "Grenzgänger" und die Ergebnisse des Runden Tisches Heimerziehung des Schleswig-Holsteinischen Landtages haben nunmehr im Sommer 2016 gezeigt, dass diese Fördermaßnahmen zielführend, wirksam und dringend erforderlich sind. Entsprechende Projekte (z.B. Entwicklung von Dialogstrukturen zwischen den Verantwortungsträgern der Jugendhilfe, Entwicklung und Erprobung von Projekten für "Grenzgänger", insbesondere Kooperation zwischen Psychiatrie und Jugendhilfe, Entwicklung von Projekten und Verbesserung von Strukturen für Partizipation in Heimeinrichtungen, Ausbau des Beschwerdemanagements sowie Projekte zur Erprobung von Sozialraumorientierung) sollen daher bereits 2017 unter Einbindung von Jugendämtern, Kinder- und Jugendpsychiatrien und freien Trägern verstärkt gefördert werden.

Summe der Maßnahmegruppe 06

1.368,7

+500,0

1.868,7

07 Unbegleitete minderjährige Ausländer

Haushaltsvermerk unverändert

633 15
(07)

265

Erstattung von Kosten der Hilfe zur Erziehung für unbegleitete minderjährige Ausländer und Asylbewerber

64.965,4

+26.659,9

91.625,3

Haushaltsvermerk geändert

150,0 T€ übertragen nach Tit. 684 26.

Bemerkung:

Die Veranschlagung unterliegt folgenden Annahmen und Parametern:

- Die Anzahl der Zugänge der unbegleiteten minderjährigen Ausländer ist identisch mit der Anzahl der Abgänge, so dass deren Zahl in Schleswig-Holstein konstant bleibt (Stichtag 31.07.2016 = 2.183 Fälle).
- Im Jahr 2016 werden Abschläge an die SH-Jugendämter für die Bestandsfälle für die Zeit der Unterbringung 01.11.2015 bis 31.12.2016 gezahlt.
- Abrechnung der Restfälle in 2017 aus dem Abrechnungsverfahren Bund, die in 2016 noch nicht abgerechnet wurden.
- Zahlungen für 2.183 Abrechnungsfälle im Rahmen des Bestandes der Unterbringung in SH an SH-Jugendämter für den Zeitraum 01.01.2017 - 31.12.2017.
- Nachzahlungsverpflichtung aus der Spitzabrechnung für die Fälle, für die in 2016 Abschläge für den Zeitraum 01.11.2015 - 31.12.2016 gezahlt wurden.

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

10

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

10 12

Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

633 17 (07)	265	Erstattung von Kosten zur Finanzierung von Verbindungsstellen bei den Kreisen und kreisfreien Städten	873,8	-873,8	0,0
-----------------------	-----	--	--------------	---------------	------------

Neuer Haushaltsvermerk

Weggefallen.

Bemerkung:

Titel kann wegfallen. Für eine Förderung von Verbindungsstellen in den Kreisen/kreisfreien Städten besteht kein Bedarf mehr. Zur Unterstützung der Jugendämter und der Einrichtungsträger bei der Betreuung insbes. traumatisierter UMA ist für den HH 2017 die Förderung eines auf drei Jahre angelegten Projekts an 4 KJPen im Umfang von 300T€/Jahr vorgesehen (siehe neuer Titel 1012 - 685 02 MG 07).

684 25 (07)	265	Erstattung von Kosten für die pädagogische Betreuung in Erstaufnahmeeinrichtungen an Vereinen und Verbände	0,0	0,0	0,0
-----------------------	-----	---	------------	------------	------------

Neuer Haushaltsvermerk

Weggefallen.

Bemerkung:

Titel kann wegfallen; kein Bedarf mehr, da inzwischen keine UMA mehr in Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht sind.

Neuer Titel

685 02 (07)	265	Maßnahmen der Beratung im Umgang mit traumatisierten unbegleiteten minderjährigen Ausländern	0,0	+300,0	300,0
-----------------------	-----	---	------------	---------------	--------------

Bemerkung:

Unbegleitete minderjährige Ausländer haben aufgrund ihrer speziellen Situation häufig einen (höheren) traumapädagogischen/-therapeutischen Betreuungsbedarf, bedürfen aber nicht zwangsläufig einer stationären Traumatherapie in der Kinder- und Jugendpsychiatrie (KJP). Vor diesem Hintergrund sollen regionale psychiatrische/Psychotherapeutische Beratungsangebote für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Jugendhilfeeinrichtungen geschaffen werden, um entstehende psychische Krisen bei den UMA frühzeitig zu erkennen, qualifiziert reagieren und so ggf. unnötige KJP-Einweisungen vermeiden zu können.

Summe der Maßnahmegruppe 07	66.204,8	+26.086,1	92.290,9
------------------------------------	-----------------	------------------	-----------------

14 Bürgergesellschaft und allgemeine soziale Maßnahmen

Haushaltsvermerk geändert

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe mit Ausnahme der Titel 633 14, 684 19 und 684 24. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 119 04 geleistet werden.

Bemerkung:

Zweckbindung flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellter Mittel.

633 14 (14)	291	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Einrichtung von Anlauf- und Beratungsstellen "Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe"	1.000,0	0,0	1.000,0
-----------------------	-----	---	----------------	------------	----------------

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

10

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

10 12

Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

noch zu 633 14

Neuer Haushaltsvermerk

Gegenseitig deckungsfähig mit den Titeln 684 19 und 684 24.

Bemerkung:

Zweckbindung flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellter Mittel.

684 06 (14)	291	Zuschüsse an Verbände, Vereine und ähnliche Institutionen für innovative Projekte zur Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements	63,5	0,0	63,5
-----------------------	-----	---	-------------	------------	-------------

Neuer Haushaltsvermerk

Flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellte Mittel sind nicht deckungsfähig. Ausnahmen sind mit Einwilligung des Finanzministeriums zulässig.

Bemerkung:

Zweckbindung flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellter Mittel.

684 15 (14)	291	Allgemeine soziale Maßnahmen wohlfahrtsverbandsunabhängiger Träger	50,6	0,0	50,6
-----------------------	-----	---	-------------	------------	-------------

Neuer Haushaltsvermerk

Flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellte Mittel sind nicht deckungsfähig. Ausnahmen sind mit Einwilligung des Finanzministeriums zulässig.

Bemerkung:

Zweckbindung flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellter Mittel.

684 19 (14)	291	Förderung der Koordinierung des ehrenamtlichen Engagements für Flüchtlinge und mit Flüchtlingen	500,0	0,0	500,0
-----------------------	-----	--	--------------	------------	--------------

Neuer Haushaltsvermerk

Gegenseitig deckungsfähig mit den Titeln 633 14 und 684 24.

Bemerkung:

Zweckbindung flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellter Mittel.

684 21 (14)	291	Zuschüsse zur Stärkung des Ehrenamtes und der Selbsthilfe im sozialen Bereich	47,5	0,0	47,5
-----------------------	-----	--	-------------	------------	-------------

Neuer Haushaltsvermerk

Flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellte Mittel sind nicht deckungsfähig. Ausnahmen sind mit Einwilligung des Finanzministeriums zulässig.

Bemerkung:

Zweckbindung flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellter Mittel.

684 24 (14)	291	Zuschüsse an Verbände, Vereine und ähnliche Institutionen für die Einrichtung von Anlauf- und Beratungsstellen "Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe"	1.000,0	0,0	1.000,0
-----------------------	-----	---	----------------	------------	----------------

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

10

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

10 12

Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
noch zu 684 24			T€		

Neuer Haushaltsvermerk

Gegenseitig deckungsfähig mit den Titeln 633 14 und 684 19.

Bemerkung:

Zweckbindung flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellter Mittel.

Summe der Maßnahmegruppe 14

2.717,2

0,0

2.717,2

Neue Maßnahmegruppe

15 Stiftung zur Anerkennung und Hilfe für Kinder und Jugendliche, die in der Zeit von 1949 bis 1975 (BRD) bzw. 1949 bis 1990 (DDR) in Einrichtungen der Behindertenhilfe bzw. stationären psychiatrischen Einrichtungen Unrecht und Leid erfahren haben

Bemerkung:

Gegenstand der geplanten Stiftung "Stiftung zur Anerkennung und Hilfe für Kinder und Jugendliche, die in der Zeit von 1949 bis 1975 (BRD) bzw. 1949 bis 1990 (DDR) in Einrichtungen der Behindertenhilfe bzw. stationären psychiatrischen Einrichtungen Unrecht und Leid erfahren haben (Stiftung Anerkennung und Hilfe)" ist - in Anlehnung an die beiden Heimkinderfonds Ost und West - die Bereitstellung eines Hilffsystems für Menschen, die als Kinder oder Jugendliche in der Zeit von 1949 bis 1975 (BRD) bzw. 1949 bis 1990 (DDR) in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe bzw. in stationären psychiatrischen Einrichtungen Unrecht und Leid erfahren haben und noch heute unter den Folgen leiden. Betroffene aus stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe und stationären psychiatrischen Einrichtungen sollen eine einmalige pauschale Geldleistung in Höhe von 9.000 Euro erhalten. Sofern Betroffene Arbeit in erheblichem Umfang ohne Einzahlung von Sozialversicherungsbeiträgen geleistet haben, sollen sie abhängig von der Dauer der Arbeit zusätzlich eine Rentenersatzleistung in Höhe von 3.000 Euro bzw. 5.000 Euro erhalten.

Die Anteile der einzelnen alten Länder werden nach dem Königsteiner Schlüssel von 1989 ermittelt. Danach entfallen auf das Land Schleswig-Holstein 4,148 %, also insgesamt rd. 2,081 Mio. € zahlbar in Raten über die kommenden 5 Jahre verteilt, d.h. in 2017: 25 % (rd. 520.250 €), in 2018: 15 % (rd. 312.150 €), in 2019: 25 % (rd. 520.250 €), in 2020: 15 % (rd. 312.150 €) und in 2021: 20 % (rd. 416.200 €).

Von der Stiftung werden die in den Bundesländern entstehenden Personal-, u. Verwaltungskosten erstattet. Für Schleswig-Holstein werden für die einzurichtende Anlauf- und Beratungsstelle Personalkosten für 2 Stellen in Höhe von 128,0 T€ und Sachkosten in Höhe von 16,0 T€ erstattet.

Neuer Titel

428 03	011	Entgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0,0	+128,0	128,0
---------------	------------	--	------------	---------------	--------------

(15)

Bemerkung:

Siehe Begründung zur MG 15.

Neuer Titel

534 07	291	Sächliche Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit der Ausführung der Verwaltungsvereinbarung zur Stiftung Anerkennung und Hilfe	0,0	+16,0	16,0
---------------	------------	--	------------	--------------	-------------

(15)

Bemerkung:

Siehe Begründung zur MG 15

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

10

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

10 12

Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Neuer Titel

634 03	291	Zuschuss an die Stiftung Anerkennung und Hilfe	0,0	+520,3	520,3
(15)					

Bemerkung:

Siehe Begründung zur MG 15

Summe der Maßnahmegruppe 15

+664,3

664,3

Abschluss Kapitel 10 12

2017	Gesamteinnahmen	23.883,2	+144,0 -50,0	23.977,2
	Gesamtausgaben	132.130,4	+30.322,3 -1.023,8	161.428,9
	Zuschuss	108.247,2	+29.204,5	137.451,7
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	3.443	+15.786	19.229
	davon fällig Haushaltsjahr 2018	1.503	+5.262	6.765
	davon fällig Haushaltsjahr 2019	868	+5.262	6.130
	davon fällig Haushaltsjahr 2020	748	+5.262	6.010
	davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	324	-	324

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

10 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

10 13 Hochschulen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Einnahmen

Neuer Titel

331 02	133	Erstattungen des Bundes für die Beschaffung von Großgeräten und des Höchstleistungsrechners	0,0	+860,0	860,0
--------	-----	--	------------	---------------	--------------

Bemerkung:

Übertragung von 860,0 T€ als Anteil für die Erstattung des Bundes für Zuschüsse für Großgeräte an Hochschulen und im UKSH sowie für den Erwerb eines norddeutschen Höchstleistungsrechners.(Anteil Höchstleistungsrechners 485,0 T€, sowie jeweils 187,5 T€ für die Beschaffungen von Großgeräten an Hochschulen und im UKSH). Übertragen von Titel 1212-331 02.

10

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

10 13

Hochschulen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

02 Zuschuss an die CAU und die UzL für die Fachbereiche Medizin einschl. Träger- und Investitionskostenzuschuss für das UKSH

Neuer Titel

682 27 (02)	132	Zuschuss für rechtsmedizinische Aufgaben im UKSH	0,0	+970,0	970,0
----------------	-----	--	-----	--------	-------

Bemerkung:

Sockelfinanzierung für die Leistungen des UKSH in der Rechtsmedizin für das Land.

Summe der Maßnahmegruppe 02			130.064,0	+970,0	131.034,0
------------------------------------	--	--	------------------	---------------	------------------

Neue Maßnahmegruppe

03 Zuschuss für die Beschaffung von Großgeräten an Hochschulen und im UKSH sowie für den Erwerb eines norddeutschen Höchstleistungsrechners

Neuer Haushaltsvermerk

Zusätzlich deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 1013-331 02 geleistet werden.

Neuer Titel

812 02 (03)	133	Erwerb eines norddeutschen Höchstleistungsrechners	0,0	+970,0	970,0
----------------	-----	--	-----	--------	-------

Bemerkung:

Bei dem Erwerb eines norddeutschen Höchstleistungsrechners handelt es sich um keine Baumaßnahme. Eine Veranschlagung im Kapitel 1013 ist daher sachgerechter. Übertragen wird der Ansatz von Titel 1212-812 02.

Neuer Titel

893 01 (03)	133	Zuschuss für die Beschaffung von Großgeräten an Hochschulen	0,0	+750,0	750,0
----------------	-----	---	-----	--------	-------

Bemerkung:

Die Bezuschussung für Großgeräte ist keine Baumaßnahme. Der Zuschuss wird an die jeweilige Hochschule bzw. an das UKSH ausgezahlt, die dann die Großgeräte beschaffen. Ferner werden Großgeräte im Gegensatz zu den Baumaßnahmen nicht zu 100 Prozent finanziert, sondern lediglich zu 50 Prozent. Die Veranschlagung der Ausgaben im Kapitel 1013 ist sachgerechter.

Neuer Titel

893 02 (03)	132	Zuschuss für die Beschaffung von Großgeräten im UKSH	0,0	+750,0	750,0
----------------	-----	--	-----	--------	-------

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

10

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

10 13

Hochschulen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
noch zu 893 02			T€		

Bemerkung:

Die Bezuschussung für Großgeräte ist keine Baumaßnahme. Der Zuschuss wird an die jeweilige Hochschule bzw. an das UKSH ausgezahlt, die dann die Großgeräte beschaffen. Ferner werden Großgeräte im Gegensatz zu den Baumaßnahmen nicht zu 100 Prozent finanziert, sondern lediglich zu 50 Prozent. Die Veranschlagung der Ausgaben im Kapitel 1013 ist sachge-rechter.

Summe der Maßnahmegruppe 03

+2.470,0

2.470,0

04 Hochschulübergreifende Maßnahmen

Haushaltsvermerk geändert

Zusätzlich deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe mit Ausnahme des Titels 685 42.

Bemerkung:

Zweckbindung flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellter Mittel.

685 42	133	Zuschuss für Maßnahmen zur Verbesserung der Bildungschancen und Integration von Flüchtlingen an den Hochschulen	2.500,0	0,0	2.500,0
(04)					

Neuer Haushaltsvermerk

Eine Deckungsfähigkeit ist mit Einwilligung des Finanzministeriums zulässig.

Bemerkung:

Zweckbindung flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellter Mittel

Summe der Maßnahmegruppe 04

3.174,2

0,0

3.174,2

Abschluss Kapitel 10 13

2017	Gesamteinnahmen	44.999,0	+860,0	45.859,0
			0,0	
	Gesamtausgaben	547.729,2	+3.440,0	551.169,2
			0,0	
	Zuschuss	502.730,2	+2.580,0	505.310,2
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	450.534	-	450.534
	davon fällig Haushaltsjahr 2018	112.701	-	112.701
	davon fällig Haushaltsjahr 2019	112.701	-	112.701
	davon fällig Haushaltsjahr 2020	112.701	-	112.701
	davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	112.431	-	112.431

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

10

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

10 14

Sicherung und Entwicklung der Forschungslandschaft und allgemeine Forschungsförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Einnahmen

231 03	164	Zuweisungen des Bundes für das Forschungszentrum Borstel	14.512,3	+22,7	14.535,0
--------	-----	---	-----------------	--------------	-----------------

Bemerkung:

Durch Beschluss der GWK (Drs. WGL 16.25; 2016) wurde die SAW-Abgabe von 3,082 % auf 3,58035 % erhöht und die Berechnungsgrundlage für den Alleinfinanzierungsanteil des Bundes auf 2,85906 % festgesetzt. Hierdurch erhöhen sich die auszahlende Zuwendungssumme und auch der Anteil des Bundes.

231 06	164	Zuweisungen des Bundes für das Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik	4.718,0	+10,0	4.728,0
--------	-----	---	----------------	--------------	----------------

Bemerkung:

Durch Beschluss der GWK (Drs. WGL 16.25; 2016) wurde die SAW-Abgabe von 3,082 % auf 3,58035 % erhöht und die Berechnungsgrundlage für den Alleinfinanzierungsanteil des Bundes auf 2,85906 % festgesetzt. Hierdurch erhöhen sich die auszahlende Zuwendungssumme und auch der Anteil des Bundes.

231 07	164	Zuschuss des Bundes für das Institut für Weltwirtschaft	5.142,4	+10,6	5.153,0
--------	-----	--	----------------	--------------	----------------

Bemerkung:

Durch Beschluss der GWK (Drs. WGL 16.25; 2016) wurde die SAW-Abgabe von 3,082 % auf 3,58035 % erhöht und die Berechnungsgrundlage für den Alleinfinanzierungsanteil des Bundes auf 2,85906 % festgesetzt. Hierdurch erhöhen sich die auszahlende Zuwendungssumme und auch der Anteil des Bundes.

231 08	164	Zuweisungen des Bundes für die Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften	12.104,0	+25,6	12.129,6
--------	-----	---	-----------------	--------------	-----------------

Bemerkung:

Durch Beschluss der GWK (Drs. WGL 16.25; 2016) wurde die SAW-Abgabe von 3,082 % auf 3,58035 % erhöht und die Berechnungsgrundlage für den Alleinfinanzierungsanteil des Bundes auf 2,85906 % festgesetzt. Hierdurch erhöhen sich die auszahlende Zuwendungssumme und auch der Anteil des Bundes.

232 01	164	Einnahmen aus der gemeinsamen Länderfinanzierung von Einrichtungen der wissenschaftlichen Forschung	7.928,0	+164,0	8.092,0
--------	-----	--	----------------	---------------	----------------

Bemerkung:

Aufgrund des Beschlusses der GWK (Drs. WGL 16.25; 2016) steht nun auch die Höhe des Landes an der Länderumlage aller WGL-Forschungseinrichtungen fest, die bisher hilfsweise mit Zahlen aus dem laufenden Haushaltsjahr berechnet worden ist. Hierdurch sind Änderungen im Ansatz entstanden.

Neuer Titel

334 01	813	Entnahme für den Zuschuss für Investitionen an das Forschungszentrum Borstel aus dem Sondervermögen IMPULS 2030	0,0		0,0
--------	-----	--	------------	--	------------

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

10

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

10 14

Sicherung und Entwicklung der Forschungslandschaft und allgemeine Forschungsförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

noch zu 334 01

Bemerkung:

Einrichtung eines Entnahmetitels zur Verwendung dem Sondervermögen IMPULS 2030 im Haushaltsjahr 2016 zugeführter Mittel

Neuer Titel

334 02	813	Entnahme für den Zuschuss für Investitionen an das Institut für Weltwirtschaft aus dem Sondervermögen IMPULS 2030	0,0		0,0
--------	-----	--	------------	--	------------

Bemerkung:

Einrichtung eines Entnahmetitels zur Verwendung dem Sondervermögen IMPULS 2030 im Haushaltsjahr 2016 zugeführter Mittel

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

10

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

10 14

Sicherung und Entwicklung der Forschungslandschaft und allgemeine Forschungsförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

02 Forschungszentrum Borstel

Haushaltsvermerk unverändert

685 21 (02)	164	Zuschuss für den laufenden Betrieb an das Forschungszentrums Borstel	18.802,0	+100,0	18.902,0
-----------------------	-----	---	-----------------	---------------	-----------------

Bemerkung:

Durch Beschluss der GWK (Drs. WGL 16.25; 2016) wurde die SAW-Abgabe von 3,082% auf 3,58035 % erhöht. Hierdurch erhöht sich die auszahlende Zuwendungssumme.

892 21 (02)	164	Zuschuss für Investitionen an das Forschungszentrum Borstel	10.884,0	0,0	10.884,0
-----------------------	-----	--	-----------------	------------	-----------------

Haushaltsvermerk geändert

Minderausgaben dürfen bei Titel 1611-634 01 für Zuführungen zum Sondervermögen IMPULS 2030 verwendet werden.

Darüber hinaus darf der Ansatz bei Titel 1014-892 21 (MG 02) bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 1014-334 01 überschritten werden.

Bemerkung:

Ergänzung eines Haushaltsvermerks zur Verwendung von Mitteln, die 2016 dem Sondervermögens IMPULS 2030 zugeführt wurden und im Haushaltsjahr 2017 für die Abwicklung der Maßnahme(n) verwendet werden sollen.

Summe der Maßnahmegruppe 02	29.778,0	+100,0	29.878,0
------------------------------------	-----------------	---------------	-----------------

67 Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik

Haushaltsvermerk unverändert

685 67 (67)	164	Zuschuss für den laufenden Betrieb an das Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik	8.063,1	+43,0	8.106,1
-----------------------	-----	--	----------------	--------------	----------------

Bemerkung:

Durch Beschluss der GWK (Drs. WGL 16.25; 2016) wurde die SAW-Abgabe von 3,082% auf 3,58035 % erhöht. Hierdurch erhöht sich die auszahlende Zuwendungssumme.

Summe der Titelgruppe 67	8.902,0	+43,0	8.945,0
---------------------------------	----------------	--------------	----------------

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

10

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

10 14

Sicherung und Entwicklung der Forschungslandschaft und allgemeine Forschungsförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

68 Institut für Weltwirtschaft

Haushaltsvermerk unverändert

686 68 (68)	164	Zuschuss für den laufenden Betrieb an das Institut für Weltwirtschaft	9.227,1	+47,0	9.274,1
-----------------------	-----	--	----------------	--------------	----------------

Bemerkung:

Durch Beschluss der GWK (Drs. WGL 16.25; 2016) wurde die SAW-Abgabe von 3,082% auf 3,58035 % erhöht. Hierdurch erhöht sich die auszunehmende Zuwendungssumme.

893 68 (68)	164	Zuschuss für Investitionen an das Institut für Weltwirtschaft	929,0	0,0	929,0
-----------------------	-----	--	--------------	------------	--------------

Haushaltsvermerk geändert

Das Finanzministerium wird ermächtigt auf Antrag des für Wissenschaft zuständigen Ministeriums bedarfsgerecht bis zu 800,0 T€ sowie Verpflichtungsermächtigungen für geplante Baumaßnahmen am Institut für Weltwirtschaft in das Kapitel 1210 umzusetzen.

Minderausgaben dürfen bei Titel 1611-634 01 für Zuführungen zum Sondervermögen IMPULS 2030 verwendet werden.

Darüber hinaus darf der Ansatz bei Titel 1014-893 68 (TG 68) bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 1014-334 02 überschritten werden.

Bemerkung:

Ergänzung eines Haushaltsvermerks zur Verwendung von Mitteln, die 2016 dem Sondervermögens IMPULS 2030 zugeführt wurden und im Haushaltsjahr 2017 für die Abwicklung der Maßnahme(n) verwendet werden sollen.

Summe der Titelgruppe 68	10.503,0	+47,0	10.550,0
---------------------------------	-----------------	--------------	-----------------

69 Deutsche Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften

Haushaltsvermerk unverändert

686 69 (69)	164	Zuschuss für den laufenden Betrieb der Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften	21.933,4	+110,0	22.043,4
-----------------------	-----	---	-----------------	---------------	-----------------

Bemerkung:

Durch Beschluss der GWK (Drs. WGL 16.25; 2016) wurde die SAW-Abgabe von 3,082% auf 3,58035 % erhöht. Hierdurch erhöht sich die auszunehmende Zuwendungssumme.

Summe der Titelgruppe 69	22.838,0	+110,0	22.948,0
---------------------------------	-----------------	---------------	-----------------

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

10

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

10 14

Sicherung und Entwicklung der Forschungslandschaft und allgemeine Forschungsförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Abschluss Kapitel 10 14

2017	Gesamteinnahmen	44.427,7	+232,9 0,0	44.660,6
	Gesamtausgaben	129.690,2	+300,0 0,0	129.990,2
	Zuschuss	85.262,5	+67,1	85.329,6
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	keine Verpflichtungsermächtigung			

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

10 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

10 15 Leistungen für Schüler und Studierende

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

03 Soziale Leistungen für Studierende

893 32	142	Zuschüsse für den Neubau und die Sanierung von Wohnheimen und Wohnungen für Studierende, insbesondere Zuschüsse für Wohnheime des Studentenwerks Schleswig-Holstein	0,0	+300,0	300,0
--------	-----	--	------------	---------------	--------------

(03)

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

Neuverpflichtung aus HHJ 2017	0	+2.700	2.700
davon fällig Haushaltsjahr 2018	0	+900	900
davon fällig Haushaltsjahr 2019	0	+900	900
davon fällig Haushaltsjahr 2020	0	+900	900
davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	0	0	0

Bemerkung:

Die Förderung des Studentenwohnraumbaus ist ein zentrales Thema der Landesregierung und soll auch in Zukunft fortgeführt werden.

Die Situation am Wohnungsmarkt, insbesondere in den Ballungszentren und Studienorten Schleswig-Holsteins, führt zu immer größer werdenden Problemen der Versorgung im Segment günstiger Mietwohnungen; dieses Problem betrifft zunehmend den studentischen Wohnraum.

Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, international Studierenden und Geflüchteten Studienchancen zu ermöglichen. Die Integration Geflüchteter, das Zusammenleben der Nationen unter dem Dach des Studentenwohnheims fördert die interkulturelle Kompetenz und das gegenseitige Kennenlernen. Zur Förderung dieses bildungs- und sozialpolitischen Zieles besteht die dringende Notwendigkeit der studentischen Wohnraumförderung.

Bislang wurden aus dem Ansatz hauptsächlich Sanierungen finanziert. Zukünftig sollen aus den vorgenannten Gründen vermehrt auch Neubauten von Wohnheimen bezuschusst werden.

Aus diesem Titel erhalten alle Wohnheimträger (u.a. Deutsch-Nordische Burse, Ferdinand-Tönnies-Haus und das Studentenwerk S-H) Zuwendungen für dringende Sanierungsmaßnahmen und Unterstützung für Neubauprojekte. Die Verstetigung des Programmes bildet sich über die veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen in den Folgejahren ab.

Summe der Maßnahmegruppe 03	2.225,0	+300,0	2.525,0
------------------------------------	----------------	---------------	----------------

Abschluss Kapitel 10 15

2017	Gesamteinnahmen	108.400,0	0,0	108.400,0
			0,0	
	Gesamtausgaben	114.197,0	+300,0	114.497,0
			0,0	
	Zuschuss	5.797,0	+300,0	6.097,0
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)		+2.700	2.700
	davon fällig Haushaltsjahr 2018		+900	900
	davon fällig Haushaltsjahr 2019		+900	900
	davon fällig Haushaltsjahr 2020		+900	900
	davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff			

10

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung
 Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Gesamtabschluss Einzelplan 10

2017	Gesamteinnahmen	547.229,5	+1.236,9 -50,0	548.416,4
	Gesamtausgaben	2.238.464,4	+42.294,3 -7.003,8	2.273.754,9
	Zuschuss	1.691.234,9	+34.103,6	1.725.338,5
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	464.148	+18.486	482.634
	davon fällig Haushaltsjahr 2018	117.670	+6.162	123.832
	davon fällig Haushaltsjahr 2019	116.963	+6.162	123.125
	davon fällig Haushaltsjahr 2020	115.398	+6.162	121.560
	davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	114.117	-	114.117

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

11 Allgemeine Finanzverwaltung
11 01 Steuern und steuerähnliche Abgaben

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Bemerkung:

Korrektur der Ansätze zu den Steuereinnahmen aufgrund der Steuerschätzung im November 2016.

Einnahmen

011 01	821	Lohnsteuer	2.552.000,0	-18.600,0	2.533.400,0
012 01	821	Veranlagte Einkommensteuer	861.800,0	+5.000,0	866.800,0
013 01	821	Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (ohne Abgeltungssteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	129.900,0	-1.900,0	128.000,0
014 01	821	Körperschaftsteuer	318.900,0	+48.900,0	367.800,0
015 01	821	Umsatzsteuer	2.785.700,0	-55.600,0	2.730.100,0
016 01	821	Einfuhrumsatzsteuer	860.000,0	-8.400,0	851.600,0
017 01	821	Gewerbsteuerumlage	203.100,0	-5.500,0	197.600,0
018 01	821	Abgeltungssteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	69.400,0	-3.600,0	65.800,0
052 01	821	Erbschaftsteuer	148.800,0	+10.500,0	159.300,0
053 04	821	Grunderwerbsteuer ab 01.01.2014	613.200,0	+7.400,0	620.600,0
057 01	821	Lotteriesteuer	49.000,0	+100,0	49.100,0
058 01	821	Sportwettensteuer	9.200,0	+2.200,0	11.400,0
<i>Haushaltsvermerk unverändert</i>					
059 01	821	Feuerschutzsteuer	14.700,0	+1.200,0	15.900,0

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

11 Allgemeine Finanzverwaltung

11 01 Steuern und steuerähnliche Abgaben

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

061 01	821	Biersteuer	21.800,0	-1.700,0	20.100,0
--------	-----	------------	----------	----------	----------

122 01	632	Feldes- und Förderabgaben für Erdöl und sonstige Bodenschätze	55.000,0	-10.000,0	45.000,0
--------	-----	---	----------	-----------	----------

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Anpassung an die voraussichtliche Entwicklung.

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

11

Allgemeine Finanzverwaltung

11 01

Steuern und steuerähnliche Abgaben

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

981 01	891	Verrechnung der Einnahmen aus der Feuer- schutzsteuer mit Epl. 04	14.700,0	+1.200,0	15.900,0
--------	-----	--	----------	----------	----------

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Anpassung an das Ergebnis der Steuerschätzung im November 2016.

Abschluss Kapitel 11 01

2017	Gesamteinnahmen	9.015.500,0	+75.300,0	8.985.500,0
			-105.300,0	
	Gesamtausgaben	16.406,0	+1.200,0	17.606,0
			0,0	
	Zuschuss	0,0	0,0	0,0
	Überschuss	8.999.094,0	-31.200,0	8.967.894,0
	keine Verpflichtungsermächtigung			

11 Allgemeine Finanzverwaltung

11 02 Finanzaufwendungen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Einnahmen

211 01	821	Bundesergänzungszuweisungen	198.900,0	-15.300,0	183.600,0
---------------	-----	------------------------------------	------------------	------------------	------------------

Bemerkung:

Anpassung an das Ergebnis der Steuerschätzung im November 2016.

212 01	821	Ausgleichszuweisungen der Länder	269.700,0	-29.700,0	240.000,0
---------------	-----	---	------------------	------------------	------------------

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Anpassung an das Ergebnis der Steuerschätzung im November 2016.

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

11 Allgemeine Finanzverwaltung

11 02 Finanzausweisungen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

613 02	821	Zuweisung zum Ausgleich der Belastungen der Gemeinden aus der Neuordnung des Familienleistungsausgleichs	113.417,0	-1.040,0	112.377,0
--------	-----	---	-----------	----------	-----------

Bemerkung:

Anpassung an das Ergebnis der Steuerschätzung November 2016.

Neuer Titel

633 04	271	Zuweisungen zum Ausbau der Nachmittagsbetreuung in Kindertageseinrichtungen	0,0	+5.000,0	5.000,0
--------	-----	--	-----	----------	---------

Bemerkung:

Zusätzliche Mittel für den Ausbau der Nachmittagsbetreuung in Kindertageseinrichtungen zur weiteren Entlastung der Kommunen.

Zweckbestimmung geändert

633 10	271	Zuweisungen an die Kreise und kreisfreien Städte für die Sprachbildung sowie zur Förderung von Regional- und Minderheitensprachen in Kindertageseinrichtungen	6.000,0	+500,0	6.500,0
--------	-----	--	---------	--------	---------

Bemerkung:

Für die Förderung von Regional- und Minderheitensprachen in Kindertageseinrichtungen werden zusätzlich 500,0 T€ bereitgestellt.

Neuer Titel

883 01	821	Zuweisungen für ein kommunales Infrastrukturprogramm	0,0	+5.000,0	5.000,0
--------	-----	---	-----	----------	---------

Bemerkung:

Umsetzung der Vereinbarung zwischen dem Land Schleswig-Holstein und den kommunalen Landesverbänden über eine Beteiligung des Landes an den Kosten der Integration auf kommunaler Ebene sowie weiterer finanzieller Entlastungsmaßnahmen vom 7. November 2016.

02 Sonstige Vorwegabzüge nach § 4 Abs. 2 FAG

633 26 (02)	271	Zuweisungen zur Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen gemäß § 18 FAG	70.000,0	+10.000,0	80.000,0
----------------	-----	---	----------	-----------	----------

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Erhöhung der Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen um 10.000,0 T€ bei entsprechender Erhöhung der Finanzausgleichsmasse zur weiteren Entlastung der Kommunen.

Summe der Maßnahmegruppe 02	252.776,0	+10.000,0	262.776,0
------------------------------------	------------------	------------------	------------------

11 Allgemeine Finanzverwaltung

11 02 Finanzausweisungen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

**03 Schlüsselzuweisungen nach § 4 Abs. 1
FAG**

613 30	821	Schlüsselzuweisungen	1.445.742,4	-10.637,4	1.435.105,0
---------------	------------	-----------------------------	--------------------	------------------	--------------------

(03)

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Anpassung an das Ergebnis der Steuerschätzung November 2016.

Summe der Maßnahmegruppe 03	1.445.742,4	-10.637,4	1.435.105,0
------------------------------------	--------------------	------------------	--------------------

Abschluss Kapitel 11 02

2017	Gesamteinnahmen	548.600,0	0,0	503.600,0
			-45.000,0	
	Gesamtausgaben	1.976.980,5	+20.500,0	1.985.803,1
			-11.677,4	
	Zuschuss	1.428.380,5	+53.822,6	1.482.203,1
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	keine Verpflichtungsermächtigung			

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

11 Allgemeine Finanzverwaltung

11 05 Versorgung, Unfallfürsorge und Ausgleichsbeträge (G 131 usw.)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

432 11	118	Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte der Grund- und Hauptschulen sowie deren Hinterbliebene	218.277,2	+8.220,0	226.497,2
--------	-----	---	-----------	----------	-----------

Bemerkung:

8.220,0 T€ umgesetzt aus Titel 1111-461 01 zur Finanzierung der Auswirkungen von Versorgungserhöhungen.

432 13	118	Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte der Gymnasien sowie deren Hinterbliebene	169.980,2	+5.480,0	175.460,2
--------	-----	---	-----------	----------	-----------

Bemerkung:

5.480,0 T€ umgesetzt aus Titel 1111-461 01 zur Finanzierung der Auswirkungen von Versorgungserhöhungen.

Neuer Titel

526 99	012	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	0,0		0,0
--------	-----	---	-----	--	-----

Bemerkung:

Aus einem Urteil des Verwaltungsgerichtes Schleswig vom 1. Dezember 2015 könnte zukünftig die Notwendigkeit resultieren, zusätzlich zu amtsärztlichen Untersuchungen gesondert Gutachten zur Feststellung der dauerhaften Dienstunfähigkeit einholen zu müssen. Vor diesem Hintergrund wird ein Leertitel eingerichtet, der in die Deckungsfähigkeit innerhalb des Kapitels 1105 eingebunden ist.

Neuer Titel

671 02	018	Weiterleitung dem Land erstatteter überzahlter VBL-Sanierungsgelder	0,0		0,0
--------	-----	--	-----	--	-----

Bemerkung:

Vorsorglich ausgebrachter Titel für den Fall, dass das Land Erstattungen aus überzahlten VBL-Sanierungsgeldern weiterleitet (z.B. an Hochschulen für durch Drittmittel finanzierte Projekte).

Abschluss Kapitel 11 05

2017	Gesamteinnahmen	24.071,3	0,0 0,0	24.071,3
	Gesamtausgaben	1.281.305,6	+13.700,0 0,0	1.295.005,6
	Zuschuss	1.257.234,3	+13.700,0	1.270.934,3
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	keine Verpflichtungsermächtigung			

11 Allgemeine Finanzverwaltung

11 06 Beihilfen und Heilfürsorge

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

01 Beihilfen und Pflegeleistungen

Haushaltsvermerk unverändert

441 11 (01)	841	Beihilfen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (ohne Pflegeleistungen)	92.966,0	+281,9	93.247,9
-----------------------	-----	---	-----------------	---------------	-----------------

Bemerkung:

Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf gemäß Prognose des Dienstleistungszentrums Personal.

446 11 (01)	018	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger (ohne Pflegeleis- tungen)	159.043,7	+482,2	159.525,9
-----------------------	-----	---	------------------	---------------	------------------

Bemerkung:

Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf gemäß Prognose des Dienstleistungszentrums Personal.

446 12 (01)	018	Pflegeleistungen für Versorgungs- empfängerinnen und Versorgungsempfänger	19.176,7	+3.687,8	22.864,5
-----------------------	-----	--	-----------------	-----------------	-----------------

Bemerkung:

Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf gemäß Prognose des Dienstleistungszentrums Personal auf Grund der Gesetze zur Stärkung der pflegerischen Versorgung und zur Änderung weiterer Vorschriften (Pflegestärkungsgesetze I und II).

Summe der Maßnahmegruppe 01	272.361,4	+4.451,9	276.813,3
------------------------------------	------------------	-----------------	------------------

Abschluss Kapitel 11 06

2017	Gesamteinnahmen	800,0	0,0	800,0
			0,0	
	Gesamtausgaben	287.128,5	+4.451,9	291.580,4
			0,0	
	Zuschuss	286.328,5	+4.451,9	290.780,4
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	keine Verpflichtungsermächtigung			

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

11 Allgemeine Finanzverwaltung

11 11 Sonstige allgemeine Einnahmen und Ausgaben

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Einnahmen

Neuer Titel

122 13	861	Einnahmen aus der Lotterie Die Sieger-Chance	0,0	0,0	0,0
--------	-----	---	-----	-----	-----

Bemerkung:

Die NordwestLotto Schleswig-Holstein GmbH & Co. KG (NWL) veranstaltet die neue Lotterie "Die Sieger-Chance", für die gemäß den Vorgaben der Landesverordnung über in öffentlicher Trägerschaft veranstaltete Lotterien (Lotteriezweckabgabenverordnung - LottZwAbgVO) eine Zweckabgabe in Höhe von 30,2 % des Spielkapitals abzuführen ist. Das Aufkommen an Zweckabgabe ist gemäß den Vorgaben der LottZwAbgVO zu Gunsten des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) zu verwenden (siehe Titel 1111-981 09 MG 02). Es wird mit einem jährlichen Aufkommen in Höhe von rd. 230,0 T€ gerechnet.

Neuer Titel

232 01	235	Erstattung von Kosten aufgrund der Verwaltungsvereinbarung mit der Freien und Hansestadt Hamburg über die Benutzung der Landesunterkunft für Asylsuchende in Bad Segeberg	0,0	+15.000,0	15.000,0
--------	-----	--	-----	-----------	----------

Bemerkung:

Aufgrund einer mit der Freien und Hansestadt Hamburg geschlossenen Verwaltungsvereinbarung zahlt Hamburg für die Nutzung der Landesunterkunft für Asylsuchende in Bad Segeberg monatlich rund 1,25 Mio. Euro.

Neuer Titel

232 02	265	Zuweisungen von Ländern zum Belastungsausgleich für unbegleitete minderjährige Ausländer	0,0	+6.300,0	6.300,0
--------	-----	---	-----	----------	---------

Bemerkung:

Bereits im Jahr 2015 hatte die MPK einen Belastungsausgleich beschlossen, um diejenigen Länder zu entlasten, die zum Start des Verteilungsverfahrens für unbegleitete minderjährige Ausländer am 1. November 2015 mehr unbegleitete minderjährige Ausländer zu versorgen hatten, als sie nach ihrem Anteil gemäß dem Königsteiner Schlüssel hätten betreuen müssen. Schleswig-Holstein erhält zum Ausgleich seiner Belastungen von anderen Ländern insgesamt rd. 12.600,0 T€, die jeweils zur Hälfte 2016 und 2017 dem Landeshaushalt zufließen.

371 02	881	Globale Mehreinnahme für Einnahmen seitens des Bundes im Zusammenhang mit Asyl und Flüchtlingen	25.000,0	+82.000,0	107.000,0
--------	-----	--	----------	-----------	-----------

Bemerkung:

Voraussichtliche Auswirkungen des Gesetzes zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen.

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

11 Allgemeine Finanzverwaltung

11 11 Sonstige allgemeine Einnahmen und Ausgaben

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

461 01 881 Globale Mehrausgaben für Personalausgaben 170.000,0 -54.375,8 115.624,2

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

44.375,8 T€ umgesetzt in die Einzelpläne zur Finanzierung der Auswirkungen von Tarif- und Besoldungserhöhungen sowie in das Kapitel 1105 zur Finanzierung der Auswirkungen von Versorgungserhöhungen.

Auf Grund des Verlaufs der Umsetzung im Haushaltsvollzug 2016 und deren Nachzeichnung im Haushalt 2017 erfolgt eine Absenkung um 10.000,0 T€ zwecks Anpassung an den tatsächlichen Bedarf (Basisseffekt).

461 02 129 Globale Mehrausgaben für den Ersatz geleisteter Vorgriffstunden 10.000,0 -3.000,0 7.000,0

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf bzw. den voraussichtlichen Mittelabfluss.

533 03 011 Entgelt an die Investitionsbank Schleswig-Holstein für die Durchführung der Förderungen nach dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz 165,0 -27,0 138,0

Bemerkung:

Auf Grund der Verlängerung des Förderzeitraums nach dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvFG) bis 2020 wurde der mit der Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB SH) geschlossene Aufgabenübertragungsvertrag angepasst. Bei insgesamt steigendem Entgelt ergibt sich allerdings eine Streckung der jährlichen Ausgaben, so dass für 2017 ein niedrigerer Ansatz veranschlagt werden kann.

Neuer Titel

685 02 711 Mehrbedarf für Planungsleistungen im Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein (LBV SH) 0,0 +5.100,0 5.100,0

Neuer Haushaltsvermerk

Das Finanzministerium wird ermächtigt, die Haushaltsmittel bedarfsgerecht in den Einzelplan 06 umzusetzen.

Bemerkung:

Zusätzlicher Bedarf für Planungsleistungen im Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig Holstein (LBV.SH) insbesondere aufgrund höherer Zuweisungen des Bundes i.H.v. rd. 30 Mio. €. Der Planungsaufwand je 1 Mio. € Bauvolumen beträgt durchschnittlich 170 T€ (17%). Der Ansatz ist vorgesehen für 30 zusätzlich benötigte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Planungsbereich.

Neuer Titel

971 03 881 Vorsorge für Erstattungen an Kommunen im Rahmen der Unterbringung und Versorgung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern 0,0 +99.500,0 99.500,0

Neuer Haushaltsvermerk

Das Finanzministerium wird ermächtigt, ggf. unter Einrichtung neuer Haushaltstitel und -vermerke, Haushaltsmittel bedarfsgerecht in den Einzelplan 04 umzusetzen.

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

11 Allgemeine Finanzverwaltung

11 11 Sonstige allgemeine Einnahmen und Ausgaben

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

noch zu 971 03

Bemerkung:

Vorsorge für Ausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz für Fälle, die sich Ende 2016 noch in Asylverfahren befinden und für die daher eine Erstattung zu leisten ist.

Neuer Titel

971 04	881	Vorsorge für Nachfinanzierungsbedarf im Zusammenhang mit Eingliederungshilfe	0,0	+13.000,0	13.000,0
---------------	------------	---	------------	------------------	-----------------

Neuer Haushaltsvermerk

Das Finanzministerium wird ermächtigt, ggf. unter Einrichtung neuer Haushaltstitel und -vermerke, Haushaltsmittel bedarfsgerecht in den Einzelplan 10 umzusetzen.

Bemerkung:

Die ersten Hochrechnungen der örtlichen Träger prognostizieren für das laufende Jahr 2016 einen Mehrbedarf an Landesmitteln, der in 2017 nachzufinanzieren ist.

972 02	881	Vorsorge für Mehrbedarf im Zusammenhang mit unbegleiteten minderjährigen Ausländern	55.205,2	-55.205,2	0,0
---------------	------------	--	-----------------	------------------	------------

Bemerkung:

Die Vorsorge für den Mehrbedarf wurde zu Gunsten einer konkreten Veranschlagung im Einzelplan 10 (Titel 1012-633 15 MG 07) aufgelöst.

02 Verwendung der Lotteriezweckabgaben gemäß Erster GlüÄndStV AG und Glücksspielgesetz

Neuer Titel

981 09	891	Zweckabgabe aus der Lotterie Die Sieger-Chance zur Förderung des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB)	0,0	0,0	0,0
---------------	------------	--	------------	------------	------------

(02)

Neuer Haushaltsvermerk

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 1111-122 13 geleistet werden.

Bemerkung:

Die NordwestLotto Schleswig-Holstein GmbH & Co. KG (NWL) veranstaltet die neue Lotterie "Die Sieger-Chance", für die gemäß den Vorgaben der Landesverordnung über in öffentlicher Trägerschaft veranstaltete Lotterien (Lotteriezweckabgabenverordnung - LottZwAbgVO) eine Zweckabgabe in Höhe von 30,2 % des Spielkapitals abzuführen ist. Das Aufkommen an Zweckabgabe ist gemäß den Vorgaben der LottZwAbgVO zu Gunsten des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) zu verwenden (siehe Titel 1111-122 13). Es wird mit einem jährlichen Aufkommen in Höhe von rd. 230,0 T€ gerechnet.

Summe der Maßnahmegruppe 02

12.026,5

0,0

12.026,5

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

11 Allgemeine Finanzverwaltung

11 11 Sonstige allgemeine Einnahmen und Ausgaben

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

12 Förderung von Kommunen aus Mitteln des Sondervermögens "Kommunalinvestitionsförderungsfonds"

Haushaltsvermerk unverändert

Neuer Titel

893 06	011	Zuweisungen an den Verein zur Erhaltung der Schleswig-Holsteinischen Gemeindeschule e.V. für Investitionen in die Sanierung der Verwaltungsakademie Bordesholm	0,0		0,0
---------------	------------	---	------------	--	------------

(12)

Bemerkung:

Nach erfolgter Bewilligung der Fördermittel aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvFG) wird dieser Titel zur Ausreichung der Mittel an den Zuwendungsempfänger eingerichtet.

Summe der Maßnahmegruppe 12	0,0	0,0	0,0
------------------------------------	------------	------------	------------

13 Infrastrukturmodernisierungsprogramm

533 04	011	Planungskosten für Infrastrukturmaßnahmen ab 2018	10.000,0	0,0	10.000,0
---------------	------------	--	-----------------	------------	-----------------

(13)

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

Neuverpflichtung aus HHJ 2017	0	+66.800	66.800
davon fällig Haushaltsjahr 2018	0	+3.900	3.900
davon fällig Haushaltsjahr 2019	0	+4.800	4.800
davon fällig Haushaltsjahr 2020	0	+4.700	4.700
davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	0	+53.400	53.400

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Die Ausbringung bzw. Fortschreibung der Verpflichtungsermächtigung ist bei der Erstellung des Haushaltsentwurfes fälschlicherweise unterblieben, was nun nachgeholt wird.

Aus den noch nicht durch laufende Planungen belegten Mitteln dieses Titels sollen die Planungskosten für den "Masterplan Gottorf" der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf (375,0 T€) finanziert werden. Die Umsetzung des "Masterplans Gottorf" kann mit dem Inkrafttreten des Bundeshaushalts 2017 und der damit verbundenen Zurverfügungstellung der Fördermittel des Bundes beginnen.

Der verbleibende Betrag ist für bislang nicht konkretisierte vorbereitende Planungen von Infrastrukturmaßnahmen vorgesehen.

Summe der Maßnahmegruppe 13	10.000,0	0,0	10.000,0
------------------------------------	-----------------	------------	-----------------

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

11 Allgemeine Finanzverwaltung

11 11 Sonstige allgemeine Einnahmen und Ausgaben

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Abschluss Kapitel 11 11

2017	Gesamteinnahmen	105.719,3	+103.300,0 0,0	209.019,3
	Gesamtausgaben	270.286,0	+117.600,0 -112.608,0	275.278,0
	Zuschuss	164.566,7	-98.308,0	66.258,7
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)		+66.800	66.800
	davon fällig Haushaltsjahr 2018		+3.900	3.900
	davon fällig Haushaltsjahr 2019		+4.800	4.800
	davon fällig Haushaltsjahr 2020		+4.700	4.700
	davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff		+53.400	53.400

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

11 Allgemeine Finanzverwaltung

11 16 Kredite, Finanzderivate, Schulden

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Einnahmen

01 Bruttokreditaufnahme

Haushaltsvermerk unverändert

325 01	831	Nettokreditaufnahme	126.486,9	-126.486,9	0,0
---------------	-----	----------------------------	------------------	-------------------	------------

(01)

Bemerkung:

Für das Haushaltsjahr 2017 ist keine Nettokreditaufnahme erforderlich (vgl. Titel 1116-595 05 MG 04).

Summe der Maßnahmegruppe 01	3.175.553,9	-126.486,9	3.049.067,0
------------------------------------	--------------------	-------------------	--------------------

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

11 Allgemeine Finanzverwaltung

11 16 Kredite, Finanzderivate, Schulden

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

01 Zinsen Kreditmarkt

Haushaltsvermerk unverändert

575 01 (01)	831	Zinsausgaben Ist- und Plan-Portfolio (Kredite und Finanzderivate)	590.966,9	-38.000,0	552.966,9
-----------------------	-----	--	------------------	------------------	------------------

Bemerkung:

Anpassung an die aktuelle Zinsentwicklung

575 03 (01)	831	Disagio, Stückzinsen, sonstige Zinsausgaben	14.100,0	-14.100,0	0,0
-----------------------	-----	--	-----------------	------------------	------------

Bemerkung:

Anpassung an die aktuelle Zinsentwicklung

Summe der Maßnahmegruppe 01	616.350,0	-52.100,0	564.250,0
------------------------------------	------------------	------------------	------------------

03 Tilgung Kreditmarkt

Neuer Titel

595 05 (03)	831	Nettotilgung	0,0	+47.406,8	47.406,8
-----------------------	-----	---------------------	------------	------------------	-----------------

Bemerkung:

Neueinrichtung eines Titels zur vorgesehenen Tilgung im Jahr 2017 auf Grundlage der Haushaltsplanung.

Summe der Maßnahmegruppe 03	3.049.067,0	+47.406,8	3.096.473,8
------------------------------------	--------------------	------------------	--------------------

Abschluss Kapitel 11 16

2017	Gesamteinnahmen	3.175.553,9	0,0	3.049.067,0
			-126.486,9	
	Gesamtausgaben	3.656.808,8	+47.406,8	3.652.115,6
			-52.100,0	
	Zuschuss	481.254,9	+121.793,7	603.048,6
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	keine Verpflichtungsermächtigung			

11

Allgemeine Finanzverwaltung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Gesamtabschluss Einzelplan 11

2017	Gesamteinnahmen	12.872.394,5	+178.600,0 -276.786,9	12.774.207,6
	Gesamtausgaben	7.498.915,4	+204.858,7 -176.385,4	7.527.388,7
	Zuschuss	0,0	0,0	0,0
	Überschuss	5.373.479,1	-126.660,2	5.246.818,9
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	3.000	+66.800	69.800
	davon fällig Haushaltsjahr 2018	1.000	+3.900	4.900
	davon fällig Haushaltsjahr 2019	1.000	+4.800	5.800
	davon fällig Haushaltsjahr 2020	1.000	+4.700	5.700
	davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff		+53.400	53.400

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

12 Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

12 01 Landtag

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

Zweckbestimmung geändert

519 04	011	Neukonzeption der Medien-und Veranstaltungstechnik	310,0	+635,0	945,0
--------	-----	---	--------------	---------------	--------------

Bemerkung:

Teile der verwendeten Medientechnik sind seit der Eröffnung des Plenarsaales 2002/2003 im Einsatz und stellen nicht mehr den Stand der Technik dar. Der unter 519 04 ursprünglich vorgesehene Ansatz in Höhe von 310 T€ war lediglich für die Dolmetscher- und Konferenzanlage vorgesehen und basierte auf einer Kostenschätzung aus Mai 2015. Der Ansatz ist nun auf Grundlage der mit Hilfe eines Fachplanungsbüros entwickelten Neukonzeption der Medien-und Veranstaltungstechnik erhöht worden. Die finale Kostenschätzung vom 05. August 2016 sieht Gesamtkosten von 945 T€ vor.

Abschluss Kapitel 12 01

Gesamtausgaben	743,6	+635,0	1.378,6
-----------------------	--------------	---------------	----------------

keine Verpflichtungsermächtigung

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

12 Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

12 02 Landesrechnungshof

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

519 01	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	62,1	-12,1	50,0
--------	-----	--	------	-------	------

Bemerkung:

Die vom Landesrechnungshof nicht benötigte Aufstockung der Bauunterhaltungsmittel in Höhe von 12,1 T€ wird an Titel 1204-519 01 - Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen (MIB) - aufgrund erhöhtem Bedarf umverteilt.

Abschluss Kapitel 12 02

		Gesamtausgaben	62,1	0,0	50,0
				-12,1	
		keine Verpflichtungsermächtigung			

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

12 Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

12 03 Ministerpräsident, Staatskanzlei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

711 01	011	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Hochbau)	20,1	+50,0	70,1
--------	-----	--	------	-------	------

Bemerkung:

Mehranmeldung für die Unterbringung des Zentralen IT-Management.

Abschluss Kapitel 12 03

Gesamtausgaben	132,5	+50,0 0,0	182,5
----------------	-------	--------------	-------

keine Verpflichtungsermächtigung

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

12

Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

12 04

Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Einnahmen

124 03	042	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzungen der BOS-Funkmasten	0,0	+30,3	30,3
		Bemerkung: Veranschlagung der erwarteten Mieteinnahmen.			
231 01	235	Zuweisungen des Bundes für die Herrichtung von Asylunterkünften in Bundesliegenschaften	8.200,0	-8.200,0	0,0
		Bemerkung: Anpassung an die Verhältnisse gemäß Reorganisation der Erstaufnahmeeinrichtungen in Schleswig-Holstein (Umdruck 18/6403 vom 12. Juli 2016).			

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

12 Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

12 04 Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

519 01	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	99,0	+12,1	111,1
---------------	-----	---	-------------	--------------	--------------

Bemerkung:

Aufstockung in Höhe von 12,1 T€ aufgrund erhöhtem Bedarf aus Mitteln der vom Landesrechnungshof nicht benötigten Aufstockung der Bauunterhaltungsmittel.

519 03	042	Unterhaltung der BOS-Funkmasten	0,0	+30,3	30,3
---------------	-----	--	------------	--------------	-------------

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

s. Titel 124 03.

04 Unterkunft für Asylsuchende in Boostedt

Haushaltsvermerk geändert

Die Ausgaben sind deckungsfähig innerhalb der MG sowie mit der MG 05, MG 06, MG 07, MG 08 und MG 09. Zusätzlich findet § 7 Abs. 3 Nr. 2 HG einseitig zu Gunsten der MG Anwendung.

Zusätzlich sind die Ausgaben deckungsfähig mit Kapitel 1220, MG 04 und MG 05 sowie mit Kapitel 1221, MG 02 und MG 03.

Bemerkung:

Anpassung an die Verhältnisse gemäß Reorganisation der Erstaufnahmeeinrichtungen in Schleswig-Holstein (Umdruck 18/6403 vom 12. Juli 2016).

715 01 (04)	235	Herrichtung der Unterkunft für Asylsuchende in Boostedt	800,0	+200,0	1.000,0
-----------------------	-----	--	--------------	---------------	----------------

Bemerkung:

Anpassung an die Verhältnisse gemäß Reorganisation der Erstaufnahmeeinrichtungen in Schleswig-Holstein (Umdruck 18/6403 vom 12. Juli 2016).

Summe der Maßnahmegruppe 04	1.800,0	+200,0	2.000,0
------------------------------------	----------------	---------------	----------------

05 Herrichtung von Interimsunterbringungen

Haushaltsvermerk geändert

Die Ausgaben sind deckungsfähig innerhalb der MG sowie mit der MG 04, MG 06, MG 07, MG 08 und MG 09. Zusätzlich findet § 7 Abs. 3 Nr. 2 HG einseitig zu Gunsten der MG Anwendung.

Zusätzlich sind die Ausgaben deckungsfähig mit Kapitel 1220, MG 04 und MG 05 sowie mit Kapitel 1221, MG 02 und MG 03.

Bemerkung:

Anpassung an die Verhältnisse gemäß Reorganisation der Erstaufnahmeeinrichtungen in Schleswig-Holstein (Umdruck 18/6403 vom 12. Juli 2016).

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

12

Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

12 04

Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

519 09 (05)	235	Unterhaltung der baulichen Anlagen	1.500,0	-1.000,0	500,0
----------------	-----	---	----------------	-----------------	--------------

Bemerkung:

Anpassung an die Verhältnisse gemäß Reorganisation der Erstaufnahmeeinrichtungen in Schleswig-Holstein (Umdruck 18/6403 vom 12. Juli 2016).

715 02 (05)	235	Herrichtung der Interimsunterkünfte	1.300,0	-1.300,0	0,0
----------------	-----	--	----------------	-----------------	------------

Bemerkung:

Anpassung an die Verhältnisse gemäß Reorganisation der Erstaufnahmeeinrichtungen in Schleswig-Holstein (Umdruck 18/6403 vom 12. Juli 2016).

Summe der Maßnahmegruppe 05	2.800,0	-2.300,0	500,0
------------------------------------	----------------	-----------------	--------------

06 Unterkunft für Asylsuchende in Seeth

Haushaltsvermerk geändert

Die Ausgaben sind deckungsfähig innerhalb der MG sowie mit der MG 04, MG 05, MG 07, MG 08 und MG 09. Zusätzlich findet § 7 Abs. 3 Nr. 2 HG einseitig zu Gunsten der MG Anwendung. Zusätzlich sind die Ausgaben deckungsfähig mit Kapitel 1220, MG 04 und MG 05 sowie mit Kapitel 1221, MG 02 und MG 03.

Bemerkung:

Anpassung an die Verhältnisse gemäß Reorganisation der Erstaufnahmeeinrichtungen in Schleswig-Holstein (Umdruck 18/6403 vom 12. Juli 2016).

519 10 (06)	235	Unterhaltung der baulichen Anlagen	1.000,0	-800,0	200,0
----------------	-----	---	----------------	---------------	--------------

Bemerkung:

Anpassung an die Verhältnisse gemäß Reorganisation der Erstaufnahmeeinrichtungen in Schleswig-Holstein (Umdruck 18/6403 vom 12. Juli 2016).

715 04 (06)	235	Herrichtung der Asylunterkunft	2.400,0	-2.400,0	0,0
----------------	-----	---------------------------------------	----------------	-----------------	------------

Bemerkung:

Anpassung an die Verhältnisse gemäß Reorganisation der Erstaufnahmeeinrichtungen in Schleswig-Holstein (Umdruck 18/6403 vom 12. Juli 2016).

Summe der Maßnahmegruppe 06	3.400,0	-3.200,0	200,0
------------------------------------	----------------	-----------------	--------------

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

12 Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

12 04 Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

07 Unterkunft für Asylsuchende in Lütjenburg

Haushaltsvermerk geändert

Die Ausgaben sind deckungsfähig innerhalb der MG sowie mit der MG 04, MG 05, MG 06, MG 08 und MG 09. Zusätzlich findet § 7 Abs. 3 Nr. 2 HG einseitig zu Gunsten der MG Anwendung.
Zusätzlich sind die Ausgaben deckungsfähig mit Kapitel 1220, MG 04 und MG 05 sowie mit Kapitel 1221, MG 02 und MG 03.

Bemerkung:

Anpassung an die Verhältnisse gemäß Reorganisation der Erstaufnahmeeinrichtungen in Schleswig-Holstein (Umdruck 18/6403 vom 12. Juli 2016).

519 11 (07)	235	Unterhaltung der baulichen Anlagen	700,0	-500,0	200,0
----------------	-----	---	--------------	---------------	--------------

Bemerkung:

Anpassung an die Verhältnisse gemäß Reorganisation der Erstaufnahmeeinrichtungen in Schleswig-Holstein (Umdruck 18/6403 vom 12. Juli 2016).

715 06 (07)	235	Herrichtung der Unterkunft für Asylsuchende in Lütjenburg	5.000,0	-5.000,0	0,0
----------------	-----	--	----------------	-----------------	------------

Bemerkung:

Anpassung an die Verhältnisse gemäß Reorganisation der Erstaufnahmeeinrichtungen in Schleswig-Holstein (Umdruck 18/6403 vom 12. Juli 2016).

	Summe der Maßnahmegruppe 07	5.700,0	-5.500,0	200,0
--	------------------------------------	----------------	-----------------	--------------

Neue Maßnahmegruppe

08 Unterkunft für Asylsuchende in Rendsburg

Neuer Haushaltsvermerk

Die Ausgaben sind deckungsfähig innerhalb der MG sowie mit der MG 04, MG 05, MG 06, MG 07 und MG 09. Zusätzlich findet § 7 Abs. 3 Nr. 2 HG einseitig zu Gunsten der MG Anwendung.
Zusätzlich sind die Ausgaben deckungsfähig mit Kapitel 1220, MG 04 und MG 05 sowie mit Kapitel 1221, MG 02 und MG 03.

Bemerkung:

Anpassung an die Verhältnisse gemäß Reorganisation der Erstaufnahmeeinrichtungen in Schleswig-Holstein (Umdruck 18/6403 vom 12. Juli 2016).

Neuer Titel

519 12 (08)	235	Unterhaltung der baulichen Anlagen	0,0	0,0
----------------	-----	---	------------	------------

Neuer Titel

711 12 (08)	235	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	0,0	0,0
----------------	-----	--	------------	------------

12

Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

12 04

Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		
Neuer Titel					
712 37 (08)	235	Baunebenkosten für Baumaßnahmen der MG 08	0,0		0,0
Neuer Titel					
713 37 (08)	235	Organleihekostenerstattung an die GMSH für Baumaßnahmen der MG 08	0,0		0,0
Neuer Titel					
715 07 (08)	235	Herrichtung der Unterkunft für Asylsuchende in Rendsburg	0,0		0,0
Summe der Maßnahmegruppe 08					
Neue Maßnahmegruppe					
09 Unterkunft für Asylsuchende in Glücksstadt					
Neuer Haushaltsvermerk					
Die Ausgaben sind deckungsfähig innerhalb der MG sowie mit der MG 04, MG 05, MG 06, MG 07 und MG 08. Zusätzlich findet § 7 Abs. 3 Nr. 2 HG einseitig zu Gunsten der MG Anwendung. Zusätzlich sind die Ausgaben deckungsfähig mit Kapitel 1220, MG 04 und MG 05 sowie mit Kapitel 1221, MG 02 und MG 03.					
Bemerkung:					
Anpassung an die Verhältnisse gemäß Reorganisation der Erstaufnahmeeinrichtungen in Schleswig-Holstein (Umdruck 18/6403 vom 12. Juli 2016).					
Neuer Titel					
519 13 (09)	235	Unterhaltung der baulichen Anlagen	0,0		0,0
Neuer Titel					
711 13 (09)	235	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	0,0		0,0
Neuer Titel					
712 38 (09)	235	Baunebenkosten für Baumaßnahmen der MG 09	0,0		0,0
Neuer Titel					
713 38 (09)	235	Organleihekostenerstattung an die GMSH	0,0		0,0
Neuer Titel					
715 08 (09)	235	Herrichtung der Unterkunft für Asylsuchende in Glücksstadt	0,0		0,0

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

12 Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

12 04 Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Summe der Maßnahmegruppe 09

Abschluss Kapitel 12 04

2017	Gesamteinnahmen	8.200,0	+30,3	30,3
			-8.200,0	
	Gesamtausgaben	14.774,5	+242,4	4.016,9
			-11.000,0	
	Zuschuss	6.574,5	-2.587,9	3.986,6
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	400	-	400
	davon fällig Haushaltsjahr 2018	400	-	400
	davon fällig Haushaltsjahr 2019			
	davon fällig Haushaltsjahr 2020			
	davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff			

12

Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

12 09

Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

85 Justizvollzugsanstalt Neumünster

Zweckbestimmung geändert

716 85	056	JVA Neumünster - Neubau eines Unterkunftsgebäudes im offenen Vollzug	300,0	+500,0	800,0
(85)					
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2017	0	+2.069	2.069
		davon fällig Haushaltsjahr 2018	0	+1.500	1.500
		davon fällig Haushaltsjahr 2019	0	+569	569
		davon fällig Haushaltsjahr 2020	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	0	0	0

Bemerkung:

Der Neubau des Unterkunftsgebäudes erfolgt in Koppelung mit der Maßnahme - Neubau einer Werkhalle im offenen Vollzug. Nach Bezug des Neubaus wird das alte Unterkunftsgebäude abgerissen und somit der Neubau einer Werkhalle ermöglicht. Eine Verschiebung des Neubaus würde die gesetzlich normierte Stärkung des offenen Vollzugs gefährden (Inkrafttreten des neuen LStVollzG SH am 01. September 2016).

Summe der Titelgruppe 85	2.194,2	+500,0	2.694,2
---------------------------------	----------------	---------------	----------------

Abschluss Kapitel 12 09

2017	Gesamteinnahmen	0,0	0,0	0,0
	Gesamtausgaben	11.724,1	+500,0	12.224,1
	Zuschuss	11.724,1	+500,0	12.224,1
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	9.190	+2.069	11.259
	davon fällig Haushaltsjahr 2018	6.210	+1.500	7.710
	davon fällig Haushaltsjahr 2019	1.660	+569	2.229
	davon fällig Haushaltsjahr 2020	1.160	-	1.160
	davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	160	-	160

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

12 Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

12 11 Allgemeine Hochbauvorhaben des Landes

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

Zweckbestimmung geändert

533 33	016	Kostenerstattung für vorlaufende Planungsleistungen und Planungsleistungen ohne unmittelbaren Baubezug.	1.800,0	0,0	1.800,0
--------	-----	--	----------------	------------	----------------

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Anpassung der Zweckbestimmung dient der Klarstellung der Mittelverwendung.

712 33	016	Baunebenkosten für Baumaßnahmen des Landes	2.709,7	+321,3	3.031,0
--------	-----	---	----------------	---------------	----------------

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

Neuverpflichtung aus HHJ 2017	4.000	+850	4.850
davon fällig Haushaltsjahr 2018	2.500	+500	3.000
davon fällig Haushaltsjahr 2019	1.500	+350	1.850
davon fällig Haushaltsjahr 2020	0	0	0
davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	0	0	0

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

171,3 T€ - Ansatzerhöhung wegen Erneuerung der Neukonzeption der Medien- und Veranstaltungstechnik im Landeshaus (635,0 T€, Titel 1201-519 04).

150,0 T€ - Ansatzerhöhung in Höhe der anteiligen Baunebenkosten bezüglich der Aufstockung (500,0 T€) bei Titel 1209-716 85 JVA Neumünster - Neubau eines Unterkunftsgebäudes im offenen Vollzug.

Abschluss Kapitel 12 11

2017	Gesamteinnahmen	0,0	0,0	0,0
	Gesamtausgaben	10.704,4	+321,3	11.025,7
	Zuschuss	10.704,4	+321,3	11.025,7
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	4.000	+850	4.850
	davon fällig Haushaltsjahr 2018	2.500	+500	3.000
	davon fällig Haushaltsjahr 2019	1.500	+350	1.850
	davon fällig Haushaltsjahr 2020			
	davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff			

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

12

Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

12 12

Ausbau und Neubau von Hochschulen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Einnahmen

Neuer Titel

234 01	813	Entnahme für Kostenerstattung an das UKSH Campus Lübeck aus dem Sondervermögen IMPULS 2030	0,0	0,0
---------------	-----	---	------------	------------

Bemerkung:

Einrichtung eines Entnahmetitels zur Verwendung dem Sondervermögen IMPULS 2030 im Haushaltsjahr 2016 zugeführter Mittel.

Neuer Titel

234 02	813	Entnahme für Kostenerstattung an das UKSH Campus Kiel aus dem Sondervermögen IMPULS 2030	0,0	0,0
---------------	-----	---	------------	------------

Bemerkung:

Einrichtung eines Entnahmetitels zur Verwendung dem Sondervermögen IMPULS 2030 im Haushaltsjahr 2016 zugeführter Mittel.

331 02	133	Erstattungen des Bundes für Baumaßnahmen der Hochschulen einschließlich der Hochschulkliniken	15.987,0	-860,0	15.127,0
---------------	-----	--	-----------------	---------------	-----------------

Bemerkung:

Übertragung von 860,0 T€ als Anteil für die Erstattung des Bundes für Zuschüsse für Großgeräte an Hochschulen und im UKSH sowie für den Erwerb eines norddeutschen Höchstleistungsrechners. (Anteil Höchstleistungsrechner: 485,0 T€, sowie jeweils 187,5 T€ für die Beschaffungen von Großgeräten an Hochschulen und im UKSH). Übertragen nach Titel 1013.00.331 02.

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

12 Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

12 12 Ausbau und Neubau von Hochschulen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

Titel weggefallen

812 02	133	Erwerb eines norddeutschen Höchstleistungsrechners	970,0	-970,0	0,0
---------------	-----	---	--------------	---------------	------------

Neuer Haushaltsvermerk

Übertragen nach 10 13 - 812 02

Bemerkung:

Bei dem Erwerb eines norddeutschen Höchstleistungsrechners handelt es sich um keine Baumaßnahme. Eine Veranschlagung im Kapitel 1013 ist daher sachgerechter. Übertragen wird der Ansatz nach Titel 1013.03.81202.

Titel weggefallen

893 01	133	Zuschuss für die Beschaffung von Großgeräten an Hochschulen	750,0	-750,0	0,0
---------------	-----	--	--------------	---------------	------------

Neuer Haushaltsvermerk

Übertragen nach 10 13 - 893 01

Bemerkung:

Die Bezuschussung für Großgeräte ist keine Baumaßnahme. Der Zuschuss wird an die jeweilige Hochschule bzw. an das UKSH ausgezahlt, die dann die Großgeräte beschaffen. Ferner werden Großgeräte im Gegensatz zu den Baumaßnahmen nicht zu 100 Prozent finanziert, sondern lediglich zu 50 Prozent. Die Veranschlagung der Ausgaben im Kapitel 1013 ist daher sachgerechter.

Titel weggefallen

893 02	132	Zuschuss für die Beschaffung von Großgeräten im Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UKSH)	750,0	-750,0	0,0
---------------	-----	---	--------------	---------------	------------

Neuer Haushaltsvermerk

Übertragen nach 10 13 - 893 02

Bemerkung:

Die Bezuschussung für Großgeräte ist keine Baumaßnahme. Der Zuschuss wird an die jeweilige Hochschule bzw. an das UKSH ausgezahlt, die dann die Großgeräte beschaffen. Ferner werden Großgeräte im Gegensatz zu den Baumaßnahmen nicht zu 100 Prozent finanziert, sondern lediglich zu 50 Prozent. Die Veranschlagung der Ausgaben im Kapitel 1013 ist daher sachgerechter.

75 Universitätsklinikum Schleswig-Holstein, Campus Lübeck

671 75	132	Kostenerstattungen an das UKSH	3.500,0	0,0	3.500,0
---------------	-----	---------------------------------------	----------------	------------	----------------

(75)

Haushaltsvermerk geändert

Minderausgaben dürfen bei Titel 1611 - 634 01 für Zuweisungen zum Sondervermögen IMPULS 2030 verwendet werden. Die Leistung der Ausgaben bedarf der Einwilligung des Finanzministeriums. Der Ansatz darf zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 1212 - 234 01 überschritten werden.

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

12

Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

12 12

Ausbau und Neubau von Hochschulen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

noch zu 671 75

Bemerkung:

Ergänzung eines Haushaltsvermerks zur Verwendung von Mitteln, die 2016 dem Sondervermögens IMPULS 2030 zugeführt wurden und im Haushaltsjahr 2017 für die Abwicklung der Maßnahmen verwendet werden sollen.

Summe der Titelgruppe 75	4.300,0	0,0	4.300,0
---------------------------------	----------------	------------	----------------

79 Universitätsklinikum Schleswig-Holstein, Campus Kiel

671 79	132	Kostenerstattungen an das UKSH	3.500,0	0,0	3.500,0
---------------	------------	---------------------------------------	----------------	------------	----------------

(79)

Haushaltsvermerk geändert

Minderausgaben dürfen bei Titel 1611 - 634 01 für Zuweisungen zum Sondervermögen IMPULS 2030 verwendet werden. Die Leistung der Ausgaben bedarf der Einwilligung des Finanzministeriums. Der Ansatz darf zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 1212 - 234 02 überschritten werden.

Bemerkung:

Ergänzung eines Haushaltsvermerks zur Verwendung von Mitteln, die 2016 dem Sondervermögens IMPULS 2030 zugeführt wurden und im Haushaltsjahr 2017 für die Abwicklung der Maßnahmen verwendet werden sollen.

Summe der Titelgruppe 79	13.600,0	0,0	13.600,0
---------------------------------	-----------------	------------	-----------------

Abschluss Kapitel 12 12

2017	Gesamteinnahmen	18.338,0	0,0	17.478,0
			-860,0	
	Gesamtausgaben	47.465,3	0,0	44.995,3
			-2.470,0	
	Zuschuss	29.127,3	-1.610,0	27.517,3
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	58.200	-	58.200
	davon fällig Haushaltsjahr 2018	30.100	-	30.100
	davon fällig Haushaltsjahr 2019	23.100	-	23.100
	davon fällig Haushaltsjahr 2020	5.000	-	5.000
	davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff			

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

12 Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

12 20 Raumbedarfsdeckung des Landes

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

04 Erstaufnahmeeinrichtungen - dauerhaft - für Asylsuchende

Haushaltsvermerk unverändert

517 41	235	Bewirtschaftung der Liegenschaften	18.500,0	-8.000,0	10.500,0
--------	-----	---	-----------------	-----------------	-----------------

(04)

Bemerkung:

Anpassung an die Verhältnisse gemäß Reorganisation der Erstaufnahmeeinrichtungen in Schleswig-Holstein (Umdruck 18/6403 vom 12. Juli 2016).

Summe der Maßnahmegruppe 04			21.900,0	-8.000,0	13.900,0
------------------------------------	--	--	-----------------	-----------------	-----------------

05 Erstaufnahmeeinrichtungen - interim - für Asylsuchende

Haushaltsvermerk unverändert

517 03	235	Bewirtschaftung von Interimsunterkünften	41.500,0	-35.000,0	6.500,0
--------	-----	---	-----------------	------------------	----------------

(05)

Bemerkung:

Anpassung an die Verhältnisse gemäß Reorganisation der Erstaufnahmeeinrichtungen in Schleswig-Holstein (Umdruck 18/6403 vom 12. Juli 2016).

518 03	235	Miete für die Drittanmietungen von Interimsunterkünften	22.800,0	-11.800,0	11.000,0
--------	-----	--	-----------------	------------------	-----------------

(05)

Bemerkung:

Anpassung an die Verhältnisse gemäß Reorganisation der Erstaufnahmeeinrichtungen in Schleswig-Holstein (Umdruck 18/6403 vom 12. Juli 2016).

Summe der Maßnahmegruppe 05			64.300,0	-46.800,0	17.500,0
------------------------------------	--	--	-----------------	------------------	-----------------

12

Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

12 20

Raubedarfsdeckung des Landes

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Neue Maßnahmegruppe

10 Bereitstellung von Büro- und Laborflächen im Zusammenhang mit der Übernahme der Aufgabe Marktüberwachung

Neuer Haushaltsvermerk

Die Ausgaben sind innerhalb der MG 10 deckungsfähig.
Zusätzlich sind die Ausgaben deckungsfähig mit Kapitel 1221, MG 10.

Bemerkung:

Umsetzung der Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden über eine Beteiligung des Landes an den Kosten der Integration auf kommunaler Ebene sowie weiterer finanzieller Entlastungsmaßnahmen vom 7. November 2016.

Neuer Titel

517 10	016	Bewirtschaftungsleistungen an die GMSH	0,0	+250,0	250,0
(10)					

Neuer Titel

517 11	016	Bewirtschaftung von Drittanmietungen	0,0		0,0
(10)					

Neuer Titel

518 10	016	Miete für Drittanmietungen	0,0		0,0
(10)					

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

Neuverpflichtung aus HHJ 2017	0	+100	100
davon fällig Haushaltsjahr 2018	0	+100	100
davon fällig Haushaltsjahr 2019	0	0	0
davon fällig Haushaltsjahr 2020	0	0	0
davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	0	0	0

Neuer Titel

894 10	016	Investitionszuschuss für Maßnahmen in Liegenschaften der MG 10	0,0		0,0
(10)					

Summe der Maßnahmegruppe 10

+250,0

250,0

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

12 Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

12 20 Raumbedarfsdeckung des Landes

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Abschluss Kapitel 12 20

2017	Gesamteinnahmen	450,0	0,0	450,0
			0,0	
	Gesamtausgaben	167.273,9	+250,0	112.723,9
			-54.800,0	
	Zuschuss	166.823,9	-54.550,0	112.273,9
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)		+100	100
	davon fällig Haushaltsjahr 2018		+100	100
	davon fällig Haushaltsjahr 2019			
	davon fällig Haushaltsjahr 2020			
	davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff			

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

12

Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

12 21

Zentrales Grundvermögen zur Behördenunterbringung (ZGB)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk geändert

Die Ausgaben sind deckungsfähig innerhalb des Kapitels mit Ausnahme der Titel 712 04, 712 05, 712 06, 721 07, 821 01 sowie der Maßnahmegruppe 01 (LKN).

Die Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei den Titeln 124 01 sowie der tatsächlichen Einnahmen bei den Titeln 119 03 und 131 01 überschritten werden.

Bemerkung:

Anpassung eines Haushaltsvermerks bezüglich der Verwendung von Mitteln aus dem Sondervermögen ZGB.

Ausgaben

711 01	016	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Hochbau)	2.900,0	-600,0	2.300,0
--------	-----	--	----------------	---------------	----------------

Bemerkung:

Anpassung an den erforderlichen Bedarf.

712 01	811	Errichtung und Modernisierung von Gebäuden	12.594,7	-2.498,9	10.095,8
--------	-----	---	-----------------	-----------------	-----------------

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

Neuverpflichtung aus HHJ 2017	0	+10.500	10.500
davon fällig Haushaltsjahr 2018	0	+5.000	5.000
davon fällig Haushaltsjahr 2019	0	+3.500	3.500
davon fällig Haushaltsjahr 2020	0	+2.000	2.000
davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	0	0	0

Bemerkung:

Anpassung an den Baunebenkostenbedarf.

712 07	061	Modernisierung Finanzamt Dithmarschen	0,0	+200,0	200,0
--------	-----	--	------------	---------------	--------------

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

Neuverpflichtung aus HHJ 2017	0	+5.246	5.246
davon fällig Haushaltsjahr 2018	0	+2.000	2.000
davon fällig Haushaltsjahr 2019	0	+2.500	2.500
davon fällig Haushaltsjahr 2020	0	+746	746
davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	0	0	0

Bemerkung:

Die Finanzierung der Maßnahme war im Sondervermögen ZGB geplant (gemäß Errichtungsgesetz vom 19. Dezember 2014). Aufgrund fehlender Mittel im Sondervermögen ZGB und des erforderlichen Baubeginns in 2017 wird die Maßnahme im Kapitel 1221 umgesetzt.

712 33	016	Baunebenkosten für Baumaßnahmen im ZGB	3.301,0	-501,0	2.800,0
--------	-----	---	----------------	---------------	----------------

Bemerkung:

Anpassung an den erforderlichen Bedarf.

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

12 Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

12 21 Zentrales Grundvermögen zur Behördenunterbringung (ZGB)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

713 33	016	Kostenerstattung an die GMSH für Organleihe - ZGB-Bau	0,0	+5.000,0	5.000,0
--------	-----	--	-----	----------	---------

Bemerkung:

Anpassung an den erforderlichen Bedarf.

01 Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz SH (LKN)

Haushaltsvermerk unverändert

519 03 (01)	625	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen des Landesbetriebes für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz SH (LKN)	92,0	0,0	92,0
----------------	-----	--	------	-----	------

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

Neuverpflichtung aus HHJ 2017	0	+50	50
davon fällig Haushaltsjahr 2018	0	+50	50
davon fällig Haushaltsjahr 2019	0	0	0
davon fällig Haushaltsjahr 2020	0	0	0
davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	0	0	0

Bemerkung:

Erforderliche Verpflichtungsermächtigungen für jahresübergreifende Maßnahmen.

Summe der Maßnahmegruppe 01	470,0	0,0	470,0
------------------------------------	-------	-----	-------

03 Unterkunft für Asylsuchende in weiteren Landesliegenschaften

Haushaltsvermerk geändert

Die Ausgaben des Kapitels 1221 sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten der MG 03.

Die Ausgaben sind deckungsfähig innerhalb der MG 03 sowie mit der MG 02.

Zusätzlich darf der Ansatz bei Titel 715 05 MG 03 bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 1221-334 01 überschritten werden.

Zusätzlich sind die Ausgaben deckungsfähig mit Kapitel 1204, MG 04, MG 05, MG 06 und MG 07 sowie mit Kapitel 1220, MG 04 und MG 05.

Bemerkung:

Ergänzung eines Haushaltsvermerks zur Verwendung von Mitteln aus dem Sondervermögen ZGB.

Summe der Maßnahmegruppe 03	5.000,0	0,0	5.000,0
------------------------------------	---------	-----	---------

12

Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

12 21

Zentrales Grundvermögen zur Behördenunterbringung (ZGB)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Neue Maßnahmegruppe

10 Bereitstellung von Büro- und Laborflächen im Zusammenhang mit der Übernahme der Aufgabe Marktüberwachung

Neuer Haushaltsvermerk

Die Ausgaben sind innerhalb der MG 10 deckungsfähig.
Zusätzlich sind die Ausgaben deckungsfähig mit Kapitel 1220, MG 10.

Bemerkung:

Umsetzung der Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden über eine Beteiligung des Landes an den Kosten der Integration auf kommunaler Ebene sowie weiterer finanzieller Entlastungsmaßnahmen vom 7. November 2016.

Neuer Titel

519 10	016	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	0,0	+250,0	250,0
---------------	------------	---	------------	---------------	--------------

(10)

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

Neuverpflichtung aus HHJ 2017	0	+250	250
davon fällig Haushaltsjahr 2018	0	+250	250
davon fällig Haushaltsjahr 2019	0	0	0
davon fällig Haushaltsjahr 2020	0	0	0
davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	0	0	0

Neuer Titel

711 10	016	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Hochbau)	0,0		0,0
---------------	------------	--	------------	--	------------

(10)

Neuer Titel

712 36	016	Baunebenkosten (FbT) für Baumaßnahmen der MG 10	0,0		0,0
---------------	------------	--	------------	--	------------

(10)

Neuer Titel

713 36	016	Organleihekostenerstattung an die GMSH für Baumaßnahmen der MG 10	0,0		0,0
---------------	------------	--	------------	--	------------

(10)

Summe der Maßnahmegruppe 10

+250,0

250,0

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

12 Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

12 21 Zentrales Grundvermögen zur Behördenunterbringung (ZGB)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Abschluss Kapitel 12 21

2017	Gesamteinnahmen	2.500,0	0,0	2.500,0
			0,0	
	Gesamtausgaben	45.567,0	+5.450,0	47.417,1
			-3.599,9	
	Zuschuss	43.067,0	+1.850,1	44.917,1
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	30.000	+16.046	46.046
	davon fällig Haushaltsjahr 2018	15.500	+7.300	22.800
	davon fällig Haushaltsjahr 2019	9.500	+6.000	15.500
	davon fällig Haushaltsjahr 2020	5.000	+2.746	7.746
	davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff			

12

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017 Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Gesamtabschluss Einzelplan 12

2017	Gesamteinnahmen	31.259,0	+30,3 -9.060,0	22.229,3
	Gesamtausgaben	317.046,2	+7.448,7 -71.882,0	252.612,9
	Zuschuss	285.787,2	-55.403,6	230.383,6
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	115.290	+19.065	134.355
	davon fällig Haushaltsjahr 2018	59.410	+9.400	68.810
	davon fällig Haushaltsjahr 2019	40.160	+6.919	47.079
	davon fällig Haushaltsjahr 2020	15.560	+2.746	18.306
	davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	160	-	160

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

13

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

13 01

Ministerium/Allgemeines

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Einnahmen

124 01	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	60,0	+75,1	135,1
Bemerkung:					
Anpassung an die tatsächlich für 2017 erwarteten Einnahmen					

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

13

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

13 01

Ministerium/Allgemeines

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

429 01	011	Ausgaben für Besoldungs- und Tariferhöhungen	5.957,8	+831,3	6.789,1
---------------	-----	---	----------------	---------------	----------------

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

831,3 T€ umgesetzt aus Titel 1111-461 01 zur Finanzierung der Auswirkungen von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

546 99	011	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	74,2	+15,0	89,2
---------------	-----	---	-------------	--------------	-------------

Bemerkung:

Umsetzung der Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden über eine Beteiligung des Landes an den Kosten der Integration auf kommunaler Ebene sowie weiterer finanzieller Entlastungsmaßnahmen vom 7. November 2016

972 01	881	Globale Minderausgabe	-5.355,7	+2.855,7	-2.500,0
---------------	-----	------------------------------	-----------------	-----------------	-----------------

Bemerkung:

Schrittweise Absenkung der globalen Minderausgabe

06 Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Haushaltsvermerk unverändert

511 06 (06)	331	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	386,0	+5,5	391,5
-----------------------	-----	--	--------------	-------------	--------------

Bemerkung:

Umsetzung der Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden über eine Beteiligung des Landes an den Kosten der Integration auf kommunaler Ebene sowie weiterer finanzieller Entlastungsmaßnahmen vom 7. November 2016

526 06 (06)	332	Sicherstellung einer arbeitsmedizinischen und arbeitssicherheitstechnischen Betreuung	33,9	+0,3	34,2
-----------------------	-----	--	-------------	-------------	-------------

Bemerkung:

Umsetzung der Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden über eine Beteiligung des Landes an den Kosten der Integration auf kommunaler Ebene sowie weiterer finanzieller Entlastungsmaßnahmen vom 7. November 2016

812 06 (06)	332	Erwerb von Geräten und Ausrüstungsgegenständen	79,4	+63,8	143,2
-----------------------	-----	---	-------------	--------------	--------------

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

13

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

13 01

Ministerium/Allgemeines

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
noch zu 812 06			T€		

Bemerkung:

Umsetzung der Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden über eine Beteiligung des Landes an den Kosten der Integration auf kommunaler Ebene sowie weiterer finanzieller Entlastungsmaßnahmen vom 7. November 2016

Summe der Maßnahmegruppe 06	1.693,6	+69,6	1.763,2
------------------------------------	----------------	--------------	----------------

10 Ministerium

514 10	011	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	10,0	+10,0	20,0
---------------	------------	--	-------------	--------------	-------------

(10)

Bemerkung:

Anpassung an den Bedarf (Leasen eines E-Mobils)

Summe der Maßnahmegruppe 10	947,6	+10,0	957,6
------------------------------------	--------------	--------------	--------------

Abschluss Kapitel 13 01

2017	Gesamteinnahmen	547,3	+75,1 0,0	622,4
	Gesamtausgaben	15.991,2	+3.781,6 0,0	19.772,8
	Zuschuss	15.443,9	+3.706,5	19.150,4
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	100	-	100
	davon fällig Haushaltsjahr 2018	100	-	100
	davon fällig Haushaltsjahr 2019			
	davon fällig Haushaltsjahr 2020			
	davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff			

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

13

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

13 12

Immissionsschutz, Bio- und Gentechnologie

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Einnahmen

Neuer Titel

111 12	332	Gebühren und tarifliche Entgelte für die Ausstellung von EEG-Bescheinigungen	0,0	+130,0	130,0
		Bemerkung: neuer Titel.			

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

13 Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

13 12 Immissionsschutz, Bio- und Gentechnologie

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

Titel weggefallen

533 01	332	Analyseverfahren	41,0	-41,0	0,0
--------	-----	-------------------------	------	-------	-----

Neuer Haushaltsvermerk

Übertragen nach 13 12 - 533 11

533 03	332	Maßnahmen und Aufträge im Rahmen der Gentechnik	40,0	+5,2	45,2
--------	-----	--	------	------	------

Bemerkung:

Erhöhung des Titels aufgrund neuer Aufgabe "Saatgutmonitoring", z.L. 1313.05.533 05

Neue Maßnahmegruppe

10 Produktbezogene und stoffliche Marktüberwachung

Bemerkung:

Umsetzung der Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden über eine Beteiligung des Landes an den Kosten der Integration auf kommunaler Ebene sowie weiterer finanzieller Entlastungsmaßnahmen vom 7. November 2016

Neuer Titel

422 10	314	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamte	0,0	+225,0	225,0
--------	-----	---	-----	--------	-------

(10)

Bemerkung:

Umsetzung der Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden über eine Beteiligung des Landes an den Kosten der Integration auf kommunaler Ebene sowie weiterer finanzieller Entlastungsmaßnahmen vom 7. November 2016

Neuer Titel

428 10	314	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0,0	+325,0	325,0
--------	-----	--	-----	--------	-------

(10)

Bemerkung:

Umsetzung der Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden über eine Beteiligung des Landes an den Kosten der Integration auf kommunaler Ebene sowie weiterer finanzieller Entlastungsmaßnahmen vom 7. November 2016

Neuer Titel

514 10	314	Verbrauchsmaterial, Haltung von Fahrzeugen	0,0	+6,2	6,2
--------	-----	---	-----	------	-----

(10)

Bemerkung:

Umsetzung der Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden über eine Beteiligung des Landes an den Kosten der Integration auf kommunaler Ebene sowie weiterer finanzieller Entlastungsmaßnahmen vom 7. November 2016

Neuer Titel

525 10	314	Aus-und Fortbildung einschl. Reisekosten	0,0	+20,0	20,0
--------	-----	---	-----	-------	------

(10)

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

13

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

13 12

Immissionsschutz, Bio- und Gentechnologie

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

noch zu 525 10

Bemerkung:

Umsetzung der Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden über eine Beteiligung des Landes an den Kosten der Integration auf kommunaler Ebene sowie weiterer finanzieller Entlastungsmaßnahmen vom 7. November 2016

Neuer Titel

527 10	314	Dienstreisen	0,0	+45,5	45,5
---------------	-----	---------------------	------------	--------------	-------------

(10)

Bemerkung:

Umsetzung der Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden über eine Beteiligung des Landes an den Kosten der Integration auf kommunaler Ebene sowie weiterer finanzieller Entlastungsmaßnahmen vom 7. November 2016

Neuer Titel

533 11	314	Analyseverfahren	0,0	+41,0	41,0
---------------	-----	-------------------------	------------	--------------	-------------

(10)

Bemerkung:

Umsetzung der Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden über eine Beteiligung des Landes an den Kosten der Integration auf kommunaler Ebene sowie weiterer finanzieller Entlastungsmaßnahmen vom 7. November 2016

Neuer Titel

533 12	314	Werkverträge im Zusammenhang mit dem Energieverbrauchsrelevanten Produktesetz (EVPG)	0,0	+50,0	50,0
---------------	-----	---	------------	--------------	-------------

(10)

Bemerkung:

Umsetzung der Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden über eine Beteiligung des Landes an den Kosten der Integration auf kommunaler Ebene sowie weiterer finanzieller Entlastungsmaßnahmen vom 7. November 2016

Neuer Titel

533 13	314	Vollzug des Energieverbrauchskennzeichnungsgesetzes	0,0	+135,0	135,0
---------------	-----	--	------------	---------------	--------------

(10)

Bemerkung:

Umsetzung der Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden über eine Beteiligung des Landes an den Kosten der Integration auf kommunaler Ebene sowie weiterer finanzieller Entlastungsmaßnahmen vom 7. November 2016

Neuer Titel

533 14	314	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderer Auftragsformen	0,0	+200,0	200,0
---------------	-----	--	------------	---------------	--------------

(10)

Bemerkung:

Umsetzung der Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden über eine Beteiligung des Landes an den Kosten der Integration auf kommunaler Ebene sowie weiterer finanzieller Entlastungsmaßnahmen vom 7. November 2016

Neuer Titel

547 10	314	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0,0	+2,0	2,0
---------------	-----	--	------------	-------------	------------

(10)

Bemerkung:

Umsetzung der Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden über eine Beteiligung des Landes an den Kosten der Integration auf kommunaler Ebene sowie weiterer finanzieller Entlastungsmaßnahmen vom 7. November 2016

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

13

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

13 12

Immissionsschutz, Bio- und Gentechnologie

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Neuer Titel

811 10 314 **Erwerb von Dienstfahrzeugen** 0,0 +60,0 60,0

(10)

Bemerkung:

Umsetzung der Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden über eine Beteiligung des Landes an den Kosten der Integration auf kommunaler Ebene sowie weiterer finanzieller Entlastungsmaßnahmen vom 7. November 2016

Neuer Titel

812 10 314 **Erwerb von Geräten und Ausrüstungsgegenständen** 0,0 +22,0 22,0

(10)

Bemerkung:

Umsetzung der Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden über eine Beteiligung des Landes an den Kosten der Integration auf kommunaler Ebene sowie weiterer finanzieller Entlastungsmaßnahmen vom 7. November 2016

Summe der Maßnahmegruppe 10 +1.131,7 1.131,7

Abschluss Kapitel 13 12

2017	Gesamteinnahmen	4.270,0	+130,0	4.400,0
			0,0	
	Gesamtausgaben	7.989,6	+1.136,9	9.085,5
			-41,0	
	Zuschuss	3.719,6	+965,9	4.685,5
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	50	-	50
	davon fällig Haushaltsjahr 2018	25	-	25
	davon fällig Haushaltsjahr 2019	25	-	25
	davon fällig Haushaltsjahr 2020			
	davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff			

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

13

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

13 13

Naturschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

533 03	332	Erhebungen für Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen sowie sonstige Maßnahmen	64,1	0,0	64,1
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2017	90	+10	100
		davon fällig Haushaltsjahr 2018	30	+10	40
		davon fällig Haushaltsjahr 2019	30	0	30
		davon fällig Haushaltsjahr 2020	30	0	30
		davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	0	0	0

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Anpassung der VE 2018 an den tatsächlichen Bedarf.

01 Biologischer Flächenschutz, Natura 2000 und Artenschutz (Oberflächenwasserabgabe)

Haushaltsvermerk geändert

Ausgaben dürfen in Höhe der für diesen Zweck bei 1315-099 05 angeordneten Einnahmen geleistet werden. Mehrausgaben dürfen in Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei 272 05, 272 06 sowie der für diesen Zweck bei 1320 - 271 01 zugesagten Einnahmen geleistet werden. Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

Einnahmen aus zurückzuzahlenden Zuwendungen sind von der Ausgabe abzusetzen.

Summe der Maßnahmegruppe 01	0,0	0,0	0,0
------------------------------------	------------	------------	------------

02 Biologischer Flächenschutz, Natura 2000 und Artenschutz

Haushaltsvermerk geändert

Mehrausgaben dürfen bei 1320-271 01 der für diesen Zweck zugesagten Einnahmen geleistet werden. Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe und zu Gunsten MG 03. Einnahmen aus zurückzuzahlenden Zuwendungen sind von der Ausgabe abzusetzen.

Summe der Maßnahmegruppe 02	3.592,5	0,0	3.592,5
------------------------------------	----------------	------------	----------------

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

13 Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

13 13 Naturschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

03 Biologischer Flächenschutz, Natura 2000 und Artenschutz (Landeswasserabgabe)

Haushaltsvermerk geändert

Ausgaben dürfen in Höhe der für diesen Zweck bei 1315-099 07 angeordneten Einnahmen geleistet werden.
Mehrausgaben dürfen in Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei 119 98, 272 04, 272 05, 272 06 sowie der für diesen Zweck bei 1320-271 01 zugesagten Einnahmen geleistet werden.
Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe .
Einnahmen aus zurückzuzahlenden Zuwendungen sind von der Ausgabe abzusetzen.

Summe der Maßnahmegruppe 03	11.289,0	0,0	11.289,0
------------------------------------	-----------------	------------	-----------------

05 Biotopmonitoring und Biodiversität

Haushaltsvermerk unverändert

533 05	332	Ausgaben für Werkverträge oder andere Auftragsformen	48,0	-5,2	42,8
---------------	------------	---	-------------	-------------	-------------

Bemerkung:

Einsparung z.G. 1312.00.533 03.

Summe der Maßnahmegruppe 05	1.754,0	-5,2	1.748,8
------------------------------------	----------------	-------------	----------------

Abschluss Kapitel 13 13

2017	Gesamteinnahmen	13.053,8	0,0	13.053,8
			0,0	
	Gesamtausgaben	39.339,6	0,0	39.334,4
			-5,2	
	Zuschuss	26.285,8	-5,2	26.280,6
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	16.634	+10	16.644
	davon fällig Haushaltsjahr 2018	4.561	+10	4.571
	davon fällig Haushaltsjahr 2019	3.861	-	3.861
	davon fällig Haushaltsjahr 2020	3.271	-	3.271
	davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	4.941	-	4.941

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

13

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

13 14

Forstwirtschaft, Jagd

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

684 12	512	Institutionelle Förderung sowie Mitgliedsbeiträge an Vereine und Verbände auf dem Gebiet der Forst- und Holzwirtschaft	23,9	+4,0	27,9
--------	-----	--	------	------	------

Bemerkung:

Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

Abschluss Kapitel 13 14

2017	Gesamteinnahmen	1.549,0	0,0 0,0	1.549,0
	Gesamtausgaben	6.161,0	+4,0 0,0	6.165,0
	Zuschuss	4.612,0	+4,0	4.616,0
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	13.148	-	13.148
	davon fällig Haushaltsjahr 2018	3.287	-	3.287
	davon fällig Haushaltsjahr 2019	3.287	-	3.287
	davon fällig Haushaltsjahr 2020	3.287	-	3.287
	davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	3.287	-	3.287

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

13 Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

13 15 Wasserwirtschaft, Meeres- und Küstenschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Einnahmen

Zweckbestimmung geändert

282 04	332	Einnahmen für Maßnahmen zur Ausgestaltung der Krabbenfischerei und Stärkung der Nationalpark-Region	0,0	+1.500,0	1.500,0
--------	-----	--	------------	-----------------	----------------

Bemerkung:

Dotierung des Titels und Korrektur der Zweckbestimmung (Einnahmen erfolgen durch die Nationalparkstiftung).

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

13

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

13 15

Wasserwirtschaft, Meeres- und Küstenschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

533 02	623	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen für die Untersuchung in Küstengewässern zur Umsetzung der MSRL	500,0	0,0	500,0
--------	-----	---	-------	-----	-------

Neuer Haushaltsvermerk

Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 1315 - 686 05.

Bemerkung:

Aufnahme eines Haushaltsvermerkes.

685 06	623	Personalkostenzuschuss für den Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz SH (LKN-SH)	24.529,4	+754,8	25.284,2
--------	-----	---	----------	--------	----------

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

754,8 T€ umgesetzt aus Titel 1111-461 01 zur Finanzierung der Auswirkungen von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

686 02	332	Zuschüsse an Sonstige für die Krabbenfischerei im Wattenmeer und zur Stärkung der Nationalpark-Region	0,0	+1.500,0	1.500,0
--------	-----	--	-----	----------	---------

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

Neuverpflichtung aus HHJ 2017	0	+1.500	1.500
davon fällig Haushaltsjahr 2018	0	+1.500	1.500
davon fällig Haushaltsjahr 2019	0	0	0
davon fällig Haushaltsjahr 2020	0	0	0
davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	0	0	0

Haushaltsvermerk geändert

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 282 04 geleistet werden. Einnahmen aus Rückzahlungen sind von den Ausgaben abzusetzen.

Bemerkung:

Dotierung des Titels, Erweiterung des Haushaltsvermerkes und Aufnahme einer VE für 2018.

Neuer Titel

686 05	623	An Sonstige zur Umsetzung der MSRL	0,0		0,0
--------	-----	---	-----	--	-----

Neuer Haushaltsvermerk

Einseitig deckungsfähig zu Lasten 1315 - 533 02.

Bemerkung:

neuer Titel.

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

13

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

13 15

Wasserwirtschaft, Meeres- und Küstenschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Abschluss Kapitel 13 15

2017	Gesamteinnahmen	47.211,2	+1.500,0 0,0	48.711,2
	Gesamtausgaben	78.808,1	+2.254,8 0,0	81.062,9
	Zuschuss	31.596,9	+754,8	32.351,7
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	34.402	+1.500	35.902
	davon fällig Haushaltsjahr 2018	12.492	+1.500	13.992
	davon fällig Haushaltsjahr 2019	9.512	-	9.512
	davon fällig Haushaltsjahr 2020	6.931	-	6.931
	davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	5.467	-	5.467

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

13

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

13 17

Landwirtschaft, Fischerei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Einnahmen

111 01	011	Gebühren und tarifliche Entgelte	16,3	+60,0	76,3
		Bemerkung: Anpassung an den Bedarf.			
232 01	521	Erstattung von der Freien und Hansestadt Hamburg für den Verwaltungsaufwand im Rahmen des Staatsvertrages auf dem Gebiet der Direktzahlungen des EAGFL, Abteilung Garantie	150,0	+78,0	228,0
		Bemerkung: Anpassung an den Bedarf.			
		<i>Neuer Titel</i>			
271 04	521	Sonstige Zuweisungen der EU für das INTER-REG Projekt "Benefit 4 Regions (B4R)"	0,0	+44,6	44,6
		Bemerkung: neuer Titel			
		<i>Neuer Titel</i>			
346 02	532	Erstattung der EU von Ausgaben im Zusammenhang mit dem INTERREG-Projekt "Baltic Blue Growth"	0,0	+135,0	135,0
		Bemerkung: neuer Titel			
		Das MELUR hat sich durch Vertrag verpflichtet, im INTERREG-Projekt "BBG" Projektaufgaben zu erfüllen.			

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

13

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

13 17

Landwirtschaft, Fischerei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

422 01	511	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	5.369,6	+138,0	5.507,6
--------	-----	--	----------------	---------------	----------------

Haushaltsvermerk geändert

Mehrausgaben dürfen in Höhe der für diesen Zweck bei Titel 1320-271 01 zugesagten Einnahmen geleistet werden.

Bemerkung:

Anpassung an den Bedarf.

428 01	511	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	4.964,2	+210,0	5.174,2
--------	-----	--	----------------	---------------	----------------

Bemerkung:

Anpassung an den Bedarf.

533 02	511	Werkverträge und andere Auftragsformen	178,0	+7,8	185,8
--------	-----	---	--------------	-------------	--------------

Bemerkung:

Deckung durch Mehreinnahmen bei 1312-111 12.

Aufbereitung der Vollzugsdaten durch das StaNord zur Arbeitserleichterung und verbesserte Aufgabenerfüllung der gesetzlichen Aufgaben (Vollzug des GrdstVG und LPachtVG) sowie auch der Bearbeitung und Erteilung von Angemessenheitsbescheinigungen. Darüber hinaus werden für die Bewertung der Lage am Bodenmarkt bzgl. Kauf- und Pachtpreisentwicklung bessere Grundlagen im LLUR und somit auch für das MELUR geschaffen.

Neuer Titel

533 12	521	Werkverträge für die Durchführung von beruflichen Prüfungen im Rahmen der Förderung der ländlichen Entwicklung	0,0	+20,0	20,0
--------	-----	---	------------	--------------	-------------

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

Neuverpflichtung aus HHJ 2017	0	+10	10
davon fällig Haushaltsjahr 2018	0	+10	10
davon fällig Haushaltsjahr 2019	0	0	0
davon fällig Haushaltsjahr 2020	0	0	0
davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	0	0	0

Neuer Haushaltsvermerk

Gegenseitig deckungsfähig mit Titel 1317-892 03.

Bemerkung:

neuer Titel

zu Lasten 1317.00.89203

892 03	521	Zuwendungen im Rahmen von LEADER / AktivRegionen in der Förderperiode 2014 bis 2020	10.697,0	-20,0	10.677,0
--------	-----	--	-----------------	--------------	-----------------

Haushaltsvermerk geändert

Gegenseitig deckungsfähig mit Titel 1317-533 12.

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

13

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

13 17

Landwirtschaft, Fischerei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

noch zu 892 03

Mehrausgaben dürfen in Höhe der für diesen Zweck bei Titel 1320-271 01 zugesagten Einnahmen geleistet werden.

Bemerkung:

Einsparung zugunsten 1317.00.533 12.

01 Agrarstruktur und Direktzahlungen der EU

533 01	523	Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem	390,0	+50,0	440,0
---------------	------------	---	--------------	--------------	--------------

(01)

Bemerkung:

Anpassung an den Bedarf zu Lasten 1319.00.534 06 und 1319.02.534 04.

Erhöhter Bedarf bei der Referenzflächenpflege.

Summe der Maßnahmegruppe 01			398,1	+50,0	448,1
------------------------------------	--	--	--------------	--------------	--------------

12 Förderung des Fischereisektors

Haushaltsvermerk unverändert

Zweckbestimmung geändert

684 12	532	Zuschüsse INTERREG-Projekt "Baltic Blue Growth"	12,5	+135,0	147,5
---------------	------------	--	-------------	---------------	--------------

(12)

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

Neuverpflichtung aus HHJ 2017	0	+36	36
davon fällig Haushaltsjahr 2018	0	+33	33
davon fällig Haushaltsjahr 2019	0	+3	3
davon fällig Haushaltsjahr 2020	0	0	0
davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	0	0	0

Neuer Haushaltsvermerk

Ausgaben dürfen in Höhe der angeordneten Einnahmen bei Titel 1317-346 02 verausgabt werden.

Bemerkung:

Anpassung des Bedarfs.

Das MELUR hat sich durch Vertrag verpflichtet, im INTERREG-Projekt "BBG" Projektaufgaben zu erfüllen.

Summe der Maßnahmegruppe 12			333,4	+135,0	468,4
------------------------------------	--	--	--------------	---------------	--------------

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

13

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

13 17

Landwirtschaft, Fischerei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

20 Aufwendungen für landwirtschaftliche Berufsfach- und Fachschulen

422 20 (20)	127	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	1.307,0	+30,0	1.337,0
-----------------------	-----	--	----------------	--------------	----------------

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Anpassung an den Bedarf (einjährige Fachschule Landwirtschaft -Schwerpunkt "Ökologischer Landbau")

Summe der Maßnahmegruppe 20	2.005,5	+30,0	2.035,5
------------------------------------	----------------	--------------	----------------

21 Zuwendungen an die Landwirtschaftskammer

671 22 (21)	511	Erstattung der Kosten für Weisungsaufgaben	1.136,3	+36,0	1.172,3
-----------------------	-----	---	----------------	--------------	----------------

Bemerkung:

Anpassung an den Bedarf. Mehrkosten für die Akkreditierung der Diagnostik. Gedeckt durch Mehreinnahmen bei 1312-111 12.

685 21 (21)	511	Zuweisung des Landes für den Selbstverwaltungsbereich	2.450,0	+225,0	2.675,0
-----------------------	-----	--	----------------	---------------	----------------

Bemerkung:

Anpassung an den Bedarf.

Summe der Maßnahmegruppe 21	8.571,3	+261,0	8.832,3
------------------------------------	----------------	---------------	----------------

30 Ausgaben für den Bereich Produktion, Erzeugung und ökologischer Landbau

Neuer Titel

533 30 (30)	521	Ausgaben für die Evaluierung im Rahmen des EU-Schulprogramm Obst, Gemüse und Milch	0,0	+30,0	30,0
-----------------------	-----	---	------------	--------------	-------------

Bemerkung:

neuer Titel

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

13

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

13 17

Landwirtschaft, Fischerei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		
683 30 (30)	521	Zuschüsse für unterstützende Tätigkeiten für den ökologischen Landbau	134,0	0,0	134,0
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2017	244	+9	253
		davon fällig Haushaltsjahr 2018	122	0	122
		davon fällig Haushaltsjahr 2019	122	0	122
		davon fällig Haushaltsjahr 2020	0	+3	3
		davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	0	+6	6
		<i>Haushaltsvermerk unverändert</i>			
		Bemerkung:			
		Anpassung an den Bedarf bei VE. Neuabschluss des Vertrages mit dem Forschungsinstitut für biol. Landbau zur Führung einer Datenbank für ökol. erzeugtes Saatgut.			
		<i>Neuer Titel</i>			
684 33 (30)	523	EU-Schulprogramm Obst, Gemüse und Milch	0,0	+75,0	75,0
		Bemerkung:			
		neuer Titel			
		<i>Neuer Titel</i>			
686 30 (30)	521	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0,0	+2.081,0	2.081,0
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2017	0	+5.487	5.487
		davon fällig Haushaltsjahr 2018	0	+1.385	1.385
		davon fällig Haushaltsjahr 2019	0	+2.051	2.051
		davon fällig Haushaltsjahr 2020	0	+2.051	2.051
		davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	0	0	0
		<i>Neuer Haushaltsvermerk</i>			
		Mehrausgaben dürfen in Höhe der für diesen Zweck bei Titel 1320-271 01 zugesagten Einnahmen geleistet werden.			
Summe der Maßnahmegruppe 30			341,9	+2.186,0	2.527,9
63 Umsetzung der Europäischen Innovationspartnerschaft "landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit"					
686 63 (63)	521	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	2.081,0	-2.081,0	0,0

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

13

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

13 17

Landwirtschaft, Fischerei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
noch zu 686 63			T€		

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

Neuverpflichtung aus HHJ 2017	5.487	-5.487	0
davon fällig Haushaltsjahr 2018	1.385	-1.385	0
davon fällig Haushaltsjahr 2019	2.051	-2.051	0
davon fällig Haushaltsjahr 2020	2.051	-2.051	0
davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	0	0	0

Haushaltsvermerk weggefallen

Bemerkung:

Auflösung der TG 63 "Umsetzung der Europäischen Innovationspartnerschaft "landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit" und Übertragung in die MG 30

Summe der Titelgruppe 63	2.081,0	-2.081,0	0,0
---------------------------------	----------------	-----------------	------------

Neue Titelgruppe

**64 Ausgaben für das INTERREG Projekt
"Benefit 4 Regions (B4R)"**

Neuer Haushaltsvermerk

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.

Ausgaben dürfen in Höhe der angeordneten Einnahmen bei 1317-271 04 geleistet werden.

Bemerkung:

neue Titelgruppe

Neuer Titel

428 64	521	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0,0	+24,2	24,2
---------------	------------	--	------------	--------------	-------------

(64)

Bemerkung:

neuer Titel

Neuer Titel

533 64	521	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Auftragsformen	0,0	+19,0	19,0
---------------	------------	---	------------	--------------	-------------

(64)

Bemerkung:

neuer Titel

Neuer Titel

547 64	521	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0,0	+1,4	1,4
---------------	------------	--	------------	-------------	------------

(64)

Bemerkung:

neuer Titel

Summe der Titelgruppe 64				+44,6	44,6
---------------------------------	--	--	--	--------------	-------------

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

13

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

13 17

Landwirtschaft, Fischerei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Abschluss Kapitel 13 17

2017	Gesamteinnahmen	4.542,1	+317,6 0,0	4.859,7
	Gesamtausgaben	43.942,3	+3.082,4 -2.101,0	44.923,7
	Zuschuss	39.400,2	+663,8	40.064,0
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	7.635	+55	7.690
	davon fällig Haushaltsjahr 2018	2.148	+43	2.191
	davon fällig Haushaltsjahr 2019	2.638	+3	2.641
	davon fällig Haushaltsjahr 2020	2.242	+3	2.245
	davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	607	+6	613

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

13 Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

13 18 Energie, Klimaschutz, nachhaltige Entwicklung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Einnahmen

111 05	422	Gebühren und Auslagen im Rahmen der Planfeststellungsverfahren für Energieleistungen	1.700,0	+270,0	1.970,0
Bemerkung: Anpassung an den Bedarf.					

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

13

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

13 18

Energie, Klimaschutz, nachhaltige Entwicklung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

Titel weggefallen

533 02	314	Werkverträge (Energieverbrauchsrelevante Produktegesetz, EVPG)	50,0	-50,0	0,0
--------	-----	---	-------------	--------------	------------

Neuer Haushaltsvermerk

Übertragen nach 13 12 - 533 12

Titel weggefallen

533 07	642	Vollzug des Energieverbrauchs-kennzeich-nungsgesetzes	135,0	-135,0	0,0
--------	-----	--	--------------	---------------	------------

Neuer Haushaltsvermerk

Übertragen nach 13 12 - 533 13

03 Energiewirtschaftliche Maßnahmen, Energiewende und Klimaschutz

Haushaltsvermerk unverändert

533 10 (03)	642	Maßnahmen der Energiewirtschaft, der Ener-giewende und des Klimaschutzes/Klimawan-del	882,3	+260,0	1.142,3
----------------	-----	--	--------------	---------------	----------------

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

Neuverpflichtung aus HHJ 2017	600	+900	1.500
davon fällig Haushaltsjahr 2018	400	+400	800
davon fällig Haushaltsjahr 2019	200	+300	500
davon fällig Haushaltsjahr 2020	0	+200	200
davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	0	0	0

Bemerkung:

Anpassung an den tatsächlichen Bedarf auch bei VE.
Gedeckt durch Mehreinnahmen bei 1317-11 05.

686 08 (03)	642	Zuwendungen und Projektförderungen	1.300,0	0,0	1.300,0
----------------	-----	---	----------------	------------	----------------

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

Neuverpflichtung aus HHJ 2017	800	+750	1.550
davon fällig Haushaltsjahr 2018	500	+250	750
davon fällig Haushaltsjahr 2019	300	+250	550
davon fällig Haushaltsjahr 2020	0	+250	250
davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	0	0	0

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

13

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

13 18

Energie, Klimaschutz, nachhaltige Entwicklung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

noch zu 686 08

Bemerkung:

Anpassung an den Bedarf bei VE.

Summe der Maßnahmegruppe 03	2.363,3	+260,0	2.623,3
------------------------------------	----------------	---------------	----------------

Abschluss Kapitel 13 18

2017	Gesamteinnahmen	1.888,2	+270,0 0,0	2.158,2
	Gesamtausgaben	8.270,0	+260,0 -185,0	8.345,0
	Zuschuss	6.381,8	-195,0	6.186,8
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	1.400	+1.650	3.050
	davon fällig Haushaltsjahr 2018	900	+650	1.550
	davon fällig Haushaltsjahr 2019	500	+550	1.050
	davon fällig Haushaltsjahr 2020		+450	450
	davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff			

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

13

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

13 19

Verbraucherschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Einnahmen

Neuer Titel

111 02	314	Gebühreneinnahmen für Aus- nahmegenehmigungen nach der VO 834/2007	0,0	0,0
--------	-----	---	------------	------------

Neuer Haushaltsvermerk

Die Einnahmen stehen zweckgebunden für Ausgaben bei 1319-535 01 zur Verfügung.

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

13 Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

13 19 Verbraucherschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

534 02 314 Ankauf und Untersuchungen von Butter- und Käseproben **44,0** **+2,0** **46,0**
Bemerkung:
Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

534 06 523 Maßnahmen in Folge des Runden Tisches "Tierschutz" **60,0** **-30,0** **30,0**
Bemerkung:
Einsparung z.G. 1317.01.533 01.

535 01 521 Einrichtung und Betrieb einer Geschäftsstelle der Länderarbeitsgemeinschaft ökologischer Landbau **6,0** **0,0** **6,0**
Neuer Haushaltsvermerk
Der Ansatz darf bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 1319-111 02 überschritten werden.

02 Tierseuchenverhütung und -bekämpfung, Tierschutz

Haushaltsvermerk unverändert

534 04 (02) 523 Untersuchungen und Maßnahmen aus Tierschutzgründen **204,0** **-20,0** **184,0**
Bemerkung:
Einsparung z.G. 1317.01.533 01.

671 12 (02) 523 Erstattung für Tierverluste, insbesondere an den Tierseuchenfonds **49,2** **+125,2** **174,4**
Bemerkung:
Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

Summe der Maßnahmegruppe 02 **584,3** **+105,2** **689,5**

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

13

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

13 19

Verbraucherschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

03 Landesbetrieb "Landeslabor"

685 07	314	Personalkostenzuschuss	7.803,3	0,0	7.803,3
(03)					

Haushaltsvermerk geändert

Ausgaben dürfen bis zur Höhe von 7.756,3 T€, darüber hinaus in Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 1317 - 124 10 MG 10 geleistet werden.

Zusätzlich dürfen Mehrausgaben in Höhe der für diesen Zweck angeordneten Einnahmen bei Titel 1319 - 359 02 geleistet werden.

Bemerkung:

Korrektur des fehlerhaft angegebenen Betrages.

Summe der Maßnahmegruppe 03	12.334,8	0,0	12.334,8
------------------------------------	-----------------	------------	-----------------

Abschluss Kapitel 13 19

2017	Gesamteinnahmen	677,5	0,0	677,5
			0,0	
	Gesamtausgaben	16.503,5	+127,2	16.580,7
			-50,0	
	Zuschuss	15.826,0	+77,2	15.903,2
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	keine Verpflichtungsermächtigung			

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

13

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

13 20

Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Einnahmen

381 08	891	Erstattung von Ausgaben für Küstenschutz- maßnahme Friedrichskoog	0,0	+1.028,6	1.028,6
---------------	-----	--	------------	-----------------	----------------

Bemerkung:

Neubau des Schöpfwerkes Friedrichskoog (vgl. Titel 1320.08.89103)

**01 Erstattungen des Bundes gemäß § 10
des Gesetzes über die Gemeinschafts-
aufgabe -Verbesserung der Agrarstruktur
und des Küstenschutzes- GAKG**

331 01 (01)	521	Für investive Maßnahmen der integrierten ländlichen Entwicklung	5.370,0	+900,0	6.270,0
-----------------------	-----	--	----------------	---------------	----------------

Bemerkung:

Bundesmittel für die Förderung neuer Maßnahmen (vgl. Titel 1320.09.88304)

331 02 (01)	521	Für investive einzelbetriebliche Förderungs- maßnahmen	986,2	+1.500,0	2.486,2
-----------------------	-----	---	--------------	-----------------	----------------

Bemerkung:

Bundesmittel für die Förderung neuer Maßnahmen (vgl. Titel 1320.03.89307 und 89308)

331 07 (01)	625	Für investive Küstenschutzmaßnahmen	15.531,0	+2.400,0	17.931,0
-----------------------	-----	--	-----------------	-----------------	-----------------

Bemerkung:

Bundesmittel für den Neubau des Schöpfwerkes Friedrichskoog (vgl. Titel 1320.08.89103)

Summe der Maßnahmegruppe 01	39.415,6	+4.800,0	44.215,6
------------------------------------	-----------------	-----------------	-----------------

13

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

13 20

Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

Maßnahmegruppe geändert

03 Einzelbetriebliche Maßnahmen und Maßnahmen des Naturschutzes

Haushaltsvermerk unverändert

683 04	521	An landwirtschaftliche Betriebe für eine markt- und standortangepasste Landbewirtschaftung	14.037,2	0,0	14.037,2
---------------	------------	---	-----------------	------------	-----------------

(03)

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

Neuverpflichtung aus HHJ 2017	3.224	-9	3.215
davon fällig Haushaltsjahr 2018	656	0	656
davon fällig Haushaltsjahr 2019	656	0	656
davon fällig Haushaltsjahr 2020	656	-3	653
davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	1.256	-6	1.250

Bemerkung:

Anpassung an den Bedarf

Neuer Titel

893 07	332	An Stiftungen und Sonstige für Maßnahmen der Flächensicherung	0,0	+900,0	900,0
---------------	------------	--	------------	---------------	--------------

(03)

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

Neuverpflichtung aus HHJ 2017	0	+200	200
davon fällig Haushaltsjahr 2018	0	+200	200
davon fällig Haushaltsjahr 2019	0	0	0
davon fällig Haushaltsjahr 2020	0	0	0
davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	0	0	0

Bemerkung:

Förderung neuer Maßnahmen aufgrund erweiterter Förderungsgrundsätze der GAK

Neuer Titel

893 08	332	An Stiftungen und Sonstige für investive Maßnahmen auch für die Umsetzung von NATURA 2000	0,0	+1.600,0	1.600,0
---------------	------------	--	------------	-----------------	----------------

(03)

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

Neuverpflichtung aus HHJ 2017	0	+1.000	1.000
davon fällig Haushaltsjahr 2018	0	+600	600
davon fällig Haushaltsjahr 2019	0	+200	200
davon fällig Haushaltsjahr 2020	0	+200	200
davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	0	0	0

Bemerkung:

Förderung neuer Maßnahmen aufgrund erweiterter Förderungsgrundsätze der GAK

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

13

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

13 20

Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Summe der Maßnahmegruppe 03

20.445,7

+2.500,0

22.945,7

06 Forstliche Maßnahmen

Haushaltsvermerk unverändert

683 10 531 **Erstaufforstungsprämie** **562,5** **-241,0** **321,5**
(06)

Bemerkung:

Anpassung an den Bedarf

887 02 531 **Förderung einer naturnahen Waldbewirtschaftung** **1.799,5** **+241,0** **2.040,5**
(06)

Bemerkung:

Anpassung an den Bedarf

Summe der Maßnahmegruppe 06

2.635,0

0,0

2.635,0

08 Küstenschutz

Haushaltsvermerk unverändert

891 03 625 **Zuschuss an den LKN für Investitionen zum laufenden Betrieb (GAK)** **13.901,4** **+3.428,6** **17.330,0**
(08)

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

Neuverpflichtung aus HHJ 2017	11.030	+3.534	14.564
davon fällig Haushaltsjahr 2018	3.793	+3.534	7.327
davon fällig Haushaltsjahr 2019	3.124	0	3.124
davon fällig Haushaltsjahr 2020	1.317	0	1.317
davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	2.796	0	2.796

Bemerkung:

Neubau des Schöpfwerkes Friedrichskoog

Summe der Maßnahmegruppe 08

44.216,7

+3.428,6

47.645,3

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

13

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

13 20

Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

09 Integrierte ländliche Entwicklung

Haushaltsvermerk unverändert

883 04	521	Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen der Dorferneuerung an Gemeinden und Gemeindeverbände	6.200,0	+1.500,0	7.700,0
---------------	------------	---	----------------	-----------------	----------------

(09)

Bemerkung:

Förderung neuer Maßnahmen aufgrund erweiterter Förderungsgrundsätze der GAK

Summe der Maßnahmegruppe 09			17.500,0	+1.500,0	19.000,0
------------------------------------	--	--	-----------------	-----------------	-----------------

Abschluss Kapitel 13 20

2017	Gesamteinnahmen	113.489,0	+5.828,6 0,0	119.317,6
	Gesamtausgaben	97.444,9	+7.669,6 -241,0	104.873,5
	Zuschuss	0,0	0,0	0,0
	Überschuss	16.044,1	-1.600,0	14.444,1
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	40.489	+4.725	45.214
	davon fällig Haushaltsjahr 2018	18.247	+4.334	22.581
	davon fällig Haushaltsjahr 2019	11.035	+200	11.235
	davon fällig Haushaltsjahr 2020	5.952	+197	6.149
	davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	5.255	-6	5.249

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

13

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Gesamtabschluss Einzelplan 13

2017	Gesamteinnahmen	213.381,1	+8.121,3 0,0	221.502,4
	Gesamtausgaben	347.262,1	+18.316,5 -2.623,2	362.955,4
	Zuschuss	133.881,0	+7.572,0	141.453,0
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	115.388	+7.940	123.328
	davon fällig Haushaltsjahr 2018	42.420	+6.537	48.957
	davon fällig Haushaltsjahr 2019	31.263	+753	32.016
	davon fällig Haushaltsjahr 2020	21.958	+650	22.608
	davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	19.747	-	19.747

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

14 Informations- und Kommunikationstechnologien, E-Government und Organisation

14 02 Informations- und Kommunikationstechnologien (IT)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	79.560,0	+11.800,0	91.360,0
--------	-----	--	----------	-----------	----------

Bemerkung:

1. 700 T€ übertragen nach 1402 - 533 05
2. 1.800 T€ übertragen nach 1406 - 533 02
3. Mehrbedarf i.H.v. 9,3 Mio. € im Bereich der IT des Landes Schleswig-Holstein. Veranschlagt sind Ausgaben für zwingend notwendige Betriebs- und Fortentwicklungsmaßnahmen der Ressorts wie z. B. MJKE (Elektronisches Grundbuch, Neue IT-Organisation Justiz, Projekt eJustice SH, Fortentwicklung MESTA pp.), FM (Steuerverwaltung mit den Maßnahmen KONSENS, RZ-Betrieb DataCenterSteuer, Arbeitsplätze und Support Steuer pp.); MIB (eWohngeld, Kampfmittelinformationssystem, Cybercrime; Digitalfunk / AS; MERLIN pp.) und des ZIT SH (Projekt Polizeiliche IT-Aufgaben).

812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	6.885,5	-500,0	6.385,5
--------	-----	--------------------------------------	---------	--------	---------

Bemerkung:

Minderbedarf i.H.v. 500 T€ nach Überprüfung der flüchtlingsbedingten Ausgaben. Die Beschaffung von Hard- und Software für das MIB (Ausländerwesen) und für andere betroffene Bereiche der Landesverwaltung ist in 2016 erfolgt.

03 Ausgaben im Zusammenhang mit dem Betrieb und der Fortentwicklung eines Datennetzes Schleswig-Holstein

Haushaltsvermerk unverändert

533 03 (03)	019	Leistungsentgelte an Dataport	8.660,0	-660,0	8.000,0
----------------	-----	--------------------------------------	---------	--------	---------

Bemerkung:

Minderbedarf i.H.v. 660 T€ nach Überprüfung der flüchtlingsbedingten Ausgaben. Die Infrastruktur- und Administrationskosten im Bereich der Kommunikation zur Bewältigung der Flüchtlingskrise fallen geringer aus als erwartet.

533 04 (03)	019	Leistungsentgelte an die TELEKOM	10.000,0	-250,0	9.750,0
----------------	-----	---	----------	--------	---------

Bemerkung:

Minderbedarf i.H.v. 250 T€ nach Überprüfung der flüchtlingsbedingten Ausgaben. Die Infrastruktur- und Administrationskosten im Bereich der Kommunikation zur Bewältigung der Flüchtlingskrise fallen geringer aus als erwartet.

Summe der Maßnahmegruppe 03	18.675,0	-910,0	17.765,0
------------------------------------	-----------------	---------------	-----------------

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

14 Informations- und Kommunikationstechnologien, E-Government und Organisation

14 02 Informations- und Kommunikationstechnologien (IT)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Neue Maßnahmegruppe

04 Ausgaben im Zusammenhang mit dem Betrieb und der Fortentwicklung des Programms eBeihilfe

Neuer Haushaltsvermerk

Erstattungen sind von den Ausgaben abzusetzen

Bemerkung:

Konzentration der Mittel zur Einführung des IT-Verfahrens eBeihilfe und der künftigen Fortentwicklungsmaßnahmen. Veranschlagt sind die Ausgaben des Betriebes und der Pflege sowie der Fortentwicklung des IT-Verfahrens.

Neuer Titel

525 01	019	Aus- und Fortbildung	0,0	0,0	0,0
(04)					

Bemerkung:

Dient der künftigen haushaltstechnischen Abwicklung.

Neuer Titel

533 05	019	Ausgaben für das IT-Verfahren eBeihilfe	0,0	+700,0	700,0
(04)					

Bemerkung:

Übertragung der Ausgaben für den Betrieb und die Pflege des IT-Verfahrens eBeihilfe aus dem Titel 1402 - 533 56 .

Neuer Titel

533 06	019	Sonstige Ausgaben im Bereich eBeihilfe	0,0	+500,0	500,0
(04)					

Bemerkung:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Entwicklung neuer oder ergänzender Verfahrensinhalte wie z. B. elektronisches Antragsverfahren; alternatives Vorgehen für risikoorientierte, automatisierte Vorprüfungen, Analysen welche Aufgaben ggf. extern vergeben und erledigt werden können (Outsourcing) pp.

Neuer Titel

812 03	019	Erwerb von Hard- und Software	0,0		0,0
(04)					

Bemerkung:

Dient der künftigen haushaltstechnischen Abwicklung.

Summe der Maßnahmegruppe 04		+1.200,0	1.200,0
------------------------------------	--	-----------------	----------------

Abschluss Kapitel 14 02

2017	Gesamteinnahmen	870,0	0,0	870,0
			0,0	
	Gesamtausgaben	133.153,5	+13.000,0	144.743,5
			-1.410,0	
	Zuschuss	132.283,5	+11.590,0	143.873,5
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	keine Verpflichtungsermächtigung			

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

14

Informations- und Kommunikationstechnologien, E-Government und Organisation

14 05

Programm "Kooperative Personaldienste SH/FHH (KoPers)"

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

527 01	019	Reisekostenvergütung	15,0	-7,0	8,0
--------	-----	----------------------	------	------	-----

Bemerkung:

Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Abschluss Kapitel 14 05

Gesamtausgaben

9.164,0

0,0

9.157,0

-7,0

keine Verpflichtungsermächtigung

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

14 Informations- und Kommunikationstechnologien, E-Government und Organisation

14 06 Digitalfunk Land Schleswig-Holstein

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Neuer Haushaltsvermerk

Die Ausgaben des Kapitels sind gegenseitig deckungsfähig.
Erstattungen sind von den Ausgaben abzusetzen.

Bemerkung:

Veranschlagt sind die Ausgaben für den Betrieb und die Pflege des Digitalfunks in Schleswig-Holstein. Die einzelnen Betriebsverträge für das BOS-Zugangsnetz und die Teilaufgaben der Autorisierten Stelle (AS) bei Dataport gehen ab 2017 in die Zuständigkeit des CIO / ZIT SH über und werden zentral im Kapitel 1406 Digitalfunk LSH veranschlagt. Die Einrichtung des Kapitels und der Titelstrukturen dient der künftigen haushaltstechnischen Abwicklung.

Ausgaben

Neuer Titel

533 01	019	Digitalfunk / Betrieb und Pflege des BOS-Zugangsnetzes	0,0	0,0	0,0
--------	-----	---	------------	------------	------------

Bemerkung:

Dient der künftigen haushaltstechnischen Abwicklung.

Neuer Titel

533 02	019	Digitalfunk / Autorisierte Stelle (AS)	0,0	+1.800,0	1.800,0
--------	-----	---	------------	-----------------	----------------

Bemerkung:

1,8 Mio. € übertragen aus Titel 1402 - 53356 für das Verfahren Digitalfunk / Autorisierte Stelle. Die Aufgabe wurde in 2016 vom MIB übernommen. Die Maßnahme wird 2017 vertragswirksam und soll aus den Mitteln des neuen Kapitels 1406 gezahlt werden.

Neuer Titel

533 03	019	Digitalfunk / Überführung und Konsolidierung von Verträgen	0,0	+200,0	200,0
--------	-----	---	------------	---------------	--------------

Bemerkung:

Veranschlagt sind Ausgaben zur Konsolidierung der unterschiedlichen Vertragslagen im Digitalfunk. Im Wesentlichen handelt es sich um Unterstützungsleistungen durch Dataport, um die verschiedenen Vertragsinhalte und Dienstleister zu koordinieren und als zentrales Vertragsmanagement durch Dataport im Auftrage des CIO / ZIT SH betreiben zu lassen.

Neuer Titel

533 04	019	Digitalfunk / Projektmanagement und Dienstleistungen	0,0	0,0	0,0
--------	-----	---	------------	------------	------------

Bemerkung:

Dient der künftigen haushaltstechnischen Abwicklung.

Neuer Titel

812 06	019	Erwerb von Hard- und Software für den Ausbau und die Härtung des BOS-Zugangsnetzes	0,0		0,0
--------	-----	---	------------	--	------------

Bemerkung:

Dient der künftigen haushaltstechnischen Abwicklung.

Abschluss Kapitel 14 06

Gesamtausgaben

**+2.000,0
0,0**

2.000,0

keine Verpflichtungsermächtigung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Gesamtabschluss Einzelplan 14

2017	Gesamteinnahmen	1.870,0	0,0 0,0	1.870,0
	Gesamtausgaben	147.684,5	+15.000,0 -1.417,0	161.267,5
	Zuschuss	145.814,5	+13.583,0	159.397,5
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	keine Verpflichtungsermächtigung			

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

16 InfrastrukturModernisierungsProgramm für unser Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2030)

16 04 Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

533 01	042	Umsetzung des zweiten Bauabschnitts der Polizeidirektion Neumünster in der Alemannen-/Altonaer Straße (Erweiterung für Kriminalpolizei)	0,0	+200,0	200,0
--------	-----	--	-----	--------	-------

Bemerkung:

Anpassung an den Bedarf gem. Kapitelvermerk "Minderausgaben werden dem Sondervermögen IMPULS 2030 bei Titel 1611 - 634 02 zugeführt". Minderausgabe aus dem HHJ 2016 und Rückführung in den entsprechenden Titel im HHJ 2017 aufgrund Verzug.

711 01	042	Objektfunkversorgung an der Erst-aufnahmeeinrichtung Lütjenburg (Neubau einer Basisstation)	200,0	-200,0	0,0
--------	-----	--	-------	--------	-----

Neuer Haushaltsvermerk

200 T€ übertragen nach Titel 1604 - 883 01.

Leertitel zur Abwicklung.

Bemerkung:

200 T€ übertragen nach Titel 1604 - 883 01.

883 01	322	Zuschüsse für die Sanierung kommunaler Sportstätten unter Berücksichtigung der Sanierung von Schwimmsportstätten	2.000,0	+750,0	2.750,0
--------	-----	---	---------	--------	---------

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

Neuverpflichtung aus HHJ 2017	0	+2.750	2.750
davon fällig Haushaltsjahr 2018	0	+2.750	2.750
davon fällig Haushaltsjahr 2019	0	0	0
davon fällig Haushaltsjahr 2020	0	0	0
davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	0	0	0

Neuer Haushaltsvermerk

200 T€ übertragen von Titel 1604 - 711 01.

550 T€ übertragen von Titel 1612 - 712 04 (MG 02).

Bemerkung:

200 T€ übertragen von Titel 1604 - 711 01.

550 T€ übertragen von Titel 1612 - 712 04 (MG 02).

Anpassung an den Bedarf.

16

InfrastrukturModernisierungsProgramm für unser Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2030)

16 04

Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Abschluss Kapitel 16 04

Gesamtausgaben		2.200,0	+950,0 -200,0	2.950,0
Verpflichtungsermächtigung in (T€)			+2.750	2.750
davon fällig Haushaltsjahr 2018			+2.750	2.750
davon fällig Haushaltsjahr 2019				
davon fällig Haushaltsjahr 2020				
davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff				

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

16 InfrastrukturModernisierungsProgramm für unser Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2030)

16 07 Ministerium für Schule und Berufsbildung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

01 Investitionen für den Bereich der Aus- und Fortbildung an Organisationen der Wirtschaft und sonstige Träger

893 03 (01)	153	Investitionen für die Aus- und Weiterbildung, Baumaßnahme und Ausstattung der Techniker Akademie Nord	160,0	-160,0	0,0
-----------------------	-----	--	--------------	---------------	------------

Neuer Haushaltsvermerk

160 T€ übertragen nach Titel 1609 - 712 01 (MG 01).

Bemerkung:

Maßnahme entfällt.

160 T€ übertragen nach Titel 1609 - 712 01 (MG 01).

893 05 (01)	153	Investitionen für die Aus- und Weiterbildung, Ausstattung Neubau Schulgebäude der Akademie für Hörgeräte-Akustik Lübeck	130,0	-130,0	0,0
-----------------------	-----	--	--------------	---------------	------------

Neuer Haushaltsvermerk

130 T€ übertragen nach Titel 1609 - 712 01 (MG 01).

Bemerkung:

Anpassung an den Bedarf.

130 T€ übertragen nach Titel 1609 - 712 01 (MG 01).

Summe der Maßnahmegruppe 01	1.910,0	-290,0	1.620,0
------------------------------------	----------------	---------------	----------------

Abschluss Kapitel 16 07

Gesamtausgaben	1.910,0	0,0	1.620,0
		-290,0	

keine Verpflichtungsermächtigung

16

InfrastrukturModernisierungsProgramm für unser Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2030)

16 09

Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

01 Justizvollzugsanstalten

Neuer Titel

712 01 (01)	056	Neubau Haus B mit Sozialtherapie, Liegen- schaft Justizvollzugsanstalt Neumünster	0,0	+1.376,0	1.376,0
----------------	-----	--	-----	----------	---------

Neuer Haushaltsvermerk

160 T€ übertragen von Titel 1607 - 893 03 (MG 01).
130 T€ übertragen von Titel 1607 - 893 05 (MG 01).
136 T€ übertragen von Titel 1612 - 711 01 (MG 02).
650 T€ übertragen von Titel 1612 - 712 04 (MG 02).

Bemerkung:

Nachvollziehen der Einrichtung eines neuen Titels gem. § 8 Abs. 14 HG 2016 im Haushaltsvollzug 2016 sowie Ausbringung der für die Abwicklung der Baumaßnahme erforderlichen VE.

160 T€ übertragen von Titel 1607 - 893 03 (MG 01).
130 T€ übertragen von Titel 1607 - 893 05 (MG 01).
136 T€ übertragen von Titel 1612 - 711 01 (MG 02).
650 T€ übertragen von Titel 1612 - 712 04 (MG 02).

Summe der Maßnahmegruppe 01			700,0	+1.376,0	2.076,0
------------------------------------	--	--	--------------	-----------------	----------------

Abschluss Kapitel 16 09

Gesamtausgaben	5.725,0	+1.376,0 0,0	7.101,0
-----------------------	----------------	-------------------------------	----------------

keine Verpflichtungsermächtigung

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

16 InfrastrukturModernisierungsProgramm für unser Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2030)

16 10 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Einnahmen

333 01	312	Erstattungen von Kreisen und kreisfreien Städten nach dem Ausführungsgesetz zum KHG	14.665,0	-9.536,5	5.128,5
Bemerkung:					
Anpassung an den aktuellen Stand					

16

InfrastrukturModernisierungsProgramm für unser Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2030)

16 10

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

884 01	312	Zuweisung an das Zweckvermögen Wohnraumförderung / Krankenhausfinanzierung	22.130,0	-4.030,0	18.100,0
--------	-----	---	-----------------	-----------------	-----------------

Haushaltsvermerk geändert

Ausgaben dürfen in Höhe des Landesanteils von 12.971,5 T€ und darüber hinaus bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 1610-333 01 geleistet werden.

Bemerkung:

5.500 T€ übertragen aus dem Haushaltsjahr 2016.

Anpassung an den Bedarf.

01 Hochschulen

519 01	133	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen der Hochschulliegenschaften	500,0	0,0	500,0
--------	-----	---	--------------	------------	--------------

(01)

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

Neuverpflichtung aus HHJ 2017	0	+150	150
davon fällig Haushaltsjahr 2018	0	+150	150
davon fällig Haushaltsjahr 2019	0	0	0
davon fällig Haushaltsjahr 2020	0	0	0
davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	0	0	0

721 02	133	Anpassung Stromversorgung, Liegenschaft Fachhochschule Lübeck	900,0	+180,0	1.080,0
--------	-----	--	--------------	---------------	----------------

(01)

Bemerkung:

Anpassung an den Bedarf gem. Kapitelvermerk "Minderausgaben werden dem Sondervermögen IMPULS 2030 bei Titel 1611 - 634 02 zugeführt". Minderausgabe aus dem HHJ 2016 und Rückführung in den entsprechenden Titel im HHJ 2017 aufgrund Verzug.

721 03	133	Energetische Fassadensanierung, Liegenschaft Universität zu Lübeck, Zentralbibliothek	1.400,0	+130,0	1.530,0
--------	-----	--	----------------	---------------	----------------

(01)

Bemerkung:

Anpassung an den Bedarf gem. Kapitelvermerk "Minderausgaben werden dem Sondervermögen IMPULS 2030 bei Titel 1611 - 634 02 zugeführt". Minderausgabe aus dem HHJ 2016 und Rückführung in den entsprechenden Titel im HHJ 2017 aufgrund Verzug.

Summe der Maßnahmegruppe 01			11.200,0	+310,0	11.510,0
------------------------------------	--	--	-----------------	---------------	-----------------

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

16 InfrastrukturModernisierungsProgramm für unser Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2030)

16 10 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Abschluss Kapitel 16 10

2017	Gesamteinnahmen	14.665,0	0,0	5.128,5
			-9.536,5	
	Gesamtausgaben	40.330,0	+310,0	36.610,0
			-4.030,0	
	Zuschuss	25.665,0	+5.816,5	31.481,5
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)		+150	150
	davon fällig Haushaltsjahr 2018		+150	150
	davon fällig Haushaltsjahr 2019			
	davon fällig Haushaltsjahr 2020			
	davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff			

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

16

InfrastrukturModernisierungsProgramm für unser Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2030)

16 11

Allgemeine Finanzverwaltung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Einnahmen

234 01	813	Entnahmen für laufende Zwecke aus dem Sondervermögen IMPULS 2030	6.850,0	+200,0	7.050,0
		Bemerkung: Anpassung an den Bedarf.			
334 01	813	Entnahmen für Investitionen aus dem Sondervermögen IMPULS 2030	53.150,0	+6.116,5	59.266,5
		Bemerkung: Anpassung an den Bedarf.			

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

16 InfrastrukturModernisierungsProgramm für unser Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2030)

16 11 Allgemeine Finanzverwaltung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Ausgaben

634 01 813 Zuweisungen an das Sondervermögen
IMPULS 2030 gem. § 2 Abs. 2 des Gesetzes
über die Errichtung eines Sondervermögens
"InfrastrukturModernisierungsProgramm für
unser Land Schleswig-Holstein" (IMPULS
2030)

0,0

0,0

Haushaltsvermerk geändert

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei den Titeln 0940-893 25 MG 02, 0940-893 03 MG 03, 0941-893 02, 0941-893 03, 1002-892 03, 1002-883 02 MG 03, 1014-892 21 MG 02, 1014-893 68 TG 68, 1212-671 75 TG 75 und 1212-671 79 TG 79 geleistet werden.

Bemerkung:

Anpassung an den Bedarf

Abschluss Kapitel 16 11

2017	Gesamteinnahmen	60.000,0	+6.316,5 0,0	66.316,5
	Gesamtausgaben		0,0 0,0	
	Zuschuss	0,0	0,0	0,0
	Überschuss	60.000,0	+6.316,5	66.316,5
	keine Verpflichtungsermächtigung			

16

InfrastrukturModernisierungsProgramm für unser Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2030)

16 12

Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

01 Brandschutzmaßnahmen

712 02	044	Brandschutzmaßnahme, Liegenschaft Behördenhochhaus Lübeck	1.230,0	0,0	1.230,0
(01)					
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2017	0	+10.135	10.135
		davon fällig Haushaltsjahr 2018	0	+2.735	2.735
		davon fällig Haushaltsjahr 2019	0	+4.000	4.000
		davon fällig Haushaltsjahr 2020	0	+3.400	3.400
		davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	0	0	0

Bemerkung:

Anpassung an den Bedarf.

Summe der Maßnahmegruppe 01			1.230,0	0,0	1.230,0
------------------------------------	--	--	----------------	------------	----------------

02 Klimaneutrale Liegenschaften

Neuer Haushaltsvermerk

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

Bemerkung:

Aufgrund der Komplexität des Bauens kommt es unterjährig zu stark variierenden Mittelabflüssen.

711 01	649	Photovoltaik- und Windkraftanlagen	500,0	-136,0	364,0
(02)					
		Neuer Haushaltsvermerk			
		136 T€ übertragen nach 1609 - 712 01 (MG 01).			
		Bemerkung:			
		136 T€ übertragen nach 1609 - 712 01 (MG 01).			
		Anpassung an den Bedarf.			

712 04	649	Errichtung von Blockheizkraftwerken	1.800,0	-1.200,0	600,0
(02)					

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

16 InfrastrukturModernisierungsProgramm für unser Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2030)

16 12 Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

noch zu 712 04

Neuer Haushaltsvermerk

550 T€ übertragen nach Titel 1604 - 883 01.

650 T€ übertragen nach Titel 1609 - 712 01 (MG 01).

Bemerkung:

550 T€ übertragen nach Titel 1604 - 883 01.

650 T€ übertragen nach Titel 1609 - 712 01 (MG 01).

Anpassung an den Bedarf.

Summe der Maßnahmegruppe 02	3.300,0	-1.336,0	1.964,0
------------------------------------	----------------	-----------------	----------------

Abschluss Kapitel 16 12

Gesamtausgaben	4.530,0	0,0	3.194,0
		-1.336,0	
Verpflichtungsermächtigung in (T€)	35.000	+10.135	45.135
davon fällig Haushaltsjahr 2018	13.000	+2.735	15.735
davon fällig Haushaltsjahr 2019	11.000	+4.000	15.000
davon fällig Haushaltsjahr 2020	11.000	+3.400	14.400
davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff			

16

InfrastrukturModernisierungsProgramm für unser Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2030)

16 13

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

894 01	623	Ersatzbeschaffung Schlepper Hooqe für den Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz Schleswig-Holstein	2.900,0	0,0	2.900,0
Verpflichtungsermächtigung (in T€)					
		Neuverpflichtung aus HHJ 2017	0	+350	350
		davon fällig Haushaltsjahr 2018	0	+350	350
		davon fällig Haushaltsjahr 2019	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2020	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff	0	0	0

Bemerkung:

Anpassung Preissteigerung nach Ausschreibungsergebnis

Abschluss Kapitel 16 13

Gesamtausgaben	4.070,0	0,0 0,0	4.070,0
Verpflichtungsermächtigung in (T€)		+350	350
davon fällig Haushaltsjahr 2018		+350	350
davon fällig Haushaltsjahr 2019			
davon fällig Haushaltsjahr 2020			
davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff			

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	zu ändern	neuer Ansatz 2017
			T€		

Gesamtabschluss Einzelplan 16

2017	Gesamteinnahmen	74.665,0	+6.316,5 -9.536,5	71.445,0
	Gesamtausgaben	74.665,0	+2.636,0 -5.856,0	71.445,0
	Zuschuss	0,0	0,0	0,0
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	35.000	+13.385	48.385
	davon fällig Haushaltsjahr 2018	13.000	+5.985	18.985
	davon fällig Haushaltsjahr 2019	11.000	+4.000	15.000
	davon fällig Haushaltsjahr 2020	11.000	+3.400	14.400
	davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff			

**Änderungsvorschläge
zum
Personalhaushalt**

Inhalt

	Seite
Stellenpläne und Stellenübersichten	2
Einzelplan 01	2
Einzelplan 03	6
Einzelplan 04	12
Einzelplan 05	25
Einzelplan 06	55
Einzelplan 07	60
Einzelplan 09	73
Einzelplan 10	87
Einzelplan 13	90

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

01 Landtag

01 01 Landtag

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 01

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

		Stellenzahl Haushalt 2017	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2017
A13 LG 2.2	Regierungsräte/-innen	1	+1	2
A11	Regierungsamtmänner/-frauen	2	+1	3
A9 LG 2.1	Regierungsinspektoren/-innen	0	+1	1
Summe :			+3	

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stel- len	Ein- spa- run- gen	Über- tragungen		Umwand- lungen		Hebungen		Herabgrup- pierungen		Sum- me	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A13 LG 2.2					1						+1	von E13
2	A11					1						+1	von E11
3	A9 LG 2.1	1										+1	Übernahme einer geprüften Nachwuchskraft.
Summe:		1				2						+3	

Vermerke:

2 Stellen A13 LG 2.2 dürfen nur zur Hälfte besetzt werden (aus HH 2017)

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle A9 LG 2.1 am 31.07.2019 künftig wegfallend mit Ausscheiden des Stelleninhabers oder der Stelleninhaberin, spätestens nach drei Jahren. (aus HH 2017)

428 01

Entgeltgruppe

	Stellenzahl Haushalt 2017	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2017
E13	4	-1	3
E11	10	-1	9
Summe :		-2	

01 Landtag

01 01 Landtag

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E13						1					-1	nach A13 LG 2.2
2	E11						1					-1	nach A11
Summe:							2					-2	

weggefallene Vermerke:

Vermerke:

1 Stelle E13 darf nur zur Hälfte besetzt werden

(aus HH 2016)

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

01 Landtag

01 03 Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 02 (01)

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

A13 LG 2.2 Rechnungsräte/-innen

2.2

A13 LG 2.1 Oberamtsräte/-innen

2.1

Stellenzahl Haushalt 2017	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2017
---------------------------------	-----------	---

1	-1	0
---	----	---

0	+1	1
---	----	---

Summe :

0

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stel- len	Ein- spa- run- gen	Über- tragungen		Umwand- lungen		Hebungen		Herabgrup- pierungen		Sum- me	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A13 LG 2.2							-1				-1	Rückgängigmachung einer Hebung von A13 LG 2.1
2	A13 LG 2.1								-1			+1	Rückgängigmachung einer Hebung nach A13 LG 2.2
Summe:								-1	-1			0	

[illegible]

03 Ministerpräsident, Staatskanzlei

03 01 Ministerpräsident, Staatskanzlei

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 01

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

Ministerpräsident, Staatskanzlei

		Stellenzahl Haushalt 2017	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2017
A15	Regierungsdirektoren/-innen, Regierungsvolkswirtschaftsdirektoren/-innen	16	+1	17
A14	Oberregierungsräte/-innen	14	+4	18
A13 LG 2.1	Oberamtsräte/-innen	18 ²⁾	0	18
A9 LG 2.1	Regierungsinspektoren/-innen	2	+1	3
A6 LG 1.2	Regierungssekretäre/-innen	0	+1	1
Summe [Ministerpräsident, Staatskanzlei]:			+7	
Summe :			+7	

neue Fußnoten:

- 2) 2 Planstellen sind mit einer Amtszulage gemäß Fußnote 15 zu BesGr. A 13 SHBesO A und B ausgestattet (Änderung gem. Artikel 2 Nr. 15 f LBModG).

Schaffung der Voraussetzungen zur Vergabe von Amtszulagen für Oberamtsrätinnen und Oberamtsräte für Funktionen, die sich von denen der Besoldungsgruppe A 13 abheben.

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stel- len	Ein- spa- run- gen	Über- tragungen		Umwand- lungen		Hebungen		Herabgrup- pierungen		Sum- me	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Ministerpräsident, Staatskanzlei													
1	A15	1										+1	Stellvertretende Leitung Kompetenzzentrum Organisationsentwicklung
2	A14	2										+4	Beraterpool Kompetenzzentrum Organisationsentwicklung
3		2											Neuaufstellung der Teilpläne zur Ausweisung von Windenergieeignungsflächen mit kw-Vermerk
4	A9 LG 2.1	1										+1	Gem. § 15 Nr. 1 HG 2016 zur Übernahme einer geprüften Nachwuchskraft mit kw-Vermerk
5	A6 LG 1.2	1										+1	Gem. § 15 Nr. 1 HG 2016 zur Übernahme einer geprüften Nachwuchskraft mit kw-Vermerk
Summe:		7										+7	

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

2 Stellen A14 am 31.12.2019 Mehrbedarf Neuaufstellung der Teilpläne zur Ausweisung von Windenergieeignungsflächen

(aus HH 2017)

03 Ministerpräsident, Staatskanzlei

03 01 Ministerpräsident, Staatskanzlei

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

1 Stelle	A9 LG 2.1	am 31.07.2019	künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens zum 31.07.2019	(aus HH 2017)
1 Stelle	A6 LG 1.2	am 31.07.2019	künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens zum 31.07.2019	(aus HH 2017)

Stellenzahl Haushalt 2017	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2017
---------------------------------	-----------	---

422 63 (63)

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

A13 LG 2.1	Oberamtsräte/-innen	6 1)	+1	7
------------	---------------------	------	----	---

Summe :			+1	
----------------	--	--	----	--

neue Fußnoten:

- 1) 1 Planstelle ist mit einer Amtszulage gemäß Fußnote 15 zu BesGr. A 13 SHBesO A und B ausgestattet (Änderung gem. Artikel 2 Nr. 15 f LBModG).

Schaffung der Voraussetzungen zur Vergabe von Amtszulagen für Oberamtsrätinnen und Oberamtsräte für Funktionen, die sich von denen der Besoldungsgruppe A 13 abheben.

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A13 LG 2.1			1								+1	Übertragen von 0301-422 64 (TG 64)
Summe:				1								+1	

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A13 LG 2.1	am 31.12.2019	mit Abschluss des Projektes KoPers (geplant 31.12.2017), im Sinne der Haushaltsvorsorge verlängert bis 31.12.2019	(aus HH 2011/2012)
----------	------------	---------------	---	--------------------

Stellenzahl Haushalt 2017	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2017
---------------------------------	-----------	---

428 63 (63)

Entgeltgruppe

E14		0	+2	2
E13		2	+3	5

Summe :			+5	
----------------	--	--	----	--

03 Ministerpräsident, Staatskanzlei

03 01 Ministerpräsident, Staatskanzlei

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E14	2										+2	IT-Projektleitungen für Großprojekte
2	E13	3										+3	IT-Projektleitungen für Großprojekte
Summe:		5										+5	

Stellenzahl Haushalt 2017 zu ändern neue Stellenzahl Haushalt 2017

422 64 (64)

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

A13 LG Oberamtsräte/-innen
2.1

12 1) -1 11

A11 Regierungsamtmänner/-frauen

3 +2 5

A9 LG 2.1 Regierungsinspektoren/-innen

4 -2 2

Summe : -1

neue Fußnoten:

- 1) 1 Planstelle ist mit einer Amtszulage gemäß Fußnote 15 zu BesGr. A 13 SHBesO A und B ausgestattet (Änderung gem. Artikel 2 Nr. 15 f LBModG).

Schaffung der Voraussetzungen zur Vergabe von Amtszulagen für Oberamtsrätinnen und Oberamtsräte für Funktionen, die sich von denen der Besoldungsgruppe A 13 abheben.

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A13 LG 2.1				1							-1	Übertragen nach 0301-422 63 (TG 63)
2	A11							2				+2	Hebung von A 9 LG 2.1 - § 28 Abs.1 HG 2016
3	A9 LG 2.1								2			-2	Hebung nach A 11 - § 28 Abs.1 HG 2016
Summe:					1			2	2			-1	

geänderte Vermerke

Planstellen künftig wegfallend:

2 Stellen A9 LG 2.1 am 31.12.2019 mit Abschluss des Projektes KoPers (geplant 31.12.2017), im Sinne der Haushaltsvorsorge verlängert bis 31.12.2019 (aus HH 2011/2012)

5 Stellen A11 am 31.12.2019 mit Abschluss des Projektes KoPers (geplant 31.12.2017), im Sinne der Haushaltsvorsorge verlängert bis 31.12.2019 (aus HH 2013)

03

Ministerpräsident, Staatskanzlei

03 12

Dienstleistungszentrum Personal - DLZP

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 01

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

		Stellenzahl Haushalt 2017	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2017
A13 LG	Oberamtsräte/-innen	15 1)	0	15
2.1				
A9 LG 2.1	Regierungsinspektoren/-innen	3	+4	7
A6 LG 1.2	Regierungssekretäre/-innen	8	+2	10
Summe :			+6	

neue Fußnoten:

- 1) 2 Planstellen sind mit einer Amtszulage gemäß Fußnote 15 zu BesGr. A 13 SHBesO A und B ausgestattet (Änderung gem. Artikel 2 Nr. 15 f LBModG).

Schaffung der Voraussetzungen zur Vergabe von Amtszulagen für Oberamtsrätinnen und Oberamtsräte für Funktionen, die sich von denen der Besoldungsgruppe A 13 abheben.

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stel- len	Ein- spa- run- gen	Über- tragungen		Umwand- lungen		Hebungen		Herabgrup- pierungen		Sum- me	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A9 LG 2.1	4										+4	Gem. § 15 Nr. 1 HG 2016 zur Übernahme von geprüften Nachwuchskräften mit kw-Vermerk
2	A6 LG 1.2	2										+2	Gem. § 15 Nr. 1 HG 2016 zur Übernahme von geprüften Nachwuchskräften mit kw-Vermerk
Summe:		6										+6	

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

2 Stellen	A6 LG 1.2	am 31.07.2019	künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens zum 31.07.2019	(aus HH 2017)
4 Stellen	A9 LG 2.1	am 31.07.2019	künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens zum 31.07.2019	(aus HH 2017)

428 01

Entgeltgruppe

	Stellenzahl Haushalt 2017	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2017
E11	8	+1	9
E9	95	+2	97
E5	22	-6	16
Summe :		-3	

03 Ministerpräsident, Staatskanzlei

03 12 Dienstleistungszentrum Personal - DLZP

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E11	1										+1	Mehrbedarf aufgrund Anspruch auf Versorgungsauskunft
2	E9	2										+2	Mehrbedarf aufgrund Anspruch auf Versorgungsauskunft
3	E5		6									-6	Minderbedarf 2017 wegen Nichteinführung Stufe 1b eBeihilfe (Realisierung des kw-Vermerks)
Summe:		3	6									-3	

Stellen künftig wegfallend:

6 Stellen E5 am 31.12.2019 Bedarf Validierer eBeihilfe

(aus HH 2016)

[illegible]

04 Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

04 01 Ministerium

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 01

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes. Gruppe

Planmäßige Beamtinnen und Beamte

		Stellenzahl Haushalt 2017	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2017
A14	Oberregierungsräte/-innen, Oberregierungsbauräte/-innen, Oberbrandräte/-innen, Oberregierungsvolkswirtschaftsräte/-innen, Oberregierungsvermessungsräte/-innen	24	-6	18
A13 LG 2.1	Oberamtsräte/-innen	70 ¹⁾	-2	68
A13 LG 2.1	Erste Polizeihauptkommissare/-innen, Erste Kriminalhauptkommissare/-innen	1 ¹⁾	0	1
A12	Amtsräte/-innen	61	-2	59
A11	Regierungsamtmänner/-frauen, Regierungsvermessungsamtmänner/-frauen, Regierungsbaupolizeiamtmänner/-frauen, Bibliotheksamtmänner/-frauen	55	-3	52
A10	Regierungsoberinspektoren/-innen, Regierungsoberbauinspektoren/-innen, Regierungsoberbrandinspektoren/-innen, Regierungsvermessungsoberinspektoren/-innen, Bibliotheksinspektoren/-innen	12	-2	10
A9 LG 2.1	Regierungsinspektoren/-innen	3	-1	2
Summe [Planmäßige Beamtinnen und Beamte]:			-16	
Summe :			-16	

geänderte Fußnoten:

- 1) 6 Planstellen sind mit einer Amtszulage gemäß Fußnote 13 oder 15 zur Bes. Gruppe A 13 SHBesO A und B ausgestattet (Änderung gem. Artikel 2 Nr. 15 f LBModG).
Vergabe von Amtszulagen für Oberamtsrätinnen und Oberamtsräte aufgrund gesteigerter Anforderungen des Dienstpostens.

04

Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

04 01

Ministerium

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Planmäßige Beamtinnen und Beamte													
1	A14		6									-6	Wegfall von 6 Planstellen aufgrund der Überprüfung flüchtlingsbedingter Ausgaben und Plan-/Stellen
2	A13 LG 2.1		2									-2	Wegfall von 2 Planstellen aufgrund der Überprüfung flüchtlingsbedingter Ausgaben und Plan-/Stellen
3	A12		2									-2	Wegfall von 2 Planstellen aufgrund der Überprüfung flüchtlingsbedingter Ausgaben und Plan-/Stellen
4	A11		3									-3	Wegfall von 3 Planstellen aufgrund der Überprüfung flüchtlingsbedingter Ausgaben und Plan-/Stellen
5	A10		2									-2	Wegfall von 2 Planstellen aufgrund der Überprüfung flüchtlingsbedingter Ausgaben und Plan-/Stellen
6	A9 LG 2.1		1									-1	Realisierung des kw-Vermerks aus HH 2014
Summe:			16									-16	

geänderte Vermerke

Planstellen künftig wegfallend:

2 Stellen	A12	am 31.12.2019	Bedarf aufgrund steigender Flüchtlingszahlen	(aus HH 2016)
1 Stelle	A13 LG 2.1	am 31.12.2019	Bedarf aufgrund steigender Flüchtlingszahlen	(aus HH 2016)
7 Stellen	A11	am 31.12.2019	Bedarf aufgrund steigender Flüchtlingszahlen	(aus HH 2016)

weggefallene Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

2 Stellen	A10	am 31.12.2019	Bedarf aufgrund steigender Flüchtlingszahlen	(aus HH 2016)
5 Stellen	A14	am 31.12.2019	Bedarf aufgrund steigender Flüchtlingszahlen	(aus HH 2016)

428 01

Entgeltgruppe

E8

Summe :

Stellenzahl Haushalt 2017	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2017
---------------------------------	-----------	---

16	-1	15
----	----	----

-1

04 Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

04 01 Ministerium

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E8		1									-1	Wegfall einer Stelle aufgrund der Überprüfung flüchtlingsbedingter Ausgaben und Plan-/ Stellen
Summe:			1									-1	

geänderte Vermerke

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle E8 am 31.12.2019 Bedarf aufgrund steigender Flüchtlingszahlen

(aus HH 2016)

Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

Vermessung und Geoinformation

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Stellenzahl Haushalt 2017	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2017
---------------------------------	-----------	---

Bes. Gruppe

A10	Regierungsvermessungsoberspektoren/-innen, Regierungskartographenoberspektoren/-innen	2	-2	0
A8	Regierungsvermessungshauptsekretäre/-innen, Regierungskartographenhauptsekretäre/-innen	3	-1	2

Summe :	-3
----------------	----

[illegible]

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

04

Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

04 04

Bundesangelegenheiten, Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 01

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

A9 LG 2.1 Regierungsinspektoren/-innen

Stellenzahl
Haushalt
2017

zu ändern

neue
Stellenzahl
Haushalt
2017

0 +1 1

Summe : +1

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stel- len	Ein- spa- run- gen	Über- tragungen		Umwand- lungen		Hebungen		Herabgrup- pierungen		Sum- me	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A9 LG 2.1	1										+1	gem. § 15 Nr. 1 HG 2016 - Übernahme Nachwuchskraft
Summe:		1										+1	

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle A9 LG am 31.07.2019 gem. § 15 Nr. 1 HG 2016 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des (aus HH 2017)
2.1 Stelleninhabers, spätestens nach drei Jahren

04

Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

04 05

Feuerwehrwesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 01

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes. Gruppe

		Stellenzahl Haushalt 2017	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2017
A14	Oberbrandräte/-innen	0	+1	1
A13 LG 2.1	Oberamtsräte/-innen	1	0	1
A12	Amtsräte/-innen	3	0	3
A11	Regierungsbrandamtmänner/-frauen	6	-1	5
Summe :			0	

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stel- len	Ein- spa- run- gen	Über- tragungen		Umwand- lungen		Hebungen		Herabgrup- pierungen		Sum- me	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A14							1				+1	Hebung aus A 13 LG 2.1 (Strukturverbesserung)
2	A13 LG 2.1							1				0	Hebung aus A 12 (Strukturverbesserung)
3									1				Hebung nach A 14 (Strukturverbesserung)
4	A12							1				0	Hebung aus A 11 (Strukturverbesserung)
5									1				Hebung nach A 13 LG 2.1 (Strukturverbesserung)
6	A11								1			-1	Hebung nach A 12 (Strukturverbesserung)
Summe:								3	3			0	

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

04 Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

04 07 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 65 (65)

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes. Gruppe

		Stellenzahl Haushalt 2017	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2017
A14	Oberregierungsräte/-innen	5	-1	4
A13 LG	Oberamtsräte/-innen	10	-2	8
2.1				
A12	Amtsräte/-innen	6	-2	4
A11	Regierungsamtmänner/-frauen	14	-9	5
A10	Regierungsoberinspektoren/-innen	3	-3	0
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	30	-17	13
A8	Regierungshauptsekretäre/-innen	7	-1	6
Summe :			-35	

04

Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

04 07

Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A14		1									-1	Planstelle entbehrlich aufgrund der für den Flüchtlingsbereich festgestellten geringeren Personalbedarfe; Überprüfung flüchtlingsbedingter Ausgaben und Plan-/Stellen
2	A13 LG 2.1		2									-2	Planstellen entbehrlich aufgrund der für den Flüchtlingsbereich festgestellten geringeren Personalbedarfe; Überprüfung flüchtlingsbedingter Ausgaben und Plan-/Stellen
3	A12		2									-2	Planstellen entbehrlich aufgrund der für den Flüchtlingsbereich festgestellten geringeren Personalbedarfe; Überprüfung flüchtlingsbedingter Ausgaben und Plan-/Stellen
4	A11		9									-9	Planstellen entbehrlich aufgrund der für den Flüchtlingsbereich festgestellten geringeren Personalbedarfe; Überprüfung flüchtlingsbedingter Ausgaben und Plan-/Stellen
5	A10		3									-3	Planstellen entbehrlich aufgrund der für den Flüchtlingsbereich festgestellten geringeren Personalbedarfe; Überprüfung flüchtlingsbedingter Ausgaben und Plan-/Stellen
6	A9 LG 1.2		17									-17	Planstellen entbehrlich aufgrund der für den Flüchtlingsbereich festgestellten geringeren Personalbedarfe; Überprüfung flüchtlingsbedingter Ausgaben und Plan-/Stellen
7	A8		1									-1	Planstellen entbehrlich aufgrund der für den Flüchtlingsbereich festgestellten geringeren Personalbedarfe; Überprüfung flüchtlingsbedingter Ausgaben und Plan-/Stellen
Summe:			35									-35	

weggefallene Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A14	am 31.12.2019	Bedarf aufgrund steigender Flüchtlingszahlen	(aus HH 2016)
1 Stelle	A8	am 31.12.2019	Bedarf aufgrund steigender Flüchtlingszahlen	(aus HH 2016)
2 Stellen	A12	am 31.12.2019	Bedarf aufgrund steigender Flüchtlingszahlen	(aus HH 2016)
5 Stellen	A9 LG 1.2	am 31.12.2019	Bedarf aufgrund steigender Flüchtlingszahlen	(aus HH 2016)
2 Stellen	A13 LG 2.1	am 31.12.2019	Bedarf aufgrund steigender Flüchtlingszahlen	(aus HH 2016)
3 Stellen	A11	am 31.12.2019	Bedarf aufgrund steigender Flüchtlingszahlen	(aus HH 2016)

Stellenzahl Haushalt 2017	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2017
---------------------------------	-----------	---

428 65 (65)

Entgeltgruppe

E11	20	-6	14
E10	6	-2	4
E9	163	-69	94

04

Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

04 07

Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E6	50	-31	19
E5	5	-2	3
Summe :		-110	

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E11		6									-6	Stellen entbehrlich aufgrund der für den Flüchtlingsbereich festgestellten geringeren Personalbedarfe; Überprüfung flüchtlingsbedingter Ausgaben und Plan-/Stellen
2	E10		2									-2	Stellen entbehrlich aufgrund der für den Flüchtlingsbereich festgestellten geringeren Personalbedarfe; Überprüfung flüchtlingsbedingter Ausgaben und Plan-/Stellen
3	E9		69									-69	Stellen entbehrlich aufgrund der für den Flüchtlingsbereich festgestellten geringeren Personalbedarfe; Überprüfung flüchtlingsbedingter Ausgaben und Plan-/Stellen
4	E6		31									-31	Stellen entbehrlich aufgrund der für den Flüchtlingsbereich festgestellten geringeren Personalbedarfe; Überprüfung flüchtlingsbedingter Ausgaben und Plan-/Stellen
5	E5		2									-2	Stellen entbehrlich aufgrund der für den Flüchtlingsbereich festgestellten geringeren Personalbedarfe; Überprüfung flüchtlingsbedingter Ausgaben und Plan-/Stellen
Summe:			110									-110	

Stellen künftig wegfallend:

2 Stellen	E5	am 31.12.2019	Bedarf aufgrund steigender Flüchtlingszahlen	(aus HH 2016)
11 Stellen	E6	am 31.12.2019	Bedarf aufgrund steigender Flüchtlingszahlen	(aus HH 2016)
8 Stellen	E9	am 31.12.2019	Bedarf aufgrund steigender Flüchtlingszahlen	(aus HH 2016)

Vermerke:

58 Stellen	E9	dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6).	(aus HH 2016)
------------	----	---	---------------

weggefallene Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

6 Stellen	E11	am 31.12.2019	Bedarf aufgrund steigender Flüchtlingszahlen	(aus HH 2016)
2 Stellen	E10	am 31.12.2019	Bedarf aufgrund steigender Flüchtlingszahlen	(aus HH 2016)

04

Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

04 10

Polizei

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 01

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes. Gruppe

		Stellenzahl Haushalt 2017	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2017
A15	Polizeidirektoren/-innen, Kriminaldirektoren/-innen	30	+5	35
A14	Polizeiberräte/-innen, Kriminaloberräte/-innen	37	0	37
A13 LG 2.2	Polizeiräte/-innen, Kriminalräte/-innen	18	0	18
A13 LG 2.1	Oberamtsräte/-innen, Polizeischuloberlehrer/-innen	19 4)	0	19
A13 LG 2.1	Erste Polizeihauptkommissare/-innen, Erste Kriminalhauptkommissare/-innen	208 4)	+15	223
A12	Polizeihauptkommissare/-innen, Kriminalhauptkommissare/-innen	392	+20	412
A11	Regierungsamtmänner/-frauen	19	-4	15
A11	Polizeihauptkommissare/-innen, Kriminalhauptkommissare/-innen	1.099	+35	1.134
A10	Regierungsoberinspektoren/-innen	20	-2	18
A10	Polizeioberkommissare/-innen, Kriminaloberkommissare/-innen	1.479	+25	1.504
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	55	-4	51
A9 LG 1.2	Polizeihauptmeister/-innen	1.414	+50	1.464
A8	Polizeiobermeister/-innen	1.109	-150	959
Summe :			-10	

neue Fußnoten:

- 4) 24 Planstellen sind mit einer Amtszulage gemäß Fußnote 13 oder 15 zur Bes. Gruppe A 13 SHBesO A und B ausgestattet (Änderung gem. Artikel 2 Nr. 15 f LBModG). Vergabe von Amtszulagen für Oberamtsrätinnen und Oberamtsräte sowie für Erste Polizei-/Kriminalhauptkommissarinnen und Erste Polizei-/Kriminalhauptkommissare aufgrund gesteigerter Anforderungen des Dienstpostens.

04

Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

04 10

Polizei

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A15							5				+5	Hebung von A 14 (Strukturverbesserung)
2	A14							5				0	Hebung von A 13 (Strukturverbesserung)
3									5				Hebung nach A 15 (Strukturverbesserung)
4	A13 LG 2.2							5				0	Hebung von A 13 LG 2.1 (Strukturverbesserung)
5									5				Hebung nach A 14 (Strukturverbesserung)
6	A13 LG 2.1							20				+15	Hebung von A 12 (Strukturverbesserung)
7									5				Hebung nach A 13 LG 2.2 (Strukturverbesserung)
8	A12							40				+20	Hebung von A 11 (Strukturverbesserung)
9									20				Hebung nach A 13 (Strukturverbesserung)
10	A11		4									-4	Wegfall von 4 Planstellen aufgrund der Überprüfung flüchtlingsbedingter Ausgaben und Plan-/Stellen
11	A11							75				+35	Hebung von A 10 (Strukturverbesserung)
12									40				Hebung nach A 12 (Strukturverbesserung)
13	A10		2									-2	Wegfall von 2 Planstellen aufgrund der Überprüfung flüchtlingsbedingter Ausgaben und Plan-/Stellen
14	A10							100				+25	Hebung von A 9 (Strukturverbesserung)
15									75				Hebung nach A 11 (Strukturverbesserung)
16	A9 LG 1.2		4									-4	Wegfall von 4 Planstellen aufgrund der Überprüfung flüchtlingsbedingter Ausgaben und Plan-/Stellen
17	A9 LG 1.2							150				+50	Hebung von A 8 (Strukturverbesserung)
18									100				Hebung nach A 10 (Strukturverbesserung)
19	A8								150			-150	Hebung nach A 9 (Strukturverbesserung)
Summe:			10					400	400			-10	

weggefallene Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

4 Stellen	A9 LG 1.2	am 31.12.2019	Bedarf aufgrund steigender Flüchtlingszahlen	(aus HH 2016)
4 Stellen	A11	am 31.12.2019	Bedarf aufgrund steigender Flüchtlingszahlen	(aus HH 2016)
2 Stellen	A10	am 31.12.2019	Bedarf aufgrund steigender Flüchtlingszahlen	(aus HH 2016)

Stellenzahl Haushalt 2017	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2017
---------------------------------	-----------	---

428 01

Entgeltgruppe

E13	7	+1	8
E12	8	+3	11
E11	72	+8	80

Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

Polizei

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E9	176	+8	184
Summe :		+20	

[illegible]

Finanzministerium

Ministerium

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

A16	Ministerialräte/-innen	15	+4	19
A13 LG	Regierungsräte/-innen	1	-1	0
2.2				
A13 LG	Oberamtsräte/-innen	48	3)	0
2.1				48

Summe :	+3
----------------	-----------

3) 4 Planstellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote Nr. 15 zu BesGr. A 13 SHBesO A und B ausgestattet.
Änderung gem. Artikel 2 Nr. 15 f LBModG für die Vergabe von Amtszulagen für Oberamtsrätinnen und Oberamtsräte aufgrund gesteigerter Anforderungen des Dienstpostens.

[illegible]

05 Finanzministerium

05 02 Landeskasse

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 01

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

A13 LG Oberamtsräte/-innen
2.1

Stellenzahl Haushalt 2017	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2017
---------------------------------	-----------	---

3 2)	0	3
------	---	---

Summe :

0

neue Fußnoten:

- 2) 1 Planstelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote Nr. 15 zu BesGr. A 13 SHBesO A und B ausgestattet.
Änderung gem. Artikel 2 Nr. 15 f LBModG für die Vergabe von Amtszulagen für Oberamtsrätinnen und Oberamtsräte aufgrund gesteigerter Anforderungen des Dienstpostens.

05

Finanzministerium

05 05

Finanzämter, Bildungszentrum und Amt für Informationstechnik

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen
--

422 01

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER*Bes. Gruppe***Zentral verwaltete Haushaltsstellen***Stellenpool Finanzämter und Bildungszentrum*

		Stellenzahl Haushalt 2017	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2017
A13 LG 2.1	Steueroberamtsräte/-innen, Oberamtsräte/-innen	4 ³⁾	0	4
A12	Steueramtsräte/-innen, Amtsräte/-innen	1	+2	3
A11	Steueramtmänner/-frauen, Regierungsamtmänner/-frauen	4	-1	3
A10	Steueroberinspektoren/-innen	2	-2	0
A9 LG 2.1	Steuerinspektoren/-innen	1	+1	2
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	27 ²⁾	-24	3
A8	Steuerhauptsekretäre/-innen, Regierungshauptsekretäre/-innen	3	+2	5
A7	Steuerobersekretäre/-innen, Regierungsobersekretäre/-innen	13	+7	20
<i>Summe [Stellenpool Finanzämter und Bildungszentrum]:</i>			-15	

Summe [Zentral verwaltete Haushaltsstellen]:	-15
---	-----

Finanzamt Bad Segeberg

-

A13 LG 2.1	Steueroberamtsräte/-innen, Oberamtsräte/-innen	9 ³⁾	+1	10
A9 LG 2.1	Steuerinspektoren/-innen, Regierungsinspektoren/-innen	10	-1	9
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	59 ²⁾	+8	67
A8	Steuerhauptsekretäre/-innen, Regierungshauptsekretäre/-innen	35	-3	32
A7	Steuerobersekretäre/-innen, Regierungsobersekretäre/-innen	26	-6	20
<i>Summe [-]:</i>			-1	

Summe [Finanzamt Bad Segeberg]:	-1
--	----

Finanzamt Dithmarschen

-

A13 LG 2.1	Steueroberamtsräte/-innen, Oberamtsräte/-innen	5 ³⁾	0	5
A12	Steueramtsräte/-innen, Amtsräte/-innen	11	-1	10
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	31 ²⁾	+5	36
A8	Steuerhauptsekretäre/-innen, Regierungshauptsekretäre/-innen	23	+1	24
A7	Steuerobersekretäre/-innen	20	-5	15
<i>Summe [-]:</i>			0	

Summe [Finanzamt Dithmarschen]:	0
--	---

Finanzamt Eckernförde-Schleswig

-

A13 LG 2.1	Steueroberamtsräte/-innen, Oberamtsräte/-innen	6 ³⁾	0	6
A12	Steueramtsräte/-innen, Amtsräte/-innen	11	-1	10
A10	Steueroberinspektoren/-innen, Regierungsoberinspektoren/-innen	16	-1	15

05

Finanzministerium

05 05

Finanzämter, Bildungszentrum und Amt für Informationstechnik

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

A9 LG 2.1	Steuerinspektoren/-innen, Regierungsinspektoren/-innen	7	+1	8
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	37 ²⁾	+6	43
A8	Steuerhauptsekretäre/-innen, Regierungshauptsekretäre/-innen	27	+1	28
A7	Steuerobersekretäre/-innen, Regierungsobersekretäre/-innen	24	-6	18
<i>Summe [-]:</i>			0	

Summe [Finanzamt Eckernförde-Schleswig]: 0

Finanzamt Elmshorn

-

A13 LG 2.1	Steueroberamtsräte/-innen, Oberamtsräte/-innen	8 ³⁾	-3	5
A12	Steueramtsräte/-innen, Amtsräte/-innen	19	-8	11
A11	Steueramt Männer/-frauen, Regierungsamt Männer/-frauen	31	-10	21
A10	Steueroberinspektoren/-innen, Regierungsoberinspektoren/-innen	19	-6	13
A9 LG 2.1	Steuerinspektoren/-innen, Regierungsinspektoren/-innen	9	-3	6
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	37 ²⁾	+4	41
A8	Steuerhauptsekretäre/-innen, Regierungshauptsekretäre/-innen	26	-2	24
A7	Steuerobersekretäre/-innen	20	-4	16
<i>Summe [-]:</i>			-32	

Summe [Finanzamt Elmshorn]: -32

Finanzamt Flensburg

-

A13 LG 2.1	Steueroberamtsräte/-innen, Oberamtsräte/-innen	10 ³⁾	-1	9
A12	Steueramtsräte/-innen, Amtsräte/-innen	29	-7	22
A11	Steueramt Männer/-frauen, Regierungsamt Männer/-frauen	45	-7	38
A10	Steueroberinspektoren/-innen, Regierungsoberinspektoren/-innen	26	-4	22
A9 LG 2.1	Steuerinspektoren/-innen, Regierungsinspektoren/-innen	13	-2	11
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	58 ²⁾	+6	64
A8	Steuerhauptsekretäre/-innen, Regierungshauptsekretäre/-innen	30	-1	29
A7	Steuerobersekretäre/-innen	25	-7	18
<i>Summe [-]:</i>			-23	

Summe [Finanzamt Flensburg]: -23

Finanzamt Itzehoe

-

A13 LG 2.1	Steueroberamtsräte/-innen, Oberamtsräte/-innen	7 ³⁾	0	7
A12	Steueramtsräte/-innen, Amtsräte/-innen	20	+2	22
A11	Steueramt Männer/-frauen, Regierungsamt Männer/-frauen	31	-1	30
A10	Steueroberinspektoren/-innen, Regierungsoberinspektoren/-innen	19	-1	18
A9 LG 2.1	Steuerinspektoren/-innen, Regierungsinspektoren/-innen	9	+1	10
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	42 ²⁾	+6	48
A8	Steuerhauptsekretäre/-innen, Regierungshauptsekretäre/-innen	24	-1	23
A7	Steuerobersekretäre/-innen	21	-5	16
<i>Summe [-]:</i>			+1	

Summe [Finanzamt Itzehoe]: +1

05

Finanzministerium

05 05

Finanzämter, Bildungszentrum und Amt für Informationstechnik

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Finanzamt Kiel-Nord

Finanzamt

A13 LG 2.1	Steueroberamtsräte/-innen, Oberamtsräte/-innen	6	-6	0
A12	Steueramtsräte/-innen, Amtsräte/-innen	21	-21	0
A11	Steueramtmänner/-frauen, Regierungsamtmänner/-frauen	28	-28	0
A10	Steueroberinspektoren/-innen, Regierungsoberinspektoren/-innen	17	-17	0
A9 LG 2.1	Steuerinspektoren/-innen, Regierungsinspektoren/-innen	9	-9	0
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	38	-38	0
A8	Steuerhauptsekretäre/-innen, Regierungshauptsekretäre/-innen	22	-22	0
A7	Steuerobersekretäre/-innen	19	-19	0

Summe [Finanzamt]: -160

Groß- und Konzernbetriebsprüfungsstelle

A13 LG 2.1	Steueroberamtsräte/-innen, Oberamtsräte/-innen	37	-37	0
A12	Steueramtsräte/-innen, Amtsräte/-innen	10	-10	0
A11	Steueramtmänner/-frauen, Regierungsamtmänner/-frauen	4	-4	0
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	8	-8	0
A8	Steuerhauptsekretäre/-innen, Regierungshauptsekretäre/-innen	4	-4	0

Summe [Groß- und Konzernbetriebsprüfungsstelle]: -63

Summe [Finanzamt Kiel-Nord]: -223

Finanzamt Kiel-Süd

-

A13 LG 2.1	Steueroberamtsräte/-innen, Oberamtsräte/-innen	12	-12	0
A12	Steueramtsräte/-innen, Amtsräte/-innen	28	-28	0
A11	Steueramtmänner/-frauen, Regierungsamtmänner/-frauen	60	-60	0
A10	Steueroberinspektoren/-innen, Regierungsoberinspektoren/-innen	36	-36	0
A9 LG 2.1	Steuerinspektoren/-innen, Regierungsinspektoren/-innen	17	-17	0
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	48	-48	0
A8	Steuerhauptsekretäre/-innen, Regierungshauptsekretäre/-innen	30	-30	0
A7	Steuerobersekretäre/-innen	28	-28	0

Summe [-]: -259

Summe [Finanzamt Kiel-Süd]: -259

Finanzamt Kiel

-

A13 LG 2.1	Steueroberamtsräte/-innen, Oberamtsräte/-innen	0 ³⁾	+13	13
A12	Steueramtsräte/-innen, Amtsräte/-innen	0	+27	27
A11	Steueramtmänner/-frauen, Regierungsamtmänner/-frauen	0	+58	58
A10	Steueroberinspektoren/-innen, Regierungsoberinspektoren/-innen	0	+35	35
A9 LG 2.1	Steuerinspektoren/-innen, Regierungsinspektoren/-innen	0	+18	18
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	0 ²⁾	+95	95
A8	Steuerhauptsekretäre/-innen, Regierungshauptsekretäre/-innen	0	+49	49

05

Finanzministerium

05 05

Finanzämter, Bildungszentrum und Amt für Informationstechnik

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

A7	Steuerobersekretäre/-innen	0	+31	31
<i>Summe [-]:</i>			+326	
Summe [Finanzamt Kiel]:			+326	
Finanzamt Lübeck				
-				
A13 LG 2.1	Steueroberamtsräte/-innen, Oberamtsräte/-innen	12 ³⁾	-3	9
A12	Steueramtsräte/-innen, Amtsräte/-innen	33	-10	23
A11	Steueramt Männer/-frauen, Regierungsamt Männer/-frauen	52	-15	37
A10	Steueroberinspektoren/-innen, Regierungsoberinspektoren/-innen	30	-8	22
A9 LG 2.1	Steuerinspektoren/-innen, Regierungsinspektoren/-innen	16	-6	10
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	61 ²⁾	+8	69
A8	Steuerhauptsekretäre/-innen, Regierungshauptsekretäre/-innen	34	-3	31
A7	Steuerobersekretäre/-innen	30	-11	19
<i>Summe [-]:</i>			-48	
Summe [Finanzamt Lübeck]:			-48	
Finanzamt Neumünster				
-				
A13 LG 2.1	Steueroberamtsräte/-innen, Oberamtsräte/-innen	5 ³⁾	-1	4
A12	Steueramtsräte/-innen, Amtsräte/-innen	7	+1	8
A9 LG 2.1	Steuerinspektoren/-innen, Regierungsinspektoren/-innen	10	-1	9
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	30 ²⁾	+5	35
A8	Steuerhauptsekretäre/-innen, Regierungshauptsekretäre/-innen	19	0	19
A7	Steuerobersekretäre/-innen	17	-6	11
<i>Summe [-]:</i>			-2	
Summe [Finanzamt Neumünster]:			-2	
Finanzamt Nordfriesland				
-				
A13 LG 2.1	Steueroberamtsräte/-innen, Oberamtsräte/-innen	7 ³⁾	0	7
A12	Steueramtsräte/-innen, Amtsräte/-innen	17	-1	16
A11	Steueramt Männer/-frauen, Regierungsamt Männer/-frauen	32	+1	33
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	47 ²⁾	+5	52
A8	Steuerhauptsekretäre/-innen, Regierungshauptsekretäre/-innen	34	0	34
A7	Steuerobersekretäre/-innen, Regierungsobersekretäre/-innen	28	-6	22
<i>Summe [-]:</i>			-1	
Summe [Finanzamt Nordfriesland]:			-1	
Finanzamt Ostholstein				
-				
A13 LG 2.1	Steueroberamtsräte/-innen, Oberamtsräte/-innen	5 ³⁾	0	5
A10	Steueroberinspektoren/-innen, Regierungsoberinspektoren/-innen	14	-1	13
A9 LG 2.1	Steuerinspektoren/-innen, Regierungsinspektoren/-innen	7	-1	6
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	35 ²⁾	+6	41

05

Finanzministerium

05 05

Finanzämter, Bildungszentrum und Amt für Informationstechnik

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen				
---	--	--	--	--

A8	Steuerhauptsekretäre/-innen, Regierungshauptsekretäre/-innen	27	0	27
A7	Steuerobersekretäre/-innen	22	-5	17
Summe [-]:			-1	
Summe [Finanzamt Ostholstein]:			-1	
Finanzamt Pinneberg				
-				
A13 LG 2.1	Steueroberamtsräte/-innen, Oberamtsräte/-innen	6 ³⁾	0	6
A11	Steueramtmänner/-frauen, Regierungsamtmänner/-frauen	29	-1	28
A9 LG 2.1	Steuerinspektoren/-innen, Regierungsinspektoren/-innen	12	-1	11
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	42 ²⁾	+7	49
A8	Steuerhauptsekretäre/-innen, Regierungshauptsekretäre/-innen	27	0	27
A7	Steuerobersekretäre/-innen	23	-6	17
Summe [-]:			-1	
Summe [Finanzamt Pinneberg]:			-1	
Finanzamt Plön				
-				
A13 LG 2.1	Steueroberamtsräte/-innen, Oberamtsräte/-innen	5 ³⁾	0	5
A12	Steueramtsräte/-innen, Amtsräte/-innen	10	-1	9
A11	Steueramtmänner/-frauen, Regierungsamtmänner/-frauen	24	+1	25
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	41 ²⁾	+6	47
A8	Steuerhauptsekretäre/-innen, Regierungshauptsekretäre/-innen	29	+1	30
A7	Steuerobersekretäre/-innen	24	-5	19
Summe [-]:			+2	
Summe [Finanzamt Plön]:			+2	
Finanzamt Ratzeburg				
-				
A13 LG 2.1	Steueroberamtsräte/-innen, Oberamtsräte/-innen	6 ³⁾	-1	5
A12	Steueramtsräte/-innen, Amtsräte/-innen	8	+1	9
A11	Steueramtmänner/-frauen, Regierungsamtmänner/-frauen	26	-1	25
A10	Steueroberinspektoren/-innen, Regierungsoberinspektoren/-innen	16	-1	15
A9 LG 2.1	Steuerinspektoren/-innen, Regierungsinspektoren/-innen	7	+1	8
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	42 ²⁾	+5	47
A8	Steuerhauptsekretäre/-innen, Regierungshauptsekretäre/-innen	30	0	30
A7	Steuerobersekretäre/-innen	28	-5	23
Summe [-]:			-1	
Summe [Finanzamt Ratzeburg]:			-1	
Finanzamt Rendsburg				
-				
A13 LG 2.1	Steueroberamtsräte/-innen, Oberamtsräte/-innen	7 ³⁾	0	7
A12	Steueramtsräte/-innen, Amtsräte/-innen	10	+1	11
A11	Steueramtmänner/-frauen, Regierungsamtmänner/-frauen	30	-2	28

05

Finanzministerium

05 05

Finanzämter, Bildungszentrum und Amt für Informationstechnik

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

A10	Steueroberinspektoren/-innen, Regierungsoberinspektoren/-innen	18	-1	17
A9 LG 2.1	Steuerinspektoren/-innen, Regierungsinspektoren/-innen	8	+1	9
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	42 ²⁾	+6	48
A8	Steuerhauptsekretäre/-innen, Regierungshauptsekretäre/-innen	26	0	26
A7	Steuerobersekretäre/-innen	22	-6	16
<i>Summe [-]:</i>			-1	

Summe [Finanzamt Rendsburg]: -1

Finanzamt Stormarn

-

A13 LG 2.1	Steueroberamtsräte/-innen, Oberamtsräte/-innen	10 ³⁾	0	10
A10	Steueroberinspektoren/-innen, Regierungsoberinspektoren/-innen	25	+1	26
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	66 ²⁾	+9	75
A8	Steuerhauptsekretäre/-innen, Regierungshauptsekretäre/-innen	41	+1	42
A7	Steuerobersekretäre/-innen	35	-9	26
<i>Summe [-]:</i>			+2	

Summe [Finanzamt Stormarn]: +2

Finanzamt für Zentrale Prüfungsdienste

Finanzamt

A13 LG 2.1	Steueroberamtsräte/-innen, Oberamtsräte/-innen	0 ³⁾	+14	14
A12	Steueramtsräte/-innen, Amtsräte/-innen	0	+40	40
A11	Steueramtänner/-frauen, Regierungsamtänner/-frauen	0	+67	67
A10	Steueroberinspektoren/-innen, Regierungsoberinspektoren/-innen	0	+42	42
A9 LG 2.1	Steuerinspektoren/-innen, Regierungsinspektoren/-innen	0	+17	17
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	0 ²⁾	+11	11
A8	Steuerhauptsekretäre/-innen, Regierungshauptsekretäre/-innen	0	+8	8
A7	Steuerobersekretäre/-innen	0	+5	5
<i>Summe [Finanzamt]:</i>			+204	

Groß- und Konzernbetriebsprüfungsstelle

A13 LG 2.1	Steueroberamtsräte/-innen, Oberamtsräte/-innen	0 ³⁾	+38	38
A12	Steueramtsräte/-innen, Amtsräte/-innen	0	+12	12
A11	Steueramtänner/-frauen, Regierungsamtänner/-frauen	0	+4	4
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	0 ²⁾	+9	9
A8	Steuerhauptsekretäre/-innen, Regierungshauptsekretäre/-innen	0	+3	3
<i>Summe [Groß- und Konzernbetriebsprüfungsstelle]:</i>			+66	

Summe [Finanzamt für Zentrale Prüfungsdienste]: +270

Bildungszentrum der Steuerverwaltung

-

A13 LG 2.1	Steueroberamtsräte/-innen, Oberamtsräte/-innen	7 ³⁾	0	7
------------	--	-----------------	---	---

05

Finanzministerium

05 05

Finanzämter, Bildungszentrum und Amt für Informationstechnik

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen				
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	2	2)	0
Summe [-]:				0
Summe [Bildungszentrum der Steuerverwaltung]:				0
Summe :				-7

neue Fußnoten:

- 3) 17 Planstellen sind im Kapitel 0505 mit einer Amtszulage gem. Fußnote Nr. 15 zu BesGr. A 13 SHBesO A und B ausgestattet (ohne 0505 MG 04).

Änderung gem. Artikel 2 Nr. 15 f LBModG für die Vergabe von Amtszulagen für Oberamtsrätinnen und Oberamtsräte aufgrund gesteigerter Anforderungen des Dienstpostens.

geänderte Fußnoten:

- 2) 263 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO A und B ausgestattet.
Davon: Zentraler Stellenpool = 0, FA Bad Segeberg = 20, FA Dithmarschen = 11, FA Eckernförde-Schleswig = 13, FA Elmshorn = 11, FA Flensburg = 20, FA Itzehoe = 15, FA Kiel = 30 , FA Lübeck = 21, FA Neumünster = 10, FA Nordfriesland = 16, FA Ostholstein = 12, FA Pinneberg = 13, FA Plön = 14, FA Ratzeburg = 13, FA Rendsburg = 12, FA Stormarn = 23, FA ZPD =5 ,Groß- u. KonzBp = 3, Bildungszentrum = 1.

Erhöhung um 26 Amtszulagen nach Hebungen zur Anpassung an die Funktionsbewertung.

05 Finanzministerium

05 05 Finanzämter, Bildungszentrum und Amt für Informationstechnik

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Zentral verwaltete Haushaltsstellen													
<i>Stellenpool Finanzämter und Bildungszentrum</i>													
1	A12			2								+2	von 0505-42201 (FA Kiel-Süd) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
2	A11				1							-1	nach 0505-42201 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
3	A10				2							-2	nach 0505-42201 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
4	A9 LG 2.1		1									+1	Realisierung kw-Vermerk aus HH 2016
5				1									von 0505-42201 (FA Neumünster) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
6				1									von 0505-42201 (FA Lübeck) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
7	A9 LG 1.2			1								-24	von 0505-42201 (FA Nordfriesland) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
8					1								nach 0505-42201 (FA Itzehoe) entsprechend des Bedarfs
9					1								nach 0505-42201 (Groß- und Konzernbetriebsprüfungsstelle) entsprechend des Bedarfs
10					1								nach 0505-42201 (FA Bad Segeberg) entsprechend des Bedarfs
11					1								nach 0505-42201 (FA Neumünster) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
12					1								nach 0505-42201 (FA Bad Segeberg) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
13					9								nach 0505-42201 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
14					2								nach 0505-42201 (FA Lübeck) entsprechend des Bedarfs
15					1								nach 0505-42201 (FA Ostholstein) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
16					1								nach 0505-42201 (FA Kiel) entsprechend des Bedarfs
17					2								nach 0505-42201 (FA Eckernförde-Schleswig) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
18					1								nach 0505-42201 (FA Stormarn) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
19					1								nach 0505-42201 (FA Rendsburg) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
20					2								nach 0505-42201 (FA Pinneberg) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
21					1								nach 0505-42201 (FA Plön) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
22	A8			1								+2	von 0505-42201 (FA Itzehoe) entsprechend des Bedarfs
23				1									von 0505-42201 (Groß- und Konzernbetriebsprüfungsstelle) entsprechend des Bedarfs
24				1									von 0505-42201 (FA Kiel) entsprechend des Bedarfs
25					1								nach 0505-42201 (FA Stormarn) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016

05

Finanzministerium

05 05

Finanzämter, Bildungszentrum und Amt für Informationstechnik

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
26	A7		8									+7	Realisierung kw-Vermerke aus HH 2016
27				1									von 0505-42201 (FA Bad Segeberg) entsprechend des Bedarfs
28				1									von 0505-42201 (FA Stormarm) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
29				1									von 0505-42201 (FA Rendsburg) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
30				2									von 0505-42201 (FA Eckernförde-Schleswig) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
31				1									von 0505-42201 (FA Pinneberg) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
32				2									von 0505-42201 (FA Lübeck) entsprechend des Bedarfs
33				4									von 0505-42201 (FA Kiel-Süd) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
34				2									von 0505-42201 (FA Neumünster) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
35				1									von 0505-42201 (FA Lübeck) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
Finanzamt Bad Segeberg													
-													
36	A13 LG 2.1			1								+1	von 0505-42201 (FA Ratzeburg) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
37	A9 LG 2.1				1							-1	nach 0505-42201 (FA Kiel) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
38	A9 LG 1.2			1								+8	von 0505-42201 (Stellenpool Finanzämter) entsprechend des Bedarfs
39				1									von 0505-42201 (Stellenpool Finanzämter) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
40								6					Hebung von A 8 - Anpassung an Funktionsbewertung
41	A8				1							-3	nach 0505-42201 (FA Dithmarschen) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
42								5					Hebung von A 7 - Anpassung an Funktionsbewertung
43									6				Hebung nach A 9 LG 1.2 - Anpassung an Funktionsbewertung
44												1	Realisierung ku-Vermerk aus HH 2016
45	A7				1							-6	nach 0505-42201 (Stellenpool Finanzämter) entsprechend des Bedarfs
46					1								nach 0505-42201 (FA Kiel) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
47									5				Hebung nach A 8 - Anpassung an Funktionsbewertung
48										1			Realisierung ku-Vermerk aus HH 2016
Finanzamt Dithmarschen													
-													
49	A12				1							-1	nach 0505-42201 (Groß- und Konzernbetriebsprüfungsstelle) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016

05 Finanzministerium

05 05 Finanzämter, Bildungszentrum und Amt für Informationstechnik

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
50	A9 LG 1.2							5				+5	Hebung von A 8 - Anpassung an Funktionsbewertung
51	A8			1								+1	von 0505-42201 (FA Bad Segeberg) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
52								5					Hebung von A 7 - Anpassung an Funktionsbewertung
53									5				Hebung nach A 9 LG 1.2 - Anpassung an Funktionsbewertung
54	A7								5			-5	Hebung nach A 8 - Anpassung an Funktionsbewertung
Finanzamt Eckernförde-Schleswig													
-													
55	A13 LG 2.1				1							0	nach 0505-42201 (Groß- und Konzernbetriebsprüfungsstelle) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
56								1					Hebung von A 12 gem. § 14 Abs. 8 HG 2016 mit ku-Vermerk
57	A12								1			-1	Hebung nach A 13 LG 2.1 gem. § 14 Abs. 8 HG 2016 mit ku-Vermerk
58	A10				1							-1	nach 0505-42201 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
59	A9 LG 2.1			1								+1	von 0505-42201 (FA Elmshorn) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
60	A9 LG 1.2			2								+6	von 0505-42201 (Stellenpool Finanzämter) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
61								4					Hebung von A 8 - Anpassung an Funktionsbewertung
62	A8			1								+1	von 0505-42201 (FA Lübeck) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
63								4					Hebung von A 7 - Anpassung an Funktionsbewertung
64									4				Hebung nach A 9 LG 1.2 - Anpassung an Funktionsbewertung
65	A7				2							-6	nach 0505-42201 (Stellenpool Finanzämter) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
66									4				Hebung nach A 8 - Anpassung an Funktionsbewertung
Finanzamt Elmshorn													
-													
67	A13 LG 2.1				3							-3	nach 0505-42201 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
68	A12				8							-8	nach 0505-42201 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
69	A11				10							-10	nach 0505-42201 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
70	A10				6							-6	nach 0505-42201 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
71	A9 LG 2.1				1							-3	nach 0505-42201 (FA Eckernförde-Schleswig) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
72					2								nach 0505-42201 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016

05

Finanzministerium

05 05

Finanzämter, Bildungszentrum und Amt für Informationstechnik

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
73	A9 LG 1.2							4				+4	Hebung von A 8 - Anpassung an Funktionsbewertung
74	A8				2							-2	nach 0505-42201 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
75								4					Hebung von A 7 - Anpassung an Funktionsbewertung
76									4				Hebung nach A 9 LG 1.2 - Anpassung an Funktionsbewertung
77	A7								4			-4	Hebung nach A 8 - Anpassung an Funktionsbewertung
Finanzamt Flensburg													
-													
78	A13 LG 2.1				1							-1	nach 0505-42201 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
79	A12				7							-7	nach 0505-42201 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
80	A11				7							-7	nach 0505-42201 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
81	A10				4							-4	nach 0505-42201 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
82	A9 LG 2.1				1							-2	nach 0505-42201 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
83					1								nach 0505-42201 (FA Itzehoe) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
84	A9 LG 1.2							6				+6	Hebung von A 8 - Anpassung an Funktionsbewertung
85	A8				1							-1	nach 0505-42201 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
86								6					Hebung von A 7 - Anpassung an Funktionsbewertung
87									6				Hebung nach A 9 LG 1.2 - Anpassung an Funktionsbewertung
88	A7				1							-7	nach 0505-42201 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
89									6				Hebung nach A 8 - Anpassung an Funktionsbewertung
Finanzamt Itzehoe													
-													
90	A12			2								+2	von 0505-42201 (FA Lübeck) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
91	A11				1							-1	nach 0505-42201 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
92	A10				1							-1	nach 0505-42201 (FA Stormarn) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
93	A9 LG 2.1			1								+1	von 0505-42201 (FA Flensburg) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
94	A9 LG 1.2			1								+6	von 0505-42201 (Stellenpool Finanzämter) entsprechend des Bedarfs
95								5					Hebung von A 8 - Anpassung an Funktionsbewertung

05 Finanzministerium

05 05 Finanzämter, Bildungszentrum und Amt für Informationstechnik

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
96	A8				1							-1	nach 0505-42201 (Stellenpool Finanzämter) entsprechend des Bedarfs
97								5					Hebung von A 7 - Anpassung an Funktionsbewertung
98									5				Hebung nach A 9 LG 1.2 - Anpassung an Funktionsbewertung
99	A7								5			-5	Hebung nach A 8 - Anpassung an Funktionsbewertung
Finanzamt Kiel-Nord													
<i>Finanzamt</i>													
100	A13 LG 2.1				6							-6	nach 0505-42201 (FA Kiel) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
101	A12				21							-21	nach 0505-42201 (FA Kiel) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
102	A11				28							-28	nach 0505-42201 (FA Kiel) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
103	A10				17							-17	nach 0505-42201 (FA Kiel) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
104	A9 LG 2.1		1									-9	Realisierung kw-Vermerk aus HH 2015
105					8								nach 0505-42201 (FA Kiel) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
106	A9 LG 1.2				38							-38	nach 0505-42201 (FA Kiel) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
107	A8				22							-22	nach 0505-42201 (FA Kiel) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
108	A7				19							-19	nach 0505-42201 (FA Kiel) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
Groß- und Konzernbetriebsprüfungsstelle													
109	A13 LG 2.1				37							-37	nach 0505-42201 (FA ZPD - Groß- und Konzernbetriebsprüfungsstelle) gem. § 20 Abs. 10 HG 2016
110	A12				10							-10	nach 0505-42201 (FA ZPD - Groß- und Konzernbetriebsprüfungsstelle) gem. § 20 Abs. 10 HG 2016
111	A11				4							-4	nach 0505-42201 (FA ZPD - Groß- und Konzernbetriebsprüfungsstelle) gem. § 20 Abs. 10 HG 2016
112	A9 LG 1.2				8							-8	nach 0505-42201 (FA ZPD - Groß- und Konzernbetriebsprüfungsstelle) gem. § 20 Abs. 10 HG 2016
113	A8				4							-4	nach 0505-42201 (FA ZPD - Groß- und Konzernbetriebsprüfungsstelle) gem. § 20 Abs. 10 HG 2016
Finanzamt Kiel-Süd													
-													
114	A13 LG 2.1				6							-12	nach 0505-42201 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
115					6								nach 0505-42201 (FA Kiel) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
116	A12				7							-28	nach 0505-42201 (FA Kiel) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016

05

Finanzministerium

05 05

Finanzämter, Bildungszentrum und Amt für Informationstechnik

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
117					2								nach 0505-42201 (Stellenpool Finanzämter) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
118					1								nach 0505-42201 (FA Ratzeburg) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
119					18								nach 0505-42201 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
120	A11				28							-60	nach 0505-42201 (FA Kiel) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
121					32								nach 0505-42201 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
122	A10				19							-36	nach 0505-42201 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
123					17								nach 0505-42201 (FA Kiel) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
124	A9 LG 2.1				8							-17	nach 0505-42201 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
125					9								nach 0505-42201 (FA Kiel) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
126	A9 LG 1.2				1							-48	nach 0505-42201 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
127					47								nach 0505-42201 (FA Kiel) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
128	A8				4							-30	nach 0505-42201 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
129					26								nach 0505-42201 (FA Kiel) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
130	A7				19							-28	nach 0505-42201 (FA Kiel) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
131					5								nach 0505-42201 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
132					4								nach 0505-42201 (Stellenpool Finanzämter) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
Finanzamt Kiel													
-													
133	A13 LG 2.1			6								+13	von 0505-42201 (FA Kiel-Nord) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
134				6									von 0505-42201 (FA Kiel-Süd) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
135								1					Hebung von A 12 gem. § 14 Abs. 8 HG 2016 mit ku-Vermerk
136	A12			7								+27	von 0505-42201 (FA Kiel-Süd) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
137				21									von 0505-42201 (FA Kiel-Nord) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
138									1				Hebung nach A 13 LG 2.1 gem. § 14 Abs. 8 HG 2016 mit ku-Vermerk
139	A11			28								+58	von 0505-42201 (FA Kiel-Süd) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
140				28									von 0505-42201 (FA Kiel-Nord) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
141				2									von 0505-42201 (FA Lübeck) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016

05 Finanzministerium

05 05 Finanzämter, Bildungszentrum und Amt für Informationstechnik

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
142	A10			17								+35	von 0505-42201 (FA Kiel-Nord) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
143				17									von 0505-42201 (FA Kiel-Süd) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
144				1									von 0505-42201 (FA Lübeck) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
145	A9 LG 2.1			8								+18	von 0505-42201 (FA Kiel-Nord) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
146				1									von 0505-42201 (FA Bad Segeberg) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
147				9									von 0505-42201 (FA Kiel-Süd) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
148	A9 LG 1.2			38								+95	von 0505-42201 (FA Kiel-Nord) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
149				1									von 0505-42201 (Stellenpool Finanzämter) entsprechend des Bedarfs
150				47									von 0505-42201 (FA Kiel-Süd) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
151								9					Hebung von A 8 - Anpassung an Funktionsbewertung
152	A8			26								+49	von 0505-42201 (FA Kiel-Süd) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
153				22									von 0505-42201 (FA Kiel-Nord) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
154				2									von 0505-42201 (FA Lübeck) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
155					1								nach 0505-42201 (Stellenpool Finanzämter) entsprechend des Bedarfs
156								9					Hebung von A 7 - Anpassung an Funktionsbewertung
157									9				Hebung nach A 9 LG 1.2 - Anpassung an Funktionsbewertung
158	A7			19								+31	von 0505-42201 (FA Kiel-Süd) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
159				19									von 0505-42201 (FA Kiel-Nord) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
160				1									von 0505-42201 (FA Bad Segeberg) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
161				1									von 0505-42201 (FA Lübeck) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
162									9				Hebung nach A 8 - Anpassung an Funktionsbewertung
Finanzamt Lübeck													
-													
163	A13 LG 2.1				3							-3	nach 0505-42201 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
164	A12				7							-10	nach 0505-42201 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
165					2								nach 0505-42201 (FA Itzehoe) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
166					1								nach 0505-42201 (FA Neumünster) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016

05

Finanzministerium

05 05

Finanzämter, Bildungszentrum und Amt für Informationstechnik

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
167	A11				2							-15	nach 0505-42201 (FA Kiel) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
168					13								nach 0505-42201 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
169	A10				7							-8	nach 0505-42201 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
170					1								nach 0505-42201 (FA Kiel) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
171	A9 LG 2.1				1							-6	nach 0505-42201 Stellenpool Finanzämter) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
172					1								nach 0505-42201 (FA Ratzeburg) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
173					6								nach 0505-42201 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
174						2							von 0505-42801 gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
175	A9 LG 1.2			2								+8	von 0505-42201 (Stellenpool Finanzämter) entsprechend des Bedarfs
176								6					Hebung von A 8 - Anpassung an Funktionsbewertung
177	A8				2							-3	nach 0505-42201 (FA Kiel) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
178					1								nach 0505-42201 (FA Eckernförde-Schleswig) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
179					1								nach 0505-42201 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
180								7					Hebung von A 7 - Anpassung an Funktionsbewertung
181									6				Hebung nach A 9 LG 1.2 - Anpassung an Funktionsbewertung
182	A7				1							-11	nach 0505-42201 (FA Kiel) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
183					2								nach 0505-42201 (Stellenpool Finanzämter) entsprechend des Bedarfs
184					1								nach 0505-42201 (Stellenpool Finanzämter) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
185									7				Hebung nach A 8 - Anpassung an Funktionsbewertung
Finanzamt Neumünster													
-													
186	A13 LG 2.1				1							-1	nach 0505-42201 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
187	A12			1								+1	von 0505-42201 (FA Lübeck) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
188	A9 LG 2.1				1							-1	nach 0505-42201 (Stellenpool Finanzämter) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
189	A9 LG 1.2			1								+5	von 0505-42201 (Stellenpool Finanzämter) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
190								4					Hebung von A 8 - Anpassung an Funktionsbewertung
191	A8							4				0	Hebung von A 7 - Anpassung an Funktionsbewertung

05 Finanzministerium

05 05 Finanzämter, Bildungszentrum und Amt für Informationstechnik

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
192	A7				2				4			-6	Hebung nach A 9 LG 1.2 - Anpassung an Funktionsbewertung
193									nach 0505-42201 (Stellenpool Finanzämter) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016				
194									Hebung nach A 8 - Anpassung an Funktionsbewertung				
Finanzamt Nordfriesland													
-													
195	A12				1							-1	nach 0505-42201 (FA Rendsburg) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
196	A11				1							+1	von 0505-42801 gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
197	A9 LG 1.2				1							+5	nach 0505-42201 (Stellenpool Finanzämter) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
198													Hebung von A 8 - Anpassung an Funktionsbewertung
199	A8											0	Hebung von A 7 - Anpassung an Funktionsbewertung
200													Hebung nach A 9 LG 1.2 - Anpassung an Funktionsbewertung
201	A7											-6	Hebung nach A 8 - Anpassung an Funktionsbewertung
Finanzamt Ostholstein													
-													
202	A10			1	1							-1	nach 0505-42201 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
203	A9 LG 2.1				1							-1	nach 0505-42201 (FA Rendsburg) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
204	A9 LG 1.2											+6	von 0505-42201 (Stellenpool Finanzämter) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
205													Hebung von A 8 - Anpassung an Funktionsbewertung
206	A8											0	Hebung von A 7 - Anpassung an Funktionsbewertung
207													Hebung nach A 9 LG 1.2 - Anpassung an Funktionsbewertung
208	A7											-5	Hebung nach A 8 - Anpassung an Funktionsbewertung
Finanzamt Pinneberg													
-													
209	A11	1		2	1							-1	nach 0505-42201 (FA Plön) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
210	A9 LG 2.1											-1	Realisierung kw-Vermerk aus HH 2016
211	A9 LG 1.2											+7	von 0505-42201 (Stellenpool Finanzämter) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
212													Hebung von A 8 - Anpassung an Funktionsbewertung
213	A8											0	Hebung von A 7 - Anpassung an Funktionsbewertung
214								5					Hebung nach A 9 LG 1.2 - Anpassung an Funktionsbewertung

05

Finanzministerium

05 05

Finanzämter, Bildungszentrum und Amt für Informationstechnik

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
215	A7				1							-6	nach 0505-42201 (Stellenpool Finanzämter) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
216									5				Hebung nach A 8 - Anpassung an Funktionsbewertung
Finanzamt Plön													
-													
217	A12				1							-1	nach 0505-42201 (Groß- und Konzernbetriebsprüfungsstelle) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
218	A11			1								+1	von 0505-42201 (FA Pinneberg) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
219	A9 LG 1.2			1								+6	von 0505-42201 (Stellenpool Finanzämter) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
220								5					Hebung von A 8 - Anpassung an Funktionsbewertung
221	A8					1						+1	von 0505-42801 gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
222								5					Hebung von A 7 - Anpassung an Funktionsbewertung
223									5				Hebung nach A 9 LG 1.2 - Anpassung an Funktionsbewertung
224	A7								5			-5	Hebung nach A 8 - Anpassung an Funktionsbewertung
Finanzamt Ratzeburg													
-													
225	A13 LG 2.1				1							-1	nach 0505-42201 (FA Bad Segeberg) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
226	A12			1								+1	von 0505-42201 (FA Kiel-Süd) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
227	A11				1							-1	nach 0505-42201 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
228	A10				1							-1	nach 0505-42201 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
229	A9 LG 2.1			1								+1	von 0505-42201 (FA Lübeck) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
230	A9 LG 1.2							5				+5	Hebung von A 8 - Anpassung an Funktionsbewertung
231	A8							5				0	Hebung von A 7 - Anpassung an Funktionsbewertung
232									5				Hebung nach A 9 LG 1.2 - Anpassung an Funktionsbewertung
233	A7								5			-5	Hebung nach A 8 - Anpassung an Funktionsbewertung
Finanzamt Rendsburg													
-													
234	A12			1								+1	von 0505-42201 (FA Nordfriesland) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
235	A11				2							-2	nach 0505-42201 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
236	A10				1							-1	nach 0505-42201 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016

05 Finanzministerium

05 05 Finanzämter, Bildungszentrum und Amt für Informationstechnik

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
237	A9 LG 2.1			1								+1	von 0505-42201 (FA Ostholstein) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
238	A9 LG 1.2			1								+6	von 0505-42201 (Stellenpool Finanzämter) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
239								5					Hebung von A 8 - Anpassung an Funktionsbewertung
240	A8							5				0	Hebung von A 7 - Anpassung an Funktionsbewertung
241									5				Hebung nach A 9 LG 1.2 - Anpassung an Funktionsbewertung
242	A7				1							-6	nach 0505-42201 (Stellenpool Finanzämter) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
243									5				Hebung nach A 8 - Anpassung an Funktionsbewertung
Finanzamt Stormarn													
-													
244	A10			1								+1	von 0505-42201 (FA Itzehoe) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
245	A9 LG 1.2			1								+9	von 0505-42201 (Stellenpool Finanzämter) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
246								8					Hebung von A 8 - Anpassung an Funktionsbewertung
247	A8			1								+1	von 0505-42201 (Stellenpool Finanzämter) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
248								8					Hebung von A 7 - Anpassung an Funktionsbewertung
249									8				Hebung nach A 9 LG 1.2 - Anpassung an Funktionsbewertung
250	A7				1							-9	nach 0505-42201 (Stellenpool Finanzämter) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
251									8				Hebung nach A 8 - Anpassung an Funktionsbewertung
Finanzamt für Zentrale Prüfungsdienste													
<i>Finanzamt</i>													
252	A13 LG 2.1			3								+14	von 0505-42201 (FA Lübeck) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
253				6									von 0505-42201 (FA Kiel-Süd) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
254				3									von 0505-42201 (FA Elmshorn) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
255				1									von 0505-42201 (FA Neumünster) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
256				1									von 0505-42201 (FA Flensburg) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
257	A12			8								+40	von 0505-42201 (FA Elmshorn) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
258				7									von 0505-42201 (FA Lübeck) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
259				7									von 0505-42201 (FA Flensburg) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016

05

Finanzministerium

05 05

Finanzämter, Bildungszentrum und Amt für Informationstechnik

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
260	A11			18									von 0505-42201 (FA Kiel-Süd) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
261				32								+67	von 0505-42201 (FA Kiel-Süd) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
262				7									von 0505-42201 (FA Flensburg) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
263				1									von 0505-42201 (FA Ratzeburg) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
264				10									von 0505-42201 (FA Elmshorn) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
265				1									von 0505-42201 (Stellenpool Finanzämter) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
266				2									von 0505-42201 (FA Rendsburg) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
267				1									von 0505-42201 (FA Itzehoe) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
268				13									von 0505-42201 (FA Lübeck) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
269				7								+42	von 0505-42201 (FA Lübeck) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
270	A10			1									von 0505-42201 (FA Eckernförde-Schleswig) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
271				19									von 0505-42201 (FA Kiel-Süd) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
272				1									von 0505-42201 (FA Ratzeburg) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
273				6									von 0505-42201 (FA Elmshorn) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
274				2									von 0505-42201 (Stellenpool Finanzämter) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
275				4									von 0505-42201 (FA Flensburg) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
276				1									von 0505-42201 (FA Ostholstein) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
277				1									von 0505-42201 (FA Rendsburg) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
278				1								+17	von 0505-42201 (FA Flensburg) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
279				8									von 0505-42201 (FA Kiel-Süd) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
280	A9 LG 2.1			6									von 0505-42201 (FA Lübeck) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
281				2									von 0505-42201 (FA Elmshorn) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
282				1								+11	von 0505-42201 (FA Kiel-Süd) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
283				9									von 0505-42201 (Stellenpool Finanzämter) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
284	A8							1					Hebung von A 8 - Anpassung an Funktionsbewertung
285				1								+8	von 0505-42201 (FA Lübeck) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016

05 Finanzministerium

05 05 Finanzämter, Bildungszentrum und Amt für Informationstechnik

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
286	A7			1				1	1			+5	von 0505-42201 (FA Flensburg) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
287				4									von 0505-42201 (FA Kiel-Süd) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
288				2									von 0505-42201 (FA Elmshorn) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
289													Hebung von A 7 - Anpassung an Funktionsbewertung
290													Hebung nach A 9 LG 1.2 - Anpassung an Funktionsbewertung
291				5									von 0505-42201 (FA Kiel-Süd) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
292				1									von 0505-42201 (FA Flensburg) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
293													Hebung nach A 8 - Anpassung an Funktionsbewertung
Groß- und Konzernbetriebsprüfungsstelle													
294	A13 LG 2.1			1								+38	von 0505-42201 (FA Eckernförde-Schleswig) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
295				37									von 0505-42201 (FA Kiel-Nord - Groß- und Konzernbetriebsprüfungsstelle) gem. § 20 Abs. 10 HG 2016
296	A12			10									+12 von 0505-42201 (FA Kiel-Nord - Groß- und Konzernbetriebsprüfungsstelle) gem. § 20 Abs. 10 HG 2016
297				1									von 0505-42201 (FA Dithmarschen) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
298				1									von 0505-42201 (FA Plön) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
299	A11			4									+4 von 0505-42201 (FA Kiel-Nord - Groß- und Konzernbetriebsprüfungsstelle) gem. § 20 Abs. 10 HG 2016
300	A9 LG 1.2			8									+9 von 0505-42201 (FA Kiel-Nord - Groß- und Konzernbetriebsprüfungsstelle) gem. § 20 Abs. 10 HG 2016
301				1									von 0505-42201 (Stellenpool Finanzämter) entsprechend des Bedarfs
302	A8	4	+3 von 0505-42201 (FA Kiel-Nord - Groß- und Konzernbetriebsprüfungsstelle) gem. § 20 Abs. 10 HG 2016										
303				1									nach 0505-42201 (Stellenpool Finanzämter) entsprechend des Bedarfs
Summe:			11	650	650	4		180	180	1	1	-7	

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A9 LG 1.2	am 31.10.2022	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers nach Altersteilzeit beim FA Flensburg	(aus HH 2017)
1 Stelle	A10	am 31.12.2023	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers nach Altersteilzeit beim FA Flensburg	(aus HH 2017)

05

Finanzministerium

05 05

Finanzämter, Bildungszentrum und Amt für Informationstechnik

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

1 Stelle A12 am 31.08.2021 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers nach Altersteilzeit beim FA Bad Segeberg (aus HH 2017)

Planstellen künftig umzuwandeln:

1 Stelle A13 LG in A12 2.1 gem. § 14 Abs. 8 HG 2016 (FA Eckernförde-Schleswig) (aus HH 2017)

1 Stelle A13 LG in A12 2.1 gem. § 14 Abs. 8 HG 2016 (FA Kiel) (aus HH 2017)

geänderte Vermerke

Planstellen künftig wegfallend:

3 Stellen A9 LG 2.1 am 31.12.2020 gem. § 14 Abs. 8 HG 2015 spätestens am 31.12.2020 (FA Pinneberg) (aus HH 2016)

5 Stellen A7 am 15.08.2018 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens nach 3 Jahren (15.08.2018) gem. § 15 Nr. 1 HG 2015 (aus HH 2016)

428 01

Entgeltgruppe

Zentral verwaltete Haushaltsstellen

Stellenpool Finanzämter und Bildungszentrum

E6	0	0	0
E5	0	0	0
E3	0	0	0

<i>Summe [Stellenpool Finanzämter und Bildungszentrum]:</i>		0	
---	--	---	--

Summe [Zentral verwaltete Haushaltsstellen]:		0	
---	--	---	--

Finanzamt Elmshorn

-			
E6	6	-1	5
E5	6	-1	5

<i>Summe [-]:</i>		-2	
-------------------	--	----	--

Summe [Finanzamt Elmshorn]:		-2	
------------------------------------	--	----	--

Finanzamt Flensburg

-			
E6	9	-1	8
E5	9	-1	8

<i>Summe [-]:</i>		-2	
-------------------	--	----	--

Summe [Finanzamt Flensburg]:		-2	
-------------------------------------	--	----	--

Finanzamt Kiel-Nord

Finanzamt

E12	1	-1	0
E9	8	-8	0
E8	6	-6	0

05

Finanzministerium

05 05

Finanzämter, Bildungszentrum und Amt für Informationstechnik

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E6	4	-4	0
E5	4	-4	0
<i>Summe [Finanzamt]:</i>		-23	
<i>Groß- und Konzernbetriebsprüfungsstelle</i>			
E6	1	-1	0
<i>Summe [Groß- und Konzernbetriebsprüfungsstelle]:</i>		-1	
Summe [Finanzamt Kiel-Nord]:		-24	
Finanzamt Kiel-Süd			
-			
E9	1	-1	0
E8	8	-8	0
E6	6	-6	0
E5	11	-11	0
E3	2	-2	0
<i>Summe [-]:</i>		-28	
Summe [Finanzamt Kiel-Süd]:		-28	
Finanzamt Kiel			
-			
E12	0	+1	1
E9	0	+8	8
E8	0	+12	12
E6	0	+8	8
E5	0	+9	9
E3	0	+1	1
<i>Summe [-]:</i>		+39	
Summe [Finanzamt Kiel]:		+39	
Finanzamt Lübeck			
-			
E9	4	-1	3
E8	8	-2	6
E6	5	-2	3
E5	10	-2	8
<i>Summe [-]:</i>		-7	
Summe [Finanzamt Lübeck]:		-7	
Finanzamt Nordfriesland			
-			
E11	1	-1	0
<i>Summe [-]:</i>		-1	
Summe [Finanzamt Nordfriesland]:		-1	

05

Finanzministerium

05 05

Finanzämter, Bildungszentrum und Amt für Informationstechnik

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Finanzamt Pinneberg

-

E3	1	-1	0
----	---	----	---

<i>Summe [-]:</i>		-1	
-------------------	--	----	--

Summe [Finanzamt Pinneberg]:		-1	
-------------------------------------	--	----	--

Finanzamt Plön

-

E8	4	-1	3
----	---	----	---

<i>Summe [-]:</i>		-1	
-------------------	--	----	--

Summe [Finanzamt Plön]:		-1	
--------------------------------	--	----	--

Finanzamt für Zentrale Prüfungsdienste

Finanzamt

E9	0	+1	1
----	---	----	---

E8	0	+3	3
----	---	----	---

E6	0	+5	5
----	---	----	---

E5	0	+7	7
----	---	----	---

<i>Summe [Finanzamt]:</i>		+16	
---------------------------	--	-----	--

Groß- und Konzernbetriebsprüfungsstelle

E6	0	+1	1
----	---	----	---

<i>Summe [Groß- und Konzernbetriebsprüfungsstelle]:</i>		+1	
---	--	----	--

Summe [Finanzamt für Zentrale Prüfungsdienste]:		+17	
--	--	-----	--

Summe :		-10	
----------------	--	-----	--

05 Finanzministerium

05 05 Finanzämter, Bildungszentrum und Amt für Informationstechnik

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Zentral verwaltete Haushaltsstellen													
<i>Stellenpool Finanzämter und Bildungszentrum</i>													
1	E6		1									0	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 - Abbauverpflichtung 2018
2				1									von 0505-42801 (FA Lübeck) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
3	E5		3									0	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 - Abbauverpflichtung 2018
4				1									von 0505-42801 (FA Kiel-Süd) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
5				2									von 0505-42801 (FA Lübeck) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
6	E3		2									0	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 - Abbauverpflichtung 2018
7				1									von 0505-42801 (FA Kiel-Süd) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
8				1									von 0505-42801 (FA Pinneberg) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
Finanzamt Elmshorn													
-													
9	E6				1							-1	nach 0505-42801 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
10	E5				1							-1	nach 0505-42801 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
Finanzamt Flensburg													
-													
11	E6				1							-1	nach 0505-42801 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
12	E5				1							-1	nach 0505-42801 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
Finanzamt Kiel-Nord													
<i>Finanzamt</i>													
13	E12				1							-1	nach 0505-42801 (FA Kiel) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
14	E9				8							-8	nach 0505-42801 (FA Kiel) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
15	E8				6							-6	nach 0505-42801 (FA Kiel) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
16	E6				4							-4	nach 0505-42801 (FA Kiel) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
17	E5				4							-4	nach 0505-42801 (FA Kiel) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
<i>Groß- und Konzernbetriebsprüfungsstelle</i>													
18	E6				1							-1	nach 0505-42801 (FA ZPD - Groß- und Konzernbetriebsprüfungsstelle) gem. § 20 Abs. 10 HG 2016
Finanzamt Kiel-Süd													
-													
19	E9				1							-1	nach 0505-42801 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016

05

Finanzministerium

05 05

Finanzämter, Bildungszentrum und Amt für Informationstechnik

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
20	E8				6							-8	nach 0505-42801 (FA Kiel) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
21					2								nach 0505-42801 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
22	E6				2							-6	nach 0505-42801 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
23					4								nach 0505-42801 (FA Kiel) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
24	E5				5							-11	nach 0505-42801 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
25					5								nach 0505-42801 (FA Kiel) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
26					1								nach 0505-42801 (Stellenpool Finanzämter) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
27	E3				1							-2	nach 0505-42801 (Stellenpool Finanzämter) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
28					1								nach 0505-42801 (FA Kiel) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
Finanzamt Kiel													
-													
29	E12			1								+1	von 0505-42801 (FA Kiel-Nord) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
30	E9			8								+8	von 0505-42801 (FA Kiel-Nord) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
31	E8			6								+12	von 0505-42801 (FA Kiel-Süd) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
32				6									von 0505-42801 (FA Kiel-Nord) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
33	E6			4								+8	von 0505-42801 (FA Kiel-Nord) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
34				4									von 0505-42801 (FA Kiel-Süd) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
35	E5			5								+9	von 0505-42801 (FA Kiel-Süd) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
36				4									von 0505-42201 (FA Kiel-Nord) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
37	E3			1								+1	von 0505-42801 (FA Kiel-Süd) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
Finanzamt Lünebeck													
-													
38	E9						2					-1	nach 0505-42201 gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
39								1					Hebung aufgrund tarifrechtlichem Eingruppierungsanspruch von E 8 gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
40	E8				1							-2	nach 0505-42801 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
41									1				Hebung aufgrund tarifrechtlichem Eingruppierungsanspruch nach E 9 ("klein") gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
42	E6				1							-2	nach 0505-42801 (FA ZPD) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016

05 Finanzministerium

05 05 Finanzämter, Bildungszentrum und Amt für Informationstechnik

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
43					1								nach 0505-42801 (Stellenpool Finanzämter) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
44	E5				2							-2	nach 0505-42801 (Stellenpool Finanzämter) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
Finanzamt Nordfriesland													
-													
45	E11						1					-1	nach 0505-42201 gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
Finanzamt Pinneberg													
-													
46	E3				1							-1	nach 0505-42801 (Stellenpool Finanzämter) gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
Finanzamt Plön													
-													
47	E8						1					-1	nach 0505-42201 gem. § 14 Abs. 8 HG 2016
Finanzamt für Zentrale Prüfungsdienste													
<i>Finanzamt</i>													
48	E9			1								+1	von 0505-42801 (FA Kiel-Süd) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
49	E8			1								+3	von 0505-42801 (FA Lübeck) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
50				2									von 0505-42801 (FA Kiel-Süd) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
51	E6			1								+5	von 0505-42801 (FA Lübeck) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
52				1									von 0505-42801 (FA Flensburg) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
53				2									von 0505-42801 (FA Kiel-Süd) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
54				1									von 0505-42801 (FA Elmshorn) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
55	E5			1								+7	von 0505-42801 (FA Flensburg) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
56				1									von 0505-42801 (FA Elmshorn) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
57				5									von 0505-42801 (FA Kiel-Süd) gem. § 14 Abs. 8 und § 20 Abs. 10 HG 2016
Groß- und Konzernbetriebsprüfungsstelle													
58	E6			1								+1	von 0505-42801 (FA Kiel-Nord - Groß- und Konzernbetriebsprüfungsstelle) gem. § 20 Abs. 10 HG 2016
Summe:			6	62	62		4	1	1			-10	

neue Vermerke:

Vermerke:

1 Stelle E9 darf beim Finanzamt Lübeck nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E 9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6) (aus HH 2017)

05

Finanzministerium

05 05

Finanzämter, Bildungszentrum und Amt für Informationstechnik

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

1 Stelle	E9	darf beim Finanzamt für Zentrale Prüfungsdienste nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E 9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6)	(aus HH 2017)
----------	----	---	---------------

weggefallene Vermerke:

Vermerke:

1 Stelle	E9	darf beim Finanzamt Kiel-Süd nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E 9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6)	(aus HH 2016)
----------	----	---	---------------

422 04 (04)

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes. Gruppe

A13 LG Steueroberamtsräte/-innen, Oberamtsräte/-innen
2.1

Stellenzahl Haushalt 2017	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2017
---------------------------------	-----------	---

15 2)	0	15
-------	---	----

Summe :	0
----------------	---

neue Fußnoten:

- 2) 1 Planstelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote Nr. 15 zu BesGr. A 13 SHBesO A und B ausgestattet.
Änderung gem. Artikel 2 Nr. 15 f LBModG für die Vergabe von Amtszulagen für Oberamtsrätinnen und Oberamtsräte aufgrund gesteigerter Anforderungen des Dienstpostens.

06

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

06 01

Allgemeines

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 01

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes. Gruppe

		Stellenzahl Haushalt 2017	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2017
A15	Regierungsdirektoren/-innen, Regierungsvolkswirtschaftsdirektoren/-innen, Regierungsbaudirektoren/-innen	26	+1	27
A13 LG 2.1	Oberamtsräte/-innen	37 2)	0	37
Summe :			+1	

neue Fußnoten:

2) 2 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. der Anlage 1, Fußnote 15 zur Besoldungsgruppe 13 SH BesG ausgestattet.

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stel- len	Ein- spa- run- gen	Über- tragungen		Umwand- lungen		Hebungen		Herabgrup- pierungen		Sum- me	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A15	1										+1	Neue Aufgabe Startup
Summe:		1										+1	

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle A15 am 31.12.2019

(aus HH 2017)

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

06

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

06 14

Verkehrswesen

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

685 01 (04)

AUFSTIEGENDE GELDER

Bes.Gruppe

		Stellenzahl Haushalt 2017	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2017
A13 LG	Oberamtsräte/-innen, Oberbauamtsräte/-innen	25	+13	38
2.1				
A12	Amtsräte/-innen, Bauamtsräte/-innen	45	+1	46
A11	Regierungsbauamtmänner/-frauen, Regierungsamtmänner/-frauen, Technische Amtmänner/-frauen	65	0	65
A10	Regierungsoberbauinspektoren/-innen, Regierungsoberinspektoren/- innen	20	-12	8
Summe :			+2	

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stel- len	Ein- spa- run- gen	Über- tragungen		Umwand- lungen		Hebungen		Herabgrup- pierungen		Sum- me	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A13 LG 2.1	1										+13	Zentrale Erlaubnis- und Genehmigungs- behörde für Großraum- und Schwertransporte
2								12					Hebung von A 12
3	A12	1										+1	Zentrale Erlaubnis- und Genehmigungs- behörde für Großraum- und Schwertransporte
4								12					Hebung von A 11
5									12				Hebung von A 12
6	A11							12				0	Hebung von A 10
7									12				Hebung von A 11
8	A10								12			-12	Hebung von A 10
Summe:		2						36	36			+2	

685 08 (04)

Entgeltgruppe

	Stellenzahl Haushalt 2017	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2017
E14	10	+1	11
E13	29	+9	38
E12	82	+6	88
E11	78	0	78
E10	29	-9	20
E9	79	+11	90
E8	83	+6	89
E7	46	-11	35
E5	39	0	39

06

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

06 14

Verkehrswesen

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E4	0	0	0
Summe :		+13	

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E14							1				+1	Hebung von E 4
2	E13							9				+9	Hebung von E 12
3	E12							9				+6	Hebung von E 11
4								4					Hebung von E 5
5								2					Hebung von E 4
6									9				Hebung von E 12
7	E11							9				0	Hebung von E 10
8									9				Hebung von E 11
9	E10								9			-9	Hebung von E 10
10	E9							11				+11	Hebung von E 7
11	E8	5										+6	Zentrale Erlaubnis- und Genehmigungs- behörde für Großraum- und Schwertransporte
12								1					Hebung von E 5
13	E7								11			-11	Hebung von E 7
14	E5			5								0	Übertragen von 0614.04.68509
15									1				Hebung von E 5
16									4				Hebung von E 5
17	E4			3								0	Übertragen von 0614.04.68509
18									1				Hebung von E 4
19									2				Hebung von E 4
Summe:		5		8				46	46			+13	

Stellenzahl
Haushalt
2017

zu ändern

neue
Stellenzahl
Haushalt
2017

685 09 (04)

Entgeltgruppe

E5	398	-5	393
E4	3	+4	7

Summe : -1

06

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

06 14

Verkehrswesen

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stel- len	Ein- spa- run- gen	Über- tragungen		Umwand- lungen		Hebungen		Herabgrup- pierungen		Sum- me	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E5				5							-5	Übertragen nach 0614.04.68508
2	E4		-7									+4	Rückgängigmachung einer Einsparung 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020
3					3								Übertragen nach 0614.04.68508
Summe:			-7		8							-1	

[illegible]

07 Ministerium für Schule und Berufsbildung

07 01 Ministerium

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 01

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes. Gruppe

Verwaltung

A13 LG Oberamtsräte/-innen
2.1

32 1) 0 32

A9 LG 1.2 Amtsinspektoren/-innen

3 4) 0 3

Summe [Verwaltung]:

0

Summe :

0

geänderte Fußnoten:

- 1) 1 Planstelle der BesGr. A 13 LG 2.1 darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden.
3 Planstellen der BesGr. A 13 LG 2.1 sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 15 zur BesGr. A 13 SHBesO A ausgestattet.
- 4) 1 Planstelle der BesGr. A 9 LG 1.2 ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 in BesGr. A 9 SHBesO A ausgestattet.

07

Ministerium für Schule und Berufsbildung

07 10

Allgemeine Bewilligungen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 19 (19)

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

A13 LG Studienräte/-innen
2.2

Stellenzahl
Haushalt
2017

zu ändern

neue
Stellenzahl
Haushalt
2017

920 +48 968

Summe : +48

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stel- len	Ein- spa- run- gen	Über- tragungen		Umwand- lungen		Hebungen		Herabgrup- pierungen		Sum- me	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A13 LG 2.2 StR	48										+48	dürfen ab 01.08.2017 in Anspruch genommen werden
Summe:		48										+48	

427 67 (67)

Stellen künftig wegfallend:

50 Stellen E10 am 31.07.2018 flüchtlingsbedingter Mehraufwand für DaZ-Maßnahmen des Übergangsbe- (aus HH 2017)
reichs für die Erfordernisse der beruflichen Schulen und RBZ

07 Ministerium für Schule und Berufsbildung

07 11 Grundschulen

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 01

AUFSTIEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

Planstellen für Lehrkräfte an Grundschulen

		Stellenzahl Haushalt 2017	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2017
A13 LG	Rektoren/-innen als Leiter/innen einer Grundschule mit mehr als 180 bis	169	+1	170
2.1 Z	zu 360 Schülern/-innen			
A13 LG	Rektoren/-innen als Leiter/innen einer Grundschule mit mehr als 80 bis	176	+1	177
2.1	zu 180 Schülern/-innen			
A12 Z	Rektoren/-innen als Leiter/innen einer Grundschule mit bis zu 80	28	-1	27
	Schülern/-innen			
A12 Z	Konrektoren/-innen als ständige Vertreter/-innen der Leiter/-innen einer	169	+1	170
	Grundschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern/-innen			
A12	Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen mit der Befähigung für das	3.050	-2	3.048
	Lehramt an Grund- und Hauptschulen			
Summe []:			0	
Summe [Planstellen für Lehrkräfte an Grundschulen]:			0	
Summe :			0	

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Planstellen für Lehrkräfte an Grundschulen													
1	A13 LG 2.1 Z Rekt. als Leit. GS > 180 - 360 Sch.							1				+1	von A12 wegen organisatorischer Veränderung
2	A13 LG 2.1 Rekt. als Leit. GS > 80 - 180 Sch.							1				+1	von A12 Z wegen organisatorischer Veränderung
3	A12 Z Rekt. als Leit. GS ≤ 80 Sch.								1			-1	nach A13 LG 2.1 wegen organisatorischer Veränderung
4	A12 Z KonR als stv. Leit. GS > 180 - 360 Sch.							1				+1	von A12 wegen organisatorischer Veränderung
5	A12 L								1			-2	nach A13 LG 2.1 Z wegen organisatorischer Veränderung
6									1				nach A12 Z wegen organisatorischer Veränderung
Summe:								3	3			0	

07

Ministerium für Schule und Berufsbildung

07 12

Förderzentren und Förderung Behinderter

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 01

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes. Gruppe

Planstellen für Lehrkräfte an Förderzentren

Förderzentren mit dem Schwerpunkt Lernen

		Stellenzahl Haushalt 2017	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2017
A15 LG	Sonderschulrektoren/-innen eines Förderzentrums mit dem Förder-	13	+1	14
2.1	schwerpunkt Lernen mit mehr als 180 Schülern/-innen			
A14 LG	Sonderschulrektoren/-innen eines Förderzentrums mit dem Förder-	25	-2	23
2.1 Z	schwerpunkt Lernen mit mehr als 90 bis zu 180 Schülern/-innen			
A14 LG	Sonderschulkonrektoren/-innen als ständige Vertreter/-innen der Leiter/-	13	+1	14
2.1 Z	innen eines Förderzentrums mit dem Förderschwerpunkt Lernen mit mehr			
	als 180 Schülern/-innen			
A14 LG	Zweite Sonderschulkonrektoren/-innen eines Förderzentrums mit dem	1	+1	2
2.1	Förderschwerpunkt Lernen mit mehr als 270 Schülern/-innen			
A14 LG	Sonderschulkonrektoren/-innen als ständige Vertreter/-innen der Leiter/-	13	-2	11
2.1	innen eines Förderzentrums mit dem Förderschwerpunkt Lernen mit mehr			
	als 90 bis zu 180 Schülern/-innen			

Summe [Förderzentren mit dem Schwerpunkt Lernen]:

-1

Landesförderzentrum Hören und Kommunikation

A15 Z	Studiendirektoren/-innen als ständige Vertreter/-innen der Leiter/-innen	1	-1	0
	eines Förderzentrums Hören mit Heim und mit mehr als 180 Schülern/-			
	innen			
A14 LG	Sonderschulkonrektoren/-innen als ständige Vertreter/-innen der Leiter/-	0	+1	1
2.1 Z	innen eines Förderzentrums für Schüler/-innen mit sonstigen Förder-			
	schwerpunkten mit mehr als 120 Schülern/-innen			

Summe [Landesförderzentrum Hören und Kommunikation]:

0

Förderzentren insgesamt

A14	Oberstudienräte/-innen	34 3)	0	34
A14 LG	Zweite Sonderschulkonrektoren/-innen am Landesförderzentrum Hören	0 1)	+1	1
2.1	zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben			
A13 LG	Sonderschullehrkräfte mit der Befähigung für das Lehramt an Sonder-	1.493	0	1.493
2.1	schulen			

Summe [Förderzentren insgesamt]:

+1

Summe [Planstellen für Lehrkräfte an Förderzentren]:

0

Summe :

0

geänderte Fußnoten:

- 1) für die therapeutische Leitung des Cochlear Implant Centrums (CIC)
- 3) davon
 - darf 1 Planstelle mit einem/einer zweiten Sonderschulkonrektor/-in besetzt werden (Landeskoordinator/-in Sprachheilpädagogik)
 - darf 1 Planstelle mit einem/einer zweiten Sonderschulkonrektor/-in besetzt werden (Koordination am Landesförderzentrum Sehen)

07 Ministerium für Schule und Berufsbildung

07 12 Förderzentren und Förderung Behinderter

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Planstellen für Lehrkräfte an Förderzentren													
<i>Förderzentren mit dem Schwerpunkt Lernen</i>													
1	A15 LG 2.1 So-Rekt. FöZ Lernen > 180 Sch.							1				+1	Haushaltsvollzug 2016: von A14 LG 2.1 Z gem. § 11 Abs. 3 HG
2	A14 LG 2.1 Z So-Rekt. FöZ Lernen > 90 - 180 Sch.								1			-2	Haushaltsvollzug 2016: nach A15 LG 2.1 gem. § 11 Abs. 3 HG
3											1		nach A14 LG 2.1 wegen organisatorischer Veränderung
4	A14 LG 2.1 Z So-KonR als stv. Leit. FöZ L > 180 Sch.							1				+1	Haushaltsvollzug 2016: von A14 LG 2.1 gem. § 11 Abs. 3 HG
5	A14 LG 2.1 2. So-KonR FöZ L > 270 Sch.									1		+1	von A14 LG 2.1 Z wegen organisatorischer Veränderung
6	A14 LG 2.1 So-KonR als stv. Leit. FöZ L > 90 - 180 Sch.								1			-2	Haushaltsvollzug 2016: nach A14 LG 2.1 Z gem. § 11 Abs. 3 HG
7											1		nach A13 LG 2.1 wegen organisatorischer Veränderung
<i>Landesförderzentrum Hören und Kommunikation</i>													
8	A15 Z StD als stellv. Leit. FöZ Hören m. Heim > 180 Sch.										1	-1	nach A14 LG 2.1 Z wegen Änderung SHBesG
9	A14 LG 2.1 Z So-KonR als stv. Leit. FöZ sonst. FöSP > 120 Sch.									1		+1	von A15 Z wegen Änderung SHBesG
<i>Förderzentren insgesamt</i>													
10	A14 LG 2.1 2. SoKonR LFöZ Hören Koord.							1				+1	von A13 LG 2.1 für CIC
11	A13 LG 2.1 SoL								1			0	nach A14 LG 2.1 für CIC
12										1			von A14 LG 2.1 wegen organisatorischer Ver- änderung
Summe:								3	3	3	3	0	

neue Vermerke:

Planstellen künftig umzuwandeln:

1 Stelle A16 in A15 LG am 31.01.2018 mit Ausscheiden des Stelleninhabers wegen Änderung SHBesG (aus HH 2017)
2.1

07 Ministerium für Schule und Berufsbildung

07 14 Gymnasien

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 01

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER*Bes.Gruppe***Planstellen für Lehrkräfte an Abendgymnasien, Gymnasien und Gymnasien mit Regionalschul-
teil***Gymnasien insgesamt*

A14	Oberstudienräte/-innen	1.959	-69	1.890
A13 LG 2.2	Studienräte/-innen	2.242	-93	2.149

<i>Summe [Gymnasien insgesamt]:</i>	-162
-------------------------------------	------

Summe [Planstellen für Lehrkräfte an Abendgymnasien, Gymnasien und Gymnasien mit Regionalschul- teil]:	-162
---	------

Planstellen für Lehrkräfte, die abgeordnet sind*an das Ministerium für Schule und Berufsbildung*

A15	Studiendirektoren/-innen	1	+2	3
-----	--------------------------	---	----	---

<i>Summe [an das Ministerium für Schule und Berufsbildung]:</i>	+2
---	----

an das Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen (IQSH)

A14	Oberstudienräte/-innen	1	+2	3
-----	------------------------	---	----	---

<i>Summe [an das Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen (IQSH)]:</i>	+2
--	----

Summe [Planstellen für Lehrkräfte, die abgeordnet sind]:	+4
---	----

Summe :	-158
----------------	------

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stel- len	Ein- spa- run- gen	Über- tragungen		Umwand- lungen		Hebungen		Herabgrup- pierungen		Sum- me	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Planstellen für Lehrkräfte an Abendgymnasien, Gymnasien und Gymnasien mit Regionalschul- teil													
<i>Gymnasien insgesamt</i>													
1	A14 OStR				69							-69	nach 0716-42201 wegen Nachvollzug PZV
2	A13 LG 2.2 StR				89							-93	nach 0716-42201 wegen Nachvollzug PZV
3										2			nach A15 für an das MSB abgeordnete LK
4										2			nach A14 für Abordnungen an das IQSH für Schulfeedback

07 Ministerium für Schule und Berufsbildung

07 14 Gymnasien

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Planstellen für Lehrkräfte, die abgeordnet sind													
<i>an das Ministerium für Schule und Berufsbildung</i>													
5	A15 StD							2				+2	von A13 LG 2.2
<i>an das Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen (IQSH)</i>													
6	A14 OStR							2				+2	von A13 LG 2.2 Planstellen für LK an Gym insgesamt
Summe:					158			4	4			-158	

07

Ministerium für Schule und Berufsbildung

07 15

Gemeinschaftsschulen

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen
--

422 01

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER*Bes. Gruppe***Planstellen für Gymnasial-Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe**

A13 LG	Studienräte/-innen	769	-1	768
2.2				

Summe [Planstellen für Gymnasial-Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe]:

-1

Planstellen für Realschul-Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe

A14 LG	Konrektoren/-innen (RS) als Koordinatoren/-innen für schulfachliche	49	+40	89
2.1 Z	Aufgaben an Gemeinschaftsschulen mit mehr als 540 Schülern/-innen in der Sekundarstufe I			
A13 LG	-	0	+200	200
2.1				

Summe [Planstellen für Realschul-Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe]:

+240

Planstellen für Grund- und Hauptschul-Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe

A13 LG	Konrektoren/-innen (GH) als Koordinatoren/-innen für schulfachliche	40	-40	0
2.1 Z	Aufgaben an Gemeinschaftsschulen mit mehr als 540 Schülern/-innen in der Sekundarstufe I			
A12	Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen mit der Befähigung für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen	378	-200	178

Summe [Planstellen für Grund- und Hauptschul-Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe]:

-240

Planstellen für Realschul-Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe

A14 LG	Konrektoren/-innen (RS) als Koordinatoren/-innen für schulfachliche	45	+36	81
2.1 Z	Aufgaben an Gemeinschaftsschulen mit mehr als 540 Schülern/-innen in der Sekundarstufe I			
A13 LG	-	570	+480	1.050
2.1				

Summe [Planstellen für Realschul-Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe]:

+516

Planstellen für Grund- und Hauptschul-Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe

A13 LG	Konrektoren/-innen (GH) als Koordinatoren/-innen für schulfachliche	36	-36	0
2.1 Z	Aufgaben an Gemeinschaftsschulen mit mehr als 540 Schülern/-innen in der Sekundarstufe I			
A12	Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen mit der Befähigung für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen	770	-480	290

Summe [Planstellen für Grund- und Hauptschul-Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe]:

-516

07 Ministerium für Schule und Berufsbildung

07 15 Gemeinschaftsschulen

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Planstellen für Lehrkräfte, die an das IQSH abgeordnet sind

A14	Oberstudienräte/-innen	0	+1	1
-----	------------------------	---	----	---

Summe [Planstellen für Lehrkräfte, die an das IQSH abgeordnet sind]:	+1
---	-----------

Summe :	0
----------------	----------

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Planstellen für Gymnasial-Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe													
1	A13 LG 2.2 StR								1			-1	nach A14 für an das IQSH abgeordnete LK für Schulfeedback
Planstellen für Realschul-Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe													
2	A14 LG 2.1 Z KonR (RS) als Koord. GemS > 540 Sch. in Sek. I							40				+40	von A13 LG 2.1 Z GH
3	A13 LG 2.1 -							200				+200	von A12
Planstellen für Grund- und Hauptschul-Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe													
4	A13 LG 2.1 Z KonR (GH) als Koord. GemS >540 Sch. in Sek. I								40			-40	nach A14 LG 2.1 Z RS
5	A12 L								200			-200	nach A13 LG 2.1
Planstellen für Realschul-Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe													
6	A14 LG 2.1 Z KonR (RS) als Koord. GemS > 540 Sch. in Sek. I							36				+36	von A13 LG 2.1 Z GH
7	A13 LG 2.1 -							480				+480	von A12
Planstellen für Grund- und Hauptschul-Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe													
8	A13 LG 2.1 Z KonR (GH) als Koord. GemS >540 Sch. in Sek. I								36			-36	nach A14 LG 2.1 Z RS
9	A12 L								480			-480	nach A13 LG 2.1
Planstellen für Lehrkräfte, die an das IQSH abgeordnet sind													
10	A14 OStR							1				+1	von A13 LG 2.2 Gym-LK an GemS mit Ost
Summe:								757	757			0	

07

Ministerium für Schule und Berufsbildung

07 16

Berufsbildende Schulen

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 01

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes. Gruppe

Planstellen für Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen

-

A14	Oberstudienräte/-innen	1.052	+69	1.121
A13 LG	Studienräte/-innen	1.773	+77	1.850
2.2				

Summe [-]: +146

Summe [Planstellen für Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen]: +146

Planstellen für Lehrkräfte, die abgeordnet sind

an das Ministerium für Schule und Berufsbildung

A15	Studiendirektoren/-innen	1	+10	11
A13 LG	Studienräte/-innen	1	-1	0
2.2				

Summe [an das Ministerium für Schule und Berufsbildung]: +9

an das Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen (IQSH)

A15	Studiendirektoren/-innen	0	+1	1
A14	Oberstudienräte/-innen	0	+1	1
A13 LG	Studienräte/-innen	0	+1	1
2.2				

Summe [an das Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen (IQSH)]: +3

Summe [Planstellen für Lehrkräfte, die abgeordnet sind]: +12

Planstellen für Verwaltungskräfte an RBZ

-

A11	Amtmänner/-frauen	12	-1	11
-----	-------------------	----	----	----

Summe [-]: -1

Summe [Planstellen für Verwaltungskräfte an RBZ]: -1

Summe : +157

07 Ministerium für Schule und Berufsbildung

07 16 Berufsbildende Schulen

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Planstellen für Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen													
-													
1	A14 OStR			69								+69	von 0714-42201 wegen Nachvollzug PZV
2	A13 LG 2.2 StR			89								+77	von 0714-42201 wegen Nachvollzug PZV
3					3								für Abordnungen an das IQSH für Schulfeedback
4									9				nach A15 für an das MSB abgeordnete LK
Planstellen für Lehrkräfte, die abgeordnet sind													
an das Ministerium für Schule und Berufsbildung													
5	A15							1				+10	von A13 LG 2.2
6								9					von A13 LG 2.2
7	A13 LG 2.2 StR								1			-1	nach A15 zur Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf
an das Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen (IQSH)													
8	A15 StD							1				+1	von A13 LG 2.2 zur Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf
9	A14 OStR							1				+1	von A13 LG 2.2 zur Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf
10	A13 LG 2.2 StR			3								+1	bisher Planstellen für LK an BBS
11									1				nach A14 zur Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf
12									1				nach A15 zur Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf
Planstellen für Verwaltungskräfte an RBZ													
-													
13	A11 Amtmänner/- frauen		1									-1	vorzeitige 10 v. H. Stelleneinsparung bis 2020
Summe:			1	161	3			12	12			+157	

Ministerium für Schule und Berufsbildung

Landesförderzentren Sehen sowie körperliche und motorische Entwicklung

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Entgeltgruppe

E4

Stellenzahl Haushalt 2017	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2017
---------------------------------	-----------	---

$$\begin{matrix} 3 & & -2 & & 3 & & 1 \end{matrix}$$

Summe [Staatliche Internatsschule für Sprachbehinderte]: -2

Summe :	-2
----------------	----

[illegible]

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

09 01 Ministerium

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 01

FESTE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

B7	Ministerialdirigenten/-innen	1	-1	0
B5	Ministerialdirigenten/-innen	4 3)	+1	5

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

A13 LG 2.1	Oberamtsräte/-innen	15 2)	0	15
------------	---------------------	-------	---	----

Summe : 0

neue Fußnoten:

- 2) 2 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 15 zu BesGr. A 13 SHBesO A und B ausgestattet (Änderung gem. Artikel 2 Nr. 15 f und 19 b LBModG).

Schaffung der Voraussetzungen zur Vergabe von 2 Amtszulagen für Oberamtsrätinnen oder Oberamtsräte aufgrund herausgehobener Positionen innerhalb der Besoldungsgruppe A13 LG 2.1.

- 3) 1 Planstelle ist für die Dauer der Bestellung zur stellvertretenden Staatssekretärin oder zum stellvertretenden Staatssekretär mit einer widerruflichen Zulage gemäß Fußnote 2 zur Bes.Gruppe B 5 SHBesO A und B ausgestattet.

Wegen Umwandlung (Realisierung ku-Vermerk aus HH 2011/2012) einer Planstelle der BesGr. B 7 für den zum 31.12.2016 ausscheidenden stellvertretenden Staatssekretär in eine Planstelle der BesGr. B 5. Gem. Fußnote 2 zu BesGr. B 5 SHBesO A und B erhalten Abteilungsleiterinnen oder Abteilungsleiter bei einer obersten Landesbehörde für die Dauer der Bestellung zur stellvertretenden Staatssekretärin eine widerrufliche Zulage in Höhe von 11 % des Grundgehalts der Besoldungsgruppe B 5.

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	B7										1	-1	Realisierung ku-Vermerk (Umwandlung der gem. Änderung Landesbesoldungsordnung / Haushaltsbegleitgesetz 2011/2012 zu ändernden B7-Stelle) <i>Realisierung ku-Vermerk</i>
2	B5									1		+1	Realisierung ku-Vermerk (Umwandlung der gem. Änderung Landesbesoldungsordnung / Haushaltsbegleitgesetz 2011/2012 zu ändernden B7-Stelle) <i>Realisierung ku-Vermerk</i>
Summe:										1	1	0	

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 01

AUFSTIEGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

		Stellenzahl Haushalt 2017	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2017
R2	Richter/-innen am Amtsgericht	30	+9	39
R1	Richter/-innen am Amtsgericht, Richter/-innen am Landgericht	360	-9	351
A6 LG 1.1	Erste Justizhauptwachmeister/-innen	164 ⁸⁾	0	164
Summe :			0	

geänderte Fußnoten:

- 8) 35 Stellen sind mit einer Stellenzulage gem. § 54 SHBesG ausgestattet bzw. mit einer Amtszulage gem. Fußnoten 4 oder 5 zu BesGr. A 6 SHBesO A und B.

Änderung gem. Artikel 2 Nr. 11, 15 c und 19 a LBModG

Umwandlung der nicht ruhegehaltstfähigen Stellenzulagen für Leitungen von Justizwachmeistereien in ruhegehaltstfähige Amtszulagen und Bemessung der Höhe der Amtszulage nach der Größe der Wachmeistereien.

Änderung wird im HH 2017 nur noch nachvollzogen, da die Anpassung des Stellenplanes mit Blick auf den zum 01.09.2016 begründeten Rechtsanspruch aufgrund haushaltsgesetzlicher Ermächtigung nach § 11 Abs. 3 HG bereits im Jahr 2016 erfolgt ist.

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stel- len	Ein- spa- run- gen	Über- tragungen		Umwand- lungen		Hebungen		Herabgrup- pierungen		Sum- me	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	R2							9				+9	von R1 -Richter/-innen am Amtsgericht, Richter/-innen am Landgericht- (gem. Haushaltsbegleitgesetz 2017 -Änderung SHBesG-, für weitere aufsichtsführende Richter/-innen)
2	R1								9			-9	nach R2 -Richter/-innen am Amtsgericht- (gem. Haushaltsbegleitgesetz 2017 - Änderung SHBesG-, für weitere aufsichtsführende Richter/-innen)
Summe:								9	9			0	

geänderte Vermerke

Vermerke:

5 Richter/-innen am Oberlandesgericht -Bes.Gruppe R2- werden als Professoren/-innen auf Planstellen der CAU oder einer anderen deutschen Hochschule geführt.

(aus HH 1998)

Mit einer Professur in einen anderen Bundesland war im Landeshaushalt bisher keine Ermächtigung für die Fortsetzung einer richterlichen Tätigkeit einer Hochschullehrerin oder eines Hochschullehrers (als Richter/-in im 2. Hauptamt) vorgesehen. Um sicherzustellen, dass auch Professorinnen oder Professoren im 2. Hauptamt als Richterinnen oder Richter am schleswig-holsteinischen Oberlandesgericht tätig sein können, die an einer juristischen Fakultät außerhalb Schleswig-Holsteins lehren, ist eine Anpassung der im Epl. 09 hierfür vorhandenen Ermächtigungen vorzusehen.

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa
09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenzahl Haushalt 2017	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2017
428 01				
	<i>Entgeltgruppe</i>			
	E9	197	-2	195
	Summe :		-2	

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stel- len	Ein- spa- run- gen	Über- tragungen		Umwand- lungen		Hebungen		Herabgrup- pierungen		Sum- me	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E9		2									-2	Überprüfung flüchtlingsbedingter Ausgaben (Belastung der Familiengerichte im Zusammenhang mit dem Anstieg der Zahl unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge) -kw am 31.12.2019-
Summe:			2									-2	

geänderte Vermerke

Stellen künftig wegfallend:

14 Stellen E9 am 31.12.2019 Bedarf aufgrund Anstieg der Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (aus HH 2016)

Wegen Einsparung von 2 mit kw-Vermerken ausgestatteten Stellen E9 (sog. "kleine E9") -kw am 31.12.2019- aufgrund der Überprüfung der flüchtlingsbedingten Ausgaben (Belastung der Familiengerichte im Zusammenhang mit dem Anstieg der Zahl unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge) ist die Anzahl der kw-Vermerke entsprechend anzupassen.

Vermerke:

169 Stellen E9 (Vorjahr: 170) dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6). (aus HH 2013)

Wegen Einsparung von 2 mit kw-Vermerken ausgestatteten Stellen E9 (sog. "kleine E9") -kw am 31.12.2019- aufgrund der Überprüfung der flüchtlingsbedingten Ausgaben (Belastung der Familiengerichte im Zusammenhang mit dem Anstieg der Zahl unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge) ist die Zahl der Freivermerke für die "kleine E9" entsprechend anzupassen.

		Stellenzahl Haushalt 2017	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2017
428 04				
	<i>Bes. Gruppe</i>			
	Anw. LG Referendare/-innen	702	-25	677
	2.2			
	Summe :		-25	

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	Anw. LG 2.2		5									-25	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt), Vorgriff auf Haushaltsjahr 2018
2					20								Vorgriff auf den Stellenabbaupfad 2018 nach Tit. 0903 - 422 01 -Justizvollzugsanstalten / A8 / Justizhauptsekretäre/-innen- (für Strukturverbesserungen im Justizvollzug)
Summe:			5		20							-25	

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

3 Stellen Anw. LG am 31.01.2017 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt), Vorgriff auf Haushalt (aus HH 2017)
2.2 2018
Vorgriff auf den Stellenabbaupfad 2018

geänderte Vermerke

Planstellen künftig wegfallend:

2 Stellen Anw. LG am 01.01.2018 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt), 5 Stellen entfallen (aus HH 2015)
2.2 zum Haushaltsjahr 2017, 3 Stellen zum 31.01.2017
Vorgriff auf den Stellenabbaupfad 2018

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

09 03 Justizvollzugsanstalten

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 01

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes. Gruppe

	Stellenzahl Haushalt 2017	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2017
A9 LG 1.2 Justizamtsinspektoren/-innen	274 1)	+11	285
A9 LG 1.2 Justizbetriebsinspektoren/-innen	10 2)	+2	12
A8 Hauptwerkmeister/-innen	10	+1	11
A8 Justizhauptsekretäre/-innen	226	+209	435
A7 Justizobersekretäre/-innen	200	-200	0
A7 Oberwerkmeister/-innen	3	-3	0
Summe :		+20	

geänderte Fußnoten:

- 1) 84 (Vorjahr: 30) Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO A und B ausgestattet.
In Folge der Hebung des Eingangsamtes in den Laufbahnzweigen Allgemeiner Vollzugsdienst und Werkdienst des Justizvollzuges von Bes. Gruppe A7 nach A8 (gem. Haushaltsbegleitgesetz 2017 -Änderung SHBesG-) ist die Stellenstruktur in der Laufbahngruppe 1.2 insgesamt mit Blick auf die Erhaltung von Personalentwicklungsmöglichkeiten anzupassen. Vor diesem Hintergrund ist eine Ausnutzung der gem. Fußnote 1 zu BesGr. A9 SHBesO A und B bestehenden Möglichkeiten zur Ausbringung von Amtszulagen durch die Ausstattung von 29 weiteren Stellen mit dieser Zulage vorzusehen.
- 2) 5 (Vorjahr 3) Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO A und B ausgestattet.
In Folge der Hebung des Eingangsamtes in den Laufbahnzweigen Allgemeiner Vollzugsdienst und Werkdienst des Justizvollzuges von Bes. Gruppe A7 nach A8 (gem. Haushaltsbegleitgesetz 2017 -Änderung SHBesG-) ist die Stellenstruktur in der Laufbahngruppe 1.2 insgesamt mit Blick auf die Erhaltung von Personalentwicklungsmöglichkeiten anzupassen. Vor diesem Hintergrund ist eine Ausnutzung der gem. Fußnote 1 zu BesGr. A9 SHBesO A und B bestehenden Möglichkeiten zur Ausbringung von Amtszulagen durch die Ausstattung von 2 weiteren Stellen mit dieser Zulage vorzusehen.

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

09 03 Justizvollzugsanstalten

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A9 LG 1.2							11				+11	von A8 -Justizhauptsekretäre/-innen- (Strukturverbesserungen) <i>In Folge der Hebung des Eingangsamtes in den Laufbahnzweigen Allgemeiner Vollzugsdienst und Werkdienst des Justizvollzuges von Bes.Gruppe A7 nach A8 (gem. Haushaltsbegleitgesetz 2017 -Änderung SHBesG-) ist die Stellenstruktur in der Laufbahngruppe 1.2 insgesamt mit Blick auf die Erhaltung von Personalentwicklungsmöglichkeiten anzupassen. Vor diesem Hintergrund ist die Schaffung zusätzlicher Beförderungsmöglichkeiten nach Bes.Gruppe A9 LG 1.2 vorzusehen.</i>
2	A9 LG 1.2							2				+2	von A8 -Hauptwerkmeister/-innen- (Strukturverbesserungen) <i>In Folge der Hebung des Eingangsamtes in den Laufbahnzweigen Allgemeiner Vollzugsdienst und Werkdienst des Justizvollzuges von Bes.Gruppe A7 nach A8 (gem. Haushaltsbegleitgesetz 2017 -Änderung SHBesG-) ist die Stellenstruktur in der Laufbahngruppe 1.2 insgesamt mit Blick auf die Erhaltung von Personalentwicklungsmöglichkeiten anzupassen. Vor diesem Hintergrund ist die Schaffung zusätzlicher Beförderungsmöglichkeiten nach Bes.Gruppe A9 LG 1.2 vorzusehen.</i>
3	A8							3				+1	von A7 -Oberwerkmeister/-innen- (gem. Haushaltsbegleitgesetz 2017 -Änderung SHBesG-, Hebung des Eingangsamtes in den Laufbahnzweigen Allgemeiner Vollzugsdienst und Werkdienst des Justizvollzuges)
4									2				nach A9 LG 1.2 -Justizbetriebsinspektoren/-innen- (Strukturverbesserungen)
5	A8			20								+209	von Tit. 0902 - 428 04 -Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit / Anw. LG 2.2 / Referendare/-innen- (für Strukturverbesserungen im Justizvollzug)
6								200					von A7 -Justizobersekretäre/-innen- (gem. Haushaltsbegleitgesetz 2017 -Änderung SHBesG-, Hebung des Eingangsamtes in den Laufbahnzweigen Allgemeiner Vollzugsdienst und Werkdienst des Justizvollzuges)
7									11				nach A9 LG 1.2 -Justizamtsinspektoren/-innen- (Strukturverbesserungen)
8	A7								200			-200	nach A8 -Justizhauptsekretäre/-innen- (gem. Haushaltsbegleitgesetz 2017 -Änderung SHBesG-, Hebung des Eingangsamtes in den Laufbahnzweigen Allgemeiner Vollzugsdienst und Werkdienst des Justizvollzuges)
9	A7								3			-3	nach A8 -Hauptwerkmeister/-innen- (gem. Haushaltsbegleitgesetz 2017 -Änderung SHBesG-, Hebung des Eingangsamtes in den Laufbahnzweigen Allgemeiner Vollzugsdienst und Werkdienst des Justizvollzuges)
Summe:				20				216	216			+20	

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

09 03 Justizvollzugsanstalten

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Planstellen künftig wegfallend:

3 Stellen A7 am 31.12.2018 Voraussichtliches Ende der Großprozesse 2015/2016 (aus Nachtragshaushalt 2016) (aus HH 2016)

In Folge der Hebung des Eingangsamtes in den Laufbahnzweigen Allgemeiner Vollzugsdienst und Werkdienst des Justizvollzuges von Bes. Gruppe A7 nach A8 (gem. Haushaltsbegleitgesetz 2017 -Änderung SHBesG-) sind die bisherigen bei Planstellen der Bes. Gruppe A7 -Justizobersekretäre/-innen- ausgewiesenen 3 kw-Vermerke künftig zusätzlich bei Planstellen der Bes. Gruppe A8 auszuweisen.

neue Vermerke:

Vermerke:

1 Stelle A8 darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)

in Folge der Hebung des Eingangsamtes in den Laufbahnzweigen Allgemeiner Vollzugsdienst und Werkdienst des Justizvollzuges von Bes. Gruppe A7 nach A8 (gem. Haushaltsbegleitgesetz 2017 -Änderung SHBesG-) ist der bisherige bei einer Planstelle der Bes. Gruppe A7 -Justizobersekretäre/-innen- ausgewiesene Freivermerk zur Sicherstellung der Besetzung der Stelle nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten künftig bei einer Planstelle der Bes. Gruppe A8 auszuweisen.

geänderte Vermerke

Planstellen künftig wegfallend:

6 Stellen A8 am 31.12.2018 Voraussichtliches Ende der Großprozesse 2015/2016 (aus Nachtragshaushalt 2016) (aus HH 2016)

In Folge der Hebung des Eingangsamtes in den Laufbahnzweigen Allgemeiner Vollzugsdienst und Werkdienst des Justizvollzuges von Bes. Gruppe A7 nach A8 (gem. Haushaltsbegleitgesetz 2017 -Änderung SHBesG-) sind die bisherigen bei Planstellen der Bes. Gruppe A7 -Justizobersekretäre/-innen- ausgewiesenen 3 kw-Vermerke künftig zusätzlich bei Planstellen der Bes. Gruppe A8 auszuweisen.

weggefallene Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

3 Stellen A7 am 31.12.2018 Voraussichtliches Ende der Großprozesse 2015/2016 (aus Nachtragshaushalt 2016) (aus HH 2016)

Vermerke:

1 Stelle A7 darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)

in Folge der Hebung des Eingangsamtes in den Laufbahnzweigen Allgemeiner Vollzugsdienst und Werkdienst des Justizvollzuges von Bes. Gruppe A7 nach A8 (gem. Haushaltsbegleitgesetz 2017 -Änderung SHBesG-) ist der bisherige bei einer Planstelle der Bes. Gruppe A7 -Justizobersekretäre/-innen- ausgewiesene Freivermerk zur Sicherstellung der Besetzung der Stelle nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten künftig bei einer Planstelle der Bes. Gruppe A8 auszuweisen.

428 01

Entgeltgruppe

	Stellenzahl Haushalt 2017	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2017
E13	0	+1	1
E9	4	-1	3
Summe :		0	

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

09 03 Justizvollzugsanstalten

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stel- len	Ein- spa- run- gen	Über- tragungen		Umwand- lungen		Hebungen		Herabgrup- pierungen		Sum- me	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E13							1				+1	von E9 (für die Schaffung einer Stelle für eine Psychologin / einen Psychologen in der Justizvollzugsschule des Landes in Neumünster)
2	E9								1			-1	nach E13 (für die Schaffung einer Stelle für eine Psychologin / einen Psychologen in der Justizvollzugsschule des Landes in Neumünster)
Summe:								1	1			0	

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 01

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes. Gruppe

Oberverwaltungsgericht

A6 LG 1.1 Erste Justizhauptwachtmeister/-innen

Stellenzahl Haushalt 2017	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2017
---------------------------------	-----------	---

8 3)	0	8
------	---	---

Summe [Oberverwaltungsgericht]:

0

Summe :

0

geänderte Fußnoten:

- 3) 1 Stelle ist mit einer Stellenzulage gem. § 54 SHBesG ausgestattet bzw. mit einer Amtszulage gem. Fußnoten 4 oder 5 zu BesGr. A 6 SHBesO A und B.

Änderung gem. Artikel 2 Nr. 11, 15 c und 19 a LBModG

Umwandlung der nicht ruhegehaltsfähigen Stellenzulagen für Leitungen von Justizwachtmeistereien in ruhegehaltsfähige Amtszulagen und Bemessung der Höhe der Amtszulage nach der Größe der Wachtmeistereien.

Änderung wird im HH 2017 nur noch nachvollzogen, da die Anpassung des Stellenplanes mit Blick auf den zum 01.09.2016 begründeten Rechtsanspruch aufgrund haushaltsgesetzlicher Ermächtigung nach § 11 Abs. 3 HG bereits im Jahr 2016 erfolgt ist.

geänderte Vermerke

Vermerke:

1 Richter/-in am Verwaltungsgericht - Bes. Gruppe R1 - wird als Professor/-in auf einer Planstelle der CAU oder einer anderen deutschen Hochschule geführt. (aus HH 1983)

Mit einer Professur in einen anderen Bundesland war im Landeshaushalt bisher keine Ermächtigung für die Fortsetzung einer richterlichen Tätigkeit einer Hochschullehrerin oder eines Hochschullehrers (als Richter/-in im 2. Hauptamt) vorgesehen. Um sicherzustellen, dass auch Professorinnen oder Professoren im 2. Hauptamt als Richterinnen oder Richter am Schleswig-holsteinischen Verwaltungsgericht tätig sein können, die an einer juristischen Fakultät außerhalb Schleswig-Holsteins lehren, ist eine Anpassung der im Epl. 09 hierfür vorhandenen Ermächtigungen vorzusehen.

3 Richter/-innen am Oberverwaltungsgericht - Bes. Gruppe R2 - werden als Professoren/-innen auf einer Planstelle der CAU oder einer anderen deutschen Hochschule geführt. (aus HH 1991)

Mit einer Professur in einen anderen Bundesland war im Landeshaushalt bisher keine Ermächtigung für die Fortsetzung einer richterlichen Tätigkeit einer Hochschullehrerin oder eines Hochschullehrers (als Richter/-in im 2. Hauptamt) vorgesehen. Um sicherzustellen, dass auch Professorinnen oder Professoren im 2. Hauptamt als Richterinnen oder Richter am schleswig-holsteinischen Oberverwaltungsgericht tätig sein können, die an einer juristischen Fakultät außerhalb Schleswig-Holsteins lehren, ist eine Anpassung der im Epl. 09 hierfür vorhandenen Ermächtigungen vorzusehen.

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 01

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

Landessozialgericht

A6 LG 1.1 Erste Justizhauptwachtmeister/-innen

Stellenzahl
Haushalt
2017

zu ändern

neue
Stellenzahl
Haushalt
2017

2 ⁵⁾ 0 2

Summe [Landessozialgericht]:

0

Sozialgerichte

R2 Richter/-innen am Sozialgericht

5 +1 6

R1 Richter/-innen am Sozialgericht

45 -1 44

Summe [Sozialgerichte]:

0

Summe :

0

geänderte Fußnoten:

- 5) 2 Stellen sind mit einer Stellenzulage gem. § 54 SHBesG ausgestattet bzw. mit einer Amtszulage gem. Fußnoten 4 oder 5 zu BesGr. A 6 SHBesO A und B.

Änderung gem. Artikel 2 Nr. 11, 15 c und 19 a LBModG

Umwandlung der nicht ruhegehaltstfähigen Stellenzulagen für Leitungen von Justizwachtmeistereien in ruhegehaltstfähige Amtszulagen und Bemessung der Höhe der Amtszulage nach der Größe der Wachtmeistereien.

Änderung wird im HH 2017 nur noch nachvollzogen, da die Anpassung des Stellenplanes mit Blick auf den zum 01.09.2016 begründeten Rechtsanspruch aufgrund haushaltsgesetzlicher Ermächtigung nach § 11 Abs. 3 HG bereits im Jahr 2016 erfolgt ist.

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stel- len	Ein- spa- run- gen	Über- tragungen		Umwand- lungen		Hebungen		Herabgrup- pierungen		Sum- me	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Sozialgerichte													
1	R2							1				+1	von R1 -Richter/-innen am Sozialgericht- (gem. Haushaltsbegleitgesetz 2017 - Änderung SHBesG-, für weitere aufsichtsfüh- rende Richter/-innen)
2	R1								1			-1	nach R2 -Richter/-innen am Sozialgericht- (gem. Haushaltsbegleitgesetz 2017 - Änderung SHBesG-, für weitere aufsichtsfüh- rende Richter/-innen)
Summe:								1	1			0	

geänderte Vermerke

Vermerke:

1 Richter/-in am Landessozialgericht - Bes.Gruppe R2 - wird als Professor/-in auf einer Planstelle der CAU oder einer anderen deutschen Hochschule geführt.

(aus HH 1984)

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen
--

Mit einer Professur in einen anderen Bundesland war im Landeshaushalt bisher keine Ermächtigung für die Fortsetzung einer richterlichen Tätigkeit einer Hochschullehrerin oder eines Hochschullehrers (als Richter/-in im 2. Hauptamt) vorgesehen. Um sicherzustellen, dass auch Professorinnen oder Professoren im 2. Hauptamt als Richterinnen oder Richter am Schleswig-holsteinischen Landessozialgericht tätig sein können, die an einer juristischen Fakultät außerhalb Schleswig-Holsteins lehren, ist eine Anpassung der im Epl. 09 hierfür vorhandenen Ermächtigungen vorzusehen.

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

09 06 Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen
--

422 01

geänderte Vermerke

Vermerke:

1 Richter/-in am Finanzgericht - Bes.Gruppe R2 - wird als Professor/-in auf einer Planstelle der CAU oder einer anderen deutschen Hochschule geführt.

(aus HH 1984)

Mit einer Professur in einen anderen Bundesland war im Landeshaushalt bisher keine Ermächtigung für die Fortsetzung einer richterlichen Tätigkeit einer Hochschullehrerin oder eines Hochschullehrers (als Richter/-in im 2. Hauptamt) vorgesehen. Um sicherzustellen, dass auch Professorinnen oder Professoren im 2. Hauptamt als Richterinnen oder Richter am schleswig-holsteinischen Finanzgericht tätig sein können, die an einer juristischen Fakultät außerhalb Schleswig-Holsteins lehren, ist eine Anpassung der im Epl. 09 hierfür vorhandenen Ermächtigungen vorzusehen.

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

09 08 Staatsanwaltschaften

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 01

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

		Stellenzahl Haushalt 2017	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2017
R1	Erste Staatsanwälte/-innen	0 8)	+12	12
R1	Staatsanwälte/-innen	146	-12	134
A6 LG 1.1	Erste Justizhauptwachmeister/-innen	29 5)	0	29
Summe :			0	

neue Fußnoten:

- 8) Sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu BesGr. R 1 SHBesO R ausgestattet.
*Gem. Haushaltsbegleitgesetz 2017 -Änderung SHBesG-
Wiedereinführung des Amtes einer "Ersten Staatsanwältin" bzw. eines "Ersten Staatsanwaltes" für stellvertretende Leiter/-innen großer Abteilungen.*

geänderte Fußnoten:

- 5) 6 Stellen sind mit einer Stellenzulage gem. § 54 SHBesG ausgestattet bzw. mit einer Amtszulage gem. Fußnoten 4 oder 5 zu BesGr. A 6 SHBesO A und B.
*Änderung gem. Artikel 2 Nr. 11, 15 c und 19 a LBModG
Umwandlung der nicht ruhegehaltstfähigen Stellenzulagen für Leitungen von Justizwachmeistereien in ruhegehaltstfähige Amtszulagen und Bemessung der Höhe der Amtszulage nach der Größe der Wachmeistereien.
Änderung wird im HH 2017 nur noch nachvollzogen, da die Anpassung des Stellenplanes mit Blick auf den zum 01.09.2016 begründeten Rechtsanspruch aufgrund haushaltsgesetzlicher Ermächtigung nach § 11 Abs. 3 HG bereits im Jahr 2016 erfolgt ist.*

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stel- len	Ein- spa- run- gen	Über- tragungen		Umwand- lungen		Hebungen		Herabgrup- pierungen		Sum- me	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	R1			12								+12	von R1 -Staatsanwälte/-innen- (gem. Haushaltsbegleitgesetz 2017 -Änderung SHBesG-, Wiedereinführung des Amtes einer "Ersten Staatsanwältin" bzw. eines "Ersten Staatsanwaltes" für stellvertretende Leiter/-innen großer Abteilungen)
2	R1				12							-12	nach R1 -Erste Staatsanwälte/-innen- (gem. Haushaltsbegleitgesetz 2017 -Änderung SHBesG-, Wiedereinführung des Amtes einer "Ersten Staatsanwältin" bzw. eines "Ersten Staatsanwaltes" für stellvertretende Leiter/-innen großer Abteilungen)
Summe:				12	12							0	

[illegible]

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

Ministerium

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

A13 LG Oberamtsräte/-innen
2.1

Stellenzahl Haushalt 2017	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2017
---------------------------------	-----------	---

54 2) 0 54

Summe :	0
---------	---

2) 5 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. der Anlage 1, Fußnote 15 zur Besoldungsgruppe 13 zum SH BesG ausgestattet.

E12

Stellenzahl Haushalt 2017	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2017
---------------------------------	-----------	---

24 +2 26

Summe :		+2
----------------	--	-----------

[illegible]

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

10

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

10 03

Soziales Entschädigungsrecht, Kriegsfolgelasten, Schwerbehindertenrecht

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 01

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

A13 LG Oberamtsräte/-innen

2.1

A9 LG 1.2 Amtsinspektoren/-innen

Stellenzahl
Haushalt
2017

zu ändern

neue
Stellenzahl
Haushalt
2017

9 2) 0 9

22 1) 0 22

Summe :

0

neue Fußnoten:

2) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. der Anlage 1, Fußnote 15 zur Besoldungsgruppe 13 zum SH BesG ausgestattet.

geänderte Fußnoten:

1) 7 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu BesGr. A 9 SHBesO A und B ausgestattet

428 01

Entgeltgruppe

E10

E2

Stellenzahl
Haushalt
2017

zu ändern

neue
Stellenzahl
Haushalt
2017

9 +2 11

3 -3 0

Summe :

-1

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stel- len	Ein- spa- run- gen	Über- tragungen		Umwand- lungen		Hebungen		Herabgrup- pierungen		Sum- me	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E10	2										+2	zusätzlicher Personalbedarf zur Umsetzung der Aufgabe Stiftung Anerkennung und Hilfe vorzeitige 10 v. H. Stellenreduzierung bis 2020
2	E2		3									-3	
Summe:		2	3									-1	

neue Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

2 Stellen E10 am 31.12.2021 mit Wegfall der Aufgabe Stiftung Anerkennung und Hilfe

(aus HH 2017)

[illegible]

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

13

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

13 01

Ministerium

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 01

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

		Stellenzahl Haushalt 2017	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2017
A16	Ministerialräte/-innen	40	-1	39
A13 LG 2.1 Z	Oberamtsräte/-innen	1	-1	0
A13 LG 2.1	Oberamtsräte/-innen	55 2)	+1	56
Summe :			-1	

geänderte Fußnoten:

- 2) 2 Planstellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 13 zur BesGr. A 13 SHBesG ausgestattet.
4 Planstellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 15 zur BesGr. A 13 SHBesG ausgestattet.

weggefallene Fußnoten:

- *) 4 Planstellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 15 zur BesGr. A 13 SHBesG ausgestattet.

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stel- len	Ein- spa- run- gen	Über- tragungen		Umwand- lungen		Hebungen		Herabgrup- pierungen		Sum- me	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A16					-1						-1	von AT B2
2	A13 LG 2.1 Z					-1						-1	Rückgängigmachung einer Umwandlung von A 13 LG 2.1
3	A13 LG 2.1						-1					+1	Rückgängigmachung einer Umwandlung nach A 13 LG 2.1 Z
Summe:						-2	-1					-1	

428 01

Entgeltgruppe

	Stellenzahl Haushalt 2017	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2017
AT B2	0	+1	1
E6	22	-2	20
Summe :		-1	

13

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

13 01

Ministerium

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	AT B2						-1					+1	nach A 16
2	E6		2									-2	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020
Summe:			2				-1					-1	

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

13

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

13 15

Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 01

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

A11 Regierungsamtmänner/-frauen

Stellenzahl
Haushalt
2017

zu ändern

neue
Stellenzahl
Haushalt
2017

11 -1 10

Summe : -1

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stel- len	Ein- spa- run- gen	Über- tragungen		Umwand- lungen		Hebungen		Herabgrup- pierungen		Sum- me	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A11		1									-1	Einsparung zugunsten einer Stelle E 11 bei 1315-68510
Summe:			1									-1	

685 06

Entgeltgruppe

E5

Stellenzahl
Haushalt
2017

zu ändern

neue
Stellenzahl
Haushalt
2017

253 -5 248

Summe : -5

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stel- len	Ein- spa- run- gen	Über- tragungen		Umwand- lungen		Hebungen		Herabgrup- pierungen		Sum- me	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E5		5									-5	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020
Summe:			5									-5	

685 10

Entgeltgruppe

E11

Stellenzahl
Haushalt
2017

zu ändern

neue
Stellenzahl
Haushalt
2017

3 +1 4

Summe : +1

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz

[illegible]

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen			
	Stellenzahl Haushalt 2017	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2017
685 03 (08)			
<i>Entgeltgruppe</i>			
E5	0	+5	5
Summe :		+5	

[illegible]

13

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

13 54

Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 01

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes. Gruppe

		Stellenzahl Haushalt 2017	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2017
A14	Oberregierungsräte/-innen, Oberregierungsbauräte/-innen, Oberregierungschemiker/-innen, Oberregierungsvermessungsräte/-innen, Oberregierungsberater/-innen, Oberregierungslandwirtschaftsräte/-innen, Geologieoberräte/-innen, Wissenschaftliche Oberräte/-innen, Oberregierungsfischereiräte/-innen	38	+2	40
A13 LG 2.1	Oberamtsräte/-innen	33 ²⁾	0	33
A11	Amtmänner/-frauen, Gewerbeamtfrauen/-männer, Regierungsbauamt-männer/-frauen, Regierungslandwirtschaftsamtmänner/-frauen, Regierungsvermessungsamtmänner/-frauen	55	+6	61
A8	Regierungshauptsekretäre/-innen, Regierungsfischereihauptsekretäre/-innen, Gewerbehauptsekretäre/-innen	6	+2	8
Summe :			+10	

geänderte Fußnoten:

- 2) 2 Planstellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 15 zu BesGr. A 13 SHBesG ausgestattet.
3 Planstellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 13 zu BesGr. A 13 SHBesG ausgestattet.

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2017

13

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

13 54

Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Ein-sparun-gen	Über-tragungen		Umwand-lungen		Hebungen		Herabgrup-pierungen		Sum-me	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A14	2										+2	Neue Aufgabe Marktüberwachung <i>Umsetzung der Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden über eine Beteiligung des Landes an den Kosten der Integration auf kommunaler Ebene sowie weiterer finanzieller Entlastungsmaßnahmen vom 7. November 2016</i>
2	A11	6										+6	Neue Aufgabe Marktüberwachung <i>Umsetzung der Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden über eine Beteiligung des Landes an den Kosten der Integration auf kommunaler Ebene sowie weiterer finanzieller Entlastungsmaßnahmen vom 7. November 2016</i>
3	A8	2										+2	Neue Aufgabe Marktüberwachung <i>Umsetzung der Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden über eine Beteiligung des Landes an den Kosten der Integration auf kommunaler Ebene sowie weiterer finanzieller Entlastungsmaßnahmen vom 7. November 2016</i>
Summe:		10										+10	

428 01

Entgeltgruppe

	Stellenzahl Haushalt 2017	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2017
E14	11	+2	13
E11	44	+6	50
E8	143	+2	145
Summe :		+10	

13

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

13 54

Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E14	2										+2	Neue Aufgabe Marktüberwachung <i>Umsetzung der Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden über eine Beteiligung des Landes an den Kosten der Integration auf kommunaler Ebene sowie weiterer finanzieller Entlastungsmaßnahmen vom 7. November 2016</i>
2	E11	6										+6	Neue Aufgabe Marktüberwachung <i>Umsetzung der Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden über eine Beteiligung des Landes an den Kosten der Integration auf kommunaler Ebene sowie weiterer finanzieller Entlastungsmaßnahmen vom 7. November 2016</i>
3	E8	2										+2	Neue Aufgabe Marktüberwachung <i>Umsetzung der Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden über eine Beteiligung des Landes an den Kosten der Integration auf kommunaler Ebene sowie weiterer finanzieller Entlastungsmaßnahmen vom 7. November 2016</i>
Summe:		10										+10	

neue Vermerke:

Vermerke:

1 Stelle E14 darf nur mit 50% der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden

(aus HH 2017)

[illegible]

Änderungsvorschläge zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2017
--

Der **Entwurf des Haushaltsgesetzes 2017** wird wie folgt geändert:

1. In **§ 1** wird der Gesamtbetrag der Einnahmen und Ausgaben für das Haushaltsjahr 2017 von „14 501 393 900 Euro“ in „14 416 979 100 Euro“ und die Summe der Verpflichtungsermächtigungen von „963 432 000 Euro“ in „1 107 279 000 Euro“ geändert.

Begründung:

Anpassung an den Bedarf.

2. **§ 2** wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 wird der Höchstbetrag der Kredite für das Haushaltsjahr 2017 von „3 175 553 900 Euro“ in „3 049 067 000 Euro“ geändert.

Begründung:

Anpassung an den Bedarf.

- b) Absatz 4 wird wie folgt neu gefasst:

„(4) Als Grundlage für die Steuerung der Zinsausgaben in den Jahren bis 2022 werden im Haushaltsjahr 2017 folgende Plangrößen für die gesamten Zinsausgaben zugrunde gelegt:

- für 2018: 589 000 000 Euro,
- für 2019: 620 000 000 Euro,
- für 2020: 680 000 000 Euro
- für 2021: 725 000 000 Euro und
- für 2022: 729 000 000 Euro.

Im Haushaltsansatz und in den unter Satz 1 ausgewiesenen Plangrößen sind für die Zinsänderungsrisiken (§ 3 Absatz 3 Satz 3) enthalten:

- für 2017: 25 000 000 Euro,

- für 2018: 60 000 000 Euro,
- für 2019: 75 000 000 Euro,
- für 2020: 85 000 000 Euro
- für 2021: 95 000 000 Euro und
- für 2022: 100 000 000 Euro.“

Begründung:

Aktualisierung entsprechend der Marktentwicklung und der veränderten Kalkulationsgrundlagen. Die anhaltende Niedrigzinsphase führt grundsätzlich zu einer Reduzierung der Plangrößen für die gesamten Zinsausgaben. Im zeitlichen Verlauf baut sich das Potenzial der Zinsänderungsrisiken in den jeweiligen Jahren schrittweise ab.

- b) In Absatz 8 wird in Satz 2 der Halbsatz „und darf einen Betrag von 500 000 000 Euro nicht überschreiten“ gestrichen.

Begründung:

Aufgrund der regulatorischen Erfordernisse im Bankenbereich wurden die Besicherungsvereinbarungen mit den Vertragspartnern im 2. Halbjahr 2016 neu gefasst. Der Ausweis einer gesonderten Betragsgrenze innerhalb des Ermächtigungsrahmens für Kassenverstärkungskredite ist im Zuge der zukünftigen Praxis des täglichen Austausches der Sicherheitsleistungen und den zunehmenden, marktbedingten Wertschwankungen nicht zweckmäßig. Der Finanzierungsbedarf zur Besicherung von Kreditrisiken ist Bestandteil der Liquiditätsplanung und -beschaffung für den Gesamthaushalt. Das gesamthaushalterische Finanzierungsvolumen wird durch die entsprechenden Kreditermächtigungen hinreichend begrenzt. Der Ermächtigungsrahmen für Kassenverstärkungskredite gemäß Absatz 6 Satz 1 ist ungeachtet der Einführung der Besicherung von Kreditrisiken in 2013 nicht erhöht worden und bleibt unverändert bestehen.

3. **§ 8** wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 12 wird wie folgt gefasst:

„(12) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Zusammenhang mit der Aufnahme, Unterbringung, Versorgung und Gesundheitsversorgung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einzurichten, umzusetzen und zu ändern, in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungen einzuwilligen sowie Planstellen

und Stellen auszubringen, wenn und soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.“

Begründung:

Die Ermächtigung wird um die Ausbringung von Planstellen und Stellen erweitert, da ein Teil der in großem Umfang im Zuge des starken Anstiegs der Flüchtlingszahlen im Jahr 2016 geschaffenen Planstellen und Stellen bei den aktuell stark gesunkenen Zugangszahlen nicht mehr benötigt werden. Die Vergangenheit hat jedoch gezeigt, dass die Zugangszahlen innerhalb kürzester Zeit wieder ansteigen können, so dass die Ermächtigung ein zeitnahes Reagieren nunmehr auch im Hinblick auf erforderliche Planstellen und Stellen ermöglichen soll.

b) Es wird folgender Absatz 15 neu angefügt:

„(15) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag der zuständigen Ressorts die zur Umsetzung des Gesetzes zur Regulierung des Prostitutionsgewerbes sowie zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen (ProstSchG) erforderlichen Änderungen im Landeshaushalt vorzunehmen. In diesem Zusammenhang dürfen erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken eingerichtet, umgesetzt und geändert sowie Planstellen und Stellen ausgebracht, übertragen und geändert werden, wenn und soweit die Finanzierung gedeckt ist.“

Begründung:

Der Bundesrat hat dem Gesetz zur Regulierung des Prostitutionsgewerbes sowie zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen (ProstSchG) am 23. September 2016 zugestimmt. Es wird zum 1. Januar 2017 in Kraft treten. Federführend bei der Umsetzung ist das MSGWG. Im Rahmen ihrer fachlichen Zuständigkeit sind mindestens vier weitere Ressorts beteiligt, die die rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen für die Umsetzung der neuen gesetzlichen Regelungen schaffen müssen. Die Kosten dieser Umsetzung können derzeit noch nicht konkretisiert werden.

4. In § 16 wird folgender Absatz 11 angefügt:

„(11) Das Finanzministerium wird ermächtigt, die von der Musikhochschule Lübeck vermietete Hochschulliegenschaft in der Schwartauer Landstraße 7 in Lübeck an den Mieter „Deutsche Stiftung Rockmusik“ unter dem festgestellten Verkehrswert zu einem Kaufpreis von 830 000 Euro zu veräußern.“

Begründung:

Das MSGWG hat die Entbehrlichkeit der Liegenschaft Schwartauer Landstraße 7, Lübeck erklärt. Eine Nutzung für Hochschulzwecke ist nicht mehr erforderlich. Es ist vorgesehen, dem Mieter „Deutsche Stiftung Rockmusik“ der Liegenschaft diese zu verkaufen. Der Verkehrswert der Liegenschaft wurde mit Wertermittlung vom 3. Juni 2015 auf 1.190.000 Euro festgestellt.

Der Verkauf der Liegenschaft unter Marktwert soll erfolgen, um in Schleswig-Holstein am Standort Lübeck der Musikszene insbesondere im Bereich Rock/Pop langfristig eine Liegenschaft für Probe- und Übungsräume zur Verfügung zu stellen. Ziel ist es, eine vielfältige Musikszene und ein produktives Netzwerk für Musikerinnen und Musiker zu erhalten, die zur musikalischen und kulturellen Vielfalt der Region und Schleswig-Holsteins beiträgt. Eine Zweckbindung in der künftigen Nutzung für diese kulturellen Zwecke und eine Mehrerlösklausel zu Gunsten des Landes wird vertraglich abgesichert.

Die Kaufpreisbemessung trägt der Leistungsfähigkeit des Käufers unter Berücksichtigung der zugesagten Unterstützung Dritter Rechnung.

5. In § 17 Absatz 2 werden folgende Nummern 6 und 7 angefügt:

- „6. zur unentgeltlichen Übertragung des Eigentums an Containern, die ursprünglich für die Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen vorgesehen waren, an
- a) schleswig-holsteinische Kommunen für Aufgaben der Daseinsvorsorge,
 - b) in Schleswig-Holstein befindliche Schulen in öffentlicher oder freier Trägerschaft,
 - c) als gemeinnützig im Sinne der Abgabenordnung anerkannte Körperschaften mit Sitz in Schleswig-Holstein zur Verfolgung ihrer als gemeinnützig anerkannten Zwecke;
- die Überlassung der Container erfolgt nach vorheriger Bestätigung der Entbehrlichkeit durch das Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten ohne jegliche Gewährleistungsverpflichtung des Landes und ohne Übernahme weiterer Kosten, z. B. für Transport, Schaffung der Infrastruktur, Rückbau und Unterhaltung,
7. zur Veräußerung von Containern unter ihrem vollen Wert nach vorheriger Bestätigung der Entbehrlichkeit durch das Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten; sofern dabei im Einzelfall vom vollen Wert um mehr als 50 000 Euro abgewichen wird, bedarf die Veräußerung der Zustimmung des Finanzausschusses.“

Begründung:

Die Verwertung von Containern, die ursprünglich für die Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen vorgesehen waren, ist dringend geboten, um das Land von Folgekosten (Leerstandsbewirtschaftung etc.) zu entlasten.

6. § 19 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 4 wird gestrichen.

Begründung:

Die Planungen, mit privaten Investoren mehrjährige Verträge über die entgeltliche Überlassung von Gebäuden in Kiel, Lübeck und Flensburg zu schließen, um Asylsuchende oder Flüchtlinge aufzunehmen, wurden eingestellt.

b) Die bisherigen Absätze 5 und 6 werden zu den neuen Absätzen 4 und 5.

Begründung:

Redaktionelle Anpassung.

7. § 21 wird wie folgt geändert:

a) Es wird folgender Absatz 6 angefügt:

„(6) Das Finanzministerium darf zur Umsetzung weiterer Maßnahmen, die sich unmittelbar aus dem Vollzug des Gesetzes über den Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Errichtung der „hsh portfoliomanagement AöR“ als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts nach § 8b des Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetzes vom 18. Dezember 2015 und dem Beschluss der Europäischen Kommission vom 2. Mai 2016 über die staatliche Beihilfe und Maßnahmen SA.29338 (2013/C-30) und SA.44910 (2016/N) zugunsten der HSH Nordbank AG ergeben, erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und den entsprechenden Haushaltsvermerken einrichten und ändern sowie in zusätzliche Ausgaben und Verpflichtungen einwilligen, wenn und soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist. Einzelmaßnahmen, die den Betrag von 15 000 Euro überschreiten, bedürfen der Zustimmung des Finanzausschusses.“

Begründung:

Die Umsetzung der Maßnahmen nach dem Staatsvertrag und der Entscheidung der EU-Kommission kann ggf. kurzfristige bisher ungeplante Ausgaben erfordern. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass in diesem Zusammenhang nur Ausgaben anfallen, die entweder der HSH Nordbank AG oder andernfalls auf Länderseite der hsh finanz-

fonds AöR, der hsh portfoliomanagement AöR oder der hsh Beteiligungsmanagement GmbH zuzuordnen sind.

b) Es wird folgender Absatz 7 angefügt:

„(7) Das Finanzministerium wird ermächtigt, mit der hsh finanzfonds AöR Vereinbarungen über die Zahlungszeitpunkte der Forderungen aus dem zwischen der hsh finanzfonds AöR sowie der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein aufgrund § 3 Abs. 3 des Staatsvertrages vom 7. April 2009 über die Errichtung der „HSH Finanzfonds AöR“ geschlossenen Rückgarantievertrag vom 2. Juni 2009 zu schließen.“

Begründung:

Für die bankaufsichtsrechtliche Anerkennung der von der hsh finanzfonds AöR („Anstalt“) zu Gunsten der HSH Nordbank begebenen „sunrise-Garantie“ als Finanzgarantie war es erforderlich, eine Rückgarantie der beiden Länder zu Gunsten der Anstalt zu übernehmen. So war es im Staatsvertrag bereits vorgesehen. In Anspruch genommen werden sollten die Länder aus dieser Rückgarantie nicht. Die Anstalt ist ermächtigt worden, ihren Finanzbedarf durch eigene Kreditaufnahmen abzudecken. Erst mit ihrer Auflösung sollen deren Schulden auf die Länder übergehen (vgl. § 18 des Staatsvertrages vom 7. April 2009).

Durch eine Verschlechterung der Schiffsmärkte übersteigen die Verluste der Bank seit Mitte 2016 die Erstverlusttranche von 3,2 Mrd. Euro, so dass erstmalig tatsächliche Zahlungen aus der „sunrise-Garantie“ an die Bank zu leisten waren und somit Ansprüche der Anstalt an die Länder entstehen. Zur Umsetzung des gesetzgeberischen Willens, dass erst mit Auflösung der Anstalt die Schulden durch die Länder übernommen werden, sind in Bezug auf diese Ansprüche Vereinbarungen mit der Anstalt zu treffen, die dieses Ziel mit den Bilanzierungserfordernissen der Anstalt in Einklang bringt.

8. In § 22 wird folgender Absatz 9 angefügt:

„(9) Das Finanzministerium wird ermächtigt, gemeinsam mit dem Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung zur Sicherstellung eines geeigneten Insolvenzschutzes für die Arbeitszeitregelungen über Langzeitkonten bei der Max-Planck-Gesellschaft Bürgschaften und Gewährleistungen bis zu einer Gesamthöhe von 50 000 Euro zu übernehmen.“

Begründung:

Die Notwendigkeit der Übernahme einer Bürgschaft steht im Zusammenhang mit dem Erfordernis von § 7e SGB IV zur Sicherstellung eines geeigneten Insolvenzschutzes bei der MPG für Arbeitszeitregelungen über Langzeitkonten, die gemäß § 10 Abs. 6 TVöD geführt werden. Für die MPG als insolvenzfähigen Arbeitgeber kämen sowohl eine Absicherung auf dem Kapitalversicherungsmarkt als auch eine Bürgschaft durch die Zuwendungsgeber entsprechend ihrem jeweiligen Finanzierungsanteil der MPG in Betracht. Die Kosten einer Kapitalmarkt-Absicherung werden als unverhältnismäßig und unwirtschaftlich beurteilt, so dass die Übernahme einer Bürgschaft favorisiert wird. Der Bund hat bereits der Übernahme einer Bürgschaft entsprechend seines Finanzierungsanteils (50 v.H.) zugestimmt. Die Länderanteile (50 v.H.) verteilen sich nach dem Königsteiner Schlüssel.

9. **§ 26** wird wie folgt geändert:

a) Es wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung für eine große Baumaßnahme von bis zu 12 500 000 Euro am Nationalen Referenzzentrum des Forschungszentrums Borstel erforderliche Verpflichtungsermächtigungen und entsprechende Haushaltsvermerke einzurichten oder zu verändern und in zusätzliche Ausgaben einzuwilligen, wenn und soweit die Finanzierung der Maßnahme gedeckt ist.“

Begründung:

Das Laborgebäude des Nationalen Referenzzentrums (NRZ) in der Parkallee 18 ist ein S3-Labor (zweithöchste Sicherheitsstufe nach Biostoffverordnung). Es weist gravierende Mängel grundsätzlicher technischer und baulicher Natur auf, die nach heutigem Stand der Biostoffverordnung eine Genehmigung ausschließen würden. Bis zur Beseitigung der Mängel, die nur im Rahmen einer Baumaßnahme möglich ist, kann das NRZ nur im Rahmen des Bestandsschutzes weiter betrieben werden. Ohne entsprechende zielstrebige Maßnahmen zur Beseitigung der Mängel droht eine Schließung durch das Amt für Arbeitsschutz.

Da die Kosten derzeit noch nicht konkret feststehen, soll mit einer haushaltsgesetzlichen Ermächtigung die Erhöhung des entsprechenden Investitionstitels bzw. die Einrichtung von den erforderlichen Verpflichtungsermächtigungen und Haushaltsvermerken bis zu einem Gesamtvolumen von 12,5 Mio. Euro ermöglicht werden. Die Baumaßnahme wird von Bund und Land mit jeweils 50 v.H. getragen.

b) Es wird folgender Absatz 5 angefügt:

„(5) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung die im Rahmen einer Übertragung der Aufgaben nach dem Bundesentschädigungsgesetz auf das Landesamt für Bezüge und Versorgung des Landes Niedersachsen erforderlichen Änderungen im Landeshaushalt vorzunehmen. In diesem Zusammenhang dürfen entsprechende Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen und Haushaltsvermerke eingerichtet und geändert werden, wenn und soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.“

Begründung:

Es ist beabsichtigt, die Verwaltungsaufgaben nach dem Bundesentschädigungsgesetz auf das Landesamt für Bezüge und Versorgung des Landes Niedersachsen zu übertragen. Das Landesamt nimmt diese Aufgaben bereits für die Freie Hansestadt Bremen und demnächst auch für die Freie und Hansestadt Hamburg wahr. Zurzeit ist noch nicht konkret absehbar, ob und zu welchem Zeitpunkt eine entsprechende Aufgabenübertragung erfolgen kann.

c) Es wird folgender Absatz 6 angefügt:

„(6) Das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung und das Finanzministerium werden ermächtigt, den mit der Investitionsbank Schleswig-Holstein geschlossenen „Vertrag zur Gewährung von Darlehen für Krankenhausbaumaßnahmen nach § 7 AG-KHG“ vom 1. Februar 2011 über den 31. Dezember 2020 hinaus bis zum 31. Dezember 2030 zu verlängern.“

Begründung:

Nach den Regelungen des geltenden Vertrages mit der Investitionsbank Schleswig-Holstein gilt dieser bis zum 31. Dezember 2020 und verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn er nicht sechs Monate vor Vertragsende gekündigt wird. Ab dem 1. Januar 2021 besteht daher hinsichtlich des Bestandes der vertraglichen Regelungen nur noch eine einjährige Sicherheit. Mit der neuen Ermächtigung soll die ab 2020 erforderliche Legitimation zur Verlängerung des Vertrages mit der Investitionsbank bis 31. Dezember 2030 und die erforderliche Rechts- und Planungssicherheit, auf Basis des Vertrages zur Finanzierung von Krankenhausbaumaßnahmen auch langfristige Verpflichtungen eingehen zu können, geschaffen werden.

10. In § 27 wird folgender Absatz 8 angefügt:

„(8) Das Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium bei 100 % fremdfinanzierten Projekten bis zu sechs befristet zusätzliche wissenschaftliche Planstellen und Stellen im Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume einzurichten, wenn und soweit die damit verbundenen Ausgaben gedeckt sind.“

Begründung:

Die Ermächtigung ist erforderlich, um weiterhin auch zu 100 % fremdfinanzierte wissenschaftliche Projekte im Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume durchführen zu können.

11. § 29 wird wie folgt geändert:

a) Es wird folgender Absatz 5 angefügt:

„(5) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Chief Information Officer (CIO) und den beteiligten Ressorts zur Bündelung der Beschaffung von Multifunktionsgeräten (wie z. B. Netzdrucker, Kopierer und Mehrfachunktionsgeräte mit Fax- und Mailfunktionen usw.) und zum Aufbau einer zentralen Steuerung der hiermit im Zusammenhang stehenden Ausgaben der unmittelbaren Landesverwaltung im Kapitel 1402 erforderliche Titel mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken sowie Planstellen und Stellen einschließlich notwendiger Vermerke einzurichten und umzusetzen, wenn und soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.“

Begründung:

Die Beschaffung von Multifunktionsgeräten (Netzwerkdrucker mit Kopierfunktion, E-FAX und Mailanbindung usw.) einschl. der Verbrauchsmaterialien wie Druckerpatronen; Reinigungsmaterial usw. erfolgt in Absprache mit der GMSH seit 2016 über Dataport. Da die Geräte zunehmend IT darstellen und durch das IT-Personal der Ressorts betreut werden müssen, sind die Aufgaben der Beschaffung und der Betreuung auf die IT zu übertragen und die erforderlichen Ausgaben sind im Epl. 14 zu veranschlagen. Die Steuerung ist beim CIO / ZIT SH anzusiedeln. Soweit erforderlich ist der Übergang von Personal der Ressorts an das ZIT SH zu organisieren.

b) Es wird folgender Absatz 6 angefügt:

„(6) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Chief Information Officer (CIO) bei der Übertragung von Aufgaben des Digitalfunks in Schleswig-Holstein an Dataport oder andere Dienstleister im Rahmen der Reorganisation der Informationstechnik in der Landespolizei Mittel in Höhe der anfallenden Mehrausgaben für korrespondierende Dienstleistungsverträge in das Kapitel 1406 (Digitalfunk Schleswig-Holstein) umzusetzen.“

Begründung:

Diverse Aufgaben des Betriebes und der Pflege des Digitalfunks in Schleswig-Holstein sollen von Dataport oder andere Dienstleistern wahrgenommen werden. Die Steuerung soll dem CIO / ZIT SH in Zusammenarbeit mit der Landespolizei und ggf. anderen Fachbereichen obliegen. Um eine unterjährige Übertragung von Aufgaben und Haushaltsmitteln auf den CIO / ZIT SH zu ermöglichen, ist eine spezielle Ermächtigungsgrundlage erforderlich.

12. § 32 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Die zusätzlichen Ausgaben und Verpflichtungen sowie die zur Deckung erforderlichen Beträge nach folgenden Bestimmungen:

1. § 6 Absatz 1
2. § 8 Absatz 8, 12, 13 und 15
3. § 9 Absatz 1 und 2
4. § 19 Absatz 3
5. § 20 Absatz 1, 3, 7, 9, 11 und 12
6. § 21 Absatz 3 und 6
7. § 22 Absatz 4 und 6
8. § 23 Absatz 2, 4, 5, 8 und 13
9. § 24 Absatz 3 und 4
10. § 25 Absatz 1, 2 und 8
11. § 26 Absatz 4 und 5
12. § 28 Absatz 3
13. § 29 Absatz 1, 2 und 5
14. § 30 Absatz 1

gelten als Änderung des Haushaltssolls.“

Begründung:

Anpassung an die Änderungen dieser Nachschiebeliste.

b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Die Umsetzungen nach folgenden Bestimmungen des Haushaltsgesetzes

1. § 8 Absatz 7, 10 und 11

2. § 9 Absatz 4

3. § 13 Absatz 1 Nummer 2 und 4 sowie Absatz 2

4. § 14 Absatz 5, 6, 15 und 17

5. § 23 Absatz 11

6. § 24 Absatz 2

7. § 26 Absatz 2

8. § 28 Absatz 2 und 3

9. § 29 Absatz 3, 4 und 6

und nach den Haushaltsvermerken im Haushaltsplan gelten als Änderungen des Haushaltssolls.“

Begründung:

Anpassung an die Änderungen dieser Nachschiebeliste.

13. **§ 35** wird gestrichen. Die bisherigen § 36 und § 37 werden zu den neuen § 35 und § 36.

Begründung:

Mit der Neufassung des Hochschulgesetzes vom 5. Februar 2016 (GVObI. Schl.-H. S. 39) ist § 8 Abs. 1 Hochschulgesetz dauerhaft geändert worden. Die Regelung in § 35 HG ist daher entbehrlich geworden.

14. In **§ 36** wird der Betrag „686 869 Euro“ geändert in „1 717 172 Euro“.

Begründung:

Die sog. „ergänzende Kostenobergrenze“ soll erhöht werden, um befristetes Personal zu entfristen und neues Personal unbefristet einzustellen (Stellenbewirtschaftung unter Berücksichtigung einer Personalkostenobergrenze).

Nach der mit den Hochschulen am 29. März 2016 geschlossenen Zielvereinbarung erhält die Universität zu Lübeck Verstetigungsmittel i.H.v. 2.146.465 Euro in 2017. Hiervon können Mittel bis zu einer Kostenobergrenze von 80 % für die o. g. Personalmaßnahmen verwendet werden. Das entspricht dem Betrag von 1.717.172 Euro in 2017.

Änderungsvorschläge zum Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes 2017

Der **Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes 2017** wird wie folgt geändert:

1. Der **Artikel 2 (Änderung des Besoldungsgesetzes Schleswig-Holstein)** wird wie folgt gefasst:

„Artikel 2

Änderung des Besoldungsgesetzes Schleswig-Holstein

Das Besoldungsgesetz Schleswig-Holstein vom 26. Januar 2012 (GVObI. Schl.-H.S. 153), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. Juli 2016 (GVObI. Schl.-H. S. 597), wird wie folgt geändert:

1. § 47 Nummer 1 wird wie folgt gefasst:

„1. Beamtinnen und Beamte der Laufbahngruppe 1 in Laufbahnen mit dem Einstiegsamt der Besoldungsgruppe A 6, in Laufbahnen mit dem Einstiegsamt in der Besoldungsgruppe A 7 (Technische Dienste, Feuerwehr, Steuerverwaltung sowie Justiz im Laufbahnzweig der Justizfachwirtinnen und Justizfachwirte bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften) und in Laufbahnen mit dem Einstiegsamt der Besoldungsgruppe A 8 (Polizei, Justiz bei Verwendung in Funktionen des allgemeinen Vollzugsdienstes oder Werkdienstes bei den Justizvollzugsanstalten sowie Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher)

a) in den Besoldungsgruppen A 6 bis A 8

b) in der Besoldungsgruppe A 9 und“.

2. § 62 Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Das für Bildung zuständige Ministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem für das Besoldungsrecht zuständigen Ministerium durch Verordnung einen angemessenen Ausgleich sowie das Verfahren für die Fälle zu regeln, in denen Lehrkräfte infolge

einer Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit oder eines anderen von ihnen nicht zu vertretenden Grundes gehindert waren, einen zeitlichen Ausgleich für die von ihnen geleisteten Vorgriffstunden in dem dafür vorgesehenen Zeitraum in Anspruch zu nehmen.“

3. Anlage 1 wird wie folgt geändert:

a) In der Besoldungsgruppe A 7 werden die Fußnotenhinweise „³⁾“ und „⁴⁾“ sowie die Fußnoten 3 und 4 gestrichen.

b) Die Besoldungsgruppe A 8 wird wie folgt geändert:

aa) Den Amtsbezeichnungen „Hauptsekretärin oder Hauptsekretär“ und „Hauptwerkmeisterin oder Hauptwerkmeister“ wird jeweils der Fußnotenhinweis „³⁾“ angefügt.

bb) Es wird folgende Fußnote angefügt:

„3) Als zweites Einstiegsamt der Laufbahngruppe 1 in der Fachrichtung Justiz bei Verwendung in Funktionen des Allgemeinen Vollzugsdienstes oder des Werkdienstes bei den Justizvollzugsanstalten.“

4. Die Anlage 4 wird wie folgt geändert:

a) Besoldungsgruppe R 1 wird wie folgt geändert:

aa) In der Besoldungsgruppe R 1 wird nach der Amtsbezeichnung „Direktorin oder Direktor des Arbeitsgerichts ¹⁾“ die Amtsbezeichnung „Erste Staatsanwältin oder Erster Staatsanwalt ³⁾“ eingefügt.

bb) Es wird folgende Fußnote angefügt:

„3) Erhält eine Amtszulage nach Anlage 8.“

b) In Besoldungsgruppe R 2 wird Fußnote 1 wie folgt gefasst:

„1) An einem Gericht mit 12 und mehr Richterplanstellen. Bei 18 Richterplanstellen und auf je 6 Richterplanstellen kann für weitere aufsichtführende Richterinnen und Richter je eine Richterplanstelle der Besoldungsgruppe R 2 ausgebracht werden.“

5. In Anlage 8 werden bei der Besoldungsgruppe R 1 hinter der Angabe „1, 2“ ein Komma und die Angabe „3“ angefügt.

Begründung:

In Ergänzung zur Drs. 18/4356 (Übernahme der Änderung des § 62 Abs. 3 in der lfd. Nr. 2) sind folgende weitere Änderungen vorgesehen:

1. (zu lfd. Nr. 1 und 3) *Anhebung Einstiegsamt Justizvollzug (A8 statt A7):*

Nach §§ 114, 108 und 109 Landesbeamtengesetz (LBG) SH gelten für die Beamtinnen und Beamten der Fachrichtung Justiz in der Laufbahngruppe 1 mit dem zweiten Einstiegsamt in den Laufbahnzweigen Allgemeiner Vollzugsdienst und Werkdienst des Justizvollzuges sowohl bei der besonderen Altersgrenze als auch bei der Dienstfähigkeit die Spezialvorschriften des Polizeivollzuges. Insbesondere weil die physischen und psychischen Belastungen der Beamtinnen und Beamten des Justizvollzuges und des Polizeivollzuges vergleichbar sind, ist auch die rechtliche Angleichung sachgerecht.

Im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes 2016 wurde für den Bereich des Polizeivollzuges eine Hebung des Eingangsamtes von der Besoldungsgruppe A 7 nach Besoldungsgruppe A 8 geregelt.

Durch die Hebung des Einstiegsamtes der Laufbahnzweige des Allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes wird die Angleichung an den Polizeivollzugsdienst nachvollzogen und die Tätigkeit dieser Laufbahngruppen entsprechend gewürdigt.

2. (zu lfd. Nr. 4 a und 5) *Einführung Beförderungssamt „Erste Staatsanwältin oder Erster Staatsanwalt“ (Einführung Amtszulage):*

Die Schaffung des neuen Beförderungsamtes „Erste Staatsanwältin oder Erster Staatsanwalt“ dient der Verbesserung der Beförderungsmöglichkeiten bei den Staatsanwaltschaften, um eine Schlechterstellung im Vergleich zu der ordentlichen Gerichtsbarkeit zu beseitigen. Hierdurch soll die Motivation der Staatsanwälte erhalten und gefördert werden. Darüber hinaus wird die berufliche Entwicklung der Staatsanwältinnen forciert, die mit einem Anteil von lediglich 22 % in der Führungsebene der Staatsanwaltschaften (Beförderungsstellen) unterrepräsentiert sind. Zudem werden die Staatsanwaltschaften des Landes im Wettbewerb um Nachwuchsjuristen gestärkt und die Leistungsfähigkeit der Ermittlungsbehörden auch für die Zukunft erhalten.

3. (zu lfd. Nr. 4 b) *Schaffung zusätzlicher Beförderungssämter für „weitere aufsichtsführende Richterinnen oder weitere aufsichtsführende Richter“ (R 2 statt R 1):*

Aufgrund der an Amtsgerichten im Vergleich zu Landgerichten deutlich schlechteren Beförderungschancen auf eine R 2 Stelle ist es dringend erforderlich die Attraktivität des Einsatzes an einem Amtsgericht zu verbessern, damit die Aufgabenerfüllung an den Amtsgerichten auch in Zukunft durch den Einsatz leistungsfähiger Richterinnen und Richter gewährleistet werden kann. Aufgrund der Zunahme von Verwaltungsaufgaben in vielen Bereichen,

wie insbesondere im Zusammenhang mit der Umstellung auf den elektronischen Rechtsverkehr, mit der angestrebten Professionalisierung von Personalentwicklung und sonstigen, vor allem auch dem Bereich des Qualitätsmanagements zuordenbare Maßnahmen besteht auch an den Amtsgerichten gestiegener Bedarf, Richterinnen und Richter mit entsprechenden Aufgaben zu betrauen. Auch bei den Eingangsgerichten in der Sozialgerichtsbarkeit stellt sich eine vergleichbare Situation dar.

Die Stellenhebung folgt auch den bereits in Kraft gesetzten Änderungen in anderen Flächenländern und ist deshalb im Hinblick auf die Konkurrenz um gutes Personal notwendig. So gilt in Niedersachsen bereits heute der Stellenschlüssel, der diesem Antrag zugrunde liegt. Bayern und Baden-Württemberg haben an den Amtsgerichten mehr R 2 Richterstellen im Verhältnis zu den dort eingesetzten R 1 Stellen als Niedersachsen. Schleswig-Holstein würde sich im Vergleich zu diesen Ländern mit der Anzahl der Beförderungsstellen an den Amtsgerichten gerade einmal am unteren Rand bewegen.

Durch die beantragten Stellenhebungen könnte an fünf Amtsgerichten und einem Sozialgericht erstmalig eine entsprechende Stelle besetzt werden. An vier großen Amtsgerichten könnte eine zusätzliche Stelle als weitere aufsichtsführende Richterin oder weiterer aufsichtsführender Richter ausgeschrieben werden.

Die Hebungen von Richterinnen oder Richtern am Amtsgericht und Richterinnen oder Richtern am Sozialgericht R 1 auf Stellen für weitere aufsichtsführende Richterinnen oder weitere aufsichtsführender Richter R 2 erfolgt durch Herabsetzung der notwendigen Anzahl von Richterplanstellen von 15 auf 12 bzw. von 7 auf 6 für jeweils weitere aufsichtsführende Richter. Zusätzliche Stellen werden nicht geschaffen.

2. In **Artikel 4 (Änderung des Schulgesetzes)** wird die Nummer 2 wie folgt neu gefasst:

„2. § 140 Absatz 3 wird wie folgt geändert:

a) Folgende Sätze 3 bis 6 werden eingefügt:

„Sind Antragstellerinnen oder Antragsteller aus ihrem Herkunftsland geflohen und deshalb ohne eigenes Verschulden daran gehindert, durch Originaldokument einen Nachweis über ihren erreichten schulischen Bildungsstand zu erbringen, so kann ein Prüfungsverfahren durchgeführt werden. Bei einem entsprechenden Prüfungsergebnis wird eine Bescheinigung erteilt, die insbesondere zum Besuch der Jahrgangsstufe 10 einer Gemeinschaftsschule oder vorläufig zum Besuch der Oberstufe (§ 43 Absatz 5, § 44 Absatz 3) oder des Beruflichen Gymnasiums berechtigt, sofern auch die übrigen Beschulungsvoraussetzungen erfüllt sind. Das für Bildung zuständige Ministerium regelt durch Verordnung, unter welchen Voraussetzungen die Zu-

lassung zum Prüfungsverfahren erfolgt und welcher Aufenthaltsstatus oder Fluchtgrund dafür bestehen muss. Es regelt ferner die Durchführung des Prüfungsverfahrens und dessen Anforderungen sowie die Voraussetzungen, unter denen die Berechtigung erworben werden kann, eine bestimmte Schulart und Schul- oder Jahrgangsstufe zu besuchen.“

b) Satz 7 erhält folgende Fassung:

„Es kann ferner durch Verordnung die Befugnis zur Entscheidung nach Satz 1 für Einzelfälle auf eine andere Behörde des Landes, der Kreise, der Gemeinden oder der Ämter übertragen.“

Begründung:

Die Möglichkeit, einen bestimmten im Ausland erworbenen Schulabschluss bzw. Bildungsstand ohne den Nachweis durch die erforderlichen Zeugnisdokumente gegenüber dem MSB plausibel zu machen, ist eine bislang nicht vorgesehene Beweiserleichterung. Es handelt sich um eine Ausgleichsmaßnahme für Personen, die fluchtbedingt durch Verlust der erforderlichen Dokumente benachteiligt sind und denen es nicht zuzumuten ist, Ersatzausfertigungen aus dem jeweiligen Land zu beschaffen bzw. beschaffen zu lassen. Im Rahmen einer zu erlassenden Verordnung ist unter anderen festzulegen, unter welchen Voraussetzungen die Zulassung zum Prüfungsverfahren erfolgt und welcher Aufenthaltsstatus oder Fluchtgrund dafür bestehen muss.

3. Es wird folgender **Artikel 5 (Änderung des Gesetzes über den kommunalen Finanzausgleich in Schleswig-Holstein)** eingefügt:

„Artikel 5
Änderung des Gesetzes
über den kommunalen Finanzausgleich in Schleswig-Holstein

Das Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich in Schleswig-Holstein (Finanzausgleichsgesetz) vom 10. Dezember 2014 (GVObI. Schl.-H. S. 473), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Dezember 2015 (GVObI. Schl.-H. S. 500), wird wie folgt geändert:

1. In § 3 Absatz 1 erhält Satz 5 folgende Fassung:

„Ferner wird die Finanzausgleichsmasse im Jahr 2016 um 162 000 Euro und ab dem Jahr 2017 um 324.000 Euro für die Förderung von Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen nach § 16 sowie ab dem Jahr 2017 um 10 Millionen Euro für die Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen nach § 18 erhöht.“

Begründung:

Mit der Erhöhung der Zuweisungen zur Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen bei gleichzeitiger Erhöhung der Finanzausgleichsmasse soll eine weitere Entlastung der Kommunen erreicht werden.

2. § 4 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 erhält Satz 1 folgende Fassung:

„Die Finanzausgleichsmasse wird, soweit sie nicht für Zuweisungen nach Absatz 2 benötigt wird, verwendet für

1. Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden zum Ausgleich unterschiedlicher Steuerkraft nach den §§ 5 bis 7 sowie eine Finanzausgleichsmasse an die Gemeinde Helgoland nach § 8 mit einem Anteil von 30,79 %,
2. Schlüsselzuweisungen an die Kreise und kreisfreien Städte zum Ausgleich unterschiedlicher Umlagekraft und sozialer Lasten nach § 9 mit einem Anteil von 53,66 %,
3. Schlüsselzuweisungen an die Zentralen Orte zum Ausgleich übergemeindlicher Aufgaben nach § 10 mit einem Anteil von 15,55 %.“

Begründung:

Der Systematik folgend, auf deren Grundlage der Gesetzgeber das Gesetz zur Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs und insbesondere die Regularien der Regelüberprüfung in § 4 gestaltet und beschlossen hat und die zudem bereits im Rahmen der Regelüberprüfung zum kommunalen Finanzausgleich 2016 zur Anwendung gekommen ist, ergibt sich – basierend auf den Ergebnissen der gutachterlichen „Aktualisierung der Teilschlüsselmassen für das Finanzausgleichsjahr 2017“ des Steinbeis-Forschungszentrums Regionalwirtschaft, Innovationssysteme und Kommunalfinanzen vom August 2016 – eine Anpassung der Anteilsverhältnisse nach § 4 Absatz 1.

b) In Absatz 2 Satz 1 erhält die Nummer 8 folgende Fassung:

„8. die Zuweisungen zur Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen nach § 18 80,0 Millionen Euro.“

Begründung:

Mit der Erhöhung der Zuweisungen zur Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen bei gleichzeitiger Erhöhung der Finanzausgleichsmasse soll eine weitere Entlastung der Kommunen erreicht werden.

3. In § 18 erhält Absatz 1 folgende Fassung:

„Die Kreise und kreisfreien Städte erhalten aus den nach § 4 Absatz 2 Satz 1 Nummer 8 bereitgestellten Mitteln Zuweisungen zur Betreuung und Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen nach § 25 Absatz 1 des Kindertagesstättengesetzes und in Tagespflegestellen nach § 30 des Kindertagesstättengesetzes.“

Begründung:

Aus redaktionellen und textlichen Gründen soll von einer Nennung der Fundstellen des Kindertagesstättengesetzes abgesehen werden.

4. § 22 Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Von dem Vermögen des Kommunalen Investitionsfonds nach Absatz 1 werden im Benehmen mit den Landesverbänden der Gemeinden und Kreise bis zu 3,2 Millionen Euro entnommen und zur Finanzierung des Neubaus und der Sanierung der Verwaltungsakademie in Bordesholm verwendet.“

Begründung:

Die bisher auf 2,5 Millionen Euro dotierte Entnahmemöglichkeit wird im Einvernehmen mit den kommunalen Landesverbänden dem aktuellen Planungsstand angepasst. Die Aufstockung ergänzt die Finanzierung aus Mitteln des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes und Eigenmitteln des Schulvereins.

5. § 27 Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Das Land stellt den Kreisen und kreisfreien Städten für die Sprachbildung in Kindertageseinrichtungen jährlich 6,0 Millionen Euro sowie zur Förderung von Regional- und Minderheitensprachen in Kindertageseinrichtungen weitere 0,5 Millionen Euro zur Verfügung.“

Begründung:

Angesichts der hohen Bedeutung frühkindlicher Bildungsprozesse und um zu vermeiden, dass mangelnde Sprachfähigkeit beim Übergang in die Schule langfristig Nachteile im weiteren Bildungsweg nach sich zieht, ist Sprachbildung und Sprachförderung unverzichtbar. In der Regel findet die Sprachbildung in der Kindertageseinrichtung alltagsintegriert statt. Bei darüber hinausgehendem Förderbedarf werden Sprachfördermaßnahmen in die Wege geleitet. In der Gruppe oder auch individuell werden Kinder mit verstärktem Förderbedarf von Sprachförderkräften betreut.

Im Haushaltsplan stehen bereits seit 2016 bei Tit. 1102 - 633 10 für die Sprachbildung in Kindertageseinrichtungen 6 Mio. Euro zur Verfügung, dies wird nunmehr auch in § 27 abgebildet. Die Mittel wurden seinerzeit um 2 Mio. Euro aufgestockt, um angesichts der Zuzüge von Flüchtlingskindern ausreichende Sprachförderung anbieten zu können. Mit den zusätzlichen Mitteln, die aus Bundesmitteln, die ursprünglich für das Betreuungsgeld

vorgesehen waren, finanziert werden, können knapp 900 weitere Kinder individuell gefördert werden.

Um die Kindertageseinrichtungen in die Lage zu versetzen, die Sprachbildung auch auf das Erlernen von Regional- und Minderheitensprachen auszudehnen, werden zur Förderung von Personal- und Sachkosten über die 6 Millionen Euro hinaus weitere 0,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

6. In § 31 Absatz 5 FAG wird folgender Satz angefügt:

„Ebenfalls ist die Zahl der Kinder zu berücksichtigen, die außerhalb von Schleswig-Holstein betreut werden, aber ihre alleinige oder Hauptwohnung in Schleswig-Holstein haben und in den Bedarfsplan des jeweiligen öffentlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe aufgenommen sind.“

Begründung:

In Schleswig-Holstein können Einrichtungen, die außerhalb von Schleswig-Holstein liegen, in denen aber überwiegend Kinder aus Schleswig-Holstein betreut werden, mit den Mitteln des Landes nach dem FAG nicht gefördert werden. Es besteht allerdings die Notwendigkeit, auch diese Einrichtungen zu fördern, da die Kreise in den Grenzregionen diese Einrichtungen freiwillig finanzieren, ohne nach dem FAG Landesmittel zugewiesen zu bekommen.

Die Verteilung der Landesmittel nach §§ 18, 26, 27 richtet sich u. a. nach der Anzahl der Kinder, die in Schleswig-Holstein betreut werden. Gemäß § 31 Absatz 5 ist Grundlage dieser Zahlen die Jugendhilfestatistik für Schleswig-Holstein des Statistikamts Nord. Damit stehen die Zahlen der zu berücksichtigenden Kinder fest, die Verwendung einer anderen Datengrundlage zur Ermittlung der zu Grunde zu legenden Zahlen ermöglicht das FAG nicht. Eine statistische Berücksichtigung der Kinder ist ebenfalls nicht möglich. Das Erhebungskonzept der Kita-Statistik sieht vor, dass die betreuten Kinder (und die in den Kitas beschäftigten Personen) jenem Gebiet zugeordnet werden, in dem die Kindertageseinrichtung ansässig ist (Betreuungsortprinzip).

Die neue Regelung soll es ermöglichen, Einrichtungen, die zwar außerhalb von Schleswig-Holstein liegen, in denen aber überwiegend Kinder aus Schleswig-Holstein betreut werden, mit den Mitteln des Landes Schleswig-Holstein nach dem FAG zu fördern.

Finanziell wirkt sich die Erweiterung der zu berücksichtigenden Anzahl der Kinder bei der Förderung nicht aus. Die Änderung des FAG hätte lediglich zur Folge, dass bei der Verteilung der bereits zur Verfügung stehenden Mittel auch die Zahl der Kinder zu berücksichtigen wäre, die außerhalb von Schleswig-Holstein betreut werden, aber ihre alleinige oder Hauptwohnung in Schleswig-Holstein haben und in den Bedarfsplan des jeweiligen öffentlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe aufgenommen sind.“

4. Es wird folgender **Artikel 6 (Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Hochschulsanierung)** eingefügt:

„Artikel 6
Änderung des Gesetzes
über die Errichtung eines Sondervermögens Hochschulsanierung

Das Gesetz über die Errichtung eines Sondervermögens Hochschulsanierung vom 13. Dezember 2012 (GVOBl. Schl.-H. S. 746), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Juni 2015 (GVOBl. Schl.-H. S. 162), wird wie folgt geändert:

In § 5 wird folgender Satz angefügt:

„Sollten diese Erträge nicht zur Deckung der Kosten der Investitionsbank ausreichen, können diese Kosten zusätzlich aus den Mitteln des Sondervermögens abgedeckt werden.“

Begründung:

Es besteht die Möglichkeit, dass in dem Sondervermögen keine oder sogar Negativzinsen entstehen. Daher ist Vorsorge zu treffen, um die Kosten der Investitionsbank abdecken zu können.“

5. Es wird folgender **Artikel 7 (Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Energetische Sanierung -PROFI-)** eingefügt:

„Artikel 7
Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens
Energetische Sanierung (PROFI)

Das Gesetz über die Errichtung eines Sondervermögens Energetische Sanierung (PROFI) vom 23. Januar 2013 (GVOBl. Schl.-H. S. 16) wird wie folgt geändert:

In § 5 wird folgender Satz angefügt:

„Sollten diese Erträge nicht zur Deckung der Kosten der Investitionsbank ausreichen, können diese Kosten zusätzlich aus den Mitteln des Sondervermögens abgedeckt werden.“

Begründung:

Es besteht die Möglichkeit, dass in dem Sondervermögen keine oder sogar Negativzinsen entstehen. Daher ist Vorsorge zu treffen, um die Kosten der Investitionsbank abdecken zu können.“

6. Es wird folgender **Artikel 8 (Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens im Zentralen Grundvermögen zur Behördenunterbringung -Sondervermögen ZGB-)** eingefügt:

„Artikel 8

Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens
im Zentralen Grundvermögen zur Behördenunterbringung
(Sondervermögen ZGB)

Das Gesetz über die Errichtung eines Sondervermögens im Zentralen Grundvermögen zur Behördenunterbringung (Sondervermögen ZGB) vom 11. Dezember 2014 (GVOBl. Schl.-H. S. 464), geändert durch Gesetz vom 17. Juni 2015 (GVOBl. Schl.-H. S. 162), wird wie folgt geändert:

In § 5 wird folgender Satz angefügt:

„Sollten diese Erträge nicht zur Deckung der Kosten der Investitionsbank ausreichen, können diese Kosten zusätzlich aus den Mitteln des Sondervermögens abgedeckt werden.“

Begründung:

Es besteht die Möglichkeit, dass in dem Sondervermögen keine oder sogar Negativzinsen entstehen. Daher ist Vorsorge zu treffen, um die Kosten der Investitionsbank abdecken zu können.“

7. Es wird folgender **Artikel 9 (Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens „InfrastrukturModernisierungsProgramm für unser Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2030)“)** eingefügt:

„Artikel 9

Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens
„InfrastrukturModernisierungsProgramm für unser Land Schleswig-Holstein
(IMPULS 2030)“

Das Gesetz über die Errichtung eines Sondervermögens „InfrastrukturModernisierungs-Programm für unser Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2030)“ 16. Dezember 2015 (GVOBl. Schl.-H. S. 419, ber. 2016 S. 27) wird wie folgt geändert:

In § 5 wird folgender Satz angefügt:

„Sollten diese Erträge nicht zur Deckung der Kosten der Investitionsbank ausreichen, können diese Kosten zusätzlich aus den Mitteln des Sondervermögens abgedeckt werden.“

Begründung:

Es besteht die Möglichkeit, dass in dem Sondervermögen keine oder sogar Negativzinsen entstehen. Daher ist Vorsorge zu treffen, um die Kosten der Investitionsbank abdecken zu können.“

8. Es wird folgender **Artikel 10 (Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Verkehrsinfrastruktur)** eingefügt:

„Artikel 10

Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines
Sondervermögens Verkehrsinfrastruktur

Das Gesetz über die Errichtung eines Sondervermögens Verkehrsinfrastruktur vom 26. September 2013 (GVOBl. Schl.-H. S. 386) wird wie folgt geändert:

In § 5 wird folgender Satz angefügt:

„Sollten diese Erträge nicht zur Deckung der Kosten der Investitionsbank ausreichen, können diese Kosten zusätzlich aus den Mitteln des Sondervermögens abgedeckt werden.“

Begründung:

Es besteht die Möglichkeit, dass in dem Sondervermögen keine oder sogar Negativzinsen entstehen. Daher ist Vorsorge zu treffen, um die Kosten der Investitionsbank abdecken zu können.“

9. Es wird folgender **Artikel 11 (Änderung des Ausführungsgesetzes zum Gesetz über Wasser- und Bodenverbände)** eingefügt:

„Artikel 11

Änderung des
Ausführungsgesetzes zum Gesetz über Wasser- und Bodenverbände

Das Ausführungsgesetz zum Gesetz über Wasser- und Bodenverbände (Landeswasserverbandsgesetz) vom 11. Februar 2008 (GVOBl. Schl.-H. S. 81) wird wie folgt geändert:

Nach § 2 wird folgender § 2a eingefügt:

„§ 2a
Bestimmung des Verbandsgebietes
(zu § 6 WVG)

(1) Zur Festsetzung des Verbandsgebietes gemäß § 6 Absatz 2 Nummer 3 des Gesetzes über Wasser- und Bodenverbände (Wasserverbandsgesetz vom 12. Februar 1991 (BGBl. I S. 405), das durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. Mai 2002 (BGBl. I S. 1578) geändert worden ist, ist das Gebiet des Wasser- und Bodenverbandes in der Satzung textlich zu umschreiben. Sofern ein Wasser- und Bodenverband nicht nur Körperschaften des öffentlichen Rechts als Mitglieder hat, ist das Gebiet auf einer Karte, die Bestandteil dieser Satzung ist, im Maßstab von mindestens 1:25.000 darzustellen. Diese Karte ist zusammen mit der Satzung zu veröffentlichen. Ergänzend ist die Grenze des Verbandsgebietes bei Verbänden nach Satz 2 in Abgrenzungskarten im Maßstab 1:5.000 einzutragen. Jeweils eine Ausfertigung dieser Abgrenzungskarten, die Bestandteil der Satzung sind, ist bei der Aufsichtsbehörde und bei der Geschäftsstelle des Verbandes zu verwahren und kann bei diesen Behörden während der Dienststunden eingesehen werden.

(2) Genügen die satzungsrechtlichen Regelungen des Verbandsgebietes nicht den Anforderungen nach Absatz 1, ist die Satzung unverzüglich durch eine Satzungsänderung anzupassen. Die Wirksamkeit der übrigen Satzung bleibt bei einer nicht hinreichenden Bestimmung des Verbandsgebietes unberührt.

(3) Die Errichtung und das Bestehen des Wasser- und Bodenverbandes bleiben unberührt von Satzungen, die aufgrund der nicht hinreichenden Bestimmung des Verbandsgebietes nichtig waren. Soweit die nach diesen Satzungen zuständigen und gewählten Verbandsorgane neue Satzungen beschlossen haben, die den Anforderungen nach Absatz 1 genügen, sind diese Satzungen wirksam, soweit sie nicht aus einem anderen Grunde nichtig sind.“

Begründung:

Die Änderung verfolgt den Zweck, die Finanzierung der Wasser- und Bodenverbände (WBV) sicher zu stellen. Die rund 500 Wasser- und Bodenverbände in Schleswig-Holstein sind in den Bereichen Gewässerunterhaltung, Deichunterhaltung, Schöpfwerksbetrieb, Trinkwasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Windschutz und Beregnung tätig und nehmen zusätzlich Aufgaben des Gewässerschutzes und des Naturschutzes in Schleswig-Holstein wahr. Die Verbände finanzieren sich über die Beiträge Ihrer Mitglieder.

Mit zwei Urteilen vom 12. Mai 2016 hat das OVG Schleswig zur Rechtmäßigkeit von Beitragsbescheiden von Wasser- und Bodenverbänden entschieden, dass die Beitragserhebung rechtswidrig war, weil die Satzungen der betroffenen WBV nichtig seien. Die Entscheidung hat über die beiden von den Urteilen betroffenen Verbände hinaus Bedeutung, da bei zahlreichen Verbänden in Schleswig-Holstein (ca. 300) ein vergleichbarer Sachverhalt vorliegt. Ausgangspunkt für die Nichtigkeit der Satzungen und die daraus folgende Rechtswidrigkeit der Beitragsbescheide waren die Regelungen in den Satzungen zur Festlegung der Verbandsgebiete. Diese waren nach Auffassung des OVG zu unbestimmt.

Die neuen Regelungen setzen diese Rechtsprechung um, indem die Regelung des § 6 Abs. 2 Nr. 3 WVG konkretisiert wird. Zudem werden die Verbände dazu verpflichtet, fehlerhafte Regelungen in den Satzungen unverzüglich neu zu fassen. Ferner wird geregelt, dass die Rechtswidrigkeit der Bestimmung über das Verbandsgebiet nicht zur Gesamtnichtigkeit der Satzung führt. Zuletzt wird den Verbänden die Möglichkeit eröffnet, durch die gewählten Gremien die fehlerhaften Satzungen zu heilen. Bereits geheilte Satzungen werden für wirksam erklärt. Das Land Schleswig-Holstein verfügt über die Gesetzgebungskompetenz für das wasserverbandsrechtliche Organisations- und Verfahrensrecht nach Art. 84 Abs. 1, 125 b GG. Die Gesetzgebungskompetenz des Landes für materiell-rechtliche Regelungen folgt aus Art. 72 Abs. 1 Satz 1 i.V.m. Art. 74 Abs. 1 Nr. 32 GG.

Zu den einzelnen Bestimmungen:

§ 2 a Absatz 1 konkretisiert die Anforderungen an die Bestimmung des Verbandsgebietes in der Satzung eines Verbandes. Es ist zum einen notwendig, dass das Gebiet textlich in der Satzung umschrieben wird. Zudem müssen Karten Bestandteil der Satzung sein, damit jedermann feststellen kann, ob sein Grundstück innerhalb des Verbandsgebietes liegt. Der Bürger muss durch Kenntnisnahme der Satzung erkennen können, ob er zum Kreis der wasserverbandsrechtlich verpflichteten Personen zählt oder nicht. Da die Detailkarten wegen ihres Umfangs nicht mit veröffentlicht werden können, werden sie zur Einsichtnahme aufbewahrt.

§ 2 a Absatz 2 Satz 1 enthält die Verpflichtung, die Satzungen entsprechend anzupassen, soweit die bestehenden Satzungen nicht den Anforderungen des Absatzes 1 genügen. Satz 2 regelt, dass die fehlerhafte Bestimmung des Verbandsgebietes nicht zur Nichtigkeit der gesamten Satzung führt. Mit Inkrafttreten dieses Gesetzes gelten daher die bestehenden Satzungen, die die Anforderungen des Absatzes 1 noch nicht erfüllen, nicht als gesamt-nichtig. Diese Regelung soll den Verbänden ermöglichen, die fehlerhafte Regelung der Satzung selbst durch eine Änderung der Satzung zu heilen.

Absatz 3 Satz 1 regelt, dass die Verbände trotz in der Vergangenheit nichtiger Satzungen weiterhin als öffentlich-rechtliche Körperschaften fortexistieren.

Absatz 3 Satz 2 erfasst den Umstand, dass zahlreiche Verbände bereits die Satzungsregelungen über die Verbandsgebiete entsprechend den Anforderungen des Absatz 1 an-

gepasst haben. Durch Absatz 3 Satz 2 werden Satzungen für wirksam erklärt, auch wenn die Satzungsänderungen durch Verbandsorgane (i.d.R. dem Verbandsausschuss) beschlossen worden sind, die auf Grundlage der damals nichtigen Satzung zuständig waren. Die Neufassung einer nichtigen Satzung ist im WVG nicht geregelt. Ohne den neuen Absatz 3 Satz 2 wären die Verbände nicht in der Lage, die mangelhafte Satzung selbst zu heilen. Die Nichtigkeit der Satzungen führt dazu, dass der Verband über keine handlungsfähigen Organe mehr verfügt, da sämtliche Organe auf Grundlage der nichtigen Satzung gewählt worden sind. Der vom OVG aufgezeigte Weg der Verbandsversammlung ist tatsächlich kaum und rechtlich gar nicht durchführbar. Zum einen wäre dieser Weg mit einem immensen Verwaltungs- und Kostenaufwand verbunden; einige Verbände in Schleswig-Holstein haben über zehntausend Mitglieder. Für die Zwischenzeit bestünde das erhebliche Risiko, dass der Verband keinerlei rechtlich wirksame Handlungen (Rechtsgeschäfte, Verwaltungsakte) vornehmen könnte, solange er nicht über eine gültige Satzung verfügt. Zudem würde die Durchführung einer Verbandsversammlung auf Grundlage einer nichtigen Satzung zahlreiche rechtliche Fragestellungen aufwerfen, welche die ehrenamtlich geführten Verbände überfordern würden. So gäbe es schon kein Verbandsorgan, welches zu der Verbandsversammlung einladen könnte bzw. diese leiten könnte. Um den Verbänden zu ermöglichen, ihren rechtlichen Verpflichtungen nachzukommen und rechtssicher handeln zu können, werden die beschlossenen Satzungen für wirksam erklärt. Dies gilt allerdings unter der Voraussetzung, dass die rechtlichen Vorschriften des WVG eingehalten worden sind.

10. Es wird folgender **Artikel 12 (Änderung des Landesblindengeldgesetzes)** eingefügt:

„Artikel 12

Änderung des Landesblindengeldgesetzes

Das Landesblindengeldgesetz vom 12. Mai 1997 (GVOBl. Schl.-H. S. 313), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Haushaltsbegleitgesetzes 2013 vom 23. Januar 2013 (GVOBl. Schl.-H. S. 16) wird wie folgt geändert:

§ 4 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Leistungen bei häuslicher Pflege nach den §§ 36 bis 38 des Elften Buches Sozialgesetzbuch werden, auch soweit es sich um Sachleistungen handelt, bei Pflegebedürftigen mit Pflegegrad 2 mit 40% des Pflegegeldes für Pflegegrad 2 und bei Pflegebedürftigen mit Pflegegrad 3 bis 5 mit 40% des Pflegegeldes für Pflegegrad 3 angerechnet. Bei Minderjährigen beträgt die Anrechnung 20% der Leistungen nach Satz 1. Entsprechende Leis-

tungen aufgrund eines Pflegeversicherungsvertrages mit einem privaten Versicherungsunternehmen werden höchstens in dem sich aus Satz 1 und 2 ergebenden Umfang angerechnet. Die Sätze 1 bis 3 gelten entsprechend, wenn die Leistungen zusammen mit Leistungen nach beihilferechtlichen Vorschriften erbracht werden.“

Begründung:

Durch die Pflegereform und die Einführung von Pflegegraden erhalten Pflegebedürftige zum 1. Januar 2017 höhere Leistungen der Pflegeversicherung. Die geltende anteilige Anrechnung von Pflegeleistungen auf das Blindengeld ist mit dem Ziel anzupassen, dass die Verbesserungen der Pflegereform auch Pflegebedürftigen, die Blindengeld beziehen, zugutekommen. Die bestehende anteilige Anrechnung wird reduziert.

Mit Ausnahme des Personenkreises der Pflegebedürftigen mit einer eingeschränkten Alltagskompetenz wird ab 1. Januar 2017 das Blindengeld in nahezu unveränderter Höhe weitergewährt. Bei dem Personenkreis mit einer eingeschränkten Alltagskompetenz erfolgt eine erstmalige oder erhöhte Anrechnung der Pflegeleistungen nach §§ 36 bis 38 des SGB XI auf das Landesblindengeld. Dies ist dem Grundsatz der Gleichbehandlung geschuldet.

11. Der bisherige Artikel 5 wird zum neuen **Artikel 13 (Inkrafttreten)**.

Begründung:

Folgeänderung.